REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 387 · 8.2.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 44 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Bündnis für Arbeit - Bündnis für Kohl. Da freuen sich die Arbeitslosen! - Kt.
2. Gemeinsame "Beilage" von ak und SoZ. Aus dem Innenleben der Redaktion - ga.
3. Spendenziel noch nicht erreicht. Zwischenergebnis ist aber super - ak-Redaktion
4. Peter Mecklenburg ist tot - ga.
5. Wer auf den Schmutz hinweist ... Nach dem Fall von Dahlhoff - Kampagne gegen MdB Wolf - SoZ-Redaktion
6. Die "Aggression" der Slowenen, Kroaten und Muslime. Peter Handkes eigenartige Auffassung von Gerechtigkeit für Serbien - B. Winter
7. Festung Europa. Todesfalle für Flüchtlinge - Chronologie 1992-1996 - ga.
8. Hauptsache, es war kein Deutscher! - ga.
9. Menschlichkeit und Staatsräson
10. Offene Fragen zum Lübecker Brand. Nachrichtensperre statt Antworten - j., Hamburg
11. Bewegung auf Berlins Straßen - Ann Stafford
12. Gedenken und "kollektive Verantwortung". Roman Herzog, die Deutschen und der Nationalsozialismus - Js.
13. Die Wahrheit spielt keine Rolle. Der Fall Monika Haas und die Kronzeugenregelung - Rote Hilfe Hamburg
14. Bundesverfassungsgericht prüft Auslieferung von Ramos Vega - Solidaritätskomitee Ramos Vega, Berlin
15. Aufruf zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld
16. Der angekündigte Staatsstreich. Forza Italia, Linksdemokraten und Neofaschisten demontieren die italienische Verfassung - Js.
17. Ein "Sozialist" aus Berechnung. Nachruf auf Francois Mitterand und Bilanz einer Ära - Bernhard Schmid, Paris
18. Mythos Mitterrand. Oder: Die Sehnsucht nach dem Helden - Js.
19. Streikwelle spaltet Anhänger des Front National - Bernhard Schmid, Paris
20. Die haben wohl keine GSG 9? Ein Jahr Krieg in Tschetschenien - Kt.
21. Ungehorsam und staatsfeindlich. Interview mit Guy Frèche von der linken Basisgewerkschaft SUD
22. Syrien und Israel - mit Maximalforderungen zum Frieden? - Xavier Bonnet, Jerusalem
23. Cardosos Freibrief für die Auslöschung von 200 Völkern - Sandra Maria Barbosa, Dr. Hannelore Kurth-Gilsenbach
24. Vom Ku-Klux-Klan in die Miliz. Ein Überblick über die rechtsradikale Szene in den USA - Michael Hahn
25. Zapatistas - "Intergalaktisch gegen den Neoliberalismus" - Boris Alexander, Mexiko
26. Dayton - ein Friedensprozeß in Bosnien? - Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack
27. "Das beste, was wir tun können, ist zu fliehen ..." Deserteure in Irakisch-Kurdistan - Thomas von der Osten Sacken, WADI
28. Grüne Schwierigkeiten mit dem "Hoffnungsträger". Bündnisgrüne Reaktionen auf die Krise der SPD - mb., Berlin
29. Zum Stellenwert feministischer Politik in der PDS (Auszüge aus der Rede von Christina Schenk, 27.1.1996) - kuk
30. Wie früher - Berliner Polizei gegen Karl und Rosa - kuk
31. Unheimliche Publizisten. NS-Journalisten und ihre Karrieren nach 1945 - Otto Köhler
32. Tagung gegen den Schlußstrich - Alexander- Seitz-Geschichtswerkstatt
33. Reichsgründungsfeier abgesagt. Antifaschistische Proteste hatten Erfolg - Bündnis
34. "Sie könnten sich durch Parolenrufen strafbar machen ..." Solidaritätsbewegung gegen das "PKK-Verbot" - Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB
35. Sterben und Überleben in Auschwitz. Neue Auschwitzliteratur - Rezension - Werner Renz, Fritz Bauer Institut
36. Das Comeback der Atomindustrie - einige autonome

37. "Krieg der Kulturen" als Zukunftsperspektive? Berliner Symposium über die Thesen Samuel Huntingtons - Martin Reeh
38. Die Kreativen und der Standort Deutschland. Produktwerbung als Volksaufklärung und Propaganda - Js.
39. Quelldatei 05.htm
40. Durch alte Leitbilder neu durchwursteln!
41. Quelldatei 14.htm
42. Quelldatei 15.htm
43. Entschuldigung
44. Spendenziel noch nicht erreicht

1. Bündnis für Arbeit - Bündnis für Kohl. Da freuen sich die Arbeitslosen!

Autor: Kt. · Rubrik: Sozialpolitik; DGB/Regierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:24

Beten für den Frieden, Rock gegen Faschismus, Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit, Fasten gegen Hunger, Light-Produkte gegen Fettbauch. Warum nicht auch mal ein Bündnis für Arbeit? Viel Schaden kann es jedenfalls nicht anrichten, und vielleicht nützt es ja doch irgendetwas, scheinen sich viele zu sagen. In einem Land, wo rund die Hälfte der Bevölkerung ihr Horoskop in der Morgenzeitung liest, obwohl selbstverständlich auch daran niemand wirklich glaubt, kann dieser Optimismus nicht verwundern.

"Zurückhaltung" in den kommenden Tarifrunden hat die IG Metall angeboten, falls sich die Kapitalisten verpflichten, in den nächsten drei Jahren 300.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. "Noch nie hatte eine gewerkschaftliche Initiative ein so positives Echo", applaudierte die FAZ (17.1.96). Denn laut Allensbach-Umfrage halten 72% der Bevölkerung (und sogar 83% der DGB-Mitglieder) die Bündnis-Idee des IG-Metall-Chefs für ein "gutes Angebot". Allerdings meinen nur 32% der Bevölkerung (und 42% der Gewerkschafter), daß es sich um einen realistischen Vorschlag handelt. Die Mehrheit der Befragten stimmte lieber der vorformulierten Gegenposition zu: "Kein Arbeitgeber kann sich verpflichten, in der nächsten Zeit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das hängt doch allein von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Auftragslage der einzelnen Unternehmen ab." - Das ist zwar auch nicht hundertprozentig richtig, aber kommt der Wirklichkeit sehr viel näher als das übermäßig naive Tauschangebot der IG Metall.

Was also ist an der Idee trotzdem gut? Daß sie endlich explizit die Unternehmerpropaganda akzeptiert, wonach die "überhöhten" Tarifabschlüsse der letzten Jahre "Jobkiller" waren und zwischen niedrigeren Löhnen und mehr Arbeitsplätzen doch irgendein geheimnisvoller Zusammenhang besteht? Daß sie nicht bloß auf anhaltende Reallohn-Senkung vorbereitet, sondern generell die Botschaft transportiert, daß die Lohnabhängigen sich künftig billiger verkaufen und sich mehr gefallen lassen müssen, wenn sie nicht auf der Reservebank landen wollen?

Daß man dafür Arbeitplatz-Garantien eintauschen könnte, wird angesichts von weiter wachsender Arbeitslosigkeit kaum noch jemand glauben. Nach einer Untersuchung des ZDF nehmen 93% der Befragten an, daß sich an der hohen Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren nichts ändern wird (Bild, 20.1.96). Das entspricht nach allen Prognosen und auch nach den Äußerungen der Kapitalvertreter der Realität. Beim Vorschlag der IG Metall könnte es sich also nur um einseitig erbrachte Vorleistungen handeln, von denen man vielleicht hofft, daß sie langfristig die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Kapitalisten erhöhen und irgendwann auf Umwegen auch den Lohnabhängigen und Arbeitslosen wieder zugute kommen.

Sachliche Gründe für eine solche Hoffnung gibt es eigentlich nicht. Daß Arbeitskraft billig und willig zu haben ist, stellt allein für die meisten Wirtschaftszweige noch keinen Grund dar, neue Arbeitsplätze einzurichten, sofern dafür kein wirtschaftlich begründeter Bedarf vorhanden ist. Beispielsweise: Wenn es gelänge, im Handel die Lohnkosten um 20% zu senken, würden die Kapitalisten den zusätzlichen Gewinn gern annehmen, aber nicht eine einzige Verkäuferin oder Kassiererin mehr beschäftigen - sofern ihnen nicht steigender Publikumsandrang und Umsatz die Einstellung neuer Arbeitskräfte notwendig erscheinen lassen würden. Woher aber soll die Umsatzsteigerung kommen, wenn man durch Absenken der Reallöhne und Abbau von Sozialleistungen die Massenkaufkraft weiter verkleinert?

Können "maßvolle" Tarifabschlüsse und Senkung der Lohnnebenkosten wenigstens dazu führen, daß die vorhandenen Arbeitsplätze "sicherer" werden? Auch diese Annahme ist mit Skepsis zu betrachten. Die Lohnkosten in vielen potentiellen Produktionsstandorten im Ausland sind so niedrig, daß ein Wettlauf von vornherein aussichtslos wäre. Falls es beispielsweise einem Kapitalisten zweckmäßig erscheint, Teile seiner Fertigung in die Tschechische Republik zu verlagern, würden auch drei deutsche Nulltarifrunden hintereinander an seiner Kalkulation nicht viel ändern können. Andererseits bietet Deutschland auch bei Weiterentwicklung des heutigen Lohnniveaus offensichtlich interessante Standortvorteile. Zu diesen Vorteilen zählt die Nähe zu einem Binnenmarkt mit hoher Aufnahmefähigkeit. Die von der Bundesregierung massiv vorangetriebene Senkung der einheimischen Massenkaufkraft stärkt also in einem ganz entscheidenden Punkt

die Standortqualitäten Deutschlands nicht, sondern schwächt sie, sofern man überhaupt in diesen Kategorien argumentieren will.

Wunder gibt es immer wieder

Mit Begeisterung hat sich sofort die Bundesregierung der Parole "Bündnis für Arbeit" angenommen. Ihr geht es darum, einen Sack voll längst vorbereiteter unsozialer und kapitalfreundlicher Maßnahmen unter dem populär klingenden neuen Etikett zu realisieren. Abgesehen davon ist angesichts einer Rekordarbeitslosigkeit mit weiter steigender Tendenz der ständige Nachweis zweckmäßig, daß die Regierung sich mit dem Problem beschäftigt und auch schon Wege aus der Krise beschreitet. Die Gewerkschaften spielen wieder brav den Trottelpart mit, wie schon in der Konzertierten Aktion der sechziger Jahre.

Aus dem ersten gemütlichen Beisammensein am 23. Januar kamen Regierung, Kapitalvertreter und Gewerkschaften mit einer gemeinsamen "Handlungsplattform" - und mit der plakativen Ankündigung, auf diesem Weg die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2000 auf die Hälfte zu verringern. Soviel hemmungslose Demagogie macht fassungslos. Aus den Umfrageergebnissen läßt sich schließen, daß diesen Unsinn offenbar kaum noch jemand in der Bevölkerung glaubt - siehe Umfrageergebnisse. Die Überzeugung, daß man nach Strich und Faden belogen und beschissen wird von Leuten, die sich selbst die Taschen füllen und für den Rest ihres Lebens ausgesorgt haben, ist heute allgemein verbreitet. Das Erstaunliche ist, daß es sich damit für die Herrschenden offensichtlich problemlos weitermachen läßt.

Die Leitlinie der "Handlungsplattform" besteht darin, daß man das Leben für die Kapitalisten leichter und für die Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger schwerer machen müsse, um den Standort Deutschland zu sichern. Dazu gehört die Senkung der Lohnnebenkosten vor allem durch Verminderung der Quote der Sozialabgaben. Das ist gleichbedeutend, wie gewiß auch die Gewerkschaften begriffen haben, mit einer Senkung der Sozialausgaben. Umschrieben ist das mit der nebulösen Aussage, die Sozialleistungen sollten künftig auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden. Das impliziert, daß die meisten Bezieher von Sozialleistungen eigentlich nicht bedürftig seien, und so wird mit diesem Thema von der Bundesregierung ja auch regelmäßig umgegangen.

Bei einem Vergleich mit dem 50-Punkte-Aktionsprogramm der Bundesregierung, das am 30. Januar veröffentlicht wurde, fällt auf, daß in der von den Gewerkschaften mitgetragenen "Handlungsplattform" absolut nichts steht, was nicht auch Teil des Regierungsprogramms ist. Dieses ist nur sehr viel weiter gehend in der Konkretisierung der beabsichtigten unsozialen Maßnahmen. Immerhin haben die Gewerkschaften bei der Kanzlerrunde aber schon der Absicht zugestimmt, die Arbeitslosenhilfe bei längerem Bezug jährlich um drei Prozent zu senken. Eigentlich hatte die Bundesregierung ja eine Senkung um fünf Prozent beabsichtigt, argumentiert man, und da haben die Gewerkschaften doch einen ganz schönen Kompromiß erreicht. Die Langzeitarbeitslosen werden es ihnen zu danken wissen. Nach diesem Muster wird man künftig wohl noch manche Schweinerei gemeinsam beschließen.

Weniger Überstunden = Mehr Arbeitsplätze?

Ein Kernstück des "Bündnis für Arbeit" aus Gewerkschaftssicht scheint der Abbau von Überstunden zu werden, der als wirksames Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze empfohlen wird. Der Phantasie sind dabei nach oben hin kaum Grenzen gesetzt: Zahlen bis zu 800.000 möglichen Neueinstellungen werden von DGB-Sprechern genannt. Das soll angeblich erreicht werden können, indem Überstunden generell nicht mehr bezahlt werden, sondern durch Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden müssen.

Rechenbeispiel: Allein in der Metallindustrie wurden 1995 rund 260 Millionen Überstunden geleistet. Das entspricht, umgerechnet auf normale Arbeitszeit, 150.000 zusätzlichen Beschäftigten. Die Rechnung enthält allerdings mehrere schwere Denkfehler: Mit Sicherheit würden die Unternehmer nicht einmal annähernd in dieser Größenordnung Neueinstellungen vornehmen, sondern sie würden (voraussichtlich mit Erfolg) versuchen, ihre Lohnabhängigen stärker an den ohnehin zumeist ungleichmäßigen Arbeitsanfall anzupassen: Überstunden schieben, wenn viel zu tun ist und/oder ein relativ hoher Kranken- oder Urlauberstand vorliegt; dafür in flauen Zeiten die Leute mal eher nach Hause schicken. Und richtig, die "flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit" gehört bereits zu den gemeinsamen Zielen, die die Gewerkschaften mitunterschrieben haben.

Nun sagt sich leicht - von Seiten linker Gewerkschafter, die das dennoch für eine gute Idee halten -, man müsse selbstverständlich verhindern, daß eine solche totale Anpassung der Arbeitszeit an die Unternehmerinteressen erfolgt. Aber in der Realität werden es die "Arbeitnehmer" künftig noch sehr viel schwerer als bisher haben, sich kollektiv und individuell dem Druck ihrer "Arbeitgeber" zu widersetzen.

Der Spruch linker Soziologen und Gewerkschafter von der zunehmenden Zeitsouveränität, die angeblich den Lohnabhängigen durch die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit beschert wird, kann nur aus abgrundtiefer Weltfremdheit oder aus Zynismus stammen: Es werden künftig in vielen Betrieben und Bereichen die Verhältnisse zunehmen, wo die einzelnen Beschäftigten am Montag noch nicht genau wissen, ob sie am nächsten Wochenende arbeiten müssen, wo sie am Mittwoch mittags nach Haus geschickt werden, weil "nicht so viel los ist", und wo ihnen am Donnerstag eröffnet wird, daß es mit dem lange schon fest verplanten freien Tag am Freitag nun leider, leider doch nichts wird, weil drei KollegInnen ausgefallen sind. Da wehre sich, wer noch kann! Zumal in den kommenden Jahren der Anteil der Beschäftigten erheblich zunehmen wird, die nur mit befristeten Verträgen beschäftigt sind, die also unter besonders starkem Druck stehen, ihren Arbeitsplatz nicht aufs Spiel zu setzen.

Aus dem gleichen Grund könnte die Forderung des DGB, Überstunden generell nicht mehr zu bezahlen, dazu führen, daß am Ende viele Überstunden nicht einmal mehr "abgefeiert" werden können, sondern ersatzlos verfallen. Wer beispielsweise gerade bangt, weil die Erneuerung seines Jahresvertrags seit mehreren Tagen beim Chef auf dem Schreibtisch liegt, wird wohl nicht allzu hartnäckig darauf bestehen, daß ihm als Ausgleich für angehäufte Überstunden bereits vier Wochen Freizeit zustehen, falls ihm gesagt wird, daß dies im Firmeninteresse nicht möglich sei.

Der Vorschlag der Gewerkschaften ignoriert außerdem, daß die bezahlten Überstunden für einen großen Teil der Beschäftigten ein kaum entbehrlicher, jedenfalls aber ein gewohnter und eingeplanter Einkommensbestandteil sind. Sie zu beseitigen, würde vermutlich viele veranlassen, kleine Nebenjobs anzunehmen oder beispielsweise die Wohnungsrenovierung selbst auszuführen, für die sie ansonsten einem arbeitslosen Bekannten zu einer willkommenen "illegalen" Nebeneinnahme verholfen hätten. Die Idee würde also mit hoher Wahrscheinlichkeit den Arbeitsmarkt zusätzlich belasten, während ganz ungewiß ist, ob sie auf der anderen Seite auch zu einer gewissen Entlastung (Neueinstellungen) führen würde.

Zwangsarbeit für Taschengeld

Das Beste am "Bündnis für Arbeit" sei, daß jetzt überall über das Thema gesprochen wird, kommentiert die PDS, während sie die Erfolgsaussichten sehr niedrig einschätzt. Es ist bedauerlich, daß die einzige Partei, die hierzulande die Rolle einer linken Opposition übernehmen könnte, sich - vermutlich aus Anpassungssucht gegenüber den Gewerkschaften und aus blanker Angst, nicht konstruktiv genug zu erscheinen - in solche Platitüden flüchtet. Selbstverständlich nutzt es außer Kohl & Co. Niemandem, daß darüber gesprochen wird. Und was unter der Parole praktisch abläuft, schadet vielen - manchen etwas weniger, dafür mehreren Millionen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern um so mehr.

Indem sich die Gewerkschaften unter dem von ihnen selbst erfundenen Titel "Bündnis für Arbeit" in die Kooperation mit Bundesregierung und Kapital einbinden lassen, machen sie es unmöglich, noch zu erkennen, welche Teile des Sozialabbaus sie selbst mittragen, welche sie zumindest tolerieren und welche sie ablehnen. Sie tragen ihren Teil zur Selbstdarstellung der Bundesregierung bei, als gehe es beim Sozialabbau um die Interessen der Arbeitslosen und als würden dabei im Prinzip alle gesellschaftlichen Kräfte von gleichen Sorgen getrieben und von gleichen Zielen geleitet. Auf dieser Grundlage kann man höchstens noch über die Zweckmäßigkeit einzelner Maßnahmen geteilter Meinung sein, aber keinen Abwehrkampf mehr organisieren.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren den Druck auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, ihre Arbeitskraft auch unter ungünstigsten Bedingungen zu verkaufen, stark erhöht. Extrem ist, jedenfalls rechtlich, die Situation der Sozialhilfeempfänger: Sie können auch zu sogenannten "gemeinnützigen" Arbeiten abkommandiert werden (beispielsweise Müll wegräumen), für die es (zusätzlich zur Sozialhilfe) nur ein willkürlich festgesetztes Taschengeld von etwa zwei Mark pro Stunde gibt. Ein Gericht hat gerade eben Recht gesprochen, daß solche Zwangsarbeiter keinen Anspruch auf tarifliche Bezahlung haben. Bei Weigerung, die befohlenen Arbeiten auszuführen, soll die Sozialhilfe, von der allein ohnehin niemand leben kann, noch weiter gekürzt werden.

Allerdings wird von der Möglichkeit solcher Zwangsarbeit bisher nur zu einem sehr kleinen Anteil Gebrauch gemacht. Die Gründe sind unterschiedlich: Viele kommunale Verantwortliche finden aus einem Rest an Humanität und Liberalität den Gedanken an Sklavenkolonnen schlichtweg widerlich. Viele sind auch wohl zu träge und risikoscheu, um sich die damit verbundenen organisatorischen Lasten aufzubürden. Und, so paradox es klingt, etliche Kommunen schrecken wohl auch vor den damit verbundenen Mehrausgaben zurück.

Da für Sozialhilfeempfänger keine Zumutbarkeitsbeschränkungen gelten, wäre es beispielsweise auch möglich, sie zwangsweise als Putzhilfen zu willkürlich festgesetzten Niedrigstlöhnen in Haushalte zu schicken. Auch hiervon wird bisher vermutlich kaum Gebrauch gemacht, aber es ist nicht unwesentlich, daß diese Möglichkeit bereits besteht. (Das 50-Punkte-Programm sieht die Schaffung von 850.000 zusätzlichen "Arbeitsplätzen" in Haushalten durch steuerliche Vergünstigungen für die "Arbeitgeber" vor.)

Im letzten Jahr kam die Bundesregierung auf die Idee, Empfänger von Arbeitslosenhilfe (also Langzeitarbeitslose) sollten zur Annahme von Saisonarbeiten in der Landwirtschaft und im Hotel-/Gastronomiegewerbe verpflichtet werden können. Dort werden üblicherweise kurzzeitig ArbeiterInnen aus Polen und anderen Niedrigstlohnländern beschäftigt, die so niedrig bezahlt werden, daß sie noch unter dem Satz der durchschnittlichen Arbeitslosenhilfe liegen. Da dies immerhin noch unzulässig wäre, soll dann für zwangsverpflichtete Arbeitslose der Hungerlohn aus Staatsmitteln aufgestockt werden. In der Praxis wird diese Idee sicher daran scheitern, daß die Bauern und Gastwirte sehr viel lieber mit "ihren" willigen und geschickten Polen zu tun haben, die zum Teil nun schon seit mehreren Jahren zu ihnen kommen, als mit zwangsverpflichteten Arbeitslosen, deren Qualifikation für die betreffende Arbeit zudem zweifelhaft ist.

Auch für Arbeitslose allgemein werden die Zumutbarkeitsregelungen fortschreitend abgesenkt. Wer gezwungen werden kann, Arbeit weit unterhalb seiner Qualifikation anzunehmen und dafür noch nicht einmal den Tariflohn zu erhalten, kann die Hoffnung begraben, noch einmal den Anschluß ans moderne Berufsleben zu finden. Generell gilt aber, daß auf dem Gebiet der Zwangsarbeit bisher sehr viel weniger praktiziert wird, als theoretisch von der Rechtslage her bereits möglich wäre. Um alles das zu realisieren, was heute schon legal ist, bräuchte man einen großen Apparat mit polizeiartigen Befugnissen, und man würde logischerweise bei Arbeitsdienst und Arbeitslagern landen.

Jagd auf "Sozial-Schmarotzer"

Viele Pläne und Maßnahmen scheinen einstweilen vor allem darauf abzuzielen, in der Öffentlichkeit ein bestimmtes Bild zu verfestigen: Arbeitslosigkeit ist vielfach und in hohem Maß selbstverschuldet. Das "soziale Netz" ist so gut abgefedert, daß viele überhaupt nicht motiviert sind, sich einen Arbeitsplatz zu suchen, sondern sich lieber die Sonne auf den Bauch scheinen lassen. Kanzler Kohl spricht feist und dumm davon, er habe gelesen, daß ein Drittel der Sozialhilfeempfänger zumutbare Arbeit abgelehnt hätten. (Bild, 12.1.96). Der Stammtisch rülpst ihm dankbar Beifall. Berichte über "Sozial-Abzocker" und "Sozial-Schmarotzer" tauchen regelmäßig in der zur Massenverhetzung dienenden Presse auf.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bedeutet so gesehen, daß man den Arbeitsunwilligen von Staats wegen stärkere "Anreize" geben muß, um jeden Preis irgendeine Arbeit anzunehmen. Anreize heißt in diesem Zusammenhang: Weniger Geld, kürzere Bezugsdauer, stärkerer Druck zur Arbeitsannahme, schärfere Maßnahmen gegen "Schwarzarbeit" - ohne die in der Regel Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe überhaupt nicht zum Leben reichen.

Tatsache ist jedoch: In Deutschland gab es im Dezember 1995 nach offizieller (viel zu niedriger) Rechenweise annähernd 3,8 Millionen Arbeitslose, aber nur 256.000 offene Stellen. Im allgemeinen wird davon ausgegangen, daß in Deutschland mindestens 5 Millionen Arbeitsplätze fehlen. Das heißt, man könnte den Druck auf die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sogar noch stärker erhöhen, ohne daß dadurch die Arbeitslosigkeit insgesamt geringer wird.

Allerdings kann man auf diese Weise den Druck steigern, unter dem diejenigen arbeiten müssen, die noch einen Arbeitsplatz als Lohnabhängige oder Selbständige haben. Erstens ist die permanente Massenarbeitslosigkeit, gerade auch durch die gnadenlos inhumane Diskriminierung der Betroffenen als arbeitsscheu und/oder unqualifiziert, ein mächtiges Drohmittel - vor allem gegenüber denen, die sich in diesem System nur noch verschlechtern könnten, weil sie "zu alt" sind. Das beginnt heute etwa bei 45. Über 50 werden in manchen Unternehmen bereits grundsätzlich keine Neueinstellungen mehr vorgenommen. Viele neu

aufgebaute Firmen, etwa im Bereich der Computertechnik oder der Neuen Medien, arbeiten rundum mit einem "jungen Team", in dem niemand älter als 40 ist.

Zweitens werden mit Hilfe von Maßnahmen, die angeblich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen sollen, breite Breschen in die allgemeinen Arbeitsbedingungen geschlagen. Beispiel: Untertarifliche "Einsteigerlöhne" für Langzeitarbeitslose. Beispiel: Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse. Davon geht, zumindest für bestimmte Bereiche, längerfristig ein erheblicher Anreiz aus, das fest beschäftigte, nach Tarif bezahlte Personal allmählich abzubauen und gegen unterbezahlte, leicht kündbare Arbeitslose auszutauschen.

Beispiel: Schokoladenhersteller Van Houten (Pea) in Norderstedt entläßt ein Drittel seiner 750 Beschäftigten. Verlegt dafür Teile der Produktion ins Kaff Hagenow in Mecklenburg. Da sind die Leute noch scharf darauf, auch zu schlechten Löhnen und Bedingungen arbeiten zu dürfen. Angebot: Wer von den bisherigen Beschäftigten möchte, darf mit nach Hagenow. Allerdings: nur noch zum "Ost-Tarif"! (Hamburger Morgenpost, 26.1.96) Denkbare verschärfte Variante: Arbeitsmöglichkeit in der Tschechischen Republik, selbstverständlich zum landesüblichen Lohn.

Man könnte das Thema auch noch beliebig erweitern: Beispielsweise fordern, daß für ältere Arbeitslose die tariflich oder betrieblich vereinbarten Schutzbestimmungen außer Kraft gesetzt werden dürfen. Daß für weibliche und/oder jugendliche Arbeitslose die einschlägigen Schutzbestimmungen nicht zu gelten brauchen. Alles das wäre eine logische Fortentwicklung des "Bündnis für Arbeit". Allerdings: Zusätzliche Arbeitsplätze würden dabei nicht in nennenswerter Zahl entstehen. Denn das allgemeine Problem ist nicht, daß Arbeit "zu teuer" ist, auch wenn das im Einzelfall eine Rolle spielen mag, sondern daß im Zuge der Modernisierung (und der sich verschärfenden Krise des Binnenmarktes) immer weniger davon benötigt wird.

Nicht 3,8, sondern eher 6 Millionen sind heute in Deutschland arbeitslos. Es werden im Jahr 2000 nicht weniger, sondern mehr sein. Daraus ergibt sich das permanente Bedürfnis der Regierenden, Bewegung vorzutäuschen und so zu tun, als hätten sie irgendwelche rettenden Einfälle. Ihr schmutzigster Einfall besteht darin, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger als Schuldige zu stigmatisieren und immer wildere Vorstellungen über den richtigen Umgang mit ihnen in die Welt zu setzen. Die "Asyldebatte" hat gezeigt, wohin diese Methode führt.

Kt.

2. Gemeinsame "Beilage" von ak und SoZ. Aus dem Innenleben der Redaktion

Autor: ga. · Rubrik: Linke, VSP; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/redsozak.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:redsozak

Unsere Gespräche über gemeinsame Publizistik mit den FreundInnen von der SoZ (VSP-Zeitung) haben ein erstes Ergebnis. Wir wollen zukünftig in unregelmäßigen Abständen gemeinsame Beilagen erstellen. Die erste Ausgabe wird zum 8. März fertig gestellt. Diese erste Ausgabe soll zu verschiedenen Frauenthemen sein: u.a. Quotenurteil, Differenzen der Frauenbewegung in Ost- und Westdeutschland, Frauenarbeit - Frauenarmut, Migrantinnen u.a. Erstellt wird die Ausgabe von Redakteurinnen der SoZ und von ak, außerdem haben wir einige "GastautorInnen" angefragt, die bisher auch schon in der einen und/oder anderen Zeitung geschrieben haben.

Die SoZ wird diese Beilage ihrer Zeitung beilegen, wir werden sie als vier Seiten in der nächsten Ausgabe von ak publizieren. Außerdem werden wir diesen Teil der Zeitung - wenn Bedarf besteht - auch als Extra drucken und verschicken.

Wer diese "Beilage" (nicht nur) am 8. März auf Veranstaltungen oder Demonstrationen verteilen möchte, kann sie beim ak-Vertrieb (unsere bekannte Postadresse) bestellen. Bitte möglichst schnell, damit wir die entsprechende Anzahl auch drucken lassen können. Wir verschicken die vierseitige Beilage kostenlos an diejenigen, die sie verteilen wollen, sind aber über eine Kostenbeteiligung in beliebiger Höhe dankbar. Die Verschickung findet am 7.3. zusammen mit der nächsten Ausgabe von ak statt, so daß sie am 8. März vor Ort ist.

ga.

3. Spendenziel noch nicht erreicht. Zwischenergebnis ist aber super

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/sp_ak387.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:sp_ak387

Ein ganz herzliches "Danke Schön" an alle bisherigen SpenderInnen. Das Ergebnis ist bisher super. Uns fehlen nur noch 9.400 DM um die 50.000 DM, die wir dieses Jahr brauchen, um ak weiter herauszugeben.

An alle, die noch nicht aus dem Winterschlaf erwacht sind, denen bisher der Weg zur Bank zu kalt war oder die noch zögerlich waren: Bitte tragt jetzt mit Eurer Spende dazu bei, daß wir die Zeitung weiter herausgeben können und dieses Jahr keine Preiserhöhung durchführen müssen.

Eure ak-Redaktion

26.040,00 Ergebnis bis ak 386

100,00 U.S., Hamburg

500,00 P.P., Hamburg

50,00 U.K., Hamburg

30,00 R.O., Kassedorf

50,00 J.G., Hannover

50,00 W.I., Konstanz

150,00 P.L., NN

400,00 gaf, Hamburg

300,00 V.B., Hamburg

100,00 W.S., Aurich

50,00 S.K., Oldenburg

1000,00 M.H., Göttingen

100,00 F.O.W., Berlin

50,00 T.R., Göttingen

100,00 O., Berlin

200,00 W.F., Köln

20,00 U.B., Lahntal

50,00 S.N., Berlin

50,00 H.B., Köln

1000,00 S., NN

500,00 S.B., Frankfurt

30,00 W.S., Hamburg

700,00 G.K., NN

100,00 A.R., NN

100,00 R.P., Northeim

100,00 R.K., NN

200,00 H.R., Salzgitter

100,00 R.M., NN

1500,00 J.N., Hamburg

20,00 W.L., Nienburg

50,00 R.M., Oldenburg

100,00 O.K., Idar-Oberstein

200,00 M.L., Köln

20,00 A.B., München

100,00 R.S., Quickborn

100,00 B.T., Berlin

100,00 M.H., NN

100,00 J.D., Hannover

150,00 G.N., Reutlingen

1500,00 reed, Bonn

20,00 H.S., Coburg

50,00 S.K., Berlin

77,00 L.-S., NN

150,00 J.G., Köln

100,00 B.S., NN

50,00 M.B., Berlin

80,00 J.W., München

100,00 D.K., Berlin

30,00 G.F., NN

100,00 C.B., Freiburg

100,00 K.H., Laboe

100,00 H.K., Hamburg

300,00 C.-F.W., NN

150,00 M.C., Jena

100,00 R.K., Heidelberg

100,00 R.u.M.S., NN

200,00 M+J, Köln

300,00 B., Wiesbaden

100,00 W.S., NN

200,00 B.F., Stade

50,00 G.W., Berlin

100,00 K.W., Marburg

100,00 B.L., NN

1000,00 I.B., Hamburg

200,00 R.M., Hamburg

50,00 B.S., München

200,00 J.G., Elmshorn

60,00 F.G., Hamburg

200,00 M.K., NN

100,00 S.H., Hamburg

100,00 U.K., NN

50,00 B.S., NN

14557,00 Seit ak 386

40.597,00 Summe

4. Peter Mecklenburg ist tot

Autor: ga. · Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:38

Mecki, wie er von allen genannt wurde, war lange Jahre Mitarbeiter der GAL-Bürgerschaftsfraktion. Einer, der kein Blatt vor den Mund nahm. Ohne auf die eigenen Vorteile zu achten, setzte er sich immer wieder gerade für diejenigen ein, die sonst keine Lobby finden: Gefangene, Flüchtlinge und Drogenabhängige.

Ghandis Ausspruch: "Wollt Ihr die Kultur Eures Volkes kennenlernen, dann geht in seine Gefängnisse" und natürlich seine eigene Erfahrung als Ex-Gefangener waren die Triebfeder, immer wieder gegen die Justizwillkür anzulaufen und für die Rechte der Gefangenen einzutreten. Seine eigenen Knasterfahrungen hatten ihn zum Experten für die wesentlichen Dinge gemacht, um die Gefangene immer wieder erbittert kämpfen müssen. Stets war er bereit, anderen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Die permanente Auseinandersetzung mit dem Bürokratenapparat der Justiz hinderte ihn keineswegs daran, sich auch an "praktischer" Politik zu beteiligen. Mecki war auf allen wichtigen Demonstrationen zu finden - meistens zur rechten Zeit am rechten Ort.

Die Hamburger Linke hat einen kämpferischen Weggefährten verloren, der sich nicht den Mund verbieten ließ und kompromißlos Mißstände an die Öffentlichkeit brachte.

ga.

5. Wer auf den Schmutz hinweist ... Nach dem Fall von Dahlhoff - Kampagne gegen MdB Wolf

Autor: SoZ-Redaktion · Rubrik: PDS; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/soz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:soz

Es ist nicht neu in diesem Land: Der Bote wird geschlagen, die Botschaft unter den Tisch gekehrt. Oder, mit Kurt Tucholsky: "Im übrigen gilt ja hierzulande derjenige, der auf den Schmutz hinweist für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht."

Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages verurteilte am 1. Februar denjenigen, der auf den Schmutz hinwies, und sprach dem PDS-Bundestagsmitglied Winfried Wolf wegen "massiven Vertrauensbruchs" eine Rüge aus. Das Blatt Focus kübelte unter dem Titel ",IM Wolf` kippte den Botschafter" nach: "Kundschafter Wolf" sei ein "Indiskret Mitreisender". Und der Leiter der Bundestagsdelegation, Armin Laschet (CDU), der sich im direkten Anschluß an die Reise - ohne Wissen anderer Delegationsmitglieder - bei Botschafter Dahlhoff für das "so vielseitig zusammengestellte Programm, mit dem wir viele wichtige Informationen über die Situation in Haiti erfahren konnten", bedankte, fordert gar "den vorläufigen Ausschluß der PDS von weiteren Delegationen".

Was war passiert? Der deutsche Botschafter in Haiti wurde abberufen, nachdem Winfried Wolf mit einem Bericht an die Öffentlichkeit gegangen war, in dem u.a. das sexistische und rassistische Verhalten dieses Vertreters deutscher Interessen bloßgestellt worden war. Darüber hinaus hatte Wolf berichtet, wie die Bundestagsdelegation instrumentalisiert und die haitianischen Gesprächspartner, darunter Staatspräsident Aristide, durch Botschafter und Delegationsmitglieder unter Druck gesetzt worden waren, um den Privatisierungsforderungen von Weltbank und US-Regierung Nachdruck zu verleihen. Wolf: "Es kann nicht die Aufgabe einer Parlamentsdelegation sein, daß wir, Vertreter eines der reichsten Länder der Welt, von der haitianischen Seite den Verkauf ihres letzten Tafelsilbers fordern."

All diese Tatsachen, die erstmals in SoZ Nr.1/1996 und in konkret Nr.2/1996 dokumentiert worden waren, wurden bei Recherchen der Stern-Redakteurin Bettina Schneuer von zwei anderen Delegationsmitgliedern, Gabriele Fograscher, SPD, und Andreas Krautscheid, CDU, bestätigt. Das vierte Mitglied, Delegationsleiter Laschet, dementierte keine der zentralen Aussagen. Mehr noch: Gegenüber dem Stern belegten die anderen Delegationsmitglieder eine dem sexistischen Zitat vergleichbar schwerwiegende Aussage des deutschen Botschafters: Dahlhoff hatte gegenüber den CDU-MdBs den Redestil von Präsident Aristide mit dem von NS-Propagandaminister Goebbels verglichen. Wolf brachte dieses Rufmord-Zitat zunächst nicht an die Öffentlichkeit, weil er es nur von Dritten kannte, die dies jedoch nun bestätigten.

So weit, so klar. Die Delegation schien, zumindest im nachhinein, klargestellt zu haben, daß sie derlei Herrenmenschentum, wie von Botschafter Dahlhoff an den Tag gelegt, kritisierte. Außenminister Kinkel gab sich zunächst als Antirassist und Antisexist. Darüber hinaus war es bei den verschlungenen Wegen von der kleinen linken zur großen bürgerlichen Presse gelungen, wesentliche Inhalte der kritischen Berichterstattung am Wegesrand zu entsorgen: Die Erpressung mit der Privatisierungsforderung, die US- und deutschen Interessen, die ausbleibende Hilfe für Aristide, die Tatsache, daß Haiti weniger dicht bevölkert ist als Westdeutschland - all dies sind keine Themen mehr. Dafür gibt es die widerliche Verkürzung der meisten Artikel und Meldungen auf ein einziges, genüßlich wiedergegebenes sexistisches Zitat, wobei Focus in Stammtischmanier noch bebildert und unter ein Photo haitianischer Frauen schreibt: "Wollen angeblich immer".

Also: Klappe zu. Doch es fehlte noch: PDS-Affe tot. Deshalb holte Klaus Kinkel zum dreifachen Keulenschlag aus und nutzte als Bühne für seine Kleinkunst die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) am 31.1.

Er erklärte erstens, Wolfs Gang an die Öffentlichkeit habe "deutschen Interessen im Ausland geschadet".

Er konstatierte zweitens, Dahlhoff wäre heute noch Botschafter in Port-au-Prince, wenn der Vorgang "intern" geblieben wäre.

Drittens drohte er Wolf an, "Sie zukünftig genau (zu) beobachten, ob Ihnen in Ihrem Leben nicht das eine oder andere passiert."

Ein kluger Beobachter unserer Zeit sagte jüngst: "Die Wirklichkeit ist vulgärmarxistisch." Quod erat demonstrandum - in terra haitiensis. Diese Wirklichkeit verhält sich wie folgt:

- Ein deutscher Botschafter bleibt auch dann ein deutscher Botschafter, wenn er den Staatspräsidenten eines Landes mit Goebbels vergleicht und sich der Bevölkerung gegenüber als Rassist und Sexist zeigt. Vorausgesetzt: Alles bleibt "intern".

- Ein Bundestagsabgeordneter hat sich bei Kenntnis solcher Vorfälle an "Dienstwege" zu halten und darf nicht an die Öffentlichkeit gehen. Andernfalls fügt er "deutschen Interessen Schaden" zu und wird gerügt. Hält er sich an den "Dienstweg", bewirkt seine "Mitteilung" nichts außer, so Kinkel: der Botschafter hätte "von mir eins auf die Mütze bekommen". Ein Schmutzfink bleibt im Amt. Die deutschen Interessen bleiben gewahrt.

- Ausnahme von der Dienstweg-Regel: Bundestagsabgeordnete der Koalitionsparteien und Mitglieder der Bundesregierung kennen dann keine "Dienstwege" und Vertraulichkeit, wenn es gilt, gegen links Schmutz zu kübeln und z.B. Stefan Heym durch pure Denunziation daran hindern zu wollen, die Eröffnungsrede im neu gewählten Bundestag zu halten.

- Ein Vertreter der Exekutive und früherer Präsident des Bundesnachrichtendienstes darf einem Abgeordneten und damit einem Vertreter derjenigen "Gewalt", die laut Lehrbuch die Exekutive zu kontrollieren hat, offen mit "Beobachtung" des persönlichen Lebens drohen - Exekutive droht Legislative. Kinkel fällt deutlich aus dem Rahmen der demokratischen (Sandkasten-)Spielregeln. Wenn er darüber ganz fiele - das wär' uns auch recht.

SoZ-Redaktion

6. Die "Aggression" der Slowenen, Kroaten und Muslime. Peter Handkes eigenartige Auffassung von Gerechtigkeit für Serbien

Peter Handkes eigenartige Auffassung von Gerechtigkeit für Serbien - von Balduin Winter

Autor: B. Winter · Rubrik: Diskussion; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:13

"War es nicht immer schon der Schein..., der mich stärker bestimmt hat als jede noch so feststehende Tatsache?" (Peter Handke, Die Wiederholung)

Peter Handke ist bestimmt ein ungewöhnlicher Dichter, wahrscheinlich zählt er zu den ganz wenigen ganz großen im deutschen Sprachraum. Von Zeit zu Zeit äußert er sich zu politischen Ereignissen, denn bei aller Zurückgezogenheit ist er kein Bewohner des Elfenbeinturms. Da er kein professioneller Kommentator ist, äußert er sich zu Sachverhalten, die ihn angehen, betreffen. Jugoslawien geht ihn an, da seine Familie mütterlicherseits im Kärntner Slowenentum wurzelt. Doch hat Handke in seinen Büchern immer deutlich machen können, daß es sich nicht um ein ethnisches Problem handelt. Genauer: Hinter dem ethnischen Problem steckt das der politischen, sozialen und kulturellen Unterdrückung einer Volksgruppe, der der österreichische Staat, die Erfüllung staatsvertraglich vereinbarter Rechte versagt. Handke ist einer von denen, die an den Rand gedrängt worden sind und der sich an den Rand gestellt hat, um von dort zu berichten.

In einem zentralen Buch, "Die Wiederholung", 1986 erschienen, wirft er die Geschichte einer Kindheit und Jugend auf, deren Bilanz Marginalisierung und Entfremdung ist, aber auch der forscherische Drang des Sich-Wieder-Holens. Die erste Reise über die Grenze, nach Süden, nach Slowenien gerät zur Identitätssuche. Das Tal der Save, Bohinske Bistrica und die Julischen Alpen, das Soca-Tal, der Karst - all die geografischen Orte werden zu Chiffren einer Vorstellung, von der er schreibt: "Und diese Landschaft vor mir,... die begriff ich jetzt als ‚die Welt`; und diese Landschaft, ohne daß ich damit das Tal der Save oder Jugoslawien meinte, konnte ich anreden als ‚Mein Land!`; und solches Erscheinen der Welt war zugleich die einzige Vorstellung von einem Gott, welche mir über die Jahre geglückt ist." Das "Neunte Land", wie Slowenien in Märchen genannt wird, bietet auch mit seiner Sprache Heimat an: "Wie nicht sich jenem unbekannten Volk zuzählen wollen, das für Krieg, Obrigkeit und Triumphzüge sozusagen nur Lehnwörter hat, aber einen Namen schafft für das Unscheinbarste, ob, im Haus, den Raum unter der Fensterbank oder, draußen auf dem Feldweg, die vom gebremsten Wagenrad glänzende Stelle am Stein ... - und das sich zugleich nie, gegen ‚die Völker`, als das eine, das auserwählte, abgrenzen muß (denn es bewohnt und bebaut ja, in jedem Wort sichtbar, sein Land)?"

Täuschung und Enttäuschung

Handke hat auf seiner Suche nach Wurzelgrund in Slowenien "sein Land" gefunden. Das Wissen um diese Täuschung schiebt er bewußt weg. Täuschung ist es deshalb, weil er genau weiß, daß es nicht einfach "Land", sondern auch "Staat" ist. Mit dem Land kommuniziert er, aus ihm zieht er sein subjektives Lebensgefühl, den Staat hingegen ignoriert er. Er weiß, daß zum Zeitpunkt der ersten Reise (1960) Slowenien eine Republik ist, die, während der Niederschrift des Buches, aufgrund der Verfassungsreform von 1974 ein recht eigenständiges Verfassungssubjekt mit dem in der Präambel ausdrücklich vermerkten Recht auf Loslösung ist. Als aber "Mein Land!" sich über diesen Staat artikuliert, in dem 88% seiner Bewohner im Dezember 1990 für die Loslösung von Jugoslawien votieren, wird aus der Täuschung die Enttäuschung: Handke erklärt seinen "Abschied des Träumers vom Neunten Land", das nur noch in seiner Erinnerung existiert. Für die Loslösung sieht er keinen einzigen Grund, "nicht einmal den sogenannten ‚großserbischen Panzerkommunismus`". Das ist - deshalb die lange Einleitung - der Ausgangspunkt für alles, was Handke seither zu Jugoslawien geäußert hat. Und diese tiefgreifende, existentielle Enttäuschung steht auch hinter dem jüngst in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Essay "Gerechtigkeit für Serbien". (SZ, 5.1. und 13.1. 1996)

Der Text besteht aus zwei Teilen: einer langen Einleitung, in der Handke seine politischen Standpunkte darlegt und Medienkritik übt, und einem Reisebericht ("Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina"). Motiv der Reise: "Es war vor allem der Kriege wegen, daß ich nach Serbien wollte, in das Land der allgemein so genannten ‚Aggressoren`."

Handke, der Skeptiker, mißtraut vorgefaßten Meinungen, schnellen Antworten, insbesondere aus den Medien und stellt sich lieber Fragen - doch in der zentralen Frage der Aggressoren hat er durchaus eine Antwort zu bieten.

Die Reise selbst vermittelt am wenigsten Antworten; was kann einer in zwei Wochen über jahrelange Verwicklungen erfahren? Handke spult die Bilder seiner Wahrnehmung ab, aus denen er manchmal, aber selten, kühne Schlüsse zieht (die besondere Höflichkeit und Gesittetheit der Belgrader), und entfaltet wohlbekannte Meisterschaft in der Ausgestaltung der Bilder. Er informiert sich, führt Gespräche mit Leuten des nationalen Lagers wie dem Schriftsteller Milorad Pavic und mit Leuten der Opposition wie dem Schriftsteller Dragan Velikic. Pavic stellt er vor als "feinwürdigen, älteren Herrn", bis zu seinem Erfolg "Das Chasarische Wörterbuch" nur bekannt als Spezialist für serbischen Barock. Inzwischen ist Pavic auch Spezialist für einen "sogenannten" serbisch-byzantinischen Stil, in dem er, wie er öffentlich kundtat, das endlich befreite serbische Vukovar wieder aufbauen will, älter und schöner als je zuvor.

Dagegen scheint Handke, beim Treffen mit der Opposition, den Aufschrei eines Mannes gegen die serbischen Machthaber und ihre Politik nicht wahrnehmen zu wollen. Mit dem Belgrader Velikic, der in Pula/Istrien aufgewachsen ist, kann er locker nur über Istrien plaudern. Handke kennt Velikics Essay "Stimme aus der Erdspalte", in der dieser über Milosevic und die ihn umgebende Militärkamarilla schreibt: "...sie haben den schwärzesten Punkt im Dossier der serbischen Nation zu verantworten". Das paßt zu Handkes Absicht nicht, darüber spricht es sich nicht gut, wenn das mal nicht ein Geiferer von der FAZ, sondern ein antinationalistischer Belgrader Demokrat behauptet.

Immerhin liest sich der Reisebericht, ausgenommen der auf eine fragwürdige Gerechtigkeit hingequälte Schluß, wie ein Stück guter Literatur. Handke hütet sich, aus den wenigen Tagen große Verallgemeinerungen zu ziehen. Andererseits gibt ihm der Bericht selbst für seine Absicht zu wenig her, also montiert er die lange Vorbemerkung hinzu - und darin macht er sich, ob willentlich oder nicht, zum Sprachrohr der offiziellen Belgrader Propaganda.

Handke formuliert eine im Verlauf des Essays immer rabiater werdende Medienkritik. Daran mag durchaus vieles richtig sein. Wie ein Reinhard Lauer, seines Zeichens Oberspezialist für jugoslawische Literaturen, unter dem Deckmantel der "Mythenkritik" in der FAZ ausgerechnet über den bedeutendsten Dichter Serbiens, Vasko Popa (1922-1990) herfällt, das hat mit Literaturkritik absolut nichts zu tun, wohl aber viel mit Serbenhaß. Lauer will wohl vergessen machen, daß er Popas Verse vor 20 Jahren selbst noch zu den "besten Zeugnissen der europäischen Lyrik" zählte; heute sieht er in ihnen Material für die großserbische Kriegspropaganda, "geheime Botschaften des Serbentums". Solche journalistischen Heckenschützen gibt es einige.

Handkes Kritik an Bildern und Sprache

Ein Hauptpunkt in Handkes Medienkritik ist die Zweifelhaftigkeit der Bilder und der Sprache. "Was weiß der, der statt der Sache einzig deren Bild zu Gesicht bekommt...?" Bezüglich der Sprache zitiert er den französischen Schriftsteller Besson, der eine Art "Wörterbuch der Gemeinplätze" herausgebracht hat. Darin kritisiert Besson, daß Karadzic immer mit "Doktor" oder mit "der Psychiater" tituliert wird, was ihn immer mit dem Wahnsinn in Verbindung bringt; dazu käme noch die Verunglimpfung wegen seiner angeblich "schlechten Gedichte". Letzteres läßt sich freilich einschlägig überprüfen. Und peinlich wirkt es, wenn Handke Besson zitiert, der einmal Karadzic in Pale zu sehen bekam und ihn "als eine alternde, müde, wie abwesende, ziemlich traurige Frau" schildert.

An der Kritik an Bildern und Sprache mag einiges dran sein. Nur für Handke selbst scheint sie nicht zu gelten. Er kann z.B. ja nicht leugnen, daß Dubrovnik sowohl von Tschetniks als auch von der jugoslawischen Kriegsmarine beschossen worden ist. Dennoch fragt er, ob es wirklich beschossen wurde - auch ihr Zentrum. Den serbischen Dichter Milan Milisic, der im Zentrum tödlich getroffen wurde, kann er ja nun nicht mehr fragen. Wollte er das wirklich wissen, hätte er sich im Tagebuch von Jasmin Krpan schon längst eine Antwort holen können. Sein Zweifeln in Ehren, aber es gibt ein forschendes und ein verhüllendes Zweifeln: "Oder lagen die beschossenen Objekte außerhalb der dicken Stadtmauern...?" Eine perfide Frage.

Ganz deutlich wird er in seinem Urteil über den Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Dort sind bislang 47 Serben, acht Kroaten und ein Bosnier wegen Kriegsverbrechen angeklagt. Daran wird sich noch einiges

ändern. Für Handke steht jedoch fest, daß darin eine Ungerechtigkeit besteht - der Bosnier würde bloß als "Alibikriegsverbrecher" verwendet, damit das Losgehen auf die Serben nicht allzu offenkundig ist.

Undsoweiter. Genau das, was Handke den Medien vorwirft, Mißbrauch der Sprache, betreibt er selbst im eifrigen Bemühen, "Gerechtigkeit für Serbien" walten zu lassen. Ebenso verhält es sich mit den Bildern. Er warnt, und im nächsten Atemzug wartet er selbst mit einem fragwürdigen Bild auf, das sich ihm eingeprägt hat und zu seinem festen Repertoire gehört. Es ist ein Foto von "slowenischen Freiheitskämpfern", die so gar nichts Freiheitskämpferisches haben: "nichts Jugendliches...", sondern "schmerbäuchige Mitdreißiger", "aufgepflanzt eher wie gegen Ende eines Schwerenöterausflugs", "halblustige Freizeittruppen"... Man fragt sich da, weshalb sollte man einem Handke in der Süddeutschen das glauben, was man einem Reißmüller in der FAZ nicht glaubt? Weshalb begibt sich Handke auf dieselbe Ebene?

"Was, willst du etwa die serbischen Untaten, in Bosnien, in der Krajina, in Slawonien, entwirklichen helfen durch eine von der ersten Realität absehende Medienkritik? - Gemach. Geduld. Gerechtigkeit. Das Problem - nur meines? - ist verwickelter, verwickelt mit mehreren Realitätsgraden oder -stufen; und ich ziele, indem ich klären will, auf etwas durchaus ganz Wirkliches, worin alle die durcheinanderwirbelnden Realitätsweisen etwas wie einen Zusammenhang ahnen ließen."

Der Dichter entlarvt

die wahren Aggressoren

Der Zusammenhang, an dem Handke bastelt, sieht - jenseits seiner durcheinander wirbelnden Wortkaskaden - recht einfach aus. Für ihn beginnt das Nationalitätenproblem bei den Serben in Kroatien. Diese mußten sich, per Dekret, per Ausrufung der Eigenstaatlichkeit, als Bürger zweiter Klasse fühlen. In dieser Provokation habe die eigentliche Aggression gelegen: "Wer also war der Aggressor? War derjenige, der einen Krieg provozierte, derselbe wie der, der ihn anfing? Und was hieß ‚anfangen`? Konnte auch schon solch ein Provozieren ein Anfangen sein?"

Stop. Da drehte sich längst schon die Spirale der Gewalt. Da gab es bereits den Verfassungsbruch Milosevic' und eine Menge Toter im Kosovo. Also nehmen wir es mit der Frage "Was hieß anfangen?" etwas genauer. Fängt die jugoslawische Krise erst 1990 an? Oder gibt es da nicht vielfältige Ursachen, von denen manche sogar bis in die Gründungszeit der SFRJ und die großen Schlächtereien zuvor zurückreichen? Hat nicht schon längst das katastrophale Versagen des Selbstverwaltungssozialismus, sowohl im ökonomischen Bereich als auch in der Herausbildung eines neuen Bewußtseins, zu der tiefen sozialen und schließlich gesellschaftlichen Krise der 80er Jahre geführt? Zeigt sich nicht schon in den frühen 80er Jahren in den wilden Streiks die Paralysierung der Arbeiterschaft, der es, ob in Kroatien oder in Serbien, nicht gelingt, neue überbetriebliche Strukturen zu bilden, um sich gegen das korrupte KP-Management zu behaupten? Spitzt sich nicht schon in der ökonomischen Krise der Widerspruch zwischen dem durch die Verfassungsreform von 1974 verstärkten Föderalismus und dem jeder KP-Herrschaft innewohnenden Zentralismus zu? Ist nicht das Nord-Süd-Gefälle die ökonomische Chiffre für einen längst politisch gewordenen Konflikt, wie er sich in der Neugruppierung der Kräfte nach Titos Tod ausdrückt? Und liegt nicht das "Anfangen" im engeren Sinn dort, wo politische Strömungen auftreten, die die Ethnisierung des gesellschaftlichen Konflikts betreiben?

Auch hier wird man keine eindeutigen Antworten finden. Fest steht bloß, daß der serbisch-albanische Konflikt zu diesem Zeitpunkt der offensichtlichste und härteste nationale Konflikt ist. Aber noch ist seine Zuspitzung zum militärischen Konflikt nicht vorgezeichnet. Um diese Situation, um diese Fragen herum müßte vorsichtig sondiert werden, sollte weniger nach Kommentaren irgendwelcher Beobachter gefragt werden, sollte mehr Gewicht auf die naturgemäß widersprüchlichen innerjugoslawischen Auffassungen über Krisenverlauf und Krisenstrategien gelegt werden.

Aber Handke bewegt sich entweder im, wie er selbst sagt, Nebensächlichen oder in den großen Fragen: "Und schließlich ist es mit mir sogar soweit gekommen, daß ich, nicht nur mich, frage: Wie verhält sich das wirklich mit jenem Gewalttraum von ‚Groß-Serbien`?" Und will es dann doch nicht so genau wissen, denn er zieht die gehaßte FAZ zu Rate, deren Schuldzuweisungen ihn mächtig erzürnen. Statt sich allerdings anderwärtig mit Information zu versorgen, hält er gleich 180 Grad dagegen: "Hat sich dann am Ende nicht eher ein ‚Groß-Kroatien` als etwas ungleich Wirklicheres oder Wirksameres oder Massiveres, Ent- und

Beschlosseneres erwiesen als die legendenumspeisten, sich nie und nirgends zu einer einheitlichen Machtidee und -politik ballenden serbischen Traumkörnchen?"

Also: Mostar wurde von massiver kroatischer Artillerie beschossen, Sarajevo hingegen mit serbischen Traumkörnchen, noch dazu provoziert durch die bosnische Unabhängigkeitserklärung. Vorher gab es ja nichts, außer ein paar Körnchen nationalistischer Töne. "Wer nun war der Angreifer?" wiederholt Handke seine Provokationsthese und meint die bosnische Regierung.

Handkes Stichwortgeber

In den 60er Jahren haben sich in der PRAXIS-Gruppe, in Opposition zur Linie der KP, namhafte Philosophen des Landes gesammelt. In den 70er Jahren verboten und teilweise im Exil, erfolgt nach Titos Tod sukzessive ihre Rehabilitierung. Die Belgrader Gruppe spaltet sich allerdings über der nationalen Frage. Mihajlo Markovic, Svetozar Stojanovic und Ljubomir Tadic nähern sich den Intellektuellen um Dobrica Cosic an, die einer klar nationalistischen Linie, verbrämt mit sozialistischer Phraseologie, folgen. Aus dieser Verbindung geht 1986 das berüchtigte Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste hervor, das damals nur bruchstückweise und erst 1989 voll veröffentlicht wird. Unter dem Deckmantel der "antibürokratischen Revolution" wird ein "Referendum des serbischen Volkes" ohne Rücksicht auf Grenzen gefordert, um dem durch die "revanchistische Politik" Titos und Kardeljs ("antiserbische Koalition") "systematisch und absichtlich" benachteiligten serbischen Volk seine volle Souveränität zurückzugeben. Einer der Schlüsselsätze, der in der Folge in zahlreichen propagandistischen Varianten wiederkehrt, lautet: "Die Herstellung der vollen nationalen und kulturellen Integrität des serbischen Volkes, unabhängig davon, in welcher Republik oder Provinz es sich befinden möge, ist sein geschichtliches und demokratisches Recht. Die Erlangung der Gleichberechtigung und eine selbständige Entwicklung haben für das serbische Volk einen tieferen geschichtlichen Sinn." (zit. nach Ursula Rütten, S.91f) Ein Standardsatz von Cosic ist: "Serbien ist überall dort, wo serbische Grabsteine stehen."

Hier kann nur angedeutet werden, was sich allmählich zusammenbraut: eine Koalition von Intellektuellen um Markovic und Cosic mit dem genialen Organisator Milosevic, dem schließlich, im Verlauf des Jahres 1988, die Allianz mit Verteidigungsminister Veljko Kadijevic und entscheidenden Kräften der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) gelingt. Bloß ein Traumkörnchen?

Zu Handke sei noch bemerkt, daß seine Provokationsthese genau aus dem Repertoire der Markovic-Gruppe stammt. In einem Spiegel-Interview vom 22.6.1992 formuliert Stojanovic eine ähnliche These, in deren Zentrum die JVA ein Opfer der Sezessionisten wird. Und wenn Handke überlegt, wie er denn als Serbe gehandelt hätte (wäre er jünger, hätte er zur Waffe gegriffen...), so erinnert das an Markovic' These von der Existenzbedrohung des serbischen Volkes, das solidarischer Hilfe bedarf - freilich nicht mit den friedlichen Mitteln der Demokratie ("... denn im Frieden haben die Serben immer verloren", sagt Cosic), sondern mittels Krieg. Allerdings, so Markovic, werde "viel Aufwand damit getrieben, falsche Behauptungen, Unterstellungen propagandistisch zu verbreiten, damit solche Solidarität als Nationalismus umgewertet wird..." (Rütten, S.127)

Handkes persönliche Verletzung in Ehren. Wie glaubwürdig aber ist es, wenn jemand "Gerechtigkeit für Serbien" fordert und dabei selbst nichts anderes als die derzeit vorherrschende Spielart der serbischen Propaganda vertritt?

Ein paar Literaturhinweise:

Alida Bremer (Hg.), Jugoslawische (Sch)erben. Probleme und Perspektiven. fibre Verlag Osnabrück Münster 1993.

Peter Handke, Die Wiederholung. Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1986 (1989).

ders., Abschied des Träumers vom Neunten Land. Eine Wirklichkeit, die vergangen ist: Erinnerungen an Slowenien. Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1991.

Viktor Meier, Wie Jugoslawien verspielt wurde. Verlag C.H.Beck München 1995.

Dunja Melcic (Hg.), Das Wort im Krieg. Ein bosnisch-kroatisches Lesebuch. dipa Verlag Frankfurt/M. 1995.

Ursula Rütten, Am Ende der Philosophie? Das gescheiterte "Modell Jugoslawien" - Fragen an Intellektuelle im Umkreis der PRAXIS-Gruppe. Drava Verlag Klagenfurt/Celovec 1993.

Catherine Samary, Die Zerstörung Jugoslawiens. Ein europäischer Krieg. ISP Verlag Köln 1995.

Dragan Velikic, Stimme aus der Erdspalte. Wieser Verlag Klagenfurt/Celovec 1992.

7. Festung Europa. Todesfalle für Flüchtlinge - Chronologie 1992-1996

Autor: ga. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:32

Die Zahlenspielereien mit den steigenden, sinkenden oder konstant bleibenden AsylberberInnen hat auch nach der faktischen Abschaffung des Asylrechtes nicht aufgehört. Papier ist geduldigt, und Statistiken lassen sich beliebig erstellen. Die neuesten Zahlen - im Januar 1996 veröffentlicht, verkünden uns nun "konstante Asylbewerberzahlen": 1995 haben 127.937 Flüchtlinge politisches Asyl beantragt, das sind etwa 600 mehr als im Vorjahr. Anerkannt werden allerdings im Jahresdurchschnitt etwa neun Prozent. Greift mensch auf ältere Zahlen zurück, sieht die Sache allerdings anders aus: 1992 wurden 438.191 AsylbewerberInnen registriert. Der Bundesgrenzschutz meldet erfreut, daß er 1994 mehr als 30.000 AusländerInnen die illegale Einreise verwehren konnte. Um die gegen starke Proteste durchgepeitschte Änderung des Asylgesetzes zu rechtfertigen, müssen solche Erfolgsmeldungen her.

Daß Gesetze, die in der BRD erlassen werden, um Menschen aus anderen Ländern auszusperren, nicht die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern ändern, liegt auf der Hand. Die Menschen, die aufgrund von politischen, ökonomischen oder ökologischen Schwierigkeiten versuchen, in einem anderen Land ihr Leben zu organisieren, kommen weiterhin. Ein wesentlich größerer Teil von Flüchtlingen wird zum illegalen Grenzübertritt gezwungen und dazu, hier illegal zu leben. Das macht diese Menschen noch schutzloser und ihre Lebensbedingungen hier noch katastrophaler.

Sie sterben oft beim Versuch die Grenze zu überqueren, werden von Rechtsextremisten oder Polizisten ermordet oder bringen sich aus Verzweiflung über die drohende Abschiebung in das Land, aus dem sie geflohen sind, um ihr Leben zu retten, selbst um. Flüchtlinge, die nach Europa wollen, müssen dies immer wieder mit dem Leben bezahlen. Tote Flüchtlinge - ob erschlagen, ertrunken oder verbrannt - sind nur selten eine Pressemeldung wert. Die Toten in den Abschiebeknästen, die oft ohne jeden familiären Zusammenhang sind, können verschwiegen werden, weil es keine Angehörigen gibt, die nach ihnen fragen. Das macht es sehr schwer, sich einen Überblick zu verschaffen. Die folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber allein in dieser Liste stehen über 200 Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit, Nahrung oder einem menschenwürdigem Dasein ums Leben kamen.

ga.

1992: Der 28jährige Yohannes A. aus Äthiopien ertränkt sich in der Donau bei Regensburg (D).

31.1.92: Drei Menschen aus Sri Lanka, darunter ein Kind, sterben bei einem Brand im Flüchtlingsheim in Lampertheim (D).

6.3.92: Bei einem Überfall von Skinheads in einer Diskothek in Reilingen bei Mannheim (D) wird ein Türke erstochen.

15.3.92: In Saal (D) wird beim Überfall auf eine Flüchtlingsunterkunft der 18jährige Rumäne Dragomir Christinel zu Tode geprügelt.

25.4.92: In Berlin-Marzahn (D) wird der 29jährige Vietnamese Nguyen Van Tu getötet.

5.7.92: "Irrtümlich" werden zwei (aus einer Gruppe von 20) polnische Flüchtlinge beim Versuch, die Grenze zu überqueren, von Jägern im Kreis Pasewalk (D) erschossen.

8.7.92: In Ostfilder-Kemnat bei Stuttgart (D) überfallen vermummte Neofaschisten ein Wohnheim für ausländische ArbeiterInnen und erschlagen den 55jährigen Jugoslawen Sadri Berisha mit Baseballschlägern.

3.8.92: Ireneusz Tzyderski aus Polen wird in Stotternheim (D) von Türstehern einer Diskothek totgeschlagen.

19.10.92: Ein 37jähriger Peruaner wird auf der Straße in Berlin (D) zusammengeschlagen und erstochen.

23.11.92: Mölln (D). Bei einem Brandanschlag auf ein türkisches Wohnhaus werden drei Frauen, darunter ein Kind getötet.

6.12.92.: In Jänschwalde (D) stirbt bei einem Brandanschlag auf ein Haus ein kroatischer Arbeiter.

17.12.92: Ein 35jähriger Ägypter wird in Berlin (D) erschossen.

27.12.92: Auf der Flucht vor Nazis, die sie mit dem Auto von der Straße drängen wollen, wird ein junger Türke auf der Autobahn von einem Auto erfaßt und getötet. Neuss (D).

1993: Zwei namentlich unbekannte Flüchtlinge begehen Selbstmord (D).

Anfang 1993: Drei Iraner sterben nach der Deportation aus Österreich im Gefängnis in Teheran.

1.1.93: Elf Menschen aus Albanien ertrinken auf dem Weg nach Otranto im Mittelmeer vor Italien.

1.1.93: Gerry Johnson aus Liberia stirbt, nachdem er in einem Rail-Container in Feldkirch (A) gefunden worden war.

4.1.93: Kwaku Agyei (35) aus Ghana begeht Selbstmord in Mosach nach der Ankündigung, daß er abgeschoben werden soll.

22.1.93: Ein rumänischer Asylbewerber wird in Straßfurt (D), als er sich einer Überprüfung entziehen will von hinten erschossen.

26.1.93: Wasanthadi Barrova, Bush Bacuma und Paris sowie zwei weitere namentlich unbekannte Menschen aus Sri Lanka ersticken in einer Bus-Ladeluke in Wien (A).

26.1.93: Turan Pekoz aus der Türkei begeht Selbstmord durch Verbrennen in der Ausländerbehörde Croydon (GB).

22.2.93: Zwischen Fürstenwalde und Hangelsberg (D) wird an der Eisenbahnstrecke ein toter Flüchtling (vermutlich aus Zaire) gefunden.

10.3.93: Ein 56jähriger Türke wird in Mühlheim/Ruhr von zwei Deutschen überfallen und stirbt an den Folgen.

20.3.93: Drei namentlich unbekannte Menschen aus Albanien werden von einem Nachtzug an der Grenze Schweiz-Italien überfahren.

23.4.93: Ein Senegalese wird erhängt in einer Polizeizelle in Eislingen (D) gefunden.

1.5.93: Yilma Wondwossen wird mit großen Blutergüssen (Fremdeinwirkung) tot im Teltowkanal in Berlin (D) aufgefunden. Sein Asylantrag war gerade abgelehnt worden.

8.5.93: Ein osteuropäischer Flüchtling wird in Schwerin (D) erstochen.

26.5.93: Drei Menschen aus Eritrea sterben bei einem Brandanschlag von Faschisten in Heppenheim (D).

29.5.93: Zwei Frauen und drei Mädchen werden in Solingen (D) bei einem Brandanschlag auf ihr Haus getötet.

10.6.93: Ein Brand in einer Unterkunft für ausländische Arbeiter in Dresden (D) tötet einen Mosambikaner.

17.6.93: Ein Mensch aus Kurdistan wird von Nazis vor einem Flüchtlingslager in Dülmen (D) ermordet.

29.6.93: Ein 26jähriger rumänischer Asylbewerber wird in Mühlhausen (D) erstochen.

Juli 1993: Ein namentlich unbekannter Flüchtling aus dem Libanon begeht Selbstmord in der Abschiebehaft in Berlin (D) nach Ankündigung der Deportation.

24.7.93: In Hamburg (D) wird ein Schwarzafrikaner niedergestochen. Da keine rechtzeitige Hilfe geholt wird, verblutet er.

1.8.93: Joy Gardner aus Jamaica stirbt nach Auseinandersetzung mit Ausländerpolizei in London (GB).

September 1993: Ein Mensch aus Zaire ertrinkt in der Seine (F) bei der Flucht vor einer Ausländerkontrolle.

5.10.93: Ein Flüchtling aus Sri Lanka, seine deutsche Frau und seine beiden Kinder kommen bei einem Brand ihres Wohnhauses in Bad Wildungen (D) ums Leben.

10.9.93: Ein Flüchtling aus Mazedonien ertrinkt im Rhein an der Grenze Österreich-Schweiz.

Oktober 1993: Ein Flüchtling aus Kurdistan wird nach seiner Abschiebung aus der Schweiz vom Militär in Kurdistan ermordet.

15.10.93: Daniel Lopez aus Angola begeht Selbstmord in der Untersuchungshaft in Trier (D).

Dezember 1993: Ein Jugoslawe begeht Selbstmord durch Sprung aus dem Gewahrsam in Hellevoetsluis (NL).

7.12.93: Ein 19jähriger Asylbewerber aus Gambia wird im Zug von Hamburg nach Bremen (D) erstochen - er hatte sich rücksichtslos verhalten.

8.12.93: Osazuwa Omah aus Nigeria begeht Selbstmord im Gefängnis Regensburg (D).

10.12.93: Emanuel Ehi aus Nigeria begeht Selbstmord in der Abschiebehaft in Regensburg (D).

25.12.93: Emanuel Th. Tout aus dem Sudan begeht Selbstmord im Polizeigewahrsam in Herne (D).

25.12.93: Ein Mensch aus der Türkei wird bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingslager in Kaltenkirchen ermordet (D).

1994: Ein namentlich unbekannter Flüchtling aus Ruanda, der als blinder Passagier gefunden wird, wird vom holländischen Kapitän über Bord geworfen und ertrinkt.

1994: Ein Flüchtling aus Ruanda, als blinder Passagier auf dem Weg nach Griechenland, wird über Bord geworfen und ertrinkt.

1994: Ein Flüchtling aus Peru begeht Selbstmord im BGS-Arrest durch Sprung aus dem Zug bei Freiburg (D).

Januar 1994: Ein namentlich unbekannter Flüchtling aus Syrien begeht Selbstmord nach zwei Jahren Warten auf Asyl in Norwegen.

27.1.94: Son Ha Hoang (27) aus Vietnam begeht Selbstmord in München (D) nach Ablehnung des Asylantrags.

31.1.94: Okwudiliri Collins aus Nigeria "fällt" in der Nähe von Tangar tot von einem russischen Schiff.

1.2.94: Ein Flüchtling unbekannter Herkunft wird als blinder Passagier von einem deutschen Schiff über Bord geworfen.

11.3.94: Ein Flüchtling ertrinkt in der Neiße nahe Zittau (D).

16.3.94: Sieben Frauen, Kinder und Männer sterben bei einem Brandanschlag auf ihr Wohnhaus in Stuttgart (D).

22.3.94: Ein Flüchtling unbekannter Herkunft ertrinkt in der Neiße nahe Guben (D).

20.4.94: Eine Frau aus der Türkei wird bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Göttingen (D) so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus stirbt.

20.4.94: In der Asylunterkunft in Gieboldehausen (D) stirbt ein Mann nach einem Brand.

25.4.94: Eine Rumänin ertrinkt in der Neiße nahe Rothenburg (D).

27.4.94: Kwanele Eldah Siziba aus Nigeria stirbt in London (GB) bei der Flucht vor Polizisten, die ihn deportieren wollten.

Mai 1994: Ein Türke erhängt sich in der Polizeistation in Hengelo (NL), weil er abgeschoben werden soll.

5.5.94: Owusu Mensa aus Ghana begeht Selbstmord im Gefängnis Stadelheim (D).

7.5.94: Sieben Menschen ertrinken beim Kentern ihres Fluchtbootes zwischen Spanien und Marokko.

24.5.94: Ein Flüchtling ertrinkt in der Neiße nahe Görlitz (D).

29.5.94: Kuldeep Singh aus Indien wird zwei Tage nach seiner Deportation aus Deutschland von der indischen Polizei ermordet.

2.6.94: Zhou Zhe Gun aus China begeht Selbstmord in Polizeigewahrsam in Volkstadt (D) nach Ablehnung des Asylantrags.

3.7.94: Ein 26jähriger Flüchtling aus Sri Lanka erhängt sich in Osterode (D) wegen drohender Abschiebung.

9.7.94: Der 21jährige Gabriel M. aus Angola stürzt sich in Berlin (D) zu Tode.

18.7.94: Mohamed F.B. (14) aus Marokko stirbt, als er von einem Schiff nach Spanien abstürzte.

20.7.94: In einem Ausländerwohnheim in Berlin-Lichtenberg (D) wird ein Mann (vermutlich ein Vietnamese) ermordet.

25.7.94: Ein Flüchtling aus Kroatien begeht Selbstmord in einer Polizeistation in Deutschland, zwei Tage vor seiner Deportation.

26.7.94: In Berlin (D) greifen acht Deutsche zwei Polen an. Im Verlauf der Auseinandersetzung wird einer der Polen in die Spree gestoßen und ertrinkt.

3.8.94: Ein 33jähriger Vietnamese wird in Leipzig (D) erstochen.

13.8.94: Ein 20jähriger Flüchtling aus Marokko ertrinkt nach seiner Entdeckung als blinder Passagier in Antwerpen (B) auf der Flucht.

21.8.94: Ein Kind (10) und ein Erwachsener (25) aus Kosovo-Albanien erfrieren auf der Flucht.

22.8.94: Ein Flüchtling ertrinkt in der Neiße nahe Guben (D).

23.8.94: Ein Flüchtling ertrinkt in der Neiße nahe Guben (D).

25.8.94: Ein Flüchtling aus Algerien ertrinkt in der Neiße nahe Guben (D).

30.8.94: Kola Bankole (30) aus Nigeria stirbt während der Abschiebung am Flughafen Frankfurt (D) an den Folgen einer "Beruhigungsspritze" und/oder durch Ersticken an der Knebelung.

30.8.94: Ein Flüchtling aus Nepal ertrinkt in der Neiße.

September 1994: Farid Boukhit (30) aus Algerien stirbt, nachdem er am 12.5.94 in Magdeburg (D) von Nazis zusammengeschlagen wurde.

4.9.94: Pava Sathiarathi, Suthar Kanthasamy, Sellaiah Subathira, Mosses Arumarraian, L. Kanapathippillai und Th. Pathmanathan aus Sri Lanka ertrinken in der Neiße.

27.9.94: Ein Flüchtling aus Bosnien stürzt bei seiner Flucht durch die Alpen bei Bayerischzell (D) ab.

28.9.94: Bukurjie Haliti (23) aus Albanien verbrennt bei einem Brandanschlag in Herford (D) im Container.

28.9.94: Navgim Haliti (II) aus Albanien verbrennt bei einem Brandanschlag in Herford (D) im Container.

30.9.94: Zwei Marokkaner werden nach Kentern eines Bootes mit 30 Flüchtlingen vor Pantelleria (I) vermißt.

30.9.94: Bei einem Brand in einem Wohnhaus in Völklingen (D) sterben zwei Asylbewerber.

6.10.94: Ein Flüchtling aus Sri Lanka ertrinkt in der Neiße.

13.10.94: Beim Kentern zweier Boote mit 46 Flüchtlingen nahe Otranto (I) ertrinken acht Flüchtlinge aus Albanien, zwei Frauen werden vermißt.

16.10.94: Abdullah J. (35) aus Marokko begeht Selbstmord im Polizeigefängnis in Ludwigsburg (D) nach Asyl-Ablehnung.

23.10.94: Joseph Nnalue aus Nigeria stürzt bei einer Ausländerkontrolle in London (GB) aus dem 4. Stock.

26.10.94: Ein Flüchtling aus Albanien ertrinkt beim Kentern eines Bootes mit 17 Flüchtlingen in der Adria.

6.11.94: Der 18jährige Piotr Kania wird von Rechtsextremen getötet.

19.11.94: Arunagiri Rasaiah und Alosies Jeyaratnam aus Sri Lanka ertrinken in der Neiße.

28.11.94: Ein Flüchtling ertrinkt in der Neiße.

29.11.94: Nach ihrer Entdeckung als blinde Passagiere ertrinken drei Flüchtlinge aus Algerien auf der Flucht in die Seine (F), ein weiterer wird vermißt.

Dezember 1994: Sechs Flüchtlinge, darunter ein Baby, aus Kurdistan ertrinken im Mittelmeer vor Italien.

Dezember 1994: Ein Flüchtling aus dem Irak stirbt auf einem Boot mit 62 Flüchtlingen vor Gotland (S).

1.12.94: Jeyakumar R. aus Sri Lanka begeht Selbstmord in St. Gallen (CH) wegen drohender Deportation.

23.12.94: Mamoudu (27) aus Guinea wird auf einem Schiff nach Santurtzi (E) tot aufgefunden.

24.12.94: Ein 38jähriger Türke und sein fünfjähriger Sohn werden beim Brand in einem Wohnhaus in Reichertshofen (D) getötet. Die Brandursache bleibt unklar.

26.12.94: Shiji Lapite aus Nigeria stirbt nach Auseinandersetzungen mit der Ausländerpolizei (GB).

28.12.94: M.D.D. (w) aus der Dominikanischen Republik begeht Selbstmord nach Festnahme in Bilbao (E).

8.1.95: Vier Flüchtlinge, darunter drei Kinder, verbrennen bei einem Brand in Mellendorf bei Hannover (D) im Container.

17.1.95: Zwei Flüchtlinge aus Ghana, die als blinde Passagiere auf einem Schiff mitfahren, das Pestizide befördert, ersticken. Saint Malo (F).

20.1.95: Amar Tahir aus Algerien begeht Selbstmord im Gefängnis Witten (D) nach seiner Befragung durch Konsulatsangehörige.

21.1.95: K. K. aus der Türkei erfriert auf der Flucht über Tschechien in Rehefeld (D).

2.2.95: Sammy N. (26) aus Liberia wird bei der Festnahme im Containerlager München (D) erschlagen.

26.2.95: Abiyou Tilaye (44) aus Äthiopien begeht Selbstmord in der Abschiebehaft in Würzburg (D).

März 1995: Nachdem ihm seine Ausweisung angedroht worden ist, begeht Zinaida Mitzofanova Latvia Selbstmord.

Valent Featherstone Latvia nimmt sich nach der Deportation seiner Mutter das Leben. County Durham (GB).

6.3.95: Zwei Flüchtlinge werden in Valencia (E) auf einem Schiff vor der Elfenbeinküste tot aufgefunden.

7.3.95: Ein Flüchtling unbekannter Herkunft wird in Valencia (E) auf einem Schiff von der Elfenbeinküste tot aufgefunden.

8.3.95: Yohannes Alemu aus Äthiopien begeht Selbstmord in Regensburg (D) nach Mitteilung der bevorstehenden Deportation.

12.3.95: El Kadaoui (22) aus Marokko begeht Selbstmord im Jugendknast Wiesbaden (D) vor der Deportation.

20.3.95: Ein Flüchtling aus Marokko stirbt durch einen Sprung ins Wasser auf der Flucht vor spanischer Polizei.

28.3.95: Zwei Flüchtlinge werden im Hafen von Amsterdam (NL) auf einem Schiff aus Rumänien tot aufgefunden.

April 1995: Fünf Vietnamesen werden im Ausländerwohnheim in Berlin ermordet

April 1995: In Aurith (D) wird ein toter Flüchtling am Fluß gefunden - vermutlich auf der Flucht ertrunken.

8.4.95: Gibriel Kassimoi (27) aus Togo begeht Selbstmord in der Abschiebehaft in Hamburg (D) nach Ankündigung der Deportation.

17.4.95: Ahmed Polap (23) aus Kurdistan begeht Selbstmord in München (D) wegen drohender Abschiebung.

28.4.95: Ein Flüchtling wird in den Schweizer Alpen bei Monte Capriano tot aufgefunden.

9.5.95: Ein Flüchtling wird in Görlitz/Neiße (D) gefunden - vermutlich auf der Flucht ertrunken.

19.5.95: Jaswant Singh (33) aus Indien begeht Selbstmord in Regensburg (D) wegen drohender Abschiebung.

27.5.95: In Hohenwutzen (D) wird ein toter Flüchtling gefunden - vermutlich auf der Flucht ertrunken.

Juni 1995: Ein kurdischer Asylbewerber stirbt in Bremen (D) an einem Leberleiden, weil ihm aufgrund seines Asylstatus keine rechtzeitige medizinische Versorgung gewährt wird.

3.6.95: In Brieskow-Finkenherd (D) wird ein toter Flüchtling gefunden - vermutlich auf der Flucht ertrunken.

7.6.95: In Lodenau (D) wird ein toter Flüchtling gefunden - vermutlich auf der Flucht ertrunken.

11.6.95: Ein 30jähriger Flüchtling aus Zaire begeht Selbstmord in Abschiebehaft in Volkstedt (D).

12.6.95. Ein 27jähriger Angolaner, der in Lissabon (P) von Skinheads mißhandelt worden ist, erliegt seinen Verletzungen.

16.6.95: Moses Ganaja (22) aus dem Sudan stirbt in der JVA Halle (D).

17.6.95: Vo Xuan Cuong (38) aus Vietnam wird auf der Flucht vor einer Polizeikontrolle von einem Zug überfahren.

Juli 1995: Ein 75jähriges vietnamesisches Ehepaar wird in Norden (D) ermordet in seiner Wohnung aufgefunden.

14.7.95: In Eisenhüttenstadt wird ein toter Flüchtling gefunden - vermutlich auf der Flucht ertrunken.

15.7.95: Achtzehn namentlich unbekannte Flüchtlinge aus Sri Lanka ersticken in einem LKW in Ungarn auf der Flucht nach Deutschland.

26.7.95: Ein Flüchtling aus Bosnien begeht Selbstmord in einem Flüchtlingslager in Berlin (D).

16.8.95: Louis I. (29) aus Nigeria erhängt sich im Abschiebeknast Wolfenbüttel (D) wegen drohender Abschiebung.

20.8.95 Ein Kind aus Jugoslawien wird von der französischen Grenzpolizei beim Versuch der illegalen Einreise erschossen.

22.8.95: Ein Flüchtling aus Marokko begeht Selbstmord in der Abschiebehaft in Frankfurt/Main (D).

5.8.95: Ein Flüchtling aus Polen begeht Selbstmord in der Abschiebehaft in Frankfurt/Main (D).

16.8.95: Ein 29jähriger Nigerianer erhängt sich in der Abschiebehaft in Wolfenbüttel (D). Er sollte abgeschoben werden.

24.8.95: Ein 21jähriger Marrokaner wird tot im Krankenrevier in der Justizvollzugsanstalt in Frankfurt (D) aufgefunden.

28.8.95: Ein Ghanaer und ein Mann aus dem Tschad sterben bei einem Brandanschlag auf ein türkisches Geschäftshaus in Ulm (D).

5.9.95: Ein Türke und eine Deutsche sterben durch einen Brandanschlag auf ihr Wohnhaus in Lübeck (D).

9.10.95: Gibriel C. (27) aus Togo begeht Selbstmord im Untersuchungsgefängnis in Hamburg (D) aus Angst vor seiner bevorstehenden Abschiebung.

24.10.95: Ein 16jähriger Flüchtling aus Bangladesch wird auf der Autobahn A 3 Regensburg/Nürnberg (D) von einem Auto erfaßt und getötet. Er war mit anderen Flüchtlingen zusammen nach Deutschland geschleust worden und auf einer Raststätte ausgesetzt worden.

November 1995: Esser F. (35) erhängt sich im Untersuchungsgefängnis in Hamburg (D) aus Angst vor seiner bevorstehenden Abschiebung.

29.12.95: Fünf Menschen aus der Türkei sterben beim Brand ihres Hauses. Brandursache unbekannt. Schopfheim (D).

Januar 1996: Ein 45jähriger Kurde erhängt sich in Delmenhorst (D) aus Angst vor seiner Abschiebung.

18.1.96: Zehn Menschen, darunter mindestens fünf Kinder, sterben beim Brand ihrer Flüchtlingsunterkunft in Lübeck (D).

Anmerkungen:

Die Berliner Edelweiß-Piraten haben die ursprüngliche Liste von United/Amsterdam - die bis August 1995 geführt worden ist - ins Deutsche übersetzt, überarbeitet und ergänzt.

Wir haben nach unseren Unterlagen weitere Ergänzungen und Überarbeitungen vorgenommen.

Quellen:

CARF; Pro Asyl; Off Limits; Egin; Antirassistische Initiative Berlin; Infobrief Asyl; Was geht ab?; Festung Europa; Institute for Race Relations; Migration News Sheet; UNITED/ Amsterdam; Caritas Arbeitsstelle Schweiz; Asylkoordination Österreich; Dänisches Rotes Kreuz; Arbeitsstelle für Asylfragen / TA, Bundesregierung; PDS-Bundestagsbüro; Morgengrauen; Die Tageszeitung; Junge Welt; Süddeutsche Zeitung; Corriere della Sera; Neue Vorarlberger Zeitung; Diario Vasco; Le Soir; Svenska Dagbladet; Il Manifesto; The Guardian; Le Monde; Independent; El Pais; Volkskrant; Der Tagesspiegel; amnesty international-Journal; ak-analyse & kritik.

Dieses Jahr soll es eine mehrmonatige Kampagne gegen die Abschottung der Festung Europa geben. Schwerpunkt dieser Kampagne werden die Bundesländer sein, die unmittelbare Berührung mit der Grenze zu Polen oder Tschechien haben. Unter dem Motto "Aktion Noteingang" werden, initiiert von den Edelweiß-Piraten, vom Frühjahr bis zum Herbst verschiedenste Aktivitäten zum Thema "Offene Grenzen für alle" organisiert, an denen sich alle interessierten Gruppen beteiligen können.

Wer Interesse hat, sich an der Kampagne zu beteiligen, kann sich melden bei den Edelweiß-Piraten, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

8. Hauptsache, es war kein Deutscher!

Autor: ga. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:45

"Lübeck fürchtet um seinen Ruf" titelte die Frankfurter Rundschau am Tag nach dem Brand in der Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Neuen Hafenstraße. Die Festnahme von drei jungen Männern, von denen einer der Skinheadszene zugerechnet wurde, legte den Verdacht nahe, daß ein weiteres rassistisches Attentat in Lübeck verübt worden war. Schon 1994 und 1995 brannte in Lübeck die Synagoge; 1995 wurde ein Brandanschlag auf ein von Türken und Deutschen bewohntes Haus verübt (zwei Tote); 1995 gab es ein Briefbombenattentat auf einen Mitarbeiter der SPD - die Aufzählung rassistischer Angriffen ließe sich fortsetzen.

"Vom furchtbaren Verdacht befreit." So und ähnlich lauteten schon drei Tage später die Schlagzeilen, als die drei Männer wieder auf freiem Fuß waren und der Öffentlichkeit ein Libanese - selbst Bewohner der ausgebrannten Flüchtlingsunterkunft - als neuer Verdächtiger präsentiert wurde. Die Nation war erleichtert. Eine bequeme Lösung war geliefert worden. Und dann gab es kein Halten mehr: "Wer entschuldigt sich jetzt bei uns?" fragte der Mann auf der Straße. Wurde jetzt doch als offizielle Version verkündet, was viele klammheimlich gehofft hatten: Die Ausländer hatten sich eben doch gegenseitig umgebracht - aber die Presse hatte die guten Deutschen und die Stadt Lübeck in Verruf gebracht.

Nein, mit der Antwort, wer denn nun den fürchterlichen Anschlag verübt hat, kann ich nicht aufwarten. Allerdings reichen mir die dünnen Erklärungen und Anschuldigungen gegen den Libanesen S. nicht, mich von dessen Schuld zu überzeugen.

Mit der Festnahme des libanesischen Flüchtlings wurden verschiedene Begründungen für die Tat gleich mitgeliefert. Die Ermittlungsbehörden bestehen bis heute darauf, daß es in dem Haus - wenn schon nicht Mord und Totschlag - so doch zumindest Streit unter den BewohnerInnen gab. Das sei auch für S. der Anlaß gewesen, das Haus anzuzünden. Der behauptete "Streitpartner" dagegen sagt aus, daß er weder in dem Haus wohne noch mit dem Festgenommenen Streit gehabt habe. Keiner der anderen Flüchtlinge aus dem Haus bestätigt, daß S. mit jemandem Streit gehabt hätte. Die Aussagen der Flüchtlinge sollten eigentlich ausreichen, die These der Ermittler zu widerlegen - aber weit gefehlt: Die BewohnerInnen verschweigen einfach, daß es unter ihnen Streit gab, erklärt uns der Spiegel und legt noch nach: "Schmerz und Trauer sind für die Betroffenen plötzlich noch schwerer auszuhalten als zuvor. Sie fühlen sich um ihre Wut betrogen, um ihr Recht gebracht, den ungeheuren seelischen Druck wenigstens teilweise im Zorn auf rassistische deutsche Gewalttäter abzureagieren."

Der Stern "unterfüttert" die Erklärung der Ermittlungsbehörden mit einer kaum zu überbietenden Story: Der Beschuldigte und seine zwei Brüder hätten am Abend im Fernsehen ein blutiges Eifersuchtsdrama gesehen. Da liegt es doch nahe, daß S., zurückgewiesen von einer in dem Haus wohnenden Frau, kurzerhand einen Brandanschlag aus Eifersucht begeht - Ausländer sind nun mal so.

Daß der Libanese und seine gesamte Familie in dem Haus wohnen, scheint niemanden zu interessieren. Rassismus pur wird unter das Volk gebracht, wenn die Presse es offensichtlich für "normal" hält, daß Flüchtlinge ihren Streit oder ihre Eifersucht darüber austragen, daß sie ihre Widersacher, sich selbst - und nebenbei die eigene Familie mit dem Flammentod bedrohen. Daß der Vater des Festgenommenen von Anfang an ausgesagt hat, er habe vor Ausbruch des Brandes klirrendes Glas gehört, wird nicht zur Kenntnis genommen, fällt unter "Familienclan".

Vorauseilende Selbstbezichtigung oder vorauseilender Gehorsam?

Bis der libanesische Flüchtling S. als Täter präsentiert wurde, gab es quer durch die politischen Parteien keinen ernsthaften Zweifel an einem erneuten rechtsextremistischen Anschlag. Die Stellungnahmen der Politiker und die Kommentare der Presse waren wie üblich bestimmt von der Sorge um das Ansehen Deutschlands im Ausland, von Betroffenheit und Entsetzen - wie nach jedem Anschlag. Roman Herzog erklärte dem In- und Ausland, daß ihm "die Geduld allmählich zu Ende" gehe, "wenn es sich wieder um einen Anschlag handeln" sollte. Diese Ankündigung bestätigt, was von Linken immer behauptet wurde: Der Staat behandelt gewalttätige Rassisten mit Geduld.

Von einem auf den anderen Tag änderten sich die öffentlichen Äußerungen der PolitikerInnen und der Tenor der Berichterstattung, so, als ob mit der Festnahme des S. irgendetwas ernsthaft ausgeschlossen oder erwiesen wäre. Christian Semler streut brav Asche auf das Haupt der taz: "Wir unterließen es allerdings - wie fast alle anderen Medien - auch nur die Möglichkeit zu erwägen, daß der Anschlag Resultat einer Auseinandersetzung zwischen Gruppen von Asylsuchenden sein könnte." (taz, 23.1.). Warum, fragt sich die taz-Leserin, sollte diese Möglichkeit erwogen werden, wenn keinerlei Anhaltspunkte dafür gegeben sind? Mariam Niroumand setzt in ihrem Kommentar am 29.1. in der taz dann schon voraus, es wäre bewiesen, daß es kein externer Anschlag war. Damit weiß sie offensichtlich mehr als die Ermittlungsbehörden. In ihrer Kritik, daß statt eines Artikels über die Differenzen der Bewohner in dem Haus ein Artikel "Wir sind alle Lübecker" erschienen war, macht sie sich die durch nichts belegten Behauptungen der Ermittlungsbehörden zu eigen. Diese als Grundlage dafür zu nehmen, den in der Linken tatsächlich vorhandenen Irrglauben "Alle AusländerInnen sind lieb" zu kritisieren, ist für die Diskussion wenig hilfreich.

Mehr Selbstbewußtsein fordert Konrad Adam in der FAZ (26.1.) statt "Stolz auf ihre Demut" von den Deutschen, die sich, immer wenn es irgendwo brennt, gleich verzweifelt an die Brust schlagen würden. Der Deutsche habe es nicht gelernt, sich wie ein getretener Wurm zu krümmen, sondern strebe geradezu danach, immer wieder getreten zu werden. Damit soll endlich Schluß sein. Es wird nicht nur unter den Teppich gekehrt, daß es in diesem Land heute wieder jede Menge Ereignisse gibt, die in Lübeck als erstes einen rassistischen Anschlag vermuten lassen. Um klarzustellen, daß die Forderung nach mehr deutschem Selbstbewußtsein schon immer richtig war, wirft der FAZ-Kommentator noch mal kurz einen Blick nach Israel: ",Es wäre ein Schock, wenn es einer von uns gewesen wäre`, wird ein Sprecher der Ausländer in Lübeck zitiert. Das erinnert an die Reaktionen in Israel, wo nach dem Attentat auf Rabin ähnliche Stimmen laut wurden." Womit sich die Kreise wieder schließen.

Sicherheit für die Flüchtlinge!

Die De-facto-Abschaffung des Asylrechts hat die Situation der hier lebenden Flüchtlinge noch einmal verschärft. Da sie oft keine Chance haben, in der BRD anerkannt zu werden, müssen sie illegal bei Familienangehörigen oder FreundInnen leben, die schon in einer Flüchtlingsunterkunft Platz gefunden haben.

Unabhängig davon, wie und von wem der Brand in Lübeck verursacht wurde: Mitverantwortlich für solche verheerenden Brände sind die menschenunwürdigen Umstände, unter denen Flüchtlinge in Deutschland leben müssen. Baufällige Häuser, sanierungsbedürftige Wohnungen oder Blechcontainer sind die Orte, in die Flüchtlinge verschiedenster Nationalitäten zusammengepfercht werden. Der Zustand der Unterkünfte ist immer wieder Anlaß für Unglücksfälle, die zu katastrophalen Folgen führen. Kein Containerdorf, in dem die schlecht verlegten oder maroden elektrischen Leitungen nicht schon einen Brand ausgelöst hätten - nicht selten werden dabei Menschen schwer verletzt. Und diese isolierten Unterkünfte bieten ein perfektes Angriffsziel für Neonazis und Rassisten.

Die Abschaffung der Sammelunterkünfte ist eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß die Flüchtlinge hier wenigstens halbwegs sicher und menschenwürdig leben können.

ga.

9. Menschlichkeit und Staatsräson

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:43

Bundesweit Schlagzeilen hat der Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) gemacht. Er war noch in der Nacht an den Brandort geeilt, hatte mit den Flüchtlingen getrauert und zur Hilfe aufgerufen. Am Tag nach dem Brand hat er in Interviews klar politisch Position gegen die herrschende Ausländerpolitik bezogen: "Ich halte es für unmöglich, Leute in isolierten Situationen wie in diesem Haus in der Neuen Hafenstraße unterzubringen - ein Wohnhaus allein in einem Gewerbegebiet. So was muß beendet werden." Angesprochen auf die Rolle des Staates sagte Bouteiller: "Ja, es ist schrecklich, in welcher Kälte der im Augenblick das Ausländerrecht exekutiert. Ich will diesen Staat nicht. Und viele Menschen wollen diesen Staat auch nicht. Wir müssen lernen, von unten her das Gegenteil aufzubauen."

Bouteiller rief bei einer Demonstration in der Innenstadt zu einem "Runden Tisch" im Rathaus auf. Er kritisierte die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und forderte, "zivilen Ungehorsam zu leisten, um auf diese Weise Menschen zu schützen, die von diesen Paragraphen bedroht sind." Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus rechnet Bouteiller hoch an, daß er "ganz praktische (und nicht publicityträchtige) Probleme wie die Rückführung der Toten in ihre Heimatländer anging, daß ihm die konkrete Hilfe für die Hinterbliebenen wichtig war, ohne auf die Benennung politischer Ursachen zu verzichten".

Gerade das aber war inakzeptabel für politische "Freunde" und Feinde. Von FAZ - "rhetorische Exzesse" - bis "Stern" - "vorschnelle Reaktionen" - reichte die Verurteilung in den Medien. Die FDP im Landtag und die Lübecker CDU forderten Innenminister Wienholtz (SPD) auf, ein Disziplinarverfahren gegen Bouteiller einzuleiten. Es sei "nicht hinnehmbar, daß der erste Beamte einer großen Kommune zum Rechtsbruch auffordert", so der stellvertretende FDP-Fraktionschef Kubicki.

Aus der eigenen Partei gab es nur wenig Unterstützung für den Bürgermeister. Regierungschefin Heide Simonis hielt sich im "Spiegel"-Gespräch (5/96) demonstrativ zurück: "Jetzt wird die Frage gestellt, ob er mit seinen Äußerungen wirklich grob seine Pflichten verletzt und etwas getan hat, das mit seinem Amtseid als Bürgermeister nicht vereinbar ist. Das muß in Ruhe geklärt werden." Für Innenminister Wienholtz dagegen war die Sache klar: Zwar sei die emotionale Reaktion Bouteillers "menschlich verständlich und juristisch entsprechend schwierig zu bewerten. Von politisch Verantwortlichen müsse aber auch in solchen extremen Situationen ein Stück Selbstdisziplin erwartet werden." (Welt, 25.1.) Der deutsche Staat erwartet von seinen Exekutoren, wenn's drauf ankommt, eben nicht Menschlichkeit, sondern Manneszucht. Wie wenig sich daran im Laufe der letzten 125 Jahre geändert hat, zeigt schlaglichtartig dieser Ausspruch eines sozialdemokratischen Innenministers.

Für Bouteiller wurde die Luft offenbar dünn: Zunächst schränkte er ein, den Aufruf zum zivilen Ungehorsam gegen das Asylgesetz habe er "nicht generell, sondern nur bezogen auf Hinterbliebene von Opfern der Brandkatastrophe" gemeint. Wenige Tage später ging er in einer Erklärung gegenüber dem Innenminister noch weiter: Er habe lediglich "dazu aufgerufen, sich durch Manifestation praktischer Solidarität mit den Betroffenen dafür einzusetzen, daß die zuständigen Behörden ihr Ermessen im Sinne eines Absehens von entsprechenden Zwangsmaßnahmen ausüben".

Eine amtliche Erklärung schließt das kleine Lehrstück in Sachen politische Kultur ab: "Das Innenministerium teilte nach der Erklärung Bouteillers mit, daß es von einem Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister absehen werde."

10. Offene Fragen zum Lübecker Brand. Nachrichtensperre statt Antworten

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:42

Natürlich - ausschließen kann man nicht, daß einer der Flüchtlinge das Haus in der Lübecker Hafenstraße selbst in Brand gesteckt hat. Aber den Behauptungen von Polizei und Staatsanwaltschaft so einfach glauben kann nur, wer auf diese Entlastung schon gewartet hat.

Unmittelbar nach dem Brand schien sich der nächstliegende Verdacht zu bestätigen: Am Morgen des 18. Januar nahm die Polizei drei Männer aus Grevesmühlen und Umgebung fest. "Bild" und "Mopo" schrieben unisono, alle drei seien "Skinheads" bzw. "Neonazis". Ihr Outfit - Bomberjacken und Springerstiefel, einer mit Skin-Haarschnitt - schien das zu bestätigen. Sie seien in der Brandnacht 100 Meter von dem brennenden Haus entfernt in ihrem Wartburg (nach anderen Quellen: auf dem Weg zu ihrem Auto) von einem Polizisten kontrolliert worden - zehn Minuten nach Brandausbruch.

Alibi von der Polizei

Die Festgenommenen wurden jedoch am Tag darauf wieder freigelassen, da sie ein Alibi hätten. Sie hätten um 3.20 Uhr an einer 8 km entfernten Tankstelle getankt und seien dabei einer Polizeistreife aufgefallen. "Die Polizeistreife sei einige Zeit hinter dem Wartburg hergefahren, habe ihn dann aber überholt, um zu dem Einsatz in der Neuen Hafenstraße zu fahren. Durch den Zeitablauf sei klar, daß die Männer aus Grevesmühlen mit dem Brand nichts zu tun haben könnten." Sie seien vielmehr auf Autodiebstahl aus gewesen. (Kieler Nachrichten, 20.1.)

Mindestens zwei Seltsamkeiten weist diese Geschichte auf: Der Brand der Lübecker Flüchtlingsunterkunft wurde um 3.42 Uhr gemeldet. Demnach hätte das Polizeifahrzeug über 20 Minuten lang den Wartburg verfolgt. Ganz unauffällig kann das mitten in der Nacht nicht vonstatten gegangen sein. Dennoch fahren die observierten mutmaßlichen Autodiebe nicht einfach nach Hause, sondern justament - kaum sind sie ihre Verfolger los - zum Brandort am nachts völlig öden Hafengelände, weit ab von den Durchgangsstraßen.

Natürlich kann es solche Zufälle geben. Aber aus den öffentlichen Stellungnahmen von Polizei und Staatsanwaltschaft wird keine Erklärung für die Anwesenheit des Trios am Brandort deutlich. Völlig im Dunkeln bleibt die Rolle eines vierten, ebenfalls kurzzeitig festgenommenen Mannes, der mit einem gestohlenen Auto geflüchtet sein soll. Schließlich ist unklar, ob die Möglichkeit überprüft wurde, daß es bei dem Besuch an der Tankstelle vor allem um ein per Kassenbon ausgewiesenes Alibi ging, während zur gleichen Zeit ein Komplice in der Neuen Hafenstraße zündelte.

Ein bißchen komisch ist auch, daß es mehr als einen Tag dauerte, bis die drei wieder freigelassen wurden. - Ob all das irgendeine Bedeutung hat, die über eine Häufung von Zufällen hinausgeht, ist nicht zu ersehen. Die Erklärungen der Polizei hierzu fallen jedenfalls ausgesprochen kärglich aus.

Naziverdacht abgehakt

Mit der Freilassung der drei zuerst Verdächtigten war für die Polizei jedenfalls zugleich der Verdacht einer Naziattacke abgehakt. Die Polizei rechne nicht mehr damit, daß es ein Anschlag gewesen sei, erklärte der örtliche Kripochef am Nachmittag des 19.1. Der Empörung im In- und Ausland war damit der Wind aus den Segeln genommen.

Erst recht, als die Polizei am Abend des 20.1. einen neuen Tatverdächtigen präsentierte: den 20jährigen libanesischen Flüchtling Safwan E., der mit seiner Familie im Haus an der Neuen Hafenstraße lebte. Er war bereits am 19.1. zusammen mit seinen beiden Brüdern festgenommen worden. Letztere kamen am Tag darauf wieder auf freien Fuß, Safwan E. dagegen wurde in Einzelhaft genommen (angeblich, um ihn vor Bedrohungen durch andere Häftlinge zu schützen). Wegen "Verdunkelungsgefahr" erhielt auch seine gesamte Familie keine Besuchserlaubnis. Trotz intensiver Verhöre durch Polizei und Staatsanwaltschaft weist Safwan E. bis heute entschieden zurück, den Brand gelegt zu haben.

Der Vaters des verhafteten Libanesen sagt aus, er habe ein Knarren der Gartentür und einen Knall gehört, als ob eben etwas kaputtgegangen sei. Diese Aussage konnte an der öffentlichen Festlegung - kein fremdenfeindlicher Anschlag - nichts mehr ändern. Konsequent bestreitet die Polizei auch die Berichte von anderen Bewohnern des Hauses, es habe schon mehrere versuchte Brandanschläge gegeben, und erst im Dezember 1995 sei ein Behälter mit einer teerartigen brennbaren Flüssigkeit gegen das Haus geschleudert worden. (junge Welt, 24.1.96)

Seit der Verhaftung Safwan E.s suchen Polizei und Staatsanwaltschaft nach eigenem Bekunden nur noch nach "Mitwissern und Mittätern". Der Täter steht für sie bereits fest.

Anschlag ausgeschlossen?

Ein Zentralpunkt der Argumentation, die einen rassistischen Anschlag ausschließen will, ist dabei noch gar nicht geklärt: Daß nämlich das Haus abgeschlossen gewesen sei und niemand von außen hinein gelangen konnte. Dem Anwalt von Safwan E. berichteten mehrere Hausbewohner, daß die Scheibe in der Aluminiumtür schon lange kaputt gewesen sei. Diese möglicherweise schon seit einiger Zeit defekte Milchglasscheibe, die zwei Drittel der Tür eingenommen haben soll, wäre also ein möglicher Weg in das Haus gewesen. Ein weiterer könnten eingeschlagene Fenster sein, die es ebenfalls gegeben haben soll. (Die Polizei will "keine Hinweise" haben, daß Fensterscheiben vor dem Brand eingeschlagen worden seien; was aber auch nicht unbedingt dagegen spräche, daß Scheiben schon seit längerem fehlen.)

Darüber hinaus soll nach Aussagen von dort wohnenden Flüchtlingen, von Diakonie-Mitarbeitern und von früher im Haus Beschäftigten die Tür stets offen gewesen sein, damit die Bewohner, die keinen Schlüssel für diese Tür gehabt haben sollen, dort überhaupt hineinkommen konnten. Nur die Betreuer hätten überhaupt einen Schlüssel gehabt. (Nach Informationen des Lübecker Bündnis gegen Rassismus) Das wiederum würde durchaus mit der Aussage der polizeilichen Sachverständigen zusammenpassen, das aus dem Brandschutt geborgene Türschloß sei umgeschlossen gewesen: Vielleicht wurde so verhindert, daß die Tür ins Schloß fallen konnte. Eine definitive Aussage darüber, daß die Tür abgeschlossen gewesen war, gibt es nicht und läßt sich auch nicht aus der Tatsache, daß das Türschloß umgeschlossen war, herleiten.

Der Polizei hat mit ihrer öffentlichen Stellungnahme zum umgeschlossenen Türschloß und dem nicht von außen erreichbaren Brandherd nahegelegt, der Brandstifter müsse dann ja wohl ein Hausbewohner gewesen sein, und jedenfalls kein deutscher Nazi. Die bürgerliche Presse hat diese Interpretation dankbar aufgegriffen und als feststehende polizeiliche Erkenntnis verkündet - wozu wiederum nicht der Schatten einer Richtigstellung kam. Ein perfektes Zusammenspiel zur Umpolung der öffentlichen Meinung.

Schwache Beweise

Die Verhaftung des beschuldigten Libanesen stützt sich auf eine Aussage, die der im Bus beim Abtransport ins Krankenhaus einem Rettungssanitäter gegenüber gemacht haben soll. "Wir waren es", soll Safwan E. zu einem Rettungssanitäter der Feuerwehr gesagt haben. Der Staatsanwalt nannte diesen Zeugen "100prozentig glaubwürdig". Seltsam ist dennoch, daß der Zeuge seine Aussage erst eineinhalb Tage später machte. Als Grund dafür gibt er an, er habe sich an eine "Schweigepflicht" gebunden gefühlt, die es für ihn jedoch nicht gibt. Zu diesem Zeitpunkt hatten staatliche Stellen bereits 50.000 DM Belohnung für Hinweise ausgesetzt, die zur Ermittlung des Täters führen. Allerdings scheint unstrittig zu sein, daß der Zeuge bereits vor Auslobung einer Belohnung mit Kollegen über den Vorfall gesprochen hat.

Der Ausspruch in der Brandnacht selbst wird von Safwan E. bestritten: Nicht "Wir waren es", sondern "Die waren es" habe er zu dem Sanitäter gesagt. Er habe fremdenfeindliche Deutsche gemeint und sich dabei auf die Beobachtungen seines Vaters bezogen.

Die Staatsanwaltschaft wirft ihm über die angebliche Selbstbezichtigung hinaus vor, er habe "über Wissen verfügt, das nur ein Täter haben kann". In dem Gespräch mit dem Sanitäter soll er Angaben zum Ort des Brandausbruchs gemacht haben. Auf der Polizeipressekonferenz entspann sich ein bezeichnender Dialog: " ‚Und weiter haben Sie nichts?` fragt wieder ein Journalist. ‚Nur diese Angabe des Ortes?` - Polizei und Staatsanwaltschaft bleiben stumm, aus ‚ermittlungstaktischen Gründen`. Der Kompaß der Wahrheitssucher", kommentiert die "Süddeutsche Zeitung" am 22.1., "gerät ins Trudeln."

Die Staatsanwaltschaft verweigert bis heute die Auskunft darüber, welche Äußerungen genau dem Beschuldigten angelastet werden. Soll er den ersten Stock ganz allgemein genannt haben, den Flur rechts oder links oder eine bestimmte Tür, vor der der Brand ausgebrochen sei? Es ist völlig unklar, warum die Staatsanwaltschaft ausschließt, daß der Flüchtling (gesetzt den Fall, die Unterhaltung im Bus hat so stattgefunden) Wissen aus zweiter Hand, aus Gesprächen mit anderen Flüchtlingen, weitergegeben hat.

Auch wenn man davon ausgeht, daß der Feuerwehrsanitäter "nicht bewußt lügt", wie es dem "Spiegel" zufolge Safwan E.s Anwalt tun soll, ist doch die Frage, was eine Äußerung in der gegebenen psychischen und physischen Extremsituation (sowohl für den Beschuldigten als auch für den Zeugen) wert sein soll. Dazu kommen möglicherweise ganz profane Verständigungsprobleme, da der libanesische Flüchtling nicht gut Deutsch spricht.

Wo die Geschichte einfach nicht zusammenpaßt ...

In der Brandnacht selbst, soviel scheint klar zu sein, war Safwan E., der zusammen mit zwei seiner Brüder im Dachgeschoß schlief, von einer Nachbarin geweckt worden. Er kümmerte sich um die Rettung von Kindern und half auch später bei den Rettungsarbeiten, nachdem ihn die Feuerwehr vom Dach geholt hatte. Dabei zog er sich Verletzungen zu. Dieser Ablauf wird von mehreren Bewohnern bezeugt. (Allerdings gibt es auch Widersprüche in deren Aussagen - z.B. soll sein Bruder Adnan der "Mopo" (23.1.) versichert haben, sein Bruder habe das Feuer als erster bemerkt.)

Dennoch: Wie soll das Verhalten von Safwan E. damit zusammenpassen, daß er das Feuer kurz zuvor selbst gelegt hat? Ausgerechnet im ersten Stock, wo Eltern und weitere Geschwister schlafen? Die Polizei behauptet, der Täter sei von der Wucht des Brandes und von der Schnelligkeit überrascht worden, mit der sich das Feuer durch herablaufendes Benzin im Treppenhaus ausgebreitet habe. Um so unwahrscheinlicher wird es aber, daß er dann das Feuer völlig ignoriert und sich in dem brennenden Haus schlafen legt. Auch der Münchner Polizeipsychologe Georg Sieber bezweifelt die Thesen der Staatsanwaltschaft: "Warum sollte jemand einen offenbar geplanten Brandanschlag begehen, sich dann kaltblütig ein Stockwerk darüber schlafen legen, nur um wenig später einem wildfremden Mann die Aktion zu gestehen? Das ganze macht keinen Sinn." (Mopo, 24.1.)

Erklärbar wäre es allenfalls durch eine Geisteskrankheit des Beschuldigten. Aber es gibt niemanden, der eine solche Störung behauptet. Im Gegenteil, ein Sozialarbeiter schildert ihn als "besonders besonnenen jungen Menschen", der bei Streitigkeiten oft vermittelt und geschlichtet habe. (Spiegel 5/96)

Noch absurder wird die Geschichte dadurch, daß die Staatsanwaltschaft von weiteren Tätern ausgeht. Man kann sich zwar vielleicht eine seit langem eskalierte Streitsituation ausmalen, in der auch mehrere Leute zu einer gemeinsamen Racheaktion fähig wären. Daß sie aber kollektiv sich und ihre schlafenden Familienangehörigen dem möglichen Flammentod ausliefern; daß nicht einer von ihnen, nachdem es plötzlich unbeabsichtigterweise lichterloh brennt, Alarm schreit und zu löschen versucht - das ist kaum vorstellbar.

Das schwerwiegendste Argument, das gegen eine Täterschaft des libanesischen Flüchtlings spricht, sind die Aussagen der anderen Brandopfer. Wenn es heftige Konflikte im Haus gegeben hätte, die ein "Ausrasten" des Beschuldigten möglich erscheinen ließen, wenn es irgendwelche tatsächlichen Hinweise gäbe, daß er der Täter sein könnte - warum sollten Menschen ihn decken, die enge Freunde oder Angehörige in den Flammen verloren haben und die obendrein angeblich mit ihm verfeindet waren?

Ein Motiv muß sich finden

Die Suche nach einem Motiv für die angebliche Brandstiftung stellt sich denn auch als größtes Problem für Polizei und Staatsanwaltschaft heraus. Ein eingängiges rassistisches Klischee muß herhalten: "Streitigkeiten unter den ethnischen Gruppen im Gebäude". Zwar habe es keine "offenen Konflikte" gegeben, aber: "Wir wissen, daß es Auseinandersetzungen gegeben hat", so der Leiter der Sonderkommission. (Hamburger Abendblatt, 22.1.) Die Staatsanwaltschaft will Erkenntnisse haben, wonach Safwan E. "mit einem Mitbewohner im 1. Stock in Streit geraten sei. Gegen 3.30 Uhr habe er dann Benzin vor dessen Tür ausgeschüttet und angezündet, um sich zu rächen." (Mopo, 23.1.)

Auf diese Geschichte stützt sich auch der Haftbefehl gegen Safwan E. Sie war am Tag später bereits widerlegt: Der angeblich an dem Streit beteiligte Gustave Z. erklärte gegenüber dem ZDF, er lebe gar nicht in

der Lübecker Neuen Hafenstraße, sondern habe dort in der Brandnacht lediglich seine Cousine besucht. Er habe nie Streit mit Safwan E. gehabt - "er habe ihn noch nicht einmal persönlich gekannt". (Mopo, 24.1.)

Staatsanwaltschaft und Polizei schalteten daraufhin, wie die "Welt" am 24.1. berichtet, "auf härtere Gangart. Eine strikte Nachrichtensperre wurde gestern verhängt. Zur Begründung hieß es, Medien hätten durch Interviews mit Zeugen die Ermittlungsarbeit beeinträchtigt." Zugleich "baten" die Ermittler die Vertreter der Medien, sich bei Interviews mit potentiellen Zeugen "Zurückhaltung" aufzuerlegen. Nicht nur bei den "Lübecker Nachrichten", die gegenüber der "jungen Welt" (24.1.) eingestanden, "Informationen bewußt zurückgehalten zu haben", ist die polizeiliche Strategie aufgegangen: Neue Fakten über den Brand und seine Hintergründe dringen kaum noch in die Öffentlichkeit. Zum Zusammenbrechen der angegebenen Haftgründe wollten die verantwortlichen Behörden keine Stellung nehmen. Zugleich aber wurde der "Stern" von einem "leitenden Ermittler" mit einer neuen Räuberpistole gespickt: Die Geschwister E. hätten über einen ägyptischen Satellitenkanal (!) im Fernsehen ein blutiges Eifersuchtsdrama gesehen. Anschließend habe Safwan E. Feuer gelegt - "aus enttäuschter Liebe, aus Ärger über eine Mitbewohnerin, die anderen Männern den Vorzug gab". (5/96) Daß die Story vom Eifersuchtsanfall eines Einzelnen nicht zur verbissenen Suche der Staatsanwaltschaft nach Mittätern und auch nicht zu dem Safwan E. unterstellten Ausspruch: "Wir waren es" passen will, ist den "Stern"-Schreibern offenbar nicht aufgefallen.

Die Ermittlungsbehörden und die Sensationspresse verfahren ganz offenkundig nach dem Grundsatz: Den Schuldigen haben wir - ein Motiv muß sich doch finden lassen. Mit ihrer Festlegung: "Ein Libanese war's" haben die Lübecker Behörden insbesondere die ausländischen Stimmen düpiert, die Verbindungen zum bundesdeutschen Neonazismus zogen. Sie haben darüber hinaus eine generelle Entlastung von Schuldvorwürfen an die deutsche Politik erreicht und zugleich dem rassistischen Stereotyp Nahrung geliefert, die Opfer seien selber schuld, ja sogar selbst die Täter. Wohl wissend, daß nichts so gut in die politische Landschaft paßt wie diese Verhaftung, arbeiten Polizei und Staatsanwaltschaft auf extrem dünner Faktengrundlage, streuen unbelegte Geschichten aus, die lediglich an rassistische Vorurteile appellieren, und glauben völlig darauf verzichten zu können, der Öffentlichkeit irgendwelche nachvollziehbaren Erklärungen zu liefern. Neben der politischen Signalwirkung wird damit nebenbei auch jede weitere Ermittlung in Richtung eines ausländerfeindlichen Anschlags wirksam unterbunden. Selbst wenn Safwan E. nach Wochen oder Monaten "mangels Beweisen" frei kommen sollte, wird der öffentliche Druck raus sein, dann längst verwehten möglichen Spuren nach rechts zu folgen.

j., Hamburg (2.2.96)

11. Bewegung auf Berlins Straßen

Autor: Ann Stafford · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:37

Innerhalb weniger Wochen schaffte es das Berliner "Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung", bei klirrender Kälte viele Menschen auf die Straßen zu bringen. Bei der ersten Demonstration im Dezember 1995 waren rund 10.000 TeilnehmerInnen (die auch ihre Solidarität mit den Streikenden in Frankreich bekundeten), bei der jetzigen Demonstration waren es immerhin noch 7000 Menschen - trotz zwölf Minusgraden. Viele TeilnehmerInnen verschwanden allerdings bei der erstbesten Gelegenheit in die U-Bahn; die Polizei korrigierte daher ihre Angaben von anfangs 7000 auf 3500.

Diese Demonstration am Abend des 25. Januar in Berlin wurde unter dem Motto Gemeinsam gegen Sozialkürzungen, Ausgrenzung und Hauptstadtwahn anläßlich der Neubildung des Berliner Senats und der Sparpläne der Großen Koalition durchgeführt. Ein weiteres Thema war das "Bündnis für Arbeit". Die IG-Medien-Jugend forderte auf einem Transparent: "Bündnis von unten statt ‚Bündnis für Arbeit`!"

Organisiert worden waren die Demonstrationen vom "Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung", an dem mittlerweile 51 Organisationen aus den verschiedensten Bereichen, neuerdings auch Kinder- und Jugendprojekte sowie ökologische Initiativen, beteiligt sind. Gruppierungen wie die "Grüne Liga", die "Baumschutzgemeinschaft" und die "BaumpatInnen" wandten sich auf ihren Transparenten gegen den Bau der Tunnelröhren im größten innerstädtischen Park Europas, dem Berliner Tiergarten. Mit dabei sind auch Organisationen von Behinderten, Pflegebedürftigen und von MigrantInnen. Auch das "Bündnis kritischer Gewerkschafter Ost/West" beteiligte sich und veranstaltete im Vorfeld der Demonstration einen Aktionstag zusammen mit dem Arbeitslosenverband Berlin und anderen Organisationen. Sie verteilten Flugblätter vor einem Arbeitsamt im östlichen Stadtteil. (Die Berliner Arbeitslosenquote beträgt 13,8%.)

Vor allem bei der ersten Demonstration waren die Studierenden und SchülerInnen sehr stark vertreten. An den Universitäten fanden zur Vorbereitung der Demonstration laufend Aktionen und Vollversammlungen statt. Die Studierenden protestierten gegen BaFöG-Verzinsung, die Zusammenlegung von Fachbereichen und allfällige Studiengebühren.

Das Bündnis will erreichen, daß sich die von Sozialabbau und Ausgrenzung Betroffenen nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen und strebt statt dessen eine breite Solidarisierung an: "Wir wehren uns gemeinsam: SchülerInnen gegen Arbeitsplatzabbau, Lohnabhängige gegen Einsparungen im Bildungs- und Kulturbereich, Flüchtlinge und MigrantInnen gegen die Ausgrenzung von Behinderten, Studierende gegen Lohnverzicht, Erwerbslose für den Erhalt der sozialen Projekte, SozialhilfeempfängerInnen gegen den Tiergartentunnel sowie Behinderte gegen Mietwucher und für Hausbesetzungen." Gefordert wurde auch ein garantiertes Mindesteinkommen für alle. Es gelte, den Widerstand in den verschiedensten Bereichen miteinander zu verbinden. Die Proteste in Frankreich seien ein Vorbild. Das Bündnis will ein gesellschaftliches Klima schaffen, das Aktionen wie in Frankreich ermöglicht.

Es ist genug Geld da, meint das Bündnis, die Frage ist nur, wie es verteilt wird: Zur Zeit läuft eine Umverteilung von unten nach oben, und zwar global, in den einzelnen Ländern und lokal. Im Zuge der weltweiten Globalisierung werden in den Ländern des Südens rigide Strukturanpassungsprogramme durchgesetzt, wobei vor allem im sozialen und im Gesundheits- und Bildungsbereich gekürzt wird. Als in den USA die Firma AT&T zum Jahresbeginn 77.000 Stellen abbaute, wurden die AktionärInnen an der Wallstreet mit einem Vermögenszuwachs von 2 Milliarden Dollar belohnt. Während die Lohnabhängigen in Deutschland 1995 einen Reallohnverlust hinnehmen mußten, konnten die Unternehmer 12% Gewinne einstreichen. In Europa werden die Staaten gemäß dem Maastrichter Vertrag fit gemacht, aber nur die allerwenigsten erfüllen die Konvergenzkriterien. Berlin wird zur Hauptstadt umgebaut: Im Zentrum der Stadt, auf der größten Baustelle Europas, entstehen Glaspaläste nach dem Bilde Frankfurts. Während Büroräume leer stehen, werden Wohnungen in der Stadtmitte für viele Menschen unbezahlbar: Die Mieten schnellen in ungeahnte Höhen, und die Immobilienhaie werden fett und fetter. Rund um den Regierungssitz wird eine Bannmeile errichtet, der Sicherheitsapparat wird aufgerüstet und Obdachlose sollen aus dem Stadtzentrum vertrieben werden. Gleichzeitig verordnet der Berliner Senat einen massiven Sozialabbau. Einsparungen von Stellen, Krankenhausbetten, Studiengängen, bei Kultur- und Frauenprojekten und in anderen Bereichen sind geplant.

In den meisten Medien wurden die beiden Demonstrationen mit der überraschend hohen TeilnehmerInnenzahl überhaupt nicht erwähnt. Es kam auch zu keinen nennenswerten - "medienwirksamen" - Zwischenfällen. Ein paar Scheiben zerbrachen, einige Häuserwände wurden bemalt, ab und zu marschierte die Polizei bedrohlich auf. Doch anscheinend wollte die Polizei Schlagzeilen vermeiden, die auf diesen neu erwachten Protest aufmerksam machen würden. (Bei der Luxemburg-Liebknecht-Gedenkveranstaltung am 16. Januar hatte sie noch in eine friedliche Menge hineingeknüppelt und Stände demoliert.)

Das "Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung" will die Aktivitäten fortsetzen. Bis zum Frühling soll das Bündnis noch breiter werden, so daß sich Berlin auf eine wahres "Frühlingserwachen" auf seinen Straßen freuen kann.

Ann Stafford

12. Gedenken und "kollektive Verantwortung". Roman Herzog, die Deutschen und der Nationalsozialismus

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:26

Seit diesem Jahr haben die Deutschen einen neuen nationalen Gedenktag. Am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung der Überlebenden von Auschwitz, soll künftig der Opfer des Nationalsozialismus gedacht werden. Mit der Ausrufung des Gedenktages entsprach Bundespräsident Herzog einem Wunsch auch der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden. Ignatz Bubis hatte im vergangenen Jahr öffentlich dafür geworben; die Entscheidung fiel mit Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien. Gescheitert sind die Versuche aus den Reihen der CDU/CSU, einen Tag des Gedenkens an die Opfer des "Totalitarismus" zu installieren und so die Verbrechen der Nazis denen der "Kommunisten" gleich zu stellen.

Die Gestaltung der Feierlichkeiten am diesjährigen 27. Januar läßt - vorsichtig formuliert - einige Fragen offen. Besonders die Vorverlegung der Feierstunde des Bundestages auf den 19. Januar stieß auf breite Kritik. Repräsentationspflichten des Bundespräsidenten gingen vor: Seine Reise in die afrikanischen Staaten Uganda, Äthiopien und Eritrea war längst geplant. "Alle drei Länder haben ehrgeizige wirtschaftliche Pläne, die mit marktwirtschaftlichen, also in Bonn Anklang findenden Methoden verfolgt werden", schrieb der Korrespondent der Frankfurter Rundschau (20.1.). Eine zehnprozentige Wachstumsrate in Uganda und die geostrategische Lage der drei Länder als "Abwehrfront gegen den (islamisch regierten) Sudan" machen die Region für die Industrieländer interessant. Da darf nicht abseits stehen, wer einen "Platz an der Sonne" ergattern will.

Das offizielle Anliegen des Gedenktages wurde durch die Vorverlegung beschädigt: "Die Bürger unseres Landes sollen wenigstens einmal im Jahr über das Geschehene nachdenken", sagte Herzog im Bundestag. Der dafür festgelegte 27. Januar war ein Tag wie jeder andere. Herzog war längst nach Afrika abgereist, der Bundestag im Wochenendurlaub. Auch das Fernsehen - im Gedenkjahr 1995 mit etlichen zeitgeschichtlichen Dokumentationen präsent - brachte die übliche seichte Samstagsunterhaltung.

Wer die sprichwörtliche deutsche Gründlichkeit kennt, kann sicher sein, daß diese Startschwierigkeiten im nächsten Jahr behoben sein werden. Der 27. Januar fällt dann auf einen Montag, also einen normalen Arbeitstag. Auch wenn er sich für die überwältigende Mehrheit der Deutschen von keinem anderen normalen Tag unterscheiden wird - die Politiker und die Medien werden ihrer Aufgabe sicherlich besser gerecht werden. Das verlangt schon das kostbare deutsche Ansehen, das unter dem kritischen Blick des Auslandes Schaden nehmen könnte.

Roman Herzog und

die "Infiltration der Gehirne"

Auch AntifaschistInnen werden bis zum nächsten Jahr aus ihren Versäumnissen lernen können: Außer einigen Zeitzeugen, die von den Medien befragt wurden, meldete sich kaum jemand mit gezielten Interventionen zu Wort. Wie eine Beschäftigung mit den "offiziellen" Reden staatlicher Würdenträger zeigt, ist ein oppositionelles Eingreifen in diese hochpolitische Debatte aber dringend notwendig. Roman Herzog als der ranghöchste Geschichtslehrer hat eben nicht nur schöne Worte gemacht über das "Nie wieder", die "kollektive Verantwortung" der Deutschen und die "rechtzeitige Gegenwehr" gegen Anschläge auf "Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Würde des Menschen". Er hat auch hinterrücks wieder den "Totalitarismus" zum "Grundübel des 20. Jahrhunderts" erklärt. Das entspricht zwar der längst etablierten Staatsdoktrin, die in der Formulierung von den "beiden deutschen Unrechtsstaaten" - dem NS-Staat und der DDR! - auf den Punkt gebracht wird. Nur - in der zentralen Rede zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist das Gerede vom "Grundübel Totalitarismus" schon ein besonderer Skandal.

Schlimmer noch ist allerdings Herzogs Darstellung, auf welchem Wege Rassenwahn und Vernichtungswille der Nazis zum Massenkonsens wurden. Die Stigmatisierung von Menschen - Herzog nennt Juden, Sinti und Roma, Schwerstbehinderte, Homosexuelle - zu "Untermenschen", "Schädlingen", "lebensunwertem Leben" mußte in ihrer "Vernichtung" und "Ausrottung" enden, sagte Herzog und schloß dann den Satz an: "Die

Wirkungen dieser Politik waren vor allem deshalb so fruchtbar, weil sie sich wohldosiert in das öffentliche Bewußtsein einschlichen, ja weil sie wohldosiert den Gehirnen infiltriert wurden." (Hervorhebungen Js.)

Das Bild von der "wohldosierten Infiltration der Gehirne" erinnert an eine besonders gefährliche Droge, die von einem heimtückischen Verbrecher verabreicht wird. Wer auf diese Weise seines Willens beraubt wird, kann für sein Tun nicht verantwortlich gemacht werden - hier wird ein ganzes Volk zum Opfer eines verrückten Dr. Mabuse, der es seinen Wahnvorstellungen unterwirft. Daß die Nazis zuweilen in brutaler Offenheit, und keineswegs "wohldosiert", ihren Willen zur Vernichtung der Juden in die Welt hinausposaunten, fällt in Herzogs Darstellung unter den Tisch.

Es seien hier nur zwei Ereignisse genannt, bei denen dem deutschen Volk die Ziele der nationalsozialistischen "Rassenpolitik" unverblümt mitgeteilt wurden. Am 30. Januar 1939 tat Hitler vor dem Reichstag seine berühmte "Prophezeiung": "Wenn es dem internationalen Finanzjudentum gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa." Auch nachdem das - in seiner konkreten Umsetzung geheim gehaltene - Vernichtungsprogramm angelaufen war, wurde sein Ziel, der Völkermord, in aller Öffentlichkeit propagiert. Robert Ley, der Führer der "Deutschen Arbeitsfront", verkündete bei einem Betriebsappell in einer Berliner Rüstungsfabrik am 3. Mai 1943: "... wir schwören, wir werden nicht eher den Kampf aufgeben, bis der letzte Jude vernichtet und gestorben ist". Diese Rede wurde per Rundfunk in alle Betriebe und Haushalte des Deutschen Reiches übertragen, schreibt Wolfgang Benz: "Auch diese Ankündigung der Vernichtung war von Beifall umtost." (FR, 27.1.1996)

Millionen Offiziere und Soldaten der Deutschen Wehrmacht hatten schon zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion Vollmacht zur Vernichtung der "jüdisch-bolschewistischen Intelligenz" erhalten. Der "Kommissarbefehl" erlaubte die Ermordung von Gefangenen, der sog. Gerichtsbarkeitserlaß legalisierte Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung. Beide Anordnungen kamen von der Wehrmachtsführung. Ausführende Täter waren nicht nur SS und SD, sondern auch Wehrmachtssoldaten. Diese Täter werden in Herzogs Rede nicht genannt; ebensowenig wie die Profiteure des Völkermords, die nach dem vorübergehenden "Zusammenbruch" ihre Geschäfte ungehindert fortsetzen konnten.

Bei Herzog kommen konkrete Täter nicht vor, sondern nur ein verführtes Volk, dessen heute lebenden Angehörigen "kollektive Verantwortung" tragen: Sie sollen sich gefälligst an die "hier und von hier aus begangenen Scheußlichkeiten" erinnern und "Unfreiheit und Willkür" bekämpfen. So wie die Bundeswehr das schon tut, deren Oberbefehlshaber Rühe in einem Tagesbefehl zum 27. Januar der Truppe den Auftrag erteilte, "der Freiheit und dem Recht zu dienen" - wo auch immer, ließe sich hinzufügen - "und die Demokratie in Deutschland zu schützen".

Moral ist schön,

solange sie nichts kostet

Die öffentliche Debatte um den Gedenktag und die aus der Geschichte zu ziehenden Lehren wurde von einer Affäre begleitet, die den Sachwaltern deutschen Ansehens ungelegen kam. Ein Rentenabkommen für 35.000 deutschstämmige Juden in Israel und den USA konnte nicht in Kraft treten, weil die Sozialpolitiker der CDU/CSU an dieser Frage ihr soziales Gewissen entdeckten und statt der strapazierten Rentenkassen lieber den Bundeshaushalt belasten wollten. Der Verdacht, hier werde - mit beifallheischendem Blick auf die Stammtische - das seit dem Mittelalter existierende Stereotyp vom "geldgierigen Juden" aktiviert, wurde natürlich "mit Entrüstung" zurückgewiesen.

Gegenüber etwa 400 jüdischen NS-Opfern, die noch in den baltischen Republiken Lettland, Litauen und Estland leben, "vergaß" auch der Rest der Regierungskoalition seine "Verantwortung vor der Geschichte". Die in Aussicht gestellte "Entschädigung" würde den wenigen Überlebenden monatlich zwischen 20 und 40 DM bringen. "Die deutsche Regierung behandelt uns als Bettler, denen gegenüber man weder moralische noch rechtliche Verpflichtungen hat", sagte Alexander Bergmann, der Vorsitzende des Vereins der ehemaligen Getto- und KZ-Häftlinge: "Kollektive Verantwortung", exekutiert vom Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches; auch das gehört zur Wirklichkeit dieses ersten "Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus".

Js.

13. Die Wahrheit spielt keine Rolle. Der Fall Monika Haas und die Kronzeugenregelung

Autor: Rote Hilfe Hamburg · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:30

Seit Anfang November 1994 sitzt Monika Haas in Frankfurt in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft (BAW) wirft ihr die Beteiligung an der Landshutentführung 1977 vor. Sie habe Waffen nach Mallorca geschmuggelt und diese an das palästinensische Kommando "Martyr Halimeh" weitergegeben, das die Lufthansamaschine nach Mogadischu entführt hat. Ihre Untersuchungshaft wird mit der vermeintlichen Fluchtgefahr gerechtfertigt, und das, obwohl Monika Haas seit 13 Jahren legal mit ihren drei Kindern in Frankfurt lebt und dort bis zum Zeitpunkt der Verhaftung als Frauenbeauftragte an der Uni-Klinik arbeitete. Die Anklage der BAW stützt sich auf Aussagen Soraya Ansaris (Souhaila Andrawes), der einzigen Überlebenden des palästinensischen Kommandos, die am 25. November letzten Jahres von Norwegen an die BRD-Justiz ausgeliefert wurde. Am 18. Januar begann der Prozeß vor dem Staatsschutzsenat in Frankfurt.

Einige Hintergründe

zur Geschichte

Am 13. Oktober 1977 wird über dem Mittelmeer die Lufthansamaschine "Landshut" von einem palästinensischen Kommando im Zusammenhang mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten und Vorstandsmitgliedes von Daimler Benz, Hanns Martin Schleyer, vom 5. September 1977 durch die RAF gekapert. Das PFLP-Kommando (PFLP: Volksfront zur Befreiung Palästinas) fordert die Freilassung von elf RAF-Gefangenen in der BRD und zwei Palästinensern in der Türkei. In der BRD ist seit Anfang September als Reaktion auf die Schleyer-Entführung das Parlament faktisch abgeschafft, und eine sogenannte Kleine Lage, der Politiker aller Fraktionen angehören, tritt an die Stelle der Regierung. Eine totale Nachrichtensperre wird verhängt. In bezug auf die Forderungen des palästinensischen Kommandos bleibt die BRD hart und beauftragt am 15. Oktober '77 Staatsminister Hans Jürgen Wischnewski, die Stürmung der Landshut durch die GSG 9 vorzubereiten. Obwohl sich am 16. Oktober '77 die Sowjetunion und die DDR als Vermittlerinnen anbieten, weigert sich die BRD, Verhandlungen aufzunehmen. Am Abend des 16. Oktober wird daraufhin der Flugkapitän der Lufthansamaschine erschossen.

Am 18. Oktober leitet die GSG 9 mit Unterstützung der SAS, einer britischen Antiterroreinheit, die Stürmung der Landshut unter dem Decknamen "Feuerzauber" ein und erschießt dabei drei der vier Mitglieder des Kommandos. Soraya Ansari überlebt als einzige schwerverletzt. In derselben Nacht kommen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe im Gewahrsam der BRD-Justiz zu Tode. Irmgard Möller überlebt mit schweren Verletzungen. Die staatliche Selbstmordversion hinterläßt bis heute zahlreiche unauflösliche Widersprüche und wird von einer internationalen Untersuchungskommission offen angezweifelt.

Soraya Ansari

Soraya Ansari wird nach der Stürmung der Landshut an die somalischen Behörden übergeben und dort zu 20 Jahren Haft verurteilt. Nach knapp zwei Jahren wird sie begnadigt. 1981 verurteilt sie ein italienisches Gericht in Abwesenheit zu 30 Jahren, da die Lufthansaentführung über italienischem Luftraum stattfand. Seit 1991 lebt sie in Oslo. 1994 wird sie dort aufgrund einer Intervention der deutschen Bundesanwaltschaft von der norwegischen Polizei festgenommen und mehrfach von Beamten der BAW verhört. Diese lesen ihr Auszüge aus einer Akte der DDR-Staatssicherheit vor, in der über die Beteiligung von Monika Haas an der Landshut-Entführung gemutmaßt wird, und machen keinen Hehl daraus, daß sie besonders an einer Belastung von Haas interessiert sind. Ansari, die sich nach Mogadischu vom bewaffneten Kampf losgesagt hatte, macht Aussagen, verneint jedoch immer wieder, etwas über einen Waffentransport durch Haas zu wissen. Die Auslieferungsdrohung an die BRD und die Aussicht auf ein Verfahren wegen erpresserischen Menschenraubes, Eingriffes in den Flugverkehr, jeweils mit Todesfolge, sowie Mordes und versuchten Mordes versetzt sie zunehmend in Panik, und sie weitet ihre Kollaboration mit der BAW auf die Belastung Monika Haas' aus. Mit der Kronzeugenregelung bekanntgemacht und der Aussicht, mit drei Jahren "davonzukommen", hält sie das, was ihr aus der Akte der Staatssicherheit vorgelesen wird, zuerst für möglich, dann für gut möglich und schließlich für die Wahrheit. Mit diesen Aussagen hofft sie einer Auslieferung an die BRD zu entgehen,

wird aber trotzdem am 25. November '95 der bundesdeutschen Justiz übergeben. Seitdem sitzt sie in Hamburg in Untersuchungshaft und wartet auf ihren verordneten Kronzeugenauftritt gegen Monika Haas, von dem entscheidend der Ausgang des Verfahrens abhängen wird.

Am 25. Januar dieses Jahres (1996) läßt sie im Prozeß gegen Monika Haas einen an die BAW gerichteten Brief verlesen, in dem sie klarstellt, nicht als Kronzeugin gegen Haas zur Verfügung zu stehen. Gleichzeitig beteuert sie jedoch, seinerzeit in Oslo gegenüber der BAW keine Falschaussagen gemacht zu haben, so daß ihre Erklärungen widersprüchlich bleiben. Am 15. Februar wird sie vor dem Staatsschutzsenat in Frankfurt auftreten müssen.

Die Geschichte

der Kronzeugenregelung

Die Diskussion um die Einführung der Kronzeugenregelung ins bundesdeutsche Recht wird seit etwa Anfang der 70er Jahre geführt. "Reuigen Täter/innen", die bereit sind, andere Mitglieder ihrer Zusammenhänge so zu belasten, daß eine Verurteilung und Inhaftierung möglich wird, wird Straffreiheit beziehungsweise eine erheblich mildere Strafe versprochen. Meist ist hier der/die Kronzeuge/in das einzige Instrument, das die Anklage zur Verurteilung anderer Verdächtiger in den Händen hält.

Bei der Diskussion um die Kronzeugenregelung muß zwischen ihrer Einführung beispielsweise in das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) zur Bekämpfung der "Drogenkriminalität" (im Januar 1982) und von der Einführung in das politische Strafrecht unterschieden werden. Letztere scheitert lange Jahre vermeintlich immer wieder daran, daß die sogenannte liberale Öffentlichkeit Bedenken an der Rechtsstaatlichkeit einer solchen Regelung äußert. So werden in den 70er und 80er Jahren diesbezügliche Gesetzesentwürfe mehrfach vom Bundesrat aufgrund öffentlichen Drucks zurückgewiesen. Dies ist jedoch wenig mehr als ein Scheinsieg der "liberalen Öffentlichkeit". 1976 wird der §129a als erstes "Anti-Terror"-Gesetz verabschiedet und mit ihm zahlreiche weitere politische Sondergesetze. So können die Sicherheitsbehörden den vorläufigen Verzicht auf die Kronzeugenregelung leicht verkraften. Hinzu kommt der klare Wille der Sicherheitsstrategen, das "Problem" bewaffneter revolutionärer Gruppen im deutschen Herbst '77 auf rein militärische Art und Weise zu lösen.

In den 80er Jahren nehmen die Bestrebungen, endlich ein bundesdeutsches Kronzeugengesetz einzuführen, wieder an Intensität zu, und 1987 wird das "Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus" (noch ohne Kronzeugenregelung) verabschiedet sowie der §129a verschärft. Im Mai 1989 schließlich wird die Kronzeugenregelung im Rahmen eines "Gesetzespaketes zur inneren Sicherheit" ins politische Strafrecht aufgenommen und tritt am 19. Juni '89 in Kraft. Zunächst bleibt sie auf drei Jahre beschränkt und enthält einige Zugeständnisse an das "liberale Rechtsempfinden". So dürfen des Mordes Bezichtigte, die Kronzeugen werden, nicht völlig straffrei ausgehen, sondern müssen mit mindestens drei Jahren (gegenüber lebenslang) bestraft werden. Im Dezember '92 wird das Gesetz auf weitere drei Jahre verlängert und erhielt jetzt im Dezember '95 Gültigkeit bis Ende 1999.

Die Kronzeugenregelung -

ein Denunziantengesetz

Die Kronzeugenregelung ist ein neues Rechtsinstrument in der bundesdeutschen Strafjustiz. Die Behauptung der Befürworter/innen, es handele sich lediglich um eine Weiterführung der "tätigen Reue", ist falsch, da nicht die "Umkehr" oder "Einsicht" eines Täters oder einer Täterin belohnt wird, sondern die Menge von verratenen Informationen über Mitglieder, Sympathisant/inn/en und Strukturen politischer Gruppen. Wie weit diese der Wahrheit entsprechen, ist noch einmal eine ganz andere Frage. Schließlich wird der bzw. die Kronzeuge/in alles daran setzen, mit möglichst belastenden Aussagen gegen Dritte die Verhandlungsmasse gegenüber der BAW zu erhöhen (und wenn sie auch frei erfunden sind), da es ja immerhin um Freiheit beziehungsweise Jahre des Straferlasses oder eine lange Haftstrafe geht. Auf der anderen Seite sind auch die Möglichkeiten der Anklage, den oder die Kronzeugen/in in diese Richtung unter Druck zu setzen ("das reicht noch nicht"), immens.

Hinzu kommt, daß in Gerichtsverfahren die nach bürgerlichem Rechtsverständnis ausgewogenen Befugnisse der drei Parteien Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung aus den Angeln gehoben werden. Am

auffälligsten ist der Machtzuwachs der Staatsanwaltschaft, denn sie entscheidet über die Bedingungen des "Deals" mit dem/der Kronzeugen/in. Eine öffentliche Beweisaufnahme findet kaum mehr statt, da sich das Verfahren fast ausschließlich auf die Aussagen des/der Kronzeugen/in bezieht. Gleichzeitig wird die traditionelle Rolle der Verteidigung (die des/der Kronzeugen/in) als Gegenpart zum Ankläger ins Gegenteil verkehrt. Sie wird zum Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft und kann nur noch versuchen, durch eigene Ermittlungen zu Lasten Dritter die Wichtigkeit des/der Kronzeugen/in zu erhöhen. Leidtragende sind die von dem/der Kronzeugen/in belasteten Menschen. Sie geraten in einen nahezu rechtsfreien Raum. Die einzige, äußerst geringe Chance, einer Verurteilung zu entgehen, besteht für sie darin, den/die Kronzeugen/in der Lüge zu überführen und selbst ihre eigene Unschuld zu beweisen. Bei der Fülle von Denunziationsmöglichkeiten auf der einen Seite und der extremen Schwierigkeit, diese zu widerlegen, auf der anderen Seite ein in aller Regel hoffnungsloses Unterfangen. Der Grundsatz: "Im Zweifel für den Angeklagten" gilt hier also, wie in allen politischen Strafverfahren, nicht mehr. Eine zusätzliche Schwierigkeit für die Verteidigung des oder der Beschuldigten ergibt sich aus dem Umstand, daß der/die Kronzeuge/in Fragen der Verteidigung mit dem Hinweis auf mögliche Selbstbelastung in der Regel nicht zu beantworten braucht.

All diese Gründe sprechen dafür, daß die Kronzeugenregelung und ein "rechtsstaatliches Selbstverständnis" unvereinbar sind. Sie ist vielmehr, wie andere Sondergesetze auch, Mittel der politischen Justiz, der (auch präventiven) Aufstandsbekämpfung und dient zur Verschärfung der Repression gegen politisch tätige Menschen. Dies hat ihre Anwendung in Ländern wie zum Beispiel Italien gezeigt und bleibt weiterhin die Motivation für ihre Anwendung durch die Justiz auch in der BRD.

Das Begraben

der Geschichte ...

Der Prozeß gegen Monika Haas begann am 18. Januar 1996 vor dem Staatsschutzsenat des Frankfurter Oberlandesgerichts. Der Prozeß gegen Haas und die von der Bundesregierung und BAW bewirkte Auslieferung Ansaris zeigen zweierlei: Zunächst den unbedingten Willen der BRD-Justiz und des Staates, mit Monika Haas nun endlich eine vermeintlich Verantwortliche an den Geschehnissen im Oktober 1977 abzuurteilen und damit einmal mehr einen Teil unliebsamer BRD-Geschichte für Jahrzehnte hinter Gitter zu bringen. Geschichte, die für den Versuch von militantem Widerstand in der Metropole und für internationale Solidarität steht. Ob dabei mit Monika Haas die Richtige getroffen wird, spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Gleichzeitig geht es darum, von der eigenen Verantwortung an den blutigen Ereignissen in Mogadischu und Stuttgart/Stammheim abzulenken und diese Seite der Geschichte ad acta zu legen.

...und die Absicherung der Herrschaft

Zum zweiten soll das Repressionsinstrument Kronzeugenregelung endgültig durchgesetzt werden. Es gilt nun, sie nach ihrer nochmaligen Verlängerung bis Ende '99 durch "erfolgreiche" Anwendung auf Dauer zu etablieren. Mit viel Mühe hat sich hier die BAW Soraya Ansari als für sie wertvolle Kronzeugin aufgebaut, und sie wird viel daran setzen, daß ihr diese nicht vollends wegbricht. Jüngste Äußerungen Ansaris könnten dazu Anlaß zur Hoffnung sein. Doch ob nun Ansari im Sinne der BAW "funktionieren" wird oder nicht: Uns muß es darum gehen, die Kronzeugenregelung als solche anzugreifen und ihren Charakter als Repressionsinstrument darzustellen.

Die BRD, seit 1989 wieder in der Lage, ungebremst ihre imperialistischen Großmachtinteressen durchzusetzen - aktuell als kriegführende Macht auf dem Balkan -, verstärkt durch sich häufende Repressionsmaßnahmen auch den Druck nach innen. Das Verfahren gegen Monika Haas steht letztlich in einer Reihe mit dem Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK, den Prozessen gegen Mitglieder verschiedener DDR-Behörden, den zunehmenden Verfahren nach §129/129a gegen Antifaschist/inn/en und die vermeintlichen Macher/innen der Zeitung "radikal". Die Kronzeugenregelung ist ein Instrument, diese Repression juristisch abzusichern und weiterzuführen.

Rote Hilfe, Hamburg

Februar 1996

Monika Haas muß raus!

Monika Haas wurde am 2. Mai 1948 in Frankfurt/Main geboren, politisierte sich Ende der 60er Jahre in der Häuserkampfbewegung und begann sich Anfang der 70er Jahre im Rahmen der damals entstehenden Anti-Folter-Komitees für die Verbesserung der Haftbedingungen der RAF-Gefangenen einzusetzen. 1975 taucht sie als Reaktion auf die immer stärker werdende staatliche Repression und nach mehrmaligen bei ihr stattgefundenen Hausdurchsuchungen ab. Anfang '76 wird sie bei einer Kuriertätigkeit für die PFLP in Nairobi/Kenia festgenommen, kommt jedoch nach dreitägigem Verhör wieder frei. Nach der Verhaftung in Nairobi und den damit verbundenen traumatischen Erfahrungen macht sie einen Einschnitt in ihre bisherige Geschichte und zieht sich aus der aktiven Politik zurück. Im Jemen lernt sie den PFLP-Funktionär Zeki Helou kennen, den sie wenig später heiratet und mit dem sie mit ihren drei Kindern bis 1982 im Jemen lebt. 1982 kehrt sie mit ihren Kindern in die BRD zurück und lebt seitdem legal unter ihrem Namen in Frankfurt.

Seit 1992 führt der "Spiegel" eine Hetzkampagne gegen Monika Haas und konstruiert - basierend auf Mutmaßungen in einer Akte der DDR-Staatssicherheit - eine Geschichte, die an einen schlechten Agententhriller erinnert. Sie wird zur Topterroristin und gleichzeitigen Befehlsempfängerin vom israelischen Geheimdienst Mossad und dem bundesdeutschen BND aufgebaut. Hauptvorwurf ist, daß sie als Waffenlieferantin an der Entführung der Lufthansamaschine "Landshut" '77 beteiligt gewesen sei und zusätzlich an der Schleyer-Entführung teilgenommen habe. Aufgrund der Veröffentlichungen des "Spiegel" wird sie im Mai '92 zum ersten Mal auf Weisung der BAW verhaftet, muß jedoch nach sieben Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da der Bundesgerichtshof die Akten als ein nicht ausreichendes Beweismittel ansieht. Ebenso ohne Erfolg bleibt der Versuch der BAW, sie als Kronzeugin im Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt zu gewinnen. Monika Haas lehnt jede Kooperation mit der BAW ab. Im September '94 gewinnt sie einen Prozeß gegen den "Spiegel", der wegen Rufmord zu einer Zahlung von 80.000 DM verurteilt wird. Mitte Januar '96, kurz vor Prozeßbeginn also, wird dieses Urteil aufgehoben. Das Recht auf "freie Berichterstattung" sei höher zu bewerten als das Recht auf Persönlichkeitsschutz. Im November '94 wird sie wiederum festgenommen und sitzt seitdem in U-Haft. Ihr Prozeß begann am 18. Januar '96, und die BAW hofft, sie mit Hilfe der Aussagen Soraya Ansaris verurteilen zu können.

In einem gemeinsamen Brief nehmen die RAF-Gefangenen Rolf Heissler, Sieglinde Hoffmann, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Heidi Schulz und Rolf-Clemens Wagner zu den Vorwürfen gegen Monika Haas Stellung. Sie erklären, daß Haas seit '76 nicht mehr in die Strukturen des militanten Widerstandes eingebunden war, folglich also auch mit der Entführung der "Landshut" und mit Schleyer nichts zu tun haben könne. Die Verdächtigungen gegen Monika Haas, Geheimdienstmitarbeiterin gewesen zu sein, weisen sie als schwachsinniges Konstrukt zurück.

Mit Monika Haas will die BAW, entgegen allen Fakten, endlich eine vermeintlich Schuldige an der "Landshut"-Entführung aburteilen. Das einzige, was die Verfolgungsstrategen der BAW dabei in der Hand haben, sind die unter Druck erpreßten Aussagen der Kronzeugin Ansari.

Wir weisen diesen Versuch entschieden zurück und fordern die Einstellung des Prozesses sowie sofortige Freilassung von Monika Haas!

14. Bundesverfassungsgericht prüft Auslieferung von Ramos Vega

Autor: Solidaritätskomitee Ramos Vega, Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:35

Ein Jahr nach der Verhaftung von Benjamin Ramos Vega am 28.1.1995 in Berlin hat sich die Auseinandersetzung um seine Auslieferung an den spanischen Staat weiter zugespitzt: Ende Dezember 1995 gab das Berliner Kammergericht dem politischen Druck aus Bonn und Madrid nach und erklärte die Auslieferung des Katalanen für "rechtlich zulässig". Benjamin Ramos Vega wird von der spanischen Justiz die Unterstützung der baskischen Organisation ETA vorgeworfen.

Benjamin Ramos Vega reagierte auf den Beschluß zur Auslieferung mit einem unbefristeten Hungerstreik. Die VerteidigerInnen reichten beim Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe Klage gegen das Urteil ein, weil das Kammergericht die Tatsache, daß die Anklage auf durch Folter erpreßten Aussagen beruhe, nicht berücksichtigt habe. Das BVG leitete inzwischen ein Verfahren ein. Am 12.1.1996 unterbrach Benjamin Ramos Vega seinen Hungerstreik, um die Entscheidung aus Karlsruhe abzuwarten.

Noch im Oktober 1995 hatte das Berliner Kammergericht die Auslieferung von konkreten Garantien der spanischen Behörden abhängig gemacht: Benjamin Ramos Vega solle nicht in Isolationshaft kommen, eine angemessene medizinische Versorgung erhalten und in einem Verfahren sollten die unter Folter zustandegekommenen Aussagen keine Verwendung finden dürfen. Zu diesem Schritt sahen sich die Kammerrichter gezwungen, weil sie die Tatsache, daß die belastenden Aussagen gegen Benjamin Ramos Vega unter Folter erpreßt und später widerrufen wurden, nicht länger ignorieren konnten. Die Verteidigung hatte dies, sowie die systematische Folter an politischen Gefangenen im spanischen Staat, mit zahlreichen Dokumenten belegt. Auch internationale Institutionen, wie amnesty international und die UN-Menschenrechtskommission, haben die Folterungen in Spanien immer wieder angeprangert. Der Druck auf das Gericht wurde dadurch verstärkt, daß zu dieser Zeit die Verwicklung spanischer Regierungsstellen in die Mordanschläge der Todesschwadrone GAL auch in der BRD eine große Öffentlichkeit fand.

Der politische Hintergrund

Bemerkenswert an diesem Beschluß ist, daß ein deutsches Gericht die Einhaltung der Menschenrechte in einem EU-Partnerstaat wie Spanien offiziell in Zweifel zog. Baskische und katalanische Menschenrechtsorganisationen, die seit Jahren die Folter anprangern, werteten dies als großen Erfolg. Staatliche Stellen und die bürgerliche Presse Spaniens reagierten mit einem Sturm der Entrüstung: Dem deutschen Botschafter in Madrid wurde eine offizielle Protestnote der Regierung überreicht, der spanische Innenminister forderte die BRD-Regierung sogar auf, ihre Gesetze entsprechend zu verändern.

Wenige Wochen später trafen sich Mitte November die EU-Innenminister auf der spanischen Kolonie La Gomera; Mitte Dezember waren die Regierungschefs der EU-Staaten bei Felipe Gonzales in Madrid zu Gast. In diesen illustren Herrenrunden war auch die gemeinsame Bekämpfung linker Organisationen wie der ETA und die reibungslose Auslieferung von festgenommenen Oppositionellen Thema. Daraufhin war sich die spanische Botschaft in Bonn nicht zu schade, in einem dreiseitigen Brief an das Kammergericht ihre erneute Forderung nach der Auslieferung von Benjamin Ramos Vega damit zu begründen, daß die EU-Staaten doch "ein solidarisches Vorgehen aller Staaten zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Justizwesen durch Überstellung der für Terrorakte Verantwortlichen an die zuständigen Justizbehörden" vereinbart hätten.

Das Berliner Kammergericht verstand diesen Hinweis sehr gut und paßte sich schnell den politischen Vorgaben an: häßliche Dinge wie Folter wurden unter den Teppich gekehrt und von den nur zwei Monate zuvor noch geforderten Garantien über die Einhaltung der Menschenrechte war nicht mehr die Rede. Statt dessen erklärten die Richter zwischen Weihnachten und Neujahr die Auslieferung kurzerhand für "rechtlich zulässig". Ein für das Gericht eigentlich ungewöhnlicher Zeitpunkt. Aber dem scheidenden EU-Ratsvorsitzenden Felipe Gonzales, der ja als wahrscheinlicher Initiator der Todesschwadrone GAL eine klare Vorstellung von Menschenrechten hat, sollte wohl drei Tage vor dem Ende seiner Amtszeit ein Abschiedsgeschenk gemacht werden.

Verschärfte Haftbedingungen

Die schärfere Gangart des Gerichts und der Staatsanwaltschaft war für uns als Solidaritätskomitee seit Anfang Dezember spürbar: obwohl Benjamin und seine Lebensgefährtin inzwischen geheiratet hatten, wurde die Überwachung der Besuche durch Bullendolmetscherin und LKA-Beamte mit Tonband aufrechterhalten, es wurde sogar erneut ein Berührungsverbot verhängt. Erstmals lehnten die Staatsanwaltschaft und das Kammergericht Besuche wegen Sicherheitsbedenken ab, ebenfalls erstmalig wurde einer eigens angereisten Vertreterin der baskischen Gefangenenhilfsorganisation "Gestoras Pro Amnistia" ein Sonderbesuch verweigert und ihr ein Termin zwei Wochen später angeboten.

Besuche, die früher von einem Schließer überwacht wurden, können seitdem nur noch in Anwesenheit von LKA-Beamten und mit Tonbandaufzeichnung stattfinden. Eine gerichtsvereidigte Dolmetscherin, die bei zahlreichen vorherigen Besuchen übersetzt hatte, wird seit Dezember 1995 ohne offizielle Begründung abgelehnt. Mittels einem schon länger abgeschlossenen, politischen Strafverfahren wird jetzt versucht der Dolmetscherin die Gerichtsvereidigung zu entziehen.

Hungerstreik

Direkt nach dem Urteil des Kammergerichts, in dem die Auslieferung vorbehaltlos für zulässig erklärt wurde, begann Benjamin Ramos Vega am 29.12.1995 einen unbefristeten Hungerstreik, um sich "mit allen Mitteln" seiner Auslieferung zu widersetzen. Während des zweiwöchigen Hungerstreiks nahm er sieben Kilogramm ab. In Anbetracht seiner HIV-Infektion und seines durch die einjährige Isolationshaft angegriffenen Gesundheitszustandes hat Benjamin Ramos Vega den Hungerstreik relativ gut überstanden. Es ist aber klar, daß unter diesen Bedingungen und mit einem Normalgewicht von nur 50kg die Entscheidung für den Hungerstreik eine existentielle war, die sehr schnell zu schweren körperlichen Schäden führen kann.

In diesen zwei Wochen wurden die Haftbedingungen weiter verschärft: unter dem Vorwand der "Suizidgefährdung" haben die Schließer jede Stunde das Licht angemacht und an die Zellentür gebollert, so daß Benjamin Ramos Vega nicht durchschlafen konnte.

Nach dem Eingang seiner Klage beim Bundesverfassungsgericht, setzte Benjamin Ramos Vega am 12.1.1996 den Hungerstreik aus - mit der Ankündigung, ihn im Falle einer negativen Entscheidung aus Karlsruhe wieder aufzunehmen.

Verfassungsbeschwerde

Dadurch, daß das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde der Verteidigung zur Prüfung angenommen hat, ist die Strategie der reibungslosen Auslieferung, wie sie von seiten der EU-Innenminister vorangetrieben wurde, erneut durchbrochen.

Am 24.1.1996 forderte das BVG das Bundesjustizministerium zu einer Stellungnahme auf, wie "das Schweigen des Kammergerichts zu der vom Beschwerdeführer geltend gemachten politischen Verfolgung zu bewerten" sei. Weiterhin fordern die VerfassungsrichterInnen eine Antwort auf die Frage, wie "Artikel 15 Vereinte Nationen - Übereinkommen gegen Folter in Hinblick auf die Verwendung von Beweismitteln auszulegen" sei, "die erst durch Verwendung der unter Folter erzwungenen Aussagen aufgefunden werden konnten". Gemeint ist hiermit die konspirative Wohnung, deren Anmietung für das ETA-Kommando "Barcelona" Benjamin Ramos Vega zur Last gelegt wird. Ausdrücklich weist das BVG darauf hin, daß beim Zustandekommen der belastenden Aussagen gegen Ramos Vega (z.B. die Wohnungsanschrift) von Folter auszugehen sei. Diese Wohnung ist das Einzige, was die spanische Justiz gegen Benjamin Ramos Vega vorzubringen hat und deswegen sitzt er seit über einem Jahr in Berlin-Moabit in Auslieferungshaft.

Nun ist die Frage der Auslieferung wieder offen. Das deutsche Justizministerium ist gezwungen, explizit zur Folter im spanischen Staat Stellung zu beziehen. Dies steht im Widerspruch zu dem politischen Kalkül, jegliche Menschenrechtsverletzungen innerhalb des Schengener Vertragsgebietes zu leugnen und damit die reibungslose Auslieferung als Bestandteil der Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten zu gewährleisten. Wir werten diese Entwicklung als großen Erfolg.

Internationale Solidarität

Der Hungerstreik von Ramos Vega war von zahlreichen Solidaritätsaktionen begleitet: in Donosti und Bilbo wurden die deutschen Konsulate besetzt, in Gasteiz und in Bilbo (Baskenland) gab es Demonstrationen und Menschenketten, in Barcelona eine Kundgebung vor dem deutschen Konsulat, in der BRD wurden Veranstaltungen und Kundgebungen in Berlin, Bremen, Heidelberg und Hamburg organisiert. In seiner Erklärung zur Unterbrechung des Hungerstreiks schrieb Benjamin Ramos Vega: "Die Gefühle, die soviel Solidarität aus der BRD, dem Baskenland und Katalonien in mir auslösten, haben mir geholfen, unbeugsam und meiner selbst sicher zu bleiben".

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin,

Fax: 030-2518539

Baskische Gefangene im Hungerstreik

Seit Mitte Januar sind 600 Gefangene aus dem baskischen Gefangenenkollektiv und deren Angehörige draußen, sowie 70 Gefangene aus der GRAPO/ PCE(r) im Hungerstreik. Sie fordern die Wiederzusammenlegung des Kollektivs im Baskenland und die Anwendung des Artikels 60, der Haftunfähigen die Entlassung auf Bewährung garantiert. Die politischen Gefangenen sind seit 1987 auf über 90 Knäste im gesamten Staatsgebiet verteilt und werden dort isoliert. Am ernstesten ist die Situation von Juan Manuel Perez Hernandez, der an "verfrühtem Altersschwachsinn" erkrankt ist, nicht spricht, nicht läuft und in 17 Jahren Haft drei Herzinfarkte erlitten hat. Er wird offiziell als schwerbeschädigt und unheilbar krank anerkannt, was den spanischen Staat aber nicht hindert, ihm Bewährung und angemessene medizinische Behandlung zu verweigern - und das ist kein Einzelfall: jährlich sterben in den spanischen Knästen rund 100 Gefangene wegen unzureichender medizinischer Versorgung. Seit Beginn ihres Hungersstreiks hat sich der Terror gegen die politischen Gefangenen verschärft: auch sie werden nachts jede Stunde geweckt, um sie am Schlafen zu hindern und sie so zu zermürben.

15. Aufruf zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Hat die Bourgeoisie die Intifada besiegt? - von Klaus Polkehn

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:20

Birgit Hogefeld wurde am 27. Juni 1993 bei einer groß angelegten Polizeiaktion in Bad Kleinen festgenommen. Ihr Lebensgefährte Wolfgang Grams kam dabei ums Leben. Der Bundesminister des Innern mußte zurücktreten. Der Generalbundesanwalt wurde entlassen. Zu viele Fragen, insbesondere danach, wie Wolfgang Grams zu Tode kam, blieben unbeantwortet.

Seit dem 15. November 1994 wird gegen Birgit Hogefeld vor dem 5. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt verhandelt.

Bei ihrer Festnahme war ihr vorgeworfen worden, Mitglied der RAF gewesen zu sein und sich an einem versuchten Anschlag auf den früheren Staatssekretär Tietmeyer beteiligt zu haben.

Im Januar 1994 änderte sich das: Der Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld wurde wegen der Sprengung der JVA Weiterstadt und Mord und sechsfachem Mordversuch an Polizeibeamten in Bad Kleinen erweitert, obwohl Birgit Hogefeld die Einzige war, die in Bad Kleinen nachweislich nicht geschossen hat. Ziel dieser in der Öffentlichkeit vielfach kritisierten juristischen Konstruktion ist es, die staatliche Version der Ereignisse in Bad Kleinen, daß nämlich Wolfgang Grams Selbstmord begangen hat und die eingesetzten Beamten vom Mordvorwurf freizusprechen sind, festzuschreiben und mit der Legitimation gerichtlich festgestellter Tatsachen zu versehen.

Zu Bad Kleinen soll es trotz der Zeugenaussagen, die dieser Version widersprechen, keine Fragen mehr geben. Allein Birgit Hogefeld soll für die Toten in Bad Kleinen verantwortlich sein.

Nachdem sie mit dem Vorwurf des Mordes und Mordversuchs in Bad Kleinen überzogen worden war, wurde ihren Verteidigern zur selben Zeit signalisiert, dieser Anklagepunkt - und damit das lebenslängliche Urteil - könne wieder zurückgenommen werden, wenn sie zu einer Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden bereit sei.

Als der Bundesanwaltschaft klar war, daß Birgit Hogefeld auf dieses Kronzeugenangebot nicht eingehen wird, tauchte dann in der Anklageschrift im März 1994 ein weiterer Mordvorwurf auf, der das Urteil mit lebenslänglicher Haft unumgänglich machen soll: Der Generalbundesanwalt warf ihr nun - fast 9 Jahre nach Abschluß der Ermittlungen - erstmals vor, an einem Anschlag auf die US-Air-Base 1985 in Frankfurt und der damit im Zusammenhang stehenden Erschießung des US-Soldaten Pimental beteiligt gewesen zu sein. Bis zu diesem Zeitpunkt war in diesem Verfahren nicht Birgit Hogefeld, sondern waren andere von der Bundesanwaltschaft als Beschuldigte geführt worden.

Dementsprechend wurden und werden die bisherigen Ermittlungsergebnisse nun auf Birgit Hogefeld zugespitzt: alte Gutachten werden durch neue abgelöst, die im Gegensatz zu den vorherigen jetzt zu dem Ergebnis kommen, daß Birgit Hogefeld "wahrscheinlich" Käuferin eines PKW sei; tendenziöse Videofilme werden erstellt und Zeugen zur Wiedererkennung vorgeführt; die Verteidigung wird seit Beginn des Verfahrens durch offensichtlich unvollständige Akten behindert.

Birgit Hogefeld, die sich in einer Prozeßerklärung sehr kritisch mit dem Anschlag auf die US-Air-Base und der Ermordung des US-Soldaten auseinandergesetzt hat, soll gerade mit diesem Anklagepunkt die politisch-moralische Integrität abgesprochen werden.

Es hat lange Tradition, daß Angeklagte, die der RAF zugerechnet werden oder sich ihr zurechnen, von Seiten der Justiz nur eine Antwort bekommen: lebenslänglich. Nicht erst seit der sogenannten Deeskalationserklärung der RAF vom April 1992 ist es aber an der Zeit, daß der Automatismus "lebenslänglich für RAFGefangene" durchbrochen wird.

Birgit Hogefeld darf nicht zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt werden.

Komitee für Grundrechte und Demokratie; Bunte Hilfe, Frankfurt; Choreographisches Tanztheater, Freiburg; Wort-Musik-Theater Köln (Tine Seebohm & Andreas Debatin); Notruf für vergewaltigte Frauen e.V., Frankfurt;

Redaktion ak-analyse und kritik, Hamburg; Dr. in soc. Gerontologie Ruth van Aalderen, Amsterdam; Prof. Dr. Herman J. van Aalderen, Amsterdam; Dieter Adler, Rechtsanwalt, Hannover; Christian Arndt, Pastor, Hamburg; Andreas Bachmann, MdBü Bündnis '90/Die Grünen/GAL, Hamburg; Lothar Baier, Schriftsteller, Frankfurt; Gabi Bauer, Journalistin, Hamburg; Jutta Bilitewski, Pastorin, Hamburg; Dr. Ulrich Billerbeck, Soziologe, Frankfurt; Klaus Blancke, Rechtsanwalt, Berlin; Anwaltsbüro Bode, Magsam, Meins, Mohr, Nitschke, Hamburg; Vanessa Böttcher, Religionspädagogin, Hamburg; Rainer Bolle, Religionspädagoge, Hamburg; Ivo Bozic, Journalist, Berlin; Sabine Brandt, Pastorin, Essen; Ulrike Breil, Rechtsanwältin, Dortmund; Claudia Burgsmüller, Rechtsanwältin, Wiesbaden; Eva Cerna, Tänzerin, Freiburg; Inge Czerwinske, Physiotherapeutin, Fürstenwalde; Gunter Demnig, Kunstpädagoge, Köln; Helga Dieter, Supervisorin, Frankfurt; Thomas Eberrnann, Hamburg; Dr. jur. Michael Empell, Diplom-Bibliothekar und Völkerrechtler, Heidelberg; Christiane Ensslin, Berlin; Stephan Flade, Pfarrer, Potsdam; Maria Garweg, Arzthelferin, Hamburg; Prof. Dr. med. Gerhard Garweg, Hamburg; Christian Geissler, Schriftsteller; Adrienne Goehler, Dipl.Psych., Hamburg; Alexandra Goy, Rechtsanwältin, Berlin; Holger Griesemann, Theologe, Hamburg; Ulrike Hein, Künstlerin, Baiershroun; Uwe Heinrich, Pastor, Hamburg; Thomas Heise, Regisseur, Berliner Ensemble, Berlin; Ewald Herzog, Rechtsanwalt, Frankfurt; Peter Hetzler, Journalist, Bensheim; Prof. Dr. Joachim Hirsch, Frankfurt; Hans Holztrager, Pfarrer i.R., Taunusstein; Anwaltsbüro Hummel, Kaleck, Ratzmann, Berlin; Norbert Jaedtka, Rechtsanwalt, Frankfurt; Hubertus Janssen, Pfarrer, Limburg; Heiko Janssen, Arzt, Berlin; Jutta Jekel, Pfarrerin, Wiesbaden; Ulla Jelpke, MdB, Bonn; Klaus Jünschke, Köln; Hans Kamp, Sozialpädagoge, Fürstenwalde; Karin Knauth, Großburgwedel; Dr. Thorsten Knauth, Religionspädagoge, Hamburg; Rainer Koch, Rechtsanwalt Frankfurt; Katja Leyrer, Journalistin, Hamburg; Hans Löhr, Pfarrer der ev. Studentengemeinde Universität München; Uwe Maeffert, Rechtsanwalt, Hamburg; Holger Matthews, MdBü Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Hamburg; Barbara Metzlaff, Kamerafrau, Hamburg; Pavel Mikulastik, Regisseur, Freiburg; Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Berlin; Prof. Dr. iur. Christoph Nix/Intendant, Nordhausen; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Sabine Peters, Schriftstellerin; Sabine Platt, Rechtsanwältin, Wiesbaden; Bernd Priebe, Erzieher, Berlin; Miriam Pulss, Krankenschwester, Quickborn; Martin Pulss, Religionspädagoge, Quickborn; Jutta Rock, Rechtsanwältin, Frankfurt; Ingrid Röseler, Vorstandsmitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Reichenbach; Dr. Birgit Sauer, Politikwissenschaftlerin, Berlin; Prof. Sebastian Scheerer, Universität Hamburg; Prof. Dr. A. Scherr, Darmstadt; Thomas Scherzberg, Rechtsanwalt, Frankfurt; Dr. Gudrun Schwarz, Sozialwissenschaftlerin, Hamburg; Jürgen Schramm, Betriebsrat Frankfurt, Reinhart Schwarz, Archivleiter, Hamburg; Alexander Schubart, Frankfurt; Dr. Thomas Seiterich-Kreuzkamp, Oberursel; Margrit Sierts, Pastorin Hamburg; Martin Singe, Dipl.theol., Köln; Dr. Ute Stöcklein, Rechtsanwältin, Nürnberg; Elke Steven, Soziologin, Köln; Christian Ströbele, Rechtsanwalt, Berlin; Sabine Tegeler, Heilpraktikerin, Berlin; Dieter Thomas und Hendrike von Sydow vom Frankfurter Fronttheater; Oliver Tolmein, Journalist, Hamburg; Susanne Uhl, MdBü Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg; Bernd Umbreit, Filmemacher, Oberstenfeld; Klaus Vack, Bürgerrechtler, Sensbachtal; Karel Vanek, Choreograph, Freiburg; Monika Varain, Literaturwissenschaftlerin, Hamburg; Waltraud Verleih, Rechtsanwältin, Frankfurt; Dagmar Werner, Rechtsanwältin; Frankfurt; Gisela Wiese, Pax Christi, Hamburg; Michael Wildenhain, Schriftsteller, Berlin; Michael Wilk, Arzt, Wiesbaden; Detlef zum Winkel, Journalist, Frankfurt; Dr. Winfried Wolf, MdB; Uwe Zabel, Gewerkschaftssekretär, Hamburg;

V.i.S.d.P.: RA Berthold Fresenius, RA Ursula Seifert

Palästinas erste Wahl

Hat die Bourgeoisie die Intifada besiegt? - von Klaus Polkehn

Die Nachricht paßte so wunderschön ist das idyllische Bild von Friedensfortschritt und Normalität, das die Medien jüngst am liebsten von Palästina zeichnen. Drei Tage nach der Wahl des Präsidenten und eines Autonomierates wurde mit Erlaubnis von Yasser Arafat die Gründung einer palästinensischen National-Lotterie bekanntgegeben. Dies, war zu lesen, sei nun nach Parlament und Präsident, nach Nationalhymne, Paß und Fahne, nach Rundfunk und Fernsehsender ein weiteres Attribut eines modernen Staates. (1)

Die Befriedigung ist einhellig: Arafat im Amt bestätigt, seine Fatah mit komfortabler Mehrheit im Rat. Die Frankfurter Allgemeine meinte, in Westbank und Gaza bestehe "nun die Chance, demokratisches Verhalten und Reden stärker als bisher einzuüben. Die Aussichten, daß dies gelingen wird, sind unter den Palästinensern besser als anderswo in der Region." Ja, diese Wahl vom 20. Januar 1996 könne vielleicht "so etwas sein, wie die Initialzündung zur Einführung der Demokratie im arabischen Orient." (2)

Nun wäre angesichts der befriedigten Töne in den Organen der Großbourgeoisie eigentlich Mißtrauen angebracht, dennoch bleibt unbestritten, daß diese Abstimmung ein wirklich bedeutendes Datum in der jüngsten palästinensischen Geschichte ist. Zwar gab es nicht wenig Undemokratisches im Vorfeld, Behinderungen am Tag des Votums, Hinweise auf die Berge von Hindernissen beim weiteren Gang der Dinge, dennoch: zum erstenmal in seiner Geschichte hat wenigstens ein Teil des palästinensischen Volkes Gelegenheit gehabt, mit dem Stimmzettel seine Meinung kundzutun. Nur ein einziges Mal hat auf der Westbank eine umfassende freie Wahl stattgefunden: Am 21. Oktober 1956 siegte übrigens bei den jordanischen Parlamentswahlen im Wahlkreis der Altstadt von Jerusalem der Kommunist Dr. Yacoub Zayadine. Seit Beginn der israelischen Besatzung gab es lediglich Kommunalwahlen, deren Resultate von 1976 durch Eingriffe der Militärverwaltung (u.a. durch Absetzung der gewählten Bürgermeister) korrigiert wurden.

Erinnert man sich daran, daß noch vor nicht einmal dreißig Jahren eine Regierungschefin Israels rundheraus die Existenz eines palästinensischen Volkes bestritt, und daß es erst viereinhalb Jahre her ist, daß zum ersten Mal ein israelischer Premier einem Vertreter der PLO bei einer internationalen Konferenz gegenübersaß, dann ist der Urnengang vom 20. Januar 1996 nicht gering zu schätzen.

Es war ein langer Weg zu dieser Wahl, und es waren im Vorfeld jede Menge Schwierigkeiten - nicht nur technischer Art - zu bewältigen, Probleme, die auch Folge von mehr als einem Vierteljahrhundert Besatzung waren. Beispielsweise gab es kein brauchbares Wahlregister. So mußten 7000 Lehrer von Haus zu Haus gehen, um die Wahlberechtigten zu ermitteln. Wahlberechtigt war jeder Bewohner von Westbank, Gazastreifen und Ost-Jerusalem über 18 Jahre; als Kandidat mußte man mindestens 30 Jahre sein. Mehr als 1 Million Menschen erhielten Identitätskarten.

Eine besondere Situation ergab sich für die 167.000 Palästinenser im arabischen Teil von Jerusalem. Dort wurde nach einem besonderen Modus gewählt, den Israel und die Palästinensische Nationalbehörde (PNA) in einem nicht veröffentlichten Abkommen vereinbart hatten. Israel wollte auf jeden Fall verhindern, daß der Eindruck entsteht, über den Status der Stadt könne überhaupt noch verhandelt werden. Also wurden kuriose Regelungen eingeführt. Die Stimmen mußten in fünf Postämtern in Ost-Jerusalem abgegeben werden. Diese blieben - normalerweise am Schabbat geschlossen - an diesem Wahlsonnabend geöffnet, das heißt für den normalen Publikumsverkehr zugänglich. Die Wahlurnen hatten den Schlitz nicht oben, sondern, wie beim Briefkasten, an der Seite. Die Umschläge mit den Stimmzetteln waren einem Postbeamten, also einem israelischen Staatsbeamten auszuhändigen, der sie in die Urne steckte. Die Urnen wurden von Postbeamten zur Zentralen Zählstelle gebracht. So sollte aus der Wahl ein postalischer Routinevorgang gemacht werden, nichts durfte auf einen palästinensischen Hoheitsakt hindeuten.

"Winner-take-all"

oder Teure Kandidatur

oder Demokratie kann warten

Aber nicht nur in Jerusalem forderten Wahl und Wahlprozedur dem Wähler einiges ab. Der Wahlmodus war weitgehend von Yasser Arafat sozusagen im Alleingang durch Präsidialdekrete geregelt worden, einschließlich des Wahlgesetzes vom 7. Dezember 1995. Für die Wahl zum Autonomierat wurden 16 Wahlbezirke gebildet, deren Grenzen Arafat nachträglich noch einmal veränderte. Kompliziert war das modifizierte Mehrheitswahlsystem, bei dem in jedem Wahlkreis die jeweilig erforderliche Zahl von Kandidaten mit den meisten Stimmen als gewählt galt. Der Wähler mußte also aus der langen Liste der Kandidaten (z.B. in Gaza-Stadt 95) soviele ankreuzen, wie in dem jeweiligen Wahlbezirk zu wählen waren (in Gaza-Stadt 12). Das war schon für den "gewöhnlichen" Wähler nicht einfach. Analphabeten (in Gaza seien es 13 Prozent der wahlberechtigten Männer und noch mehr Frauen gewesen) hatten deshalb Anspruch auf Begleitung durch einen schreib- und lesekundigen Begleiter.

Daniel Polisar von der israelischen Organisation Peace Watch kritisierte dieses "winner-take-all"-System: "Das Ziel dieses System ist es, eine kleine Mehrheit zu nehmen [...] und sie nach den Wahlen in eine große Mehrheit zu verwandeln." (3). Die palästinensische Wahlkommission beantwortete dergleichen Kritik mit Verweis auf Mehrheitswahlsysteme in England und Frankreich.

Ursprünglich hatten 4400 Personen angekündigt, daß sie sich um ein Mandat bemühen würden. Viele scheiterten jedoch an der Klausel, daß vom Kandidaten 500 Unterschriften beigebracht und eine Gebühr von 1000 Dollar hinterlegt werden mußten. Nur wer gewählt war, bekam sein Geld zurück.

Kontroversen gab es unter den Palästinensern über die Reservierung von sechs Sitzen im Autonomierat für Christen (in Jerusalem und Bethlehem je zwei, in Ramallah und Gaza je einen, außerdem wurde in Nablus ein Sitz für die winzige Religionsgemeinschaft der Samaritaner reserviert). Während Arafat diese Regelung mit dem Hinweis auf Ägypten verteidigte, wo die recht starke christliche Minderheit (die Kopten) nicht richtig im Parlament vertreten sei, sah die Opposition in dem Verfahren die Rückkehr zu einer eigentlich überwunden geglaubten Zersplitterung der Gesellschaft. Schließlich hätten alle Palästinenser ohne Unterschied der Religion in der PLO mitgewirkt und in der Intifada gekämpft.

Während der Leiter der Wahlbeobachtergruppe der Europäischen Union, der Schwede Carl Lindblom, vor allem die zeitlichen Verzögerungen bei der Wahlkampfvorbereitung, die Kürze der zur für den Wahlkampf zur Verfügung stehenden Zeit sowie "die Serie der Improvisationen und Irregularitäten" kritisierte, schwiegen andere Beteiligte. Die Neue Zürcher Zeitung meinte: "Den Israeli scheinen die fragwürdigen Machenschaften (Arafats) ziemlich gleichgültig zu sein, da sie alle Mittel begrüßen, die die Position Arafats festigen könnten." (4) In den USA hieß es: "So lange, wie Arafat Ordnung hält, kümmern sich Israel und die Vereinigten Staaten nicht darum, wie er es tut." (5) "Vor wie hinter den Kulissen machen die westlichen Finanziers [...] und der Oslo-Partner Israel wenig Druck, um demokratische Standards durchzusetzen. Sie wollen Ruhe und Ordnung in Nahost als Ergebnis des Friedensprozesses, die Demokratie kann warten." (6)

Einige "Ordnungsmaßnahmen" erregten international Aufsehen. So nahm der Sicherheitsapparat der Palästinensischen Nationalbehörde (PNA, sie regiert unter dem Vorsitz Yasser Arafats das Autonomiegebiet) am 25. Dezember 1995 einen leitenden Redakteur der in Jerusalem erscheinenden Zeitung al-Quds fest und brachte ihn nach Jericho. Er hatte die Weisung mißachtet, Bild und Bericht über ein Treffen Arafats mit dem Griechisch-Orthodoxen Patriarchen auf der ersten Seite seines Blattes zu plazieren. Nach einem Gespräch mit Arafat wurde der Journalist mit einer Verwarnung wieder freigelassen.

Es folgte am 2. Januar 1996 die Verhaftung von Bassam Eid von der Bürgerrechtsbewegung B'tselem durch Arafats Präsidentengarde "Force 17". Eid hatte mehrfach den palästinensischen Sicherheitsdiensten Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Nach 24 Stunden wurde der Anwalt auf freien Fuß gesetzt.

Daneben gab es in einigen Fällen direkte Polizei-Eingriffe in den Wahlkampf. In der 2. Januarwoche nahm man beispielsweise in Salfit einen Oppositionskandidaten für zwei Tage fest. Peace Watch erklärte, einige unabhängige Kandidaten hätten mitgeteilt, "daß sie unter ‚heftigen Druck` geraten seien um sich zurückzuziehen, und einige hätten dies auch getan." (7) In Arafats Fatah-Organisation waren die Kandidaten gewählt worden, jedoch bedurften die Listen der Bestätigung durch den PNA-Präsidenten, der zahlreiche ihm mißliebige Namen strich und durch die von getreuen Anhängern ersetzte. Zwar wies die Zentrale Wahlkommission keinen Bewerber zurück, aber es wurden "zahlreiche Kandidaten bestochen oder bedroht, um sich aus dem Rennen zurückzuziehen. Mindestens fünf Kandidaten erhielten höhere Positionen in PNA-Ministerien, damit sie ihre Bewerbung zurückziehen," erklärte Peace Watch. (8)

Aber wie gesagt, diese Verbiegung der Demokratie wurde von den Hütern der bürgerlichen Freiheiten ungerügt hingenommen. Der Tagespiegel schrieb: "Die Kritik an Arafats selbstherrlichem Auftreten ist überzogen." Nämlich: "Mehr denn je kam es darauf an, daß Arafat seine Gegner kontrolliert." Es sei für ihn "zunächst wichtiger, die innere Sicherheit zu gewährleisten, als demokratische Tugenden auszubilden." Sein autokratischer Stil "liegt nicht zuletzt auch im israelischen Interesse". (9) Es kommt eben immer darauf an, wer sich weshalb an den edlen Gütern der bürgerlichen Demokratie vergeht.

Abwesende Opposition

Trotz der kritischen Bewertung der Taktik Arafats und des Vorgehens seines Sicherheitsapparates würde es der Wirklichkeit nicht gerecht, wenn man die Wahlen rundheraus als manipuliert und undemokratisch abqualifiziert. Immerhin gab es Debatten um die Kandidaten innerhalb von al-Fatah, es gab "ausscherende" unabhängige Kandidaten, Oppositionsparteien hatten die Möglichkeit sich zu beteiligen. Arafat hatte eine Gegenkandidatin, die 72jährige Samiha Khalil, die dem Palästinensischen Nationalrat (PNC - das Exilparlament der PLO) angehört und der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) nahestand.

Immerhin bewarben sich am 20. Januar 674 Leute um die 88 Sitze im Autonomierat, zwölf Parteien waren beteiligt, davon sechs, die der PLO angehören. Insofern also ist wohl bislang keine Wahl in einem arabischen Land so demokratisch verlaufen, wie die palästinensische.

Sicherlich wäre es dem Plebiszit gut bekommen, wenn sich ein großer Teil der Opposition zu einer Teilnahme hätte entschließen können. Aber die islamische Bewegung Hamas, der Islamische Djihad, die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) unter George Habbash und die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) unter Nayef Hawatmeh (nicht zu reden von Gruppen wie dem Volksfront-Generalkommando - PFLP-GC - unter Ahmed Jibril, der Abu-Musa- und der Abu-Nidal-Gruppe) zogen den Totalboykott vor, alle mit dem gleichen Argument: Eine Wahlbeteiligung käme einer Anerkennung der von ihnen abgelehnten Oslo-Abkommen gleich.

Vor allem um eine Hamas-Teilnahme hatte Arafat bis zuletzt mit großem Einsatz geworben. Er war im Dezember 1995 eigens deshalb zu Gesprächen nach Kairo gereist. Die von Beobachtern heftig kritisierte mehrfache Verschiebung des offiziellen Wahlkampfbeginns war sicherlich der Hoffnung geschuldet, Hamas doch noch zur Teilnahme bewegen zu können. Die islamischen Fundamentalisten hätten die Pro-Arafat-Mehrheit im Rat nicht gefährden können, aber die Opposition wäre in gewisser Weise gezähmt gewesen. Aber vor allem die Exil-Führung von Hamas drängte auf Boykott. So blieb es bei der individuellen Kandidatur von drei Islamisten. Der Herausgeber der Hamas-Zeitung al-Watan, Imad Falouji, der seinen Wahlkampf in Gaza mit Fatah-Hilfe führte, fiel allerdings bei der Wahl durch. Bei der Nachwahl in Gaza am 1.2. wurde er jedoch gewählt.

PFLP und DFLP könnten durch die von den gegenwärtig in Damaskus residierenden Führungen verordnete Wahlenthaltung in eine existentielle Krise geraten. Unter zahlreichen führenden Funktionären dieser Parteien in Westbank und Gaza gab es durchaus die Absicht, sich dem Votum der Wähler zu stellen. So verzichtete Riad Malki, einer der Führer der PFLP auf der Westbank, erst spät auf eine Bewerbung, obwohl er Siegeschancen sah. "Die Strömung, die ich innerhalb der Front vertreten will, ist jedoch noch nicht stark genug, und deshalb habe ich meine Kandidatur zurückgezogen." Und: "Viele Führer der Front wollen immer noch in der Romantik der Vergangenheit leben, aber die Mehrheit ist bereit, sich der Realität zu stellen." Er, Malki, müsse "zuerst den Kampf im Inneren der Front führen, bevor ich auf eine anderes Schlachtfeld gehe." (10) Der Philosoph und Politikwissenschaftler Azmi Bishara nannte den Boykottbeschluß von PFLP und DFLP "mechanistisch". Beide Organisationen hätten sich damit "in eine existentielle Krise manövriert". Sie seien "eine politische Opposition außerhalb der Politik geworden". (11)

So stellten sich auf der Linken neben unabhängigen Kandidaten nur die Palästinensische Volkspartei (PPP - die Nachfolgeorganisation der Komunistischen Partei Palästinas), die als einzige Partei neben Fatah in allen Wahlbezirken auf den Stimmzetteln stand, sowie in Gaza die Nationaldemokratische Koalition von Haidar Abdelshafi. Die PPP nutzte den Wahlkampf, um ihre Position darzulegen: Prinzipelle Zustimmung zum Friedensprozeß, prinzipelle harte Kritik an Oslo II. Aber ihre Chancen waren von vornherein nicht so gut.

Wenig Chancen hatte auch die Demokratische Union (FIDA), die von der DFLP abgespaltene Gruppe unter Yasser Abed Rabbo, die im PNA mitarbeitet. Hier mochten die Wähler meinen, sie könnten besser gleich Arafats Partei wählen.

Wahlkampf und Wahlen wurden von Fatah dominiert, die ihren Ruf als größte palästinensische Organisation festigen konnte. Dabei traten gleichzeitig aber auch alle ihre inneren Schwächen und Widersprüche zutage. Wie die beschriebenen Eingriffe Arafats zeigen, ist die Organisation in der Gefahr, ein reiner Präsidenten-Wahlverein zu werden. Zugleich aber hat sie sich unter Arafats Mitwirkung zum Interessenverband von palästinensischer Bourgeoisie und PLO-Bürokratie gemausert.

Die Clans sind wieder da

In diesem Zusammenhang muß man den Wiederaufstieg der Famlienclans (Hamula) in der palästinensischen Gesellschaft sehen. Es schien, als hätten Befreiungskampf und Intifada Familien- und Stammesstrukturen weitgehend überwunden. Nun aber werden sie wieder belebt. Der Direktor des Center for Palestine Research and Studies in Nablus, Khalil Shikaki, beschrieb den Mechanismus so: "Durch deine politische Partei bekommst du nichts, aber wenn du es mit deinem Familienoberhaupt machst, dann erledigen sich die Dinge." Und Haidar Abdelshafi meinte: Wie im Feudalismus "werden sich die Familien ihm (dem Politiker) verpflichtet

fühlen und weiterhin seine Aufmerksamkeit suchen". (12) In einer Situation aber, wo weniger politische Programme als vielmehr die Namen der Großfamilien des Bewerbers zählen, war es logisch, daß Arafat in die Zusammensetzung der Fatah-Listen eingriff, um durch die richtige Komposition die nötige Stimmenzahl zu sichern.

Als Beispiel mag der Stimmbezirk Nablus gelten. Die beiden "großen" Familien der Stadt sind die Shakaa und die Masri. Aus beiden suchte sich Arafat einen Kandidaten.

Die Shakaa sind eine reiche Familie, vor dem Ersten Weltkrieg zu Vermögen gekommen als Lieferanten für die türkische Armee. Sie besitzen mehrere Fabriken und einige tausend Hektar Land. Zur Familie gehört auch Bassam Shakaa, der ursprünglich aus der Baath-Partei kam und in der PLO zur Linken gerechnet wurde. Er gewann 1976 die Bürgermeisterwahl und wurde 1982 Opfer eines Attentats durch jüdische Extremisten. Sein Neffe, der Rechtsanwalt Ghassan Shakaa, heute Bürgermeister von Nablus, kam auf die Fatah-Liste.

Maher al-Masri, der andere Fatah-Kandidat in Nablus, kommt aus der anderen großen Familie der Stadt. Ihr gehören Betriebe, viel Land und Häuser, und sie gründete unlängst die Investmentgruppe Padico. Maher al-Masri ist langjähriger Fatah-Anhänger. Sein Onkel Hikmat aber war schon Provinzgouverneur, als die Westbank zwischen 1948 und 1967 von Jordanien besetzt war, und gehörte als Vizepräsident dem jordanischen Senat an. Zafer al-Masri, Präsident der Handelskammer von Nablus, war von den Israelis 1985 zum Bürgermeister ernannt worden, 1988 wurde er als Kollaborateur von einem Kommando der PFLP ermordet. Seit dem Einzug Maher al-Masris in den palästinensischen Autonomierat sitzt die Familie al-Masri in zwei Parlamenten der Region, denn sein Bruder Taher ist Präsident der Jordanischen Nationalversammlung.

Die französische Libération zitierte den schon genannten Khalil Shikaki: "Im Wahlprozeß wollen die großen Familien ihre wirtschaftlichen Interessen schützen." Das Blatt fügte unter Anspielung auf "Romeo und Julia" hinzu, es sei, "ein wenig so, als wenn sich in Verona die Capoulet und Montague unter dem gleichen politischen Etikett präsentiert hätten". (13)

Eine Folge der Arafatschen Auslese war es, daß potentielle Fatah-Kandidaten nun als Unabhängige antraten. Dementsprechend ist diese "Fraktion" der "Unabhängigen" im Autonomierat durchaus differenziert zu betrachten. Unter diesem Etikett findet man sowohl getreue Anhänger Arafats als auch Politiker der Opposition. So bewarb sich in Khan Younis im Gazastreifen der Intifada-Führer Rafat an-Najar (früher PFLP) als Unabhängiger, in Ramallah hingegen der bisherige PNA-Minister für Wohnungsbau, Jamal Tarifi, ein Fatah-Mann, der als Bauunternehmer an der Errichtung jüdischer Siedlungen auf der Westbank kräftig verdient hat, und nach eigenen Angaben zwischen zehn und zwölf Millionen Dollar besitzt. (14)

Im Wahlkampf gab es wenig Programmatisches. Der Gewerkschaftsfunktionär George Hazboun, Kandidat in Bethlehem, sagte, die Wähler seien vor allem daran interessiert, "was ein Kandidat während des palästinensischen Aufstandes gemacht habe, dann fragten sie nach seiner Familie. Am Ende steht das politische Programm, das sich aufgrund der Abwesenheit der Opposition meist ohnehin in nichts von den anderen Kandidaten unterscheidet."(15) In den meisten Fällen reduzierten sich die programmatischen Aussagen auf das Recht auf den eigenen Staat, den palästinensischen Anspruch auf Jerusalem, die Rückkehr der Flüchtlinge.

Druck in Jerusalem

Der Wahltag verlief ohne größere Zwischenfälle, sieht man einmal von Jerusalem ab, wo bereits im Vorfeld der Abstimmung die Wähler massiv eingeschüchtert wurden. So tauchten in der Altstadt Plakate einer rechten israelischen Jugendorganisation in Hebräisch und Arabisch auf, auf weißem Papier, amtlich aussehend. Auf ihnen hieß es, Wähler, die ihre Stimme abgeben, würden ihre Aufenthaltserlaubnis verlieren. "Jeder Bürger Jerusalems, der an der Wahl teilnimmt, kann seine israelische Identitätskarte verlieren. Wir bitten Sie, denken Sie darüber nach, bevor Sie wählen!"(16) Dergleichen Drohungen und Gerüchte über Ausschluß von Sozialleistungen im Falle der Wahlbeteiligung waren sicherlich nicht ohne Wirkung.

Am Morgen des Wahltages begannen dann israelische Polizisten, die palästinensischen Wähler vor den Postämtern mit Videokameras aufzunehmen. Erst nachdem Ex-US-Präsident Carter in seiner Eigenschaft als Chef der Wahlbeobachter bei den Israelis protestiert hatte, stellte die Polizei diese Einschüchterungsprozedur ein. Carter: "Auch wenn sich im großen und ganzen beide Seiten Mühe geben, ist hier einfach ein bißchen

zuviel Polizei." (17) Dann wurde das Hauptpostamt in Ost-Jerusalem wegen eines angeblichen Bombenalarms für längere Zeit gesperrt. Der britische Unterhausabgeordnete Sir Russell Johnston berichtete, daß die mit Ausweisen und Stimmkarten versehenen Wähler "nur mit Schwierigkeiten die blauen Polizeibarrieren überwinden konnten". Überdies durften nur 4-5000 der registrierten 50.000 palästinensischen Wähler der Stadt in den Postämtern wählen, mehr konnte man nicht "abfertigen". Die anderen Wahlberechtigten mußten sich zur Stimmabgabe in Dörfer am Stadtrand begeben. "Transportmittel dorthin waren nicht vorgesehen". (18)

Unter diesen Umständen war denn auch die Wahlbeteiligung in Jerusalem sehr niedrig (40 Prozent). Hingegen gingen trotz der Boykottaufrufe der Opposition fast 80 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen. In Gaza waren es sogar 85 Prozent. Der Grund dafür, meinte der Independent, könne sein, daß mehr Frauen als erwartet gewählt hätten. "Diese hohe Wahlbeteiligung der Frauen könnte auch den schwindenden Einfluß von Hamas reflektieren", die die Frauen davon abhalten wolle, sich in Politik einzumischen. (19)

Unangefochten: Fatah

Das überwältigende Ergebnis für Yasser Arafat bei der Präsidentenwahl war keine Überraschung. Hier wurde schließlich nicht schlechthin über einen Kandidaten entschieden, hier stellte sich ein nationales Symbol. Anders hingegen die Resultate für den Autonomierat. Das Wahlsystem verfälschte den Wählerwillen ein wenig. Insofern kann das Ergebnis einer Meinungsumfrage hilfreich sein, die am 11. und 12. Januar 1996 in Westbank und Gaza durchgeführt wurden. Nachstehend das Ergebnis auf die Frage "Welcher Gruppierung trauen Sie am meisten" (20), dahinter in Klammern die prozentuale Vertretung im Autonomierat:

Fatah 38,9% (56%)

Hamas 12,3% (-)

PFLP 2,3% (-)

Islamischer Jihad 1,4% (-)

PPP 1,8% (1%)

FIDA 0,9% (1%)

DFLP 0,6% (-)

1,9 Prozent nannten andere islamische Parteien, 17,1 Prozent antworteten, sie würden keiner Gruppe trauen, von 1,5 Prozent wurden "andere Gruppen" genannt und 21,9 Prozent hatten "keine Meinung"!

Der Autonomierat ist wie folgt zusammengesetzt: Fatah 50, Unabhängige 36, FIDA 1, PPP 1. (Es handelt sich hier um vorläufige Ergebnisse; außerdem ist in einigen Fällen die Wahl angefochten worden.)

Die Umfrage ließ natürlich die große Gruppe von Unabhängigen (40 Prozent im Rat) außer acht, also sowohl Arafat-Getreue (z.B. den Sprecher Arafats, Marwan Kanafani, der in Gaza gewählt wurde), wie auch scharfe Kritiker des Rais. Das sensationellste Resultat erzielte Haidar Abdelshafi, ein linker Politiker, der - wie erinnerlich - 1991 die palästinensische Delegation bei den Friedensverhandlungen in Madrid und Washington geleitet hatte. Sein Programm hatte er so formuliert: "Diese Wahlen als Beginn eines langen demokratischen Prozesses sind unsere einzige Chance, die gewaltigen Fehler Arafats in den Osloer Abkommen zu korrigieren. Vielleicht kommen wir so zu einem echten Frieden, gestützt auf Recht und Gerechtigkeit." (21) So stimmten in Gaza 58 259 Wähler für ihn, das war die höchste Stimmenzahl, die ein Kandidat überhaupt erreichte. Haidar Abdelshafi wird wahrscheinlich den Vorsitz im Rat übernehmen.

Zu den Oppositionellen wird auch Hanan Ashrawi gezählt, eine von insgesamt fünf Frauen, die den Einzug in den Rat schafften. Bemerkenswert ist, daß die unabhängigen Kandidaten vor allem in den städtischen Wahlbezirken erfolgreich waren (alle Abgeordneten in Bethlehem, vier von sieben in Ramallah, drei von vier in Nablus, sieben von zwölf in Gaza-Stadt).

Bei der Umfrage vom 11. und 12. Januar stand auch die Zukunft zur Debatte. Da erklärten denn 4,7 Prozent der Befragten, nach der Wahl werde sich alles zum Schlechteren wenden, wohingegen die Mehrheit von 68,8 Prozent erwartete, die Dinge würden besser. 17,3 Prozent meinten, alles bliebe beim Alten.

Letztere dürften auf jeden Fall Unrecht behalten. Der Autonomierat wird im äußersten Fall bis zum 4. Mai 1999 im Amt bleiben. Er muß eine Verfassung für die palästinensischen Gebiete für diese Interimsperiode verabschieden. Ihm obliegt es, die Exekutive für das Autonomiegebiet zu benennen - wobei ein Fünftel der künftigen "Minister", wahrscheinlich fünf von fünfundzwanzig, vom Präsidenten berufen werden, ohne daß sie dem Rat angehören; sie haben jedoch im Rat kein Stimmrecht. Zu den Beschlüssen, die der Rat fassen soll, gehören ein Gesetz über politische Parteien, ein Pressegesetz, ein Wahlgesetz und ein Investitionsgesetz. Der Rat darf beschließen, aber, so will es das Oslo-Abkommen, Israel muß in jedem Fall zustimmen. Die Wahl hat also eines noch nicht bewirkt: Palästinensische Souveränität.

Was dann? Gewählte oppositionelle Politiker verweisen auf die Kontrollbefugnisse des Rates und auf die Möglichkeit, vor allen Entscheidungen Öffentlichkeit herzustellen. Der schon zitierte Khalil Shikaki war hingegen skeptisch: "Mangels eines wirklichen Wettbewerbs wird der Rat schwach sein. Yasser Arafat hat eine neue Koalition gebildet, bestehend aus der Handelsbourgeoisie, den örtlichen Führern oder denen von außerhalb. So wird er in jedem Fall das Sagen behalten." (22)

Staat oder nicht?

Für die Legislaturperiode des Autonomierates stehen nun aber wichtigere Entscheidungen als der Erlaß von Gesetzen bevor. Bis 1999 soll der Friedensprozeß abgeschlossen werden. Das heißt, bis dahin sind Übereinkommen mit Israel zu treffen, beispielsweise über die Grenzen. Die israelische Position ist dabei mit Oslo II klar markiert: Jerusalem, das Jordantal und die jüdischen Siedlungen fallen an Israel. Für Palästina bleiben neben dem Gazastreifen zwei Regionen nördlich und südlich von Jerusalem, das, was im Oslo-Abkommen als "Area A" und als "Area B" markiert wurde. Das aber ist nicht das Territorium eines lebensfähigen Palästinastaates. Shimon Peres hat erst unlängst wieder unmißverständlich gesagt, daß Israel keinen palästinensischen Staat zulassen werde, während Arafats Sprecher Irdeineh diesen Staat schon innerhalb von 18 Monaten erstehen sieht.

Offen bleibt das Problem der palästinensischen Flüchtlinge, jener Mehrheit von vier Millionen Palästinensern, die von dieser Wahl ausgeschlossen waren. Offen bleibt damit auch das Schicksal der PLO und des Exilparlaments, des PNC.

Es gibt jetzt zwei palästinensische Parlamente. Theoretisch könnten beide koexistieren. Da (von Arafat) festgelegt wurde, daß die 88 gewählten Ratsabgeordneten ex officio Mitglieder des PNC werden, schließt der PNC im Prinzip den Rat ein. Die Aufgaben zwischen beiden könnten geteilt werden. Aber letztlich ist nichts geklärt. Es besteht durchaus das Risiko eines Konflikts um die Legitimität zwischen beiden Institutionen. PNC-Mitglieder sind nominiert, Ratsmitglieder gewählt. "Alles hängt, wie es Gewohnheit geworden ist, vom Willen Yasser Arafats ab."(23) Er könnte sich vor allem auf den Rat stützen, in dem er die Mehrheit hat, was im PNC recht ungewiß ist.

Zwei Tage nach der Wahl verkündete Israels Regierungschef Peres, Israel erlaube allen Mitgliedern des PNC die Rückkehr ins Autonomiegebiet: "Keine Restriktionen. Wir verlangen von ihnen nicht, daß sie Israel oder die Abkommen von Oslo anerkennen.". George Habbash von der PFLP antwortete von Damaskus aus: "Ich gehe nicht eher nach Palästina, als der palästinensische Staat geschaffen ist, und bevor nicht alle meine Brüder in der Diaspora das gleiche tun können." (24) Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um eine alte israelische Forderung, der Arafat im Oslo-Abkommen zugestimmt hat: Aus der palästinensischen Nationalcharta sind jene Sätze zu streichen, mit denen die Beseitigung des Staates Israel gefordert - oder, mit anderen Worten ein unabhängiger Staat auf dem gesamten Territorium des historischen Palästina verlangt wird. Nun sind die betreffenden Klauseln der Charta längst durch die Geschichte überholt, dennoch haben sie - für beide Seiten! - höchste symbolische Relevanz. Bislang war eine Mehrheit im PNC für die Streichung schwer vorstellbar. Aus der Geschichte der PLO weiß man aber auch, wie "Unabhängige" instrumentalisiert werden können.

Und noch eine Frage: Wird die PLO nun verschwinden? Nader Said vom Center for Palestine Research and Studies in Nablus meint: Nein. Aber ihre Rolle könnte sich einfach auf die diplomatische Vertretung der Palästinenser reduzieren. (25)

Und schließlich Arafats Hausmacht - Fatah. Iyad Sarraj vom Palästinensischen Komitee für Menschenrechte, einer jener Männer, die im Vorfeld der Wahlen ins Visier der Sicherheitsdienste gerieten, meinte zur Rangelei

um die Listenplätze: "Arafat und die Seinigen haben den Geist der Intifada getötet." (26) Die unübersehbaren Auseinandersetzungen und die Bevorzugung der großen Familien vor den Intifada-Aktivisten könnten der Beginn einer Desintegration sein. Ghassan Khatib vom Jerusalem Media and Communication Center meinte über Arafat: "Er wünscht sich keine zu kräftige Fatah, die ihn in den Schatten stellen könnte. Im gegenwärtigen Augenblick gibt es keine Rivalen, warum also einig sein? Und gegen wen?"(27)

Schließlich die schwerwiegenden ökonomischen Probleme. Sie dürften für die Wähler letztlich wichtiger sein, als alle politischen Finessen. Wird die Arbeitslosigkeit bekämpft werden können? Wird die Wahl jene politische Stabilität herstellen, die das Autonomiegebiet für Investoren interessant machen kann? Bislang galt auch für die Wirtschaft: "Arafat bremst die Entwicklung, weil er sich zu viele Entscheidungen selbst vorbehält." (28) Deshalb sei bisher nur ein geringer Teil der von den sogenannten "Geberländern" zugesagten 2,3 Milliarden Dollar in Palästina angekommen. Die palästinensische Bourgeoisie hat bisher kaum daheim investiert. Wird sie es jetzt tun, nachdem sie in der Wahl über die Intifada gesiegt hat? Die Aussichten sind nicht so günstig. Es gibt im Mini-Palästina keine Rohstoffe, die Landwirtschaft des Autonomiegebiets wird von der hochsubventionierten israelischen Agrarindustrie in Schach gehalten, die Exportmärkte sind noch immer fast nur via Israel zu erreichen, kurz die Bedingungen für Kapitalverwertung sind alles andere als optimal.

So bleibt die Bilanz dieser Wahl zwiespältig. Die Palästinenser in Westbank, Gazastreifen und in Jerusalem haben Yasser Arafat mit eindrucksvoller Mehrheit Legitimität verschafft. Aber sie haben auch unmißverständlich klar gemacht, daß sie mehr als eine Ein-Mann-Herrschaft wollen.

Quellen

1. The Times, 24.1.1996; 2. Frankfurter Allgemeine, 21.1.1996; 3. Jerusalem Post, International Edition, 27.1.1996; 4. Neue Zürcher Zeitung, 3.1.1996; 5. Time, 22.1.1996; 6. Wochenpost, 18.1.1996; 7. The Guardian, 6.1.1996; 8. Jerusalem Post, International Edition, 27.1.1996; 9. Der Tagesspiegel, 4.1.1996; 10. Biladi - The Jerusalem Times, 12.1.1996; 11. Freitag, 19.1.1996; 12. Time 22.1.1996; 13. Libération, 18.1.1996; 14. Neil Patrick (Hrsg.), Palestinians in Profile, Jerusalem 1993, Seite 503; 15. Tageszeitung, 20./21.1.1996; 16. The Independent, 16.1.1996; 17. Frankfurter Rundschau, 22.1.1996; 18. Le Monde, 21./.22.1.1996; 19. The Independent, 22.1.1996 ;20. Biladi - The Jerusalem Times, 19.1.1996; 21. Neue Zürcher Zeitung, 16.1.1996; 22. Libération, 20./21.1.1996; 23. Le Monde 21./22.1.1996; 24. Le Monde, 23.1.1996; 25. Le Monde, 21./22.1.1996; 26. Libération, 20./21.1.1996; 27. ebd.; 28. Business Week, 5.2.1996

Der lange Weg zum eigenen Parlament

Am 29. November 1947 beschließt die UNO die Teilung Palästinas; am 15. Mai 1948 wird der Staat Israel gegründet. Nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg kontrolliert Israel 77 Prozent Palästinas; das Jordan-Westufer wird von Jordanien annektiert; den Gaza-Streifen besetzen ägyptische Truppen.

1964: Gründung der Palästina-Befreiungsorganisation (PLO).

Im Sechstagekrieg vom Juni 1967 erobert Israel die Westbank und den Gaza-Streifen. Am 22. November 1967 verabschiedet der UN-Sicherheitsrat die Resolution 242, die den Abzug Israels aus den besetzten Gebieten verlangt.

Am 4. Februar 1969 wählt der PNC, das palästinensische Exilparlament, den Sprecher der größten palästinensischen Guerilla-Organisation Fatah, Yasser Arafat, zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO. Seit 1970 wird in der PLO die Konzeption eines demokratischen Palästinastaates diskutiert, in dem Juden und Araber leben können.

22. November 1974: Rede Yasser Arafats vor der UN-Vollversammlung. Die UNO erkennt das Recht des Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung und auf einen eigenen Staat an.

7. Dezember 1987: Beginn der Intifada, des Aufstandes in den besetzten Gebieten.

15. November 1988: Der PNC erkennt das Existenzrecht Israels an und proklamiert den Staat Palästina.

Am 30. Oktober 1991 wird in Madrid die arabisch-israelische Friedenskonferenz eröffnet, an der erstmalig eine Delegation der PLO teilnimmt. Nach parallelen Geheimverhandlungen in Oslo wird am 13. September 1993 in Washington die israelisch-palästinensische Prinzipienerklärung (DOP) unterzeichnet. In Artikel I ist vereinbart,

daß für einen Zeitraum von fünf Jahren eine "Palästinensische Interims-Selbstregierungs-Behörde, der gewählte Rat" gebildet werden soll. Allerdings wird in dem Dokument keine klare Trennung zwischen der "Interims-Selbstregierungsbehörde" (der späteren Palästinensischen Behörde bzw. Nationalbehörde, PA im israelischen bzw. PNA im palästinensischen Sprachgebrauch) und dem "Rat" formuliert, so daß man annehmen muß, beides sei ein und dasselbe. Artikel III des DOP sieht "direkte, freie und allgemeine politische Wahlen für den Rat" vor. Über die exakten Modalitäten der Wahl will man später eine Vereinbarung treffen. Die Wahlen sollen aber "nicht später als neun Monate nach Inkrafttreten dieser Prinzipienerklärung abgehalten werden..." (Tatsächlich finden die Wahlen erst 28 Monate nach Unterzeichnung des DOP statt). Zu der Prinzipienerklärung gibt es einen Annex I, der das Recht der Palästinenser in Jerusalem zur Teilnahme an den Wahlen "entsprechend einem Abkommen zwischen beiden Seiten" festlegt. Dieses Abkommen solle auch das Wahlsystem, die Beaufsichtigung der Wahlen, die Regeln für die Wahlkampagne einschließlich der Organisation der Massenmedien und der Möglichkeit von Zulassung einer Rundfunk- und einer Fernsehstation enthalten.

Am 4. Mai 1994 wird in Kairo von Rabin und Arafat das sogenannte Gaza-Jericho-Abkommen unterzeichnet. Es legt die Modalitäten das israelischen Abzug aus Gaza und Jericho sowie die Übertragung der Machtausübung an die Palästinensische Behörde (PNA) fest. Die Frage der Wahlen wird in diesem Abkommen ausgeklammert.

Yasser Arafat trifft am 1. Juli 1994 in Gaza ein. Damit nimmt die PNA in den Autonomiegebieten seine Amtsgeschäfte auf.

Die PNA ruft Anfang September 1994 alle Gruppierungen auf, Kandidaten für den Autonomierat zu nominieren. Israels Außenminister Peres hingegen sagt am 11. September 1994, die Frage der Wahlen bedürfe noch "weiterer Verhandlungen". Zur gleichen Zeit läßt die israelische Zivilverwaltung der besetzen Gebiete verlauten, sie werde es den Palästinensern nicht gestatten, Zentren zur Registrierung der Wähler zu eröffnen.

17. September 1994: Yasser Arafat bestätigt ein Dokument über die Vorbereitung der Wahlen. PNA-Minister Saeb Erekat wird von ihm zum Leiter der Zentralen Wahlkommission ernannt.

Am 3. Oktober 1994 beginnen Verhandlungen Israels mit der PNA über die Wahlen. Die Palästinenser fordern einen hundertköpfigen Rat, in den Gaza 37 und die Westbank 63 Vertreter wählen sollen. Zugleich sollen 14 weitere Abgeordnete von Arafat ernannt werden und zehn weitere zusätzlich die palästinensische Diaspora vertreten. Das Parlament solle seinen Sitz in Jerusalem nehmen und von Yasser Arafat eröffnet werden, der damit automatisch als Oberhaupt der PNA bestätigt würde. Sodann fordert die PNA einen Abzug der israelischen Armee bis spätestens zum Vorabend der Wahlen. Israel lehnt all dies ab und bekräftigt die Auffassung, der zu wählende Rat solle als reines Exekutivorgan nur 23 Mitglieder haben. Der israelische Unterhändler erklärt, Vertreter der palästinensischen Opposition dürften nicht kandidieren, weil sie das Oslo-Abkommen ablehnen.

Am 25. Oktober 1994 legt die PNA einen neuen Wahlvorschlag vor, während Israel am 2. November 1994 bekräftigt, es wolle aus Sicherheitsgründen seine Truppen auch während der Wahlen in den Städten der Westbank belassen.

11. November 1994: Der Leiter der palästinensischen Wahlkommission, Saeb Erakat, schlägt die Direktwahl des Präsidenten vor und kündigt gleichzeitig an, daß Arafat für dieses Amt kandidieren werde.

17. November 1994: Israels Ministerpräsident Rabin verlangt, vor einer Wahl müßten - wie in Oslo vereinbart - die Klauseln der palästinensischen Nationalcharta über die Zerstörung Israels gestrichen werden.

12. Dezember 1994: Yasser Arafat erklärt, es werde keine Wahlen in Gegenwart israelischer Soldaten geben.

Am 15. Dezember 1994 äußert sich die israelische Seite zu dem Wahlvorschlag der PNA und macht dabei einige Konzessionen hinsichtlich der Größe des Rates und der Teilnahme der Opposition.

21. Dezember 1994: Treffen Rabin-Arafat. Es wird keine Einigung in der Wahlfrage erzielt. Die Verhandlungen über die Frage der Wahlen werden aber fortgesetzt. Meinungsverschiedenheiten über die Frage des israelischen Truppenabzuges verhindern zunächst Fortschritte. So schlägt Israel vor, anstelle des

permanenten Abzugs bis zum Vorabend der Wahlen (wie im DOP vorgesehen) zum Zeitpunkt der Wahl für drei Tage zeitweilig abzuziehen.

13. Februar 1995: Erneutes Treffen Rabin-Arafat. Es wird Übereinstimmung hinsichtlich der Direktwahl des Präsidenten erzielt. Auch dürfen jetzt alle Bewohner von Westbank und Gaza über 18 an der Wahl teilnehmen, auch wenn sie das Oslo-Abkommen ablehnen. Der israelische Unterhändler Joel Singer sagt jedoch nach dem Treffen: "Wir werden Schritte unternehmen, um zu sichern, daß alle Gruppen, die Terror gegen Israel oder die palästinensische Behörde befürworten, nicht teilnehmen." Über den Truppenabzug vor der Wahl wird keine Übereinstimmung erzielt.

Am 21. Februar 1995 schlägt die PNA Modalitäten für internationale Beobachter der Wahlen vor.

17.-18. März 1995 findet in Kairo erstmals nach längerer Zeit wieder eine Tagung des Exekutivkomitees der PLO statt. Es wird eine härtere Gangart der palästinensischen Verhandlungsdelegation gefordert.

Am 29. März 1995 wird in Jericho über die nun für den 1. Juli geplanten Wahlen verhandelt. Hauptstreitpunkt bleibt die Teilnahme der palästinensischen Einwohner Jerusalems, dafür einigt man sich aber über die Zusammensetzung einer internationalen Beobachtergruppe.

Am 4. April 1995 beginnen Verhandlungen über Zensus und Wähler-Registrierung. Der israelische Vertreter Joel Singer übergibt Erekat eine Liste mit den Namen von 1.159.000 Wählern (einschließlich von Bewohnern Ost-Jerusalems), die - wie sich herausstellt - unbrauchbar, weil voller Fehler ist. Bei dieser Gelegenheit erklärt Israel sein Einverständnis, daß der zu wählende Rat sowohl legislative wie exekutive Befugnisse haben solle.

Am 2. Mai 1995 eröffnet Arafat in Gaza das Hauptquartier der Palästinensischen Zentralen Wahlkommission, obwohl beispielsweise über Natur, Struktur und Jurisdiktion des zu wählenden Autonomierates noch immer keine Übereinkunft erzielt worden ist.

Vom 16.-18. Mai 1995 verhandeln Erekat und Singer in Kairo. Hinsichtlich des israelischen Truppenabzugs und der Einbeziehung Jerusalems in die Wahlen wird keine Einigung erzielt. - Die endgültige Übereinkunft, erarbeitet von Arafats Beratern und israelischen und internationalen Experten sieht schließlich vor, daß der Autonomierat in den 5 Jahren bis zum Abschluß der Verhandlungen mit Israel sowohl legislative als auch exekutive Macht ausüben soll.

Am 12. November 1995 beginnt die Registrierung der Wähler, am 7. Dezember 1995 unterzeichnet Arafat endlich das Wahlgesetz. Der Chef der EU-Wahlbeobachter, der schwedische Diplomat Lidblom, kritisiert am 12. Dezember 1995 die PNA. Das Wahlgesetz sei "nach allen Standards sehr spät" veröffentlicht worden.

Die palästinensische Wahlkommission unter Saeb Erekat tritt zurück und am 21. Dezember 1995 wird von Arafat eine neue Zentrale Wahlkommission unter Mahmoud Abbas (Abu Mazen) eingesetzt. Danach erläßt Arafat neue Dekrete hinsichtlich der Größe des Rates (Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von 82 auf 88), der Verlängerung des Zeitraums für die Registrierung von Kandidaten und der Veränderung der Prozeduren der Nominierung.

Der offizielle Beginn des Wahlkampfes erfolgt am 2. Januar 1996, nachdem eine zuvor verfügte Verkürzung der Kampagne auf zwei Wochen, die unabhängigen Kandidaten einen wirkungsvollen Kampf fast unmöglich gemacht hätte, wieder aufgehoben worden ist.

Am 9. Januar 1996 versprechen die sogenannten "Geberländer" auf einer Konferenz in Paris der PNA 1,37 Milliarden Dollar Hilfe für 1996. "Diese Rekordsumme soll und wird wohl [...] Arafat bei den ersten Wahlen [...] zum spektakulären Sieg verhelfen." (Tageszeitung, 11.1.1996)

16. Der angekündigte Staatsstreich. Forza Italia, Linksdemokraten und Neofaschisten demontieren die italienische Verfassung

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:44

Nach dem Rücktritt des parteilosen Ministerpräsidenten Lamberto Dini erlebten Italiens Spitzenpolitiker Wochen hektischer Betriebsamkeit. Im Quirinalspalast bei Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro gaben sie sich die Klinke in die Hand. Nachts wurden - vor allem von Silvio Berlusconi, dem Meister spektakulärer Inszenierungen - ominöse Telefongespräche geführt, über deren Inhalt am folgenden Tag gerätselt werden durfte. Es wurde verhandelt und taktiert, Namen potentieller Regierungschefs machten die Runde, das Für und Wider von Neuwahlen wurde abgewogen. Ende Januar stellte Scalfaro den Parteien ein Ultimatum: Entweder sie einigten sich bis zum 1. Februar auf eine Übergangszeit, oder er werde das Parlament auflösen, das dann am 14. April neu gewählt werden müßte.

Danach ging alles ganz schnell: Die drei größten Parteien - Forza Italia und Alleanza Nazionale aus dem Rechtsblock (il Polo) und die Linksdemokraten (PDS, führende Kraft im "Mitte-Links"-Bündnis l'Ulivo) - verabredeten Verfassungsreformen, die auf eine Übernahme des französischen Präsidialsystems hinauslaufen. Dieser sog. semi-presidenzialismo bedeutet den Bruch mit einer Regierungsform, die nach dem Ende des Faschismus mit Bedacht gewählt worden war: Ein reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel verhalf auch vielen kleinen Parteien zu Parlamentssitzen. Zumindest theoretisch konnte das Parlament so die Regierung kontrollieren (oder blockieren), die sich oft ihre Mehrheiten mühsam suchen mußte. Nach einem Referendum im Jahre 1993 war dieses Modell bereits in Richtung Mehrheitswahlrecht verändert worden; 1994 wurden drei Viertel der Mandate an die jeweils siegreichen Wahlkreiskandidaten vergeben. Aber auch diese Änderung brachte nicht die versprochenen klaren Mehrheitsverhältnisse. Das jetzt vereinbarte Modell ist Ausdruck der verbreiteten Sehnsucht nach dem starken Mann, der dem Land Stabilität geben und den langwierigen Prozeß parlamentarischer Entscheidungen abkürzen soll.

Der mit der Regierungsbildung beauftragte Antonio Maccanico hat zum einen die Aufgabe, diesen Übergangsprozeß, die autoritäre Wende, zu organisieren. Zum anderen soll er die von seinem Vorgänger Lamberto Dini praktizierte Sparpolitik zum Zwecke der Haushaltssanierung fortsetzen. Der 72jährige Maccanico gilt als "Mann der Industrie", vor allem des FIAT-Patriarchen Gianni Agnelli, und der Finanzwelt. Er ist parteilos, hat aber Bindungen zur Republikanischen Partei, die jahrzehntelang erfolgreiche Lobbypolitik für das Großkapital betrieben und von Agnelli dafür erhebliche Zuwendungen erhalten hat. Die Mailänder Tageszeitung Corriere della Sera stellte Passagen aus einem Buch Maccanicos zusammen, in denen er sich über führende italienische Politiker äußert. Demnach schätzt er sowohl die Rechten Silvio Berlusconi (Forza Italia), Gianfranco Fini (Alleanza Nazionale) und Umberto Bossi (Lega Nord) als auch die "Mitte-Links"-Politiker Massimo D'Alema (PDS) und Romano Prodi, den parteilosen Spitzenkandidaten des Ulivo.

Daß Dini nicht erneut mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, hat einen einfachen Grund: Die Neofaschisten legten gegen seine Nominierung ihr Veto ein, weil der parteilose "Techniker" während seiner Amtszeit zum Liebling des "Mitte-Links"-Blocks geworden war.

Arrivederci Dini!

Als Lamberto Dini am 11. Januar als Ministerpräsident zurücktrat, hatte er eine Amtszeit von genau einem Jahr hinter sich gebracht. Seine Regierung der parteilosen "Techniker" war die 54. der Nachkriegszeit; ihre Dauer von einem Jahr entspricht ziemlich exakt dem Mittelwert. Dini hatte Berlusconis im April 1994 installierter Rechtsregierung als Schatzminister angehört. Als dessen Nachfolger hat er sich nicht nur um einige Monate länger im Amt gehalten; er hat auch zumindest ein wesentliches politisches Vorhaben Berlusconis fortgesetzt. Die von Dini durchgesetzte Rentenreform ist eine geringfügig abgemilderte Variante des von der Rechtsregierung präsentierten unsozialen Gesetzeswerks, das im Herbst 1994 zu Generalstreiks und Massendemonstrationen geführt hatte. Bei den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern hatten sich mehrere Motive gemischt: Sie wollten nicht nur den sozialen Kahlschlag zumindest behindern, sondern auch die verhaßte Rechtsregierung stürzen. Letzteres gelang: Im Dezember 1994 trat Berlusconi zurück - vordergründig

betrachtet, weil ihm die Lega Nord die Unterstützung entzogen hatte; letztlich aber, weil sich sein Konfrontationskurs als nicht durchsetzbar erwiesen hatte.

Dini, vom Minister der Rechtskoalition zum "überparteilichen" Regierungschef befördert, war also gewarnt. Sein finanzpolitisches "Notstandsprogramm" mußte mit mehr Fingerspitzengefühl durchgesetzt werden, als Berlusconi es aufbringen wollte oder konnte. In der Sache war man sich einig: Die Begrenzung des Haushaltsdefizits und die Eindämmung der Staatsverschuldung sollten oberste Priorität haben. Eine erneute Wahlrechtsreform - nach der partiellen Einführung des Mehrheitswahlrechts - sollte regierungsfähige Mehrheiten garantieren; vor einer erneuten Wahl sollten allen Parteien gleiche Bedingungen für den Zugang zu den Medien eingeräumt werden (par condicio). Im Grunde waren das Probleme, die - bei Differenzen im Detail - unter den großen Parteien hätten einvernehmlich gelöst werden können. Die Haushaltssanierung auf Kosten der sozial Schwachen wird allenfalls von der Linkspartei Rifondazione Comunista (RC) abgelehnt; die Linksdemokraten des PDS sind schon seit langem ebenso wie Forza Italia für eine Ausweitung des Mehrheitswahlrechts (mit zwei Wahlgängen), und die Beschneidung von Berlusconis Medienmacht ist vom Verfassungsgericht bereits angeordnet worden.

Doch entgegen der im Gemeinschaftskunde-Unterricht verkündeten Lehre dient das Parlament keineswegs der Willensbildung und der Problemlösung "im Interesse der Sache". Parteipolitisches Taktieren führte dazu, daß Dini sich ständiger Attacken der Rechten zu erwehren hatte, während die "Mitte-Links"-Parteien zu ihm hielten. Berlusconi plante seit seinem Rücktritt ein möglichst schnelles Comeback; am Erfolg seines Nachfolgers konnte ihm nicht gelegen sein. Gianfranco Fini, der Chef der Neofaschisten (Alleanza Nazionale/AN, vormals MSI), hatte sich schon während der kurzen Zeit der Rechtsregierung der "tödlichen Umarmung" Berlusconis erwehren müssen; er nutzte nun jede Möglichkeit, sich als wahrer Führer der Rechten zu profilieren. Im Unterschied zum programmatischen "Ultraliberalismus" von Forza Italia haben die Neofaschisten auch soziale Demagogie im Angebot; vor allem in ihren Hochburgen im Süden des Landes müssen sie eine ziemlich große Klientel mit staatlichen Wohltaten versorgen.

Dini trat zurück, als sich die dritte Regierungskrise innerhalb von drei Monaten anbahnte. Staatspräsident Scalfaro, ein ehemaliger Christdemokrat, sperrte sich gegen die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen - nach außen hin mit dem staatsmännischen Argument, während des am 1. Januar begonnenen "italienischen Semesters" (dem sechs Monate währenden Vorsitz im EU-Rat) müsse das Land eine handlungsfähige Regierung haben und dürfe nicht durch Wahlkampfturbulenzen in Atem gehalten werden. Tatsächlich geht es Scalfaro auch um Zeitgewinn - für die Rekonstruktion einer Stabilität garantierenden "Kraft der Mitte" in der Tradition und aus Elementen der ehemaligen Democrazia Cristiana (DC). Die erfahrenen Kader der ehemaligen Quasi-Staatspartei DC verschleißen sich derzeit in einer Vielzahl mittlerer und kleinerer Parteien und Grüppchen, seitdem ihre glorreiche Partei im Gefolge des Schmiergeldskandals (tangentopoli) beim Wahlvolk in Ungnade fiel und auseinanderbrach.

Die große Koalition der Verfassungsfeinde...

Die jetzt zwischen den beiden großen Blöcken vereinbarten Verfassungsänderungen sind zwar noch nicht beschlossen; beide Seiten betonen, daß der "Kompromiß" auch noch scheitern kann. Aber selbst in diesem Fall wäre der Schaden immens. Profitiert haben von der schon jetzt als "historisch" gefeierten Übereinkunft die Rechten: Berlusconi, weil er sich erfolgreich als der unermüdliche, bis an die Grenzen der Erschöpfung aktive Sondierer präsentiert; Fini, weil er sich mit seinen maximalistischen Forderungen durchgesetzt hat. PDS-Sekretär Massimo D'Alema, der "eigentlich" nur die Direktwahl des Regierungschefs akzeptieren wollte, schwenkte über Nacht um.

Gianfranco Fini, wegen seiner kompromißlosen Haltung von den Medien als "Signor No" tituliert, hat mindestens drei Gründe zur Freude: Erstens kam statt des ungeliebten Dini ein neuer Mann, Maccanico. Zweitens und wichtiger noch: Die Direktwahl eines mit weitgehenden Kompetenzen ausgestatteten Staatsoberhaupts gehörte zu den Forderungen des Rechtsblocks bei den Wahlen im März 1994 (in deren Folge Berlusconi Ministerpräsident wurde). Nun ist dieser Programmpunkt lagerübergreifender Konsens. Drittens steht der Rechtsblock - nach vorübergehenden taktischen Differenzen - geschlossen da, während das "Mitte-Links"-Bündnis geschwächt ist: Kandidat Romano Prodi, der für sofortige Neuwahlen eintrat, legte sich öffentlich mit D'Alema an; auch viele PDS-Mitglieder sind sauer. Die Zustimmung zu einer Regierung, die auch von den Neofaschisten gestützt wird, widerspricht allen antifaschistischen und demokratischen Traditionen.

D'Alema bekannte flugs, auch er sei "innerlich zerrissen"; seine Beteuerung, daß man im Wahlkampf natürlich sowohl mit Fini als auch mit Berlusconi die Konfrontation suchen wird, zeigt nur, wie stark der Vorrat an linksdemokratischen Selbstverständlichkeiten geschrumpft ist.

... und die große Koalition der Ausländerfeinde

Die drei größten Parteien, Forza Italia, PDS und Alleanza Nazionale, sind aber nicht nur bei der Reform der Institutionen zur Zusammenarbeit bereit und in der Lage. Daß auch bei zentralen Themen der praktischen Politik eine Annäherung stattgefunden hat, wurde im Herbst vergangenen Jahres auf besonders widerwärtige Weise sichtbar. Damals hatten sie sich, gemeinsam mit der Lega Nord, auf eine Verschärfung des Ausländerrechts geeinigt, die dann in einem Regierungsdekret, also einer Art Notverordnung, verkündet wurde. Danach sind die extracomunitari (AusländerInnen aus Nicht-EU-Ländern) in Italien schon bei vergleichsweise geringen Vergehen von Ausweisung bedroht. Ausgewiesen werden kann, wer

- ein Verbrechen begangen hat, das mit maximal drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann,

- von den Ermittlungsbehörden als "sozial gefährlich" bezeichnet wird

- oder illegal eingereist ist.

Darüberhinaus werden den unerwünschten Einwanderern drastische Strafen angedroht:

- sechs Monate Gefängnis für Nicht-Europäer ohne Paß,

- zwischen sechs Monaten und drei Jahren Haft für Abgeschobene, die wieder einreisen (die Wiedereinreise nach Italien ist für Abgeschobene erst nach sieben Jahren erlaubt),

- ein Jahr Gefängnis für falsche Angaben vor den Behörden,

- bis zu sechs Jahren Knast für die Organisierung illegaler Einreise.

Dem allen hat auch die Mehrheit der PDS-Abgeordneten zugestimmt. Für den Rechtsschwenk erntete der PDS höchstes Lob: Damit habe die Partei "einen Weg eingeschlagen, auf dem sie wirklich Regierungskultur erlangen kann", erklärte Sebastiano Neri, der justizpolitische Sprecher von Alleanza Nazionale. Das taktische Kalkül, über die Verschärfung des Ausländerrechts die Lega Nord zur Unterstützung der Dini-Regierung zu bewegen, ist vollständig gescheitert. Den norditalienischen Rassisten ging das Dekret nicht weit genug; die Regierung Dini war auch durch Zugeständnisse an die Lega nicht zu retten.

Zwar gibt es gegen diesen "taktisch" begründeten Rechtsschwenk auch Widerstände innerhalb des PDS; dennoch werden - mit Blick auf die nächsten Wahlen - der Lega Nord weiterhin Bündnisangebote gemacht. Umberto Bossi brüstet sich damit, daß er von beiden Lagern umworben wird. Gegen Absprachen mit dem PDS hat er im Prinzip nichts; er verlangt aber sämtliche Wahlkreise in den Nordregionen.

Französische Zustände?

Helmut Kohls Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlandes Frankreich - sein Rat an Ministerpräsident Juppé, um Himmels willen nicht vor den Streikenden zurückzuweichen - war wohlkalkuliert: Bei einem Erfolg der französischen Streikbewegung würden Nachahmer in anderen europäischen Ländern, allen voran Italien, ermuntert. Um die italienischen Staatsfinanzen ist es noch weit schlechter bestellt als um die französischen: In Italien beträgt das Haushaltsdefizit (in Prozent des Brutto-Inlandprodukts/BIP) 7,9% gegenüber 4,9% in Frankreich; maximal 3% Neuverschuldung ist die Zielvorgabe des Vertrags von Maastricht für Ende 1998. Noch krasser fällt der Vergleich bei den Staatsschulden aus (ebenfalls in Prozent des BIP gerechnet): Italien 124,9% - Frankreich 51,2%; "erlaubt" sind maximal 60%.

Schon melden sich italienische Kapitalisten, u.a. der Präsident des Unternehmerverbandes Confindustria, Luigi Abete, mit neuen Forderungen zu Wort: Die erst im Sommer vergangenen Jahres beschlossene - und von den Gewerkschaften mitgetragene - Rentenreform müsse neu verhandelt werden. Auch Arbeitsminister Tiziano Treu kündigte vorsichtig eine Reform der Reform an - spätestens für 1998. Die vorgelegten Rechnungen über Einsparungen gehen wunderbar auf - sie haben nur den kleinen Fehler, daß diese Einsparungen politisch nicht durchsetzbar sind; zumindest nicht im Konsens, auf den doch nach dem Scheitern von Berlusconis Brachialkurs so viel Wert gelegt wird. Ungeachtet dessen werden genau die Punkte aus Berlusconis

Gesetzentwurf wieder hervorgekramt, auf die schließlich - um des sozialen Friedens willen - verzichtet werden mußte. Die Manager der italienischen Zentralbank möchten nicht nur das Rentenalter erhöhen, sondern auch die Renten von bisher 64,5% auf 60% des letzten Lohns kürzen.

Die von Maastricht diktierte Reduzierung der Neuverschuldung wäre aber auch damit noch nicht zu erreichen. Um das Haushaltsdefizit unter 3% des BIP zu halten, wären nicht nur weitere Kürzungen bei den Renten notwendig. Um den gleichen Betrag (umgerechnet jeweils mehr als 20 Milliarden DM) müßten auch die Gehälter der öffentlich Bediensteten und die Zinsen für die Staatsschulden reduziert werden. Daß Massenentlasungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst von den Betroffenen kampflos hingenommen würden, kann - insbesondere nach den Streiks in Frankreich - nicht ernsthaft erwartet werden.

Die Sehnsucht nach dem starken Mann

Während über den Verlauf der Klassenkämpfe derzeit nur spekuliert werden kann, liegen für Prognosen über den Ausgang der nächsten Wahlen schon etwas handfestere Daten vor. Nach Umfragen sind die beiden konkurrierenden Lager in den vergangenen Monaten näher zusammengerückt: Anfang Oktober lag das "Mitte-Links"-Bündnis (centrosinistra oder l'Ulivo) mit 54,6% klar vor dem Rechtsblock (centrodestra, il Polo), der auf nur 45,4% kam. Am 22. Januar war der Abstand auf wenige Prozentpunkte geschrumpft: 51,4% für "Mitte-Links" standen jetzt 48,6% für Rechts gegenüber.

Die Fragestellung - "Welches der beiden Bündnisse würden Sie bevorzugen?" - ist allerdings sehr unscharf. Sowohl unter rechten als auch unter "links"-orientierten WählerInnen verlieren die führenden Parteien beider Blöcke, Forza Italia und PDS, an Unterstützung. Nutznießer sind auf der Rechten die Neofaschisten von Alleanza Nazionale (AN) und links Rifondazione Comunista (RC). Nach aktuellen Umfragen würde AN auf 20%, RC auf 15% kommen. Die taz-Redaktion verstieg sich angesichts dieser Zahlen zu der gleichmacherischen Überschrift: "Italienische Extremisten immer beliebter". (taz, 25.1.1996) Wahr ist, daß sich Alleanza Nazionale, trotz aller "demokratischer" Schminke, als Nachfolgerin des alten MSI begreift und in Mussolini nach wie vor ihre (wenn auch in einzelnen Fragen, wie den "Rassegesetzen", "irrende") Leitfigur sieht. Rifondazione Comunista hingegen bemüht sich, den alten Kurs des eurokommunistischen PCI unter Enrico Berlinguer fortzusetzen: von "Extremismus" keine Spur.

Gleichwohl ist RC heute für viele, die sich zu Recht als Verlierer der kapitalistischen Modernisierung sehen, die letzte Hoffnungsträgerin unter den politischen Parteien. Das Börsenhoch nach der Ernennung Maccanicos gründet sich vor allem auf die Erwartung, mit dem PDS in der großen Koalition werde die Umverteilung von unten nach oben weitgehend reibungslos verlaufen. Zwar versicherte D'Alema, der PDS werde Maccanico nur unterstützen, wenn er mit dessen Programm einverstanden sei. Wie die Dinge liegen, gibt es für die Linksdemokraten aber wohl kein Zurück mehr.

Die Befürchtung, daß von der aktuellen politischen Umgruppierung die extreme Rechte profitiert, ist begründet. Eine der neuesten Umfragen zu einer Direktwahl des Staatspräsidenten sieht im ersten Wahlgang Berlusconi mit 22,9% an der Spitze; ihm würden fast gleichauf Romano Prodi (16,7%) und Gianfranco Fini (16,4%) folgen. In einer Stichwahl zwischen Berlusconi und Prodi würden derzeit wenige Stimmen entscheiden; beide liegen bei 47,5%. Diese Ergebnisse sind natürlich mit allergrößter Vorsicht zu behandeln. Immerhin zeigen sie, daß Fini beim Rennen um das höchste - und nach der angekündigten Verfassungsänderung mit erheblicher Macht ausgestattete - Staatsamt durchaus Chancen hätte. Zumindest eine Qualifikation für die Stichwahl scheint keineswegs ausgeschlossen.

Dennoch hat Gianni Riotta, der Kommentator des Corriere della Sera, vermutlich recht, wenn er schreibt: "Der Weg von AN ist noch weit, die Legitimation, die aus der Unterschrift unter den neuen Wahlpakt erwächst, ist mehr wert als ein Ministerium." Fini beschränkt sich in seinen Aktionen indes keineswegs auf die Hinterzimmer-Diplomatie. Am 2. Dezember demonstrierten in Rom mehr als 100.000 Anhänger der Neofaschisten mit ihrem Führer. Die Demo-Route war mit Bedacht gewählt worden. Marschiert wurde durch traditionell "rote" Viertel, um der Linken ihr ureigenstes Kampffeld, die Straße, streitig zu machen. Eine Gegenmobilisierung in vergleichbarer Größe hat es bisher nicht gegeben.

Js., 5.2.1996

17. Ein "Sozialist" aus Berechnung. Nachruf auf Francois Mitterand und Bilanz einer Ära

Nachruf auf Francois Mitterrand und Bilanz einer Ära

Autor: Bernhard Schmid, Paris · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:08

Am Abend des 10. Januar 1996 sind trotz Nieselregen rund 30.000 Menschen auf der Pariser Place de la Bastille versammelt. Sie nehmen Abschied von Francois Mitterrand, der am Morgen des 8. Januar gestorben ist. Anhänger der Sozialisten sind aus entfernten Regionen Frankreichs gekommen, aber auch viele Kinder und Jugendliche aus Paris sind dabei. Viele haben Kerzen und rote Rosen mitgebracht. Kein lautes Wort wird gesprochen, klassische Musik füllt die Stille aus - es war Mitterrands Wunsch gewesen, daß zu diesem Anlaß keine politischen Reden gehalten werden sollten. Eine Mutter erklärt ihrem kleinen Töchterchen ungeduldig: "Aber natürlich weißt du, wer Francois Mitterrand war. Das war ein großer Arbeiter." Mehrere hundert Meter lang sind die Schlangen der Wartenden, die sich in die Kondolenzbücher einschreiben wollen. Einer Mittvierzigerin laufen die Tränen über die Wangen, viele Ältere schneuzen sich.

Am selben Ort feierten am Abend des 10. Mai 1981 über 200.000 Anhänger der Linksparteien in einem Meer von roten Rosen den Sieg Mitterrands bei der Präsidentenwahl: "la gauche au pouvoir" - die Linke an der Macht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die französische Sozialdemokratie in mehrere Parteien von eher geringer Bedeutung aufgesplittert, deren größte die SFIO (Section Francaise de l'Internationale Ouvrière) darstellte. Die größte Partei der Nachkriegszeit war die KP, die bis zu 28,2% der Stimmen (1946) erhielt. Francois Mitterrand gründet die Kleinpartei UDSR (Union Démocratique et Socialiste de la Résistance). Als Kollaborateur des pro-nazistischen Vichy-Regimes hat er im Jahre 1942 - nach eigener Aussage gegenüber seinem Biographen Pierre Péan (1) - Karteikarten über "Antinationale" wie Kommunisten und Gaullisten angelegt. Erst mit der Wendung des Kriegsverlaufs ist er 1943 zum Nazigegner General de Gaulle übergelaufen.

1946 ist die UDSR kaum mehr als eine antikommunistische Kampforganisation. Ihr erklärtes Ziel ist es, "auf allen Ebenen den Kommunismus zu bekämpfen", Mitglieder der KP - der "Partei des Auslands" (Mitterrand 1946) - sollen keine öffentlichen Ämter bekleiden dürfen. Mitterrand schafft es, Abgeordneter von Chateau-Chinon (in der Region Bourgogne) zu werden - als rechtester Kandidat gegen Bewerber der KP und der SFIO. Ab 1947 gehört er nahezu allen Regierungen der Vierten Republik an, insgesamt elfmal ist er Minister. 1947/48 wird er Minister für die ehemaligen Soldaten; in dieser Funktion entläßt er 23% der Mitarbeiter seines Ministeriums wegen Unterstützung eines Streiks der Minenarbeiter, gegen den seine Regierung 80.000 Polizisten entsendet. Dann wird er Staatssekretär, 1950/51 Kolonialminister. Schließlich wird er Innen- und dann Justizminister der Regierung Guy Mollet (1954-57). In diesem Amt unterzeichnet er das Dekret 56.258, das den Militärs in Algerien die vollen Machtbefugnisse erteilt. (Am 1. November 54 beginnt die algerische Befreiungsfront FLN ihren Unabhängigkeitskampf.) Im Februar 1957 unterzeichnet er das Todesurteil für das Mitglied der FLN und der französischen KP, Fernand Yveton.

Mitterrand arbeitet unterdessen fieberhaft daran, seinen Bekanntheitsgrad zu steigern. 1959 läßt er einen Anschlag ("das Attentat der Avenue de l' Observatoire") auf sich selbst fingieren; sein Helfer dabei ist der ehemalige rechtsextreme Abgeordnete Roland Pesquet. 1965 geht die UDSR in der neugeschaffenen sozialdemokratischen Sammelpartei FGDS (Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste) auf. Mitterrand tritt als "Einheitskandidat der Linken" zu den Präsidentschaftswahlen an, weil die KP keinen eigenen Kandidaten präsentieren will, und erhält 44,8 % gegen de Gaulle. Vor dem zweiten Wahlgang ruft auch der rechtsextreme Bewerber Tixier-Vignancour zur Wahl des Kandidaten Mitterrand auf. Tixier-Vignancour, dem ehemaligen "Minister für jüdische Angelegenheiten" des Vichy-Regimes (seinen Wahlkampfstab leitet damals ein gewisser Jean-Marie Le Pen), steht der frühere Vichy-Mitarbeiter näher als der ehemalige "Landesverräter" und aktuelle Präsident Charles de Gaulle...

Im Mai 1968 erklärt Mitterrand inmitten der Krise, er "halte sich bereit, die Verantwortung zu übernehmen". Doch im Juni geht de Gaulle aus Neuwahlen als Sieger hervor. Mitterrand und die Sozialdemokratie ziehen den Schluß, daß eine neue Strategie gefunden werden muß. Der Kandidat hat verstanden, was die durch de Gaulle eingeführte Direktwahl des Präsidenten bedeutet: Es kann nur derjenige die Stichwahl des zweiten

Wahlgangs gewinnen, der möglichst viele der WählerInnen zu sich herüberzieht, die für im ersten Wahlgang ausgeschiedene Bewerber gestimmt haben. Für die Sozialdemokratie gilt es daher, das Stimmenpotential der KP möglichst vollständig auszuschöpfen: Die während der 50er Jahre verfolgte Strategie der Bildung einer Mitte-Links-Allianz mit liberalen Kräften muß daher ausscheiden.

Zu den Präsidentenwahlen im Juni 1969, nach dem Abgang de Gaulles, tritt gegen dessen Nachfolger Pompidou für die Sozialdemokratie Gaston Defferre an (der spätere Innenminister unter Mitterrand), der just jene Mitte-Links-Politik verkörpert. Defferre scheitert kläglich mit nur 5,01 % der Stimmen - der Weg ist damit frei für den Strategen Mitterrand.

Die "Linksunion"

Im Juni 1971 findet in Epinay-sur-Seine der Kongreß statt, der die Vereinigung der - in zahlreiche Klubs und Kleinparteien verteilten - Sozialdemokratie in einer Einheitspartei unter dem Namen Parti Socialiste beschließt. Francois Mitterrand wird zu ihrem ersten Sekretär gewählt. Im Juni 1972 schließen Parti Socialiste (PS) und Parti Communiste (PCF) ein Abkommen für ein gemeinsames Regierungsprogramm (programme commun). Im Juli 1972 schließt sich dem Pakt, der fortan als Linksunion (Union de la gauche) firmieren wird, auch die linksliberale Partei MRG an, die "Bewegung der linken Radikalen" (der Begriff "Radikale" wird in Frankreich im Sinne des 19. Jahrhunderts für die antiklerikalen Liberalen benutzt).

Zwei Tage nach Unterzeichnung des programme commun erklärt Mitterrand in Wien vor der versammelten "Sozialistischen Internationale", jenem SPD-dominierten Parteienbündnis, das argwöhnisch alle sozialdemokratischen Bündnisversuche mit Kommunisten beäugt: "Unser Grundziel ist es, eine große Sozialistische Partei auf dem Terrain aufzubauen, das von der KP besetzt ist - um zu zeigen, daß von fünf Millionen kommunistischen Wählern drei sozialistisch wählen können."

Mitterrand scheitert bei den Präsidentenwahlen 1974 nur knapp gegen den stockreaktionären bürgerlichen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing. Den Durchbruch erlebt die Linksunion mit den Kommunalwahlen vom April 1977, bei denen die Linksunion mit 54% Stimmenanteil zahlreiche Rathäuser erobert. In der Folgezeit rückt die PS-Führung jedoch stark nach rechts. Bis dahin hat sie sich vor allem für Allianzen zwischen südeuropäischen Sozialisten und Kommunisten stark gemacht und sich als "wahre Sozialisten" von der bundesdeutschen und nordeuropäischen Sozialdemokratie abgegrenzt; die Innenpolitik der SPD in der BRD, namentlich die Berufsverbote und die Stammheimer Prozesse, hat sie scharf kritisiert.

Unter dem Einfluß der Sozialistischen Internationale (ihr Präsident ist Willy Brandt), die finanzielle Hilfe für Wahlkämpfe des PS fließen ließ, verstummt diese Kritik; im März 1976 wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe des französischen PS und der SPD eingerichtet, um "die Konzeptionen der beiden Parteien in Sachen ... Beziehungen zur Dritten Welt, Wirtschafts- und Sozialpolitik einander anzunähern." 1977 versichert Mitterrand bei einem Bonn-Besuch Helmut Schmidt, daß er "nicht auf die Kommunisten angewiesen" sei. Der PS verlangt eine Nachverhandlung des programme commun; daraufhin kommt es im September/Oktober 1977, im Vorfeld der Parlamentswahlen des März 1978, zum Bruch der Linksunion. Nach einem "eurokommunistischen" Intermezzo erstarrt die KP in der Folgezeit in wiedergefundener Treue zur sowjetischen Führung unter Leonid Breschnew. Als Ende der 70er Jahre eine neue Runde des Kalten Kriegs anbricht, gerät sie zunehmend in die Isolation; ihr Niedergang bei den Wahlen geht weiter.

"La gauche au pouvoir"

Am 10. Mai 1981 ist es dann soweit: Mitterrand geht mit 51,75% als Sieger aus der Stichwahl hervor. Die rechte Presse sieht schon die sowjetischen Panzer über die Champs-Elysées rollen. Hinter dem Präsidenten stehe Georges Marchais (Chef der französischen KP von 1970 bis 1994) als eigentlicher starker Mann. Klügeren Köpfen in ihren Reihen wird, jenseits der Propagandapflicht, schon damals klar gewesen sein, daß auch künftig nicht der Schwanz mit dem Hund wedeln würde...

Mitterrand selbst hat klar vorausgesehen, wie die Dinge sich entwickeln würden. Im Jahre 1976 äußerte er im Gespräch mit Jean Daniel, dem Herausgeber des PS-nahen Nouvel Observateur: "Wissen Sie, was ich gemacht hätte, wenn ich (bei der Wahl 1974) Präsident geworden wäre? In den ersten drei Monaten hätte ich damit begonnen, unumkehrbare sozialistische Maßnahmen durchzuführen, um in Frankreich eine neue Regierungsform und eine neue Gesellschaft zu errichten und zu verwurzeln. (...) Aber drei Monate später,

nachdem diese Maßnahmen einmal ergriffen wären, hätte es einen Zwischenfall mit den Kommunisten gegeben. (...) ... wenn die Kommunisten unachtsamerweise keinen Zwischenfall geschaffen hätten, dann hätte ich ihn geschaffen." Und weiter: "Was in Frankreich zu fürchten ist, das ist nicht die Kommunistische Partei, sondern die CGT (KP-nahe Gewerkschaft; Anm. B.S.) Eh bien, gegen die CGT hätte ich die gesamte Nation gehabt. In Frankreich gibt es eine Polizei, gibt es eine Armee, gibt es ein Volk, gibt es eine Meinung, und das alles, die Nation, hätte ich gegen die CGT gekehrt." Mitterand fuhr fort: "Bei meinem Amtsantritt haben die Leute sich anzupassen. Ich kann keine spontanen oder Heckenschützen-Aktionen oder Staaten im Staat mehr dulden, oder Parteien in der Partei."

Im Juni 1981 kommt es zu vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments. Obwohl der PS die absolute Mehrheit der Sitze erhält, wird die KP in eine Koalitionsregierung mit aufgenommen; den Hintergrund bildet eine Absprache, daß die KP ihrerseits für "Ruhe in den Betrieben" sorgen soll. Nach einem ersten Jahr mit einigen sozialen und politischen Reformen (u.a. Abschaffung der Todesstrafe, 39-Stunden-Woche) und, vor allem, dem Versuch einer staatlichen Ankurbelungs- und Arbeitsbeschaffungspolitik nimmt der Druck des internationalen Kapitals auf Frankreich zu; der Franc wird zum Opfer zunehmender Spekulation zugunsten des US-Dollar und der D-Mark und macht mehrere Abwertungen durch.

Für die Monate Juni bis Oktober 1982 werden die Löhne im öffentlichen Dienst eingefroren - bei rund 14% Inflationsrate. Die Lohnabhängigen, die auf Mitterrands Wahlslogan "Das Leben ändern" vertraut hatten, sind perplex; die Gewerkschaften lehnen es jedoch ab, zu streiken, wo man doch "einer Arbeiterregierung" gegenübersitzt und "unsere Genossen" regieren. Am 25. März 1983 verkündet Wirtschaftsminister Jacques Delors einen zweiten Plan "wirtschaftlicher Strenge"; dieser sieht u.a. die Einführung einer einprozentigen Sondersteuer zum "Abbau des Defizits der Sozialversicherung" vor - eine Maßnahme, die sehr den Plänen des aktuellen Premierministers Alain Juppé ähnelt...

Zur Bilanz der Ära Mitterrand schreibt die Wochenzeitschrift L'Evènement du Jeudi nach Mitterrands Tod: "Auf der Rechten dominierte (im Mai 1981) jene dunkle Gewißheit: Frankreich würde sich geradewegs auf das Regime einer Volksdemokratie zubewegen... (...) Stellen wir uns vor, wie die Reaktion dieser Propheten des Unglücks ausgesehen hätte, wenn ein neutraler Beobachter - ausgestattet mit einem fürchterlichen Scharfblick - ihnen, im Mai 1981, versichert hätte, daß zehn Jahre später: 1. die Inflationsrate weniger als 3% betrüge und daß wir auf diesem Gebiet Deutschland übertreffen würden; 2. die Bourgeoisie ihr prächtigstes Jahrzehnt erlebt hätte und ihren Anteil am Reichtum der Nation, zu Lasten des Anteils der Lohnarbeiterschaft, ansteigen sähe; 3. über die Börse (...) und die Immobilienspekulation die am wenigsten produktiven Kapitalien ein unverschämtes Wohlergehen ausstrahlen würden; 4. die Löhne nicht mehr automatisch dem Anstieg der Preise angeglichen würden; 5. der Franc letztendlich eine der stabilsten Währungen würde; 6. daß Frankreich an vierter Stelle stehen würde, was die Direktinvestitionen rund um die Welt angeht; 7. daß die Besteuerung der Firmen um rund 10% sinken würde; 8. daß die Kontrolle der Wechselkurse total abgeschafft würde, genau wie jene der industriellen Preise; 9. daß Renault aufhören würde, ein schützendes Sonderstatut (als Teil des öffentlichen Sektors; Anm. B.S.) zu genießen; 10. daß die Telekom, befreit vom Monopol der PTT (Post- und Telekommunikations-Unternehmen, das 1990/91 in die getrennten Bereiche Post und Telekom aufgelöst wurde; Anm. B.S.), teilweise der Konkurrenzwirtschaft ausgeliefert würde; 11. die ‚freie Schule` (die katholischen Privatschulen; Anm. B.S.) definitiv ihre Privilegien behalten würde; 12) das Fernsehen zu drei Vierteln großen monopol-kapitalistischen Gruppen ausgeliefert würde; 13. daß Robert Hersant (ehemaliger Nazi-Kollaborateur und Inhaber zahlreicher rechter Zeitungen, voran des Figaro; Anm. B.S.), endgültig amnestiert, ein Dutzend Zeitungstitel an sein ‚Spielzeug` angliedern würde, die Information ganzer Regionen kontrollieren würde ...; (...) 17. daß die französische Armee siegreich an der Seite der USA an einem Krieg gegen einen arabischen sozialistischen Staat teilnehmen würde; (...) 19. daß die ehemaligen Putschgeneräle und Komplizen der OAS (Terrororgansiation von Militärs, die sich 1961/62 dem Rückzug aus Algerien widersetzten und u.a. de Gaulle zu ermorden versuchten; Anm. B.S.) nicht nur amnestiert, sondern in ihre Dienstgrade wiedereingesetzt würden..."

Die Ära Mitterrand

und die extreme Rechte

Die Lähmung der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen gegenüber der "Linken an der Macht" läßt der Rechten freie Bahn auf der Straße; so mobilisieren im Frühjahr 1983 die rechtsextremen

Studentenorganisationen an den Universitäten. Im Juni 1983 äußern sich 37% der Mitterrand-Wähler "enttäuscht"; 16% von ihnen wollen künftig die Rechte wählen. Die größte Mobilisierung aber gelingt der Rechten und extremen Rechten, als sie in den Monaten von März bis Juni 1984 bis zu zwei Millionen Demonstranten für die Verteidigung der staatlichen Finanzierung der katholischen Privatschulen auf die Straße bringt. Bei den Europawahlen im Juni 1984 erlebt die extreme Rechte unter Le Pen mit 11% der Stimmen ihren Durchbruch - am Anfang der Ära Mitterrand hatte sie sich noch mit Null-Komma-Ergebnissen zufriedengeben müssen. Präsident Mitterrand beugt sich dem Druck und sichert den Privatschulen weitere staatliche Unterstützung zu. Bildungsminister Alain Savary nimmt daraufhin im Juli 84 seinen Hut und löst den Sturz der Regierung Mauroy aus. Der nächsten Regierung unter Premier Fabius gehört die KP nicht mehr an, die bereits angesichts der Streiks bei Talbot und in der Stahlindustrie Lothringens tief zerrissen war.

Angesichts des dramatischen Anstiegs der extremen Rechten (und, parallell dazu, auch der rassistischen Morde: 130 werden zwischen 1980 und 1985 in Frankreich verzeichnet) wählen Mitterrand und die Seinen ausgerechnet die Strategie, diesen Aufstieg auch noch zu verstärken - in dem Kalkül, der Aufstieg der Le Pen-Partei werde einen Keil in die Rechte treiben und die Konservativen entlang der Frage einer Zusammenarbeit mit dem Front National spalten. Im Frühjahr 1982 bereits weist Mitterrand den Kommunikationsminister und den (damals staatlichen) Fernsehsender TF 1 an, Le Pen ins Fernsehen einzuladen; dieser hat den Staatschef zuvor schriftlich um Zugang zu den Medien ersucht. Ab 1983, so stellen drei Journalisten in ihrem 1994 erschienen Buch "Die rechte Hand Gottes" (2) fest, bieten die Medien Le Pen eine Bühne für die Verbreitung seiner Thesen. Dem Schriftsteller Max Gallo, der als Regierungssprecher (März 1983 bis Juni 1984) seine Besorgnis über die wachsende Medienpublizität des rechtsextremen Hetzers ausdrückt, erklärt Mitterand seine Toleranz gegenüber Le Pen: "Unter uns, er ist für uns nicht ohne Nutzen."

Im April 1985 ändert die sozialistische Mehrheit das Wahlrecht, so daß das neue Parlament im März 1986 nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt wird. Die erwartete Folge tritt ein: Die extreme Rechte erhält 9,8% der Stimmen und zieht mit 35 Abgeordneten in die Nationalversammlung ein. Die Bürgerlichen führen bald nach ihrem Wahlerfolg vom März 1986 im Juni 1986 das Mehrheitswahlrecht wieder ein. Bei den Neuwahlen 1988 verschwindet die FN-Fraktion aus dem Parlament, doch die neofaschistische Partei hört seitdem nicht auf, sich immer tiefer in der Gesellschaft zu verankern.

Die geeinte Nation

In den Tagen nach Mitterrands Tod war man auf allen Kanälen und in allen Druckerzeugnissen mit einer Flut von Nachrufen auf den "großen Staatsmann" und von Fotos aus seinem Leben konfrontiert. Interessant ist vor allem die Würdigung durch den konservativen Figaro, der eine Sondernummer zum Tod Mitterrands herausgab. Daraus seien nur die Überschriften des Wirtschaftsteils zitiert, da diese für sich sprechen: "Vom ‚Bruch mit dem Kapitalismus` zum Kult des starken Franc"; "Das Unternehmen rehabilitiert/ Von der Kritik der Macht des Geldes zu den Privatisierungen - das Image des französischen Unternehmens hat sich in 14 Jahren tiefgehend verändert."; "Die große soziale Desillusion: Die Mitterrand-Jahre werden vom Anwachsen der Ungleichheiten und der Explosion der Arbeitslosigkeit markiert bleiben."

Mitterrands Nachfolger Chirac tat alles, um den Eindruck zu erwecken, er wandele in den Fußstapfen seines Vorgängers. Diesem bescheinigte er das Streben nach "Solidarität", "sozialer Gerechtigkeit" und "den Respekt vor der menschlichen Person, verbunden insbesondere mit der Abschaffung der Todesstrafe." Fernsehkommentatoren prophezeiten, daß der Tod Mitterrands und die Sammlung der Franzosen um gemeinsame Werte - rund um dessen Sarg - Chirac vor einer Fortsetzung der Streiks im neuen Jahr bewahren werde...

Bernhard Schmid, Paris

Anmerkungen:

1) Pierre Péan: "Une jeunesse francaise. Francois Mitterrand 1934-1947." Fayard 1994

2) Emmanuel Faux u.a.: "La main droite de Dieu", Seuil 1994

18. Mythos Mitterrand. Oder: Die Sehnsucht nach dem Helden

Autor: Js. · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:03

"The evil that men do lives after them. The good ist oft interred with their bones..." heißt es in Shakespeares "Julius Cesar" über den Undank der Nachwelt, die nur die schlechten Taten großer Männer im Gedächtnis behalte, die guten aber mit ihnen begrabe. Der das sagt, ist der Demagoge Marcus Antonius, der mit seiner Rede das Volk gegen Cäsars Mörder aufbringen will. Ob seine Behauptung jemals zutraf, sei dahingestellt. Heute stimmt eher das Gegenteil.

Die Lobpreisungen des verstorbenen Francois Mitterrand gehen über das übliche, durch die Regeln der Pietät diktierte selektive Gedenken weit hinaus. Für die Deutschen, so ihre politischen Repräsentanten, war Mitterrand ein "herausragender Staatsmann", "großer Freund" und "Visionär" (Herzog); ein "guter Freund", "großer Patriot und Europäer" (Kohl); eine "herausragende Persönlichkeit" (Süssmuth). Auch die sozialdemokratische Opposition stimmte mit ein. Mitterrand, für Lafontaine schlicht ein "bewunderungswürdiger Mensch", werde, so Amtsvorgänger Scharping mit ungewohntem Pathos, "in der Geschichte der europäischen Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts seinen Platz zusammen mit seinen Freunden Willy Brandt und Olof Palme einnehmen."

In Frankreich wird der zu Lebzeiten Umstrittene postum zum Nationalhelden. Was fasziniert die Menschen an Mitterrand? Zunächst seine "Persönlichkeit", der unbedingte Wille zur Macht, die Härte auch gegen sich selbst in den langen Jahren der Krankheit. Dieser starke Mann schien Garant dafür, daß die einstige Großmacht Frankreich zumindest etwas von ihrer Größe bewahren konnte, gerade auch gegenüber dem immer stärker werdenden schwierigen Nachbarn und Partner Deutschland. "La grandeur de la France" lautete schon nach seinem Wahlsieg 1981 die Parole, mit der er auch die AnhängerInnen der Bürgerlichen umwarb. Damals sprach er noch vom "Bruch mit dem Kapitalismus" und verkündete "ein großes Projekt, das sozialistische Projekt, für ein großes Volk, das französische Volk".

Während Mitterrands "Sozialismus" alsbald dahinschwand, blieb der Nationalismus nicht nur Phrase. Laut Verfassung ist die Außenpolitik "domaine réservée" des französischen Staatspräsidenten, dessen Stellung nicht mit der des - weitgehend auf Repräsentation und Symbolpolitik beschränkten - deutschen Bundespräsidenten verwechselt werden darf. Mitterrand hat von seinen Vollmachten extensiv Gebrauch gemacht. Obwohl Frankreich nicht in die militärischen Strukturen der NATO eingebunden ist, unterstützte Mitterrand die "Nachrüstung" und verstieg sich gar zu dem Ausspruch: "Das Kernstück der nuklearen Abschreckung ist der Staatschef, das bin ich!" Die französische Beteiligung am Krieg gegen den Irak und mehrere Interventionen in Afrika zeigen Mitterrands Bereitschaft, den militaristischen Sprüchen Taten folgen zu lassen. Auch für die Atomtests im Pazifik und für den Terroranschlag des französischen Geheimdienstes gegen das Greenpeace-Schiff "Rainbow Warrior" trägt Mitterrand die politische Verantwortung. Heute wird er von Australiens Premier Keating als "Frankreichs letzte kluge, imperiale Persönlichkeit" bezeichnet, weil er die Atomtests abbrechen ließ: Mitterrand gut, Chirac böse.

Auch da, wo Mitterrand eindeutig auf der falschen Seite war, mochte ihn nur eine Minderheit der Franzosen verurteilen. Als seine Arbeit für das Kollaborationsregime von Vichy 1994 bekannt wurde, hielt sich die Aufregung in Grenzen - obwohl Serge Klarsfeld, Präsident der "Vereinigung der Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden" richtig feststellte, Mitterrand wäre nie Präsident geworden, hätte er seine Vergangenheit beizeiten eingestanden. Es war Elie Wiesel, der Friedensnobelpreisträger und jüdische Überlebende von Auschwitz und Buchenwald, der zusammen mit Mitterrand ein nicht gerade selbstkritisches Erinnerungsbuch erarbeitete. Es endet mit einem Satz, in dem Mitterrand Willy Brandt zitiert: "Ich habe getan, was ich konnte." Und zu diesem Tun gehört neben dem Kampf in der Résistance eben auch Vichy, neben der Tätigkeit an der Spitze des Kolonialministeriums während des algerischen Unabhängigkeitskrieges der Aufstieg zum Hoffnungsträger der Linken, neben der sozialistischen Rhetorik 1981 nur wenig später die rigide Sparpolitik. "Jeder Franzose kann sich mit einem Kapitel seines Lebens identifizieren", schreibt Pascale Hugues (taz, 12.1.1996) und kommt damit dem Geheimnis seiner Popularität vermutlich sehr nahe.

Natürlich hat Mitterrand auch der Linken (im weiteren Sinne) einiges zu bieten, das zur Identifikation taugt. Neben der Abschaffung der Todesstrafe und der militärischen Sondergerichte beschränken sich seine fortschrittlichen Taten allerdings weitgehend auf Symbolisches. 1992 riskierte er eine innenpolitische Krise, als er dem Vorsitzenden der palästinensischen Befreiungsbewegung PFLP, George Habasch, in Paris eine medizinische Behandlung ermöglichte. Und wenige Monate vor dem Ende seiner Amtszeit lud er Fidel Castro nach Paris ein - um die Embargopolitik der USA gegen Kuba öffentlichkeitswirksam zu mißbilligen.

Wenn die Franzosen heute mehrheitlich eine positive Bilanz der Ära Mitterrand ziehen, dann hat das natürlich auch mit den mehr als trüben Perspektiven der französischen Gesellschaft zu tun. Was nach Mitterrand kommt, kann - für immer größere Teile der Bevölkerung - nur schlimmer werden. "Instabil und in einer tiefen Krise, entdeckt Frankreich plötzlich seinen weisen Mann, eine von der Vorsehung gesandte Integrationsfigur, einen Vater", beschreibt Pascale Hugues den Kult um den Verstorbenen. Daß die von berechtigter Zukunftsangst Geplagten den Blick in die Vergangenheit richten, mag sozialpsychologisch verständlich sein. Zur Bewältigung der sozialen Not wird der tote Mitterrand so wenig beitragen wie der lebende.

"In der Sozialpolitik, insbesondere beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Ausgrenzung der Schwachen" sei Mitterrand ebenso gescheitert wie als Führer der 1971 neugegründeten Sozialistischen Partei, resümierte Olivier Duhamel, Politologe mit Lehrstuhl an der Sorbonne, das Lebenswerk des "politischen Opportunisten" und "politischen Artisten" Mitterrand. Er tat das im Oktober 1994, als solche Lästerung noch offen ausgesprochen werden durfte.

Js.

19. Streikwelle spaltet Anhänger des Front National

Frankreichs Rechtsextreme haben Mühe, ihre strategische Position zu bestimmen

Autor: Bernhard Schmid, Paris · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:01

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen der Haltung der Franzosen zur Streikbewegung und ihren jeweiligen parteipolitischen Präferenzen? Dieser Frage ging eine Untersuchung des SOFRES-Instituts im Großraum Paris nach, deren Ergebnisse im konservativen Le Figaro und der KP-nahen L'Humanité veröffentlicht wurden. Bei den AnhängerInnen der "Linken" waren die Antworten ziemlich eindeutig: 82 Prozent der sozialistischen und 92 Prozent der kommunistischen WählerInnen entschieden sich für die Antworten "ich habe Sympathie" oder "ich bin solidarisch" mit den Streikenden. Von den WählerInnen der bürgerlichen Parteien wählten nur 21% diese positiven Antworten.

Delikaterweise ist die Wählerschaft der extremen Rechten ziemlich genau in der Mitte gespalten. Eine knappe Mehrheit (54 Prozent) der AnhängerInnen des Front National äußert "Sympathie" oder "Solidarität".

Le Pen und seine Partei haben in dieser Frage Mühe, ihre Wählerschaft zusammenzuhalten: Da sind auf der einen Seite die in den 80er Jahren von der Rechten abgeworbenen, kleinbürgerlich-reaktionären Kräfte; auf der anderen die in den 90er Jahren dazugewonnenen sozial Unzufriedenen, die oft ehemals links gewählt haben. Nicht unbedingt überzeugend wirkten daher die Versuche, einer klaren Stellungnahme aus dem Wege zu gehen. So sprach etwa Le Pen davon, daß "die soziale Krise nur ein Teil der moralischen Krise der Nation" sei; der neue Parteisekretär Bruno Gollnisch beklagte, daß es in Frankreich "eine viel bedeutendere kulturelle und ethnische Spaltung denn eine soziale Spaltung" gebe.

Derselbe Bruno Gollnisch ließ der bürgerlichen Regierung erstmals teilweise Unterstützung des Front National zukommen (abgesehen von der Frage der Atomwaffentests, denen der FN ebenfalls zustimmte). Die Juppé-Pläne zur Sozialversicherung, so der Parteisekretär, "nehmen einige unserer Ideen auf" - etwa die, daß "die Verlängerung der Lebensarbeitszeit unumgänglich" sei. Aber auch "die Arbeitsbedingungen, die Feriendauer und anderes" müßten "in Frage gestellt werden - für die Leute im öffentlichen und im privaten Sektor". Hier zeigt sich wieder die ultraliberale Wurzel des Front National, der in seinem Programm nur eine soziale "Minimalsicherung für alle Franzosen" und insbesondere private Sozialversicherungen fordert.

Jean-Marie Le Pen erklärte schon in seinem 1985 erschienenen Buch "Frankreich kehrt zurück": "Es ist angemessen, das soziale und wirtschaftliche Leben zu entreglementieren und zu privatisieren." Er erläuterte das am Beispiel des Bildungswesens und der Sozialversicherung.

In der FN-Wochenzeitung National Hebdo vom 14.12.95 führt Bruno Gollnisch aus, warum er dennoch auch die Regierung nicht unterstützt: "Wie Jean-Marie Le Pen sagt, kann Opfern (der Arbeiter; Anm. B.S.) nur in einem nationalen Rahmen zugestimmt werden." Anders gesagt: Nur in einer richtigen Volksgemeinschaft ließen sich die Arbeiter willig ausbeuten. Und ein Versprechen für die Zukunft gibt Gollnisch gleich mit ab: "Die Gewerkschaften haben nicht den Gesetzgeber zu ersetzen. Wenn der Front National vom Volk den Auftrag erhalten wird, Frankreich zu regieren, dann kann ich Ihnen feierlich versichern, daß er sich nicht dem Diktat der Gewerkschaften unterwerfen wird." Dieselbe Ausgabe des rechtsextremen Wochenblatts konkretisiert dies im Leitartikel: "Gegen die Rädelsführer, die ein Land auf die Knie zwingen und seine Bewohner als Geiseln nehmen, ist strenges Vorgehen angemessen. (Die Gewerkschaftsführer; Anm. B.S.) Viannet und Blondel im Gefängnis, das ist die Idee, die vielen Leuten gefallen würde."

Der Leitartikel läßt deutlich die Gespaltenheit des rechtsextremen Potentials erkennen: "Man sagt mir, viele Wähler und Sympathisanten des FN haben gestreikt. Ich antworte: Es ist unsere Pflicht, ihnen zu zeigen, daß sie sich haben in die Falle locken lassen." Die Forderungen der Gewerkschaften seien "lächerlich und ungerecht". Daneben phantasiert National Hebdo über mögliche Sabotage an Atomkraftwerken durch Streikende der Stromgesellschaft EDF. Alles in allem sei die Streikbewegung folgendermaßen zu erklären: "Man verlagert so die politische Debatte vom nationalen Terrain, wo der Front National unschlagbar war, auf ein behauptetes soziales Terrain. Das hat zur Wirkung und zum Ziel, die Linke wieder stärker zu machen." Der Leitartikel endet mit dem Slogan: "Weder Juppé noch die Gewerkschaften, sondern Frankreich."

Die rechtskatholische und dem FN-Imperium zugehörende Tageszeitung Présent (19.12.95) warf Juppé sein teilweises Nachgeben gegenüber den Streikenden vor: "Er (Juppé; Anm. B.S.) ist dieser ideologischen Illusion verfallen, die, vom Terror der französischen Revolution bis zu den kommunistischen Völkermorden, nur zu sehr ihre kriminelle Perversion gezeigt hat. Die Pflicht einer Regierung ist es niemals gewesen, das ‚Glück des Volkes` zu sichern, sondern die materiellen, ... nationalen Bedingungen einer (stets unperfekten) Harmonie zu sichern ... deren Perfektion nicht auf dieser Welt zu erwarten ist." Amen!

National Hebdo vom 21.12.95 sieht beide Seiten der Klassengesellschaft in einer Verschwörung zusammenstecken, weil sie keine Volksgemeinschaft sein wollen. "Wir Bürger sind gefangen zwischen den einander entgegengesetzten, aber zusammengehörenden Zangen des einen selben Systems, das versucht, unsere Wut aufzufangen und zu deformieren." Das Blatt erklärt seiner Leserschaft:

"Die Streiks werden genau deswegen wieder losgehen, weil man die Verlagerung der politischen Debatte auf die gewerkschaftliche Ebene organisiert hat, in der Absicht, den Front National zu eliminieren, um die Kommunistische Partei zu reaktivieren. (...) Die französische Regierung ist entzückt: Wenn eine genügende Anzahl von Franzosen, in die Falle gelockt durch ihre Manöver, ihren Protest zur Kommunistischen Partei trägt, wird die (gaullistische Regierungspartei; Anm. B.S.) RPR trotz ihrer Fehler ruhig in Malignon (Amtssitz des Premierministers; Anm. B.S.) und im Elysée weiterregieren. Deswegen ist es nötig, daß Viannet seine Basis nicht enttäuscht. Also wird er von neuen ‚Ungeschicklichkeiten` Juppés profitieren, um neue ‚Aktionstage` zu lancieren." Aktionstage, die National Hebdo zufolge darin bestehen, daß "diejenigen, die nichts tun, die anderen am Arbeiten hindern".

Die ebenfalls zum FN-Imperium gehörende rechtsbürgerlich ausgerichtete Minute (20.12.95) füllt den Titel und eine Doppelseite mit einer Story unter der Überschrift: "Der Streik hat mehrfach getötet". Es geht dabei um sechs in einem Stausee Ertrunkene, dessen Schleusen angeblich Streikende absichtlich geöffnet haben.

Die aktuelle Strategie des Front National besteht nun darin, die Kampfkraft der Gewerkschaften durch die Gründung parteiabhängiger ständischer Berufsorganisationen zu untergraben. Den Anfang machte im Dezember die Kandidatur einer Liste "Front National de la Police" (FNP) bei den Berufsvertretungswahlen der Polizei. Auf einer Pressekonferenz im November hatte FN-Chef Jean-Marie Le Pen durchblicken lassen, daß es im Falle eines Erfolges der FNP-Liste bald auch "einen Front National der Metallarbeiter, der Bauern, der Fischer, der Bankangestellten" geben könne.

Konkret anvisiert ist für die nähere Zukunft bereits die Gründung einer FN-nahen Busfahrervereinigung. Hauptzielgruppe aber sind vor allem Mittelstand und Kleinbürgertum. Dafür sind zwei Varianten im Gespräch. Zum einen ist Yves Dupont - der innerhalb des FN mit der Schaffung berufsständischer Vereinigungen beauftragt ist - bestrebt, eine "Koordination der Geschäftsleute und Handwerker" zu schaffen, um die bisher das Feld beherrschende Koordination CDCA zu umgehen. Diese ist rechtsbürgerlich orientiert, hat jedoch einen militanten Flügel.

Zum anderen gibt es noch den 1984 beim Front National gegründeten, doch zwischenzeitlich eingeschlafenen "Zirkel modernes Unternehmen und Freiheiten". Dessen Präsident Jean-Michel Dubois ist bemüht, seine Aktivitäten wiederzubeleben und die Struktur in zwei Teile zu zerschneiden, je einen für den öffentlichen Dienst und für den Privatsektor. Dubois erklärte in einem Pressekommunique, "beim nächsten Kongreß im Februar/ März" werde sich der Zirkel "in eine Berufsgruppen-Gewerkschaft umformen".

Eine "Gewerkschaft" ganz nach dem Geschmack Le Pens. Der beschimpft - in Anknüpfung an gleichlautende Slogans bürgerlicher Presseorgane - die soziale Bewegung von November/Dezember als eine "Revolte von Privilegierten". Le Pen fordert nicht nur die Abschaffung des Streikrechts im öffentlichen Dienst; für ihn ist Streik generell ein "archaisches und ruinöses Mittel der Regelung sozialer Konflikte."

Bernhard Schmid, Paris

20. Die haben wohl keine GSG 9? Ein Jahr Krieg in Tschetschenien

Autor: Kt. · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:11

Deutsche wissen sowieso alles besser. Aber nicht immer wurde es ihnen so leicht gemacht wie von Jelzins Militärs in Perwomaiskoje. Aus der Umgebung Helmut Kohls meldete BILD-Autor Mainhardt Graf Nayhauß: "Über das Vorgehen der Militärs in Dagestan mit Panzern, Raketen und Artillerie schlägt man in Bonn die Hände über dem Kopf zusammen. 'So etwas erledigt man lautlos mit größtmöglichem Überraschungseffekt. Die Russen haben anscheinend nichts Vergleichbares wie unsere GSG 9.'" (20.1.96) Das Zitat soll von einem, namentlich nicht genannten, Kanzlerberater stammen.

Das Kopfschütteln der Antiterror-Experten dürfte rund um den Erdball stattgefunden haben. Für die Größten halten sie sich vermutlich alle. Darf man an Fürstenfeldbruck erinnern, wo 1972 während der Olympischen Spiele israelische Sportler von Palästinensern gefangen genommen wurden - und am Ende der "Befreiungsaktion" durch die deutsche Polizei alle Geiseln tot waren?

Wie man mit einer Geiselnahme fertig wird, bei der nicht nur vier oder acht Bewaffnete agieren, sondern 150 oder 300, hat vor den Russen noch keine Antiterror-Truppe der Welt vorgeführt. Daher ist das Kopfschütteln der Experten billig zu haben. Sicher, das viertägige Trommelfeuer aller Waffengattungen (es fehlte nur noch die Marine) auf Perwomaiskoje würde vermutlich selbst im Rahmen einer regulären Kriegführung als außerordentlich massiv gelten. Als vorgebliche humane Befreiungsaktion war es zynisch und absurd. Andererseits ist an dem zugrundeliegenden Konzept - den Geiselnehmern einen politischen Erfolg um jeden Preis zu verweigern, möglichst viele Gegner zu töten, dadurch potentielle künftige Akteure abzuschrecken und das Leben der Geiseln als untergeordneten Gesichtspunkt zu behandeln - überhaupt nichts neues. Das ist seit Jahren die internationale Leitlinie in der Behandlung solcher (bzw. im Maßstab sehr viel kleinerer) Aktionen.

Wie es begann

Der Krieg in Tschetschenien ist eine späte Nachwirkung der Situation vom Sommer/Herbst 1991, die zum Zusammenbruch der UdSSR führte. Im August jenes Jahres versuchten einige Militärs und Politiker vom traditionalistischen Flügel der Partei- und Staatsführung, den seit mehreren Jahren fortschreitenden Zerfall der Union durch einen Putsch aufzuhalten. Das schlecht vorbereitete Unternehmen fand in keinem Teil der Sowjetgesellschaft Unterstützung; sein Scheitern stand schon nach wenigen Stunden fest. In den mehr politischen als militärischen Auseinandersetzungen mit den Putschisten, die sich vor allem in Moskau abspielten, hatte Jelzin seinen großen Durchbruch als Vormann der Demokraten und Reformer.

Der gescheiterte Staatsstreich führte zur Isolierung und Entmachtung Gorbatschows, dessen Rolle in jenen Tagen unklar oder fragwürdig gewesen war. Im Überschwang ihres Sieges wollten die Reformer unter Jelzins Führung gleich die KPdSU verbieten und auflösen, aber das erwies sich in der Praxis als nicht durchführbar. Immerhin trugen sie mit ihrem Vorgehen aber dazu bei, die ohnehin in der Krise befindlichen Unionsstrukturen noch weiter zu schwächen. Im Dezember 1991 löste sich die UdSSR offiziell auf, und alle bisherigen Unionsrepubliken wurden souveräne Staaten.

Entscheidend für dieses unerwartet schnelle und abrupte Ende der Sowjetunion waren nicht nur die autonomistischen Tendenzen in den kleineren Republiken, die unter Gorbatschow rasant zugenommen hatten, sondern in erster Linie der Bruch maßgeblicher Schichten Rußlands mit der Union. Auf die Anklage zahlreicher kleinerer Nationen, sie seien von Rußland in ausbeuterischer Abhängigkeit gehalten worden, antwortete der russische Nationalismus mit dem Gegenargument, daß Rußland immer nur für die anderen gezahlt habe und daß damit, zumal angesichts des allerorten aufbrandenden Undanks, endlich Schluß sein müsse.

Im Wirbel der Infragestellung und Auflösung aller zentralstaatlichen Strukturen erklärte die zu Rußland gehörende Autonomen Republik der Tschetschenen und Inguschen Anfang November 1991 ihre Unabhängigkeit. Zuvor hatten dort am 27. Oktober Präsidentenwahlen stattgefunden, die Jelzin für illegal erklärt hatte, ohne damit den geringsten Eindruck zu machen. Klarer Sieger war General Dudajew, ehemaliger

Angehöriger der sowjetischen Luftwaffe. Die staatliche Unabhängigkeit war zentraler Punkt seines Wahlprogramms.

Zur Russischen Föderation gehörten damals 20 autonome Republiken; die der Tschetschenen und Inguschen war eine der kleinsten: 1,5 Millionen Einwohner, 19.300 qkm. Das ist ziemlich genau die Größe von Rheinland-Pfalz und weniger als die Bevölkerungszahl von Hamburg. In der Hauptstadt Grosny lebten damals etwa 400.000 Menschen, mehrheitlich Russen, während in der Republik insgesamt 75 Prozent der Einwohner tschetschenischer Nationalität waren.

Auf die Unabhängigkeitserklärung reagierte Rußlands Präsident Jelzin damals prompt, indem er am 9. November 1991 Truppen nach Grosny schickte, den Ausnahmezustand verhängte und einen Gouverneur ernannte. Zwei Tage später verwarf das russische Parlament Jelzins Maßnahmen als "politisch und militärtechnisch schlecht vorbereitet" und sprach sich dafür aus, mit Dudajew über eine politische Lösung der Krise zu verhandeln.

Zu diesem Zeitpunkt unterwarf sich Jelzin noch dem Mehrheitswillen der Abgeordneten und holte die Truppen zurück. Mehrere Gründe mögen zu dieser Entscheidung beigetragen haben: Jelzins Position war damals noch nicht ausreichend stabilisiert, der Machtkampf gegen Gorbatschow noch nicht definitiv abgeschlossen. Die gerade eben gewonnene Statur als Vormann der russischen Demokraten hätte unter einer Konfrontation mit dem Parlament gelitten. (Wenige Monate später fühlte sich Jelzin dazu stark genug.)

Außerdem war die militärische Episode in der abtrünnigen Republik entmutigend verlaufen: Die russischen Soldaten sahen sich in Grosny hautnah mit Menschenmassen konfrontiert, die ihnen deutlich machten, daß sie nicht erwünscht waren. Die meisten Armeeangehörigen waren abgeneigt, gegen eine solche Menge von zwar entschiedenen, aber unbewaffneten Menschen Gewalt anzuwenden.

So zogen im November 1991 die russischen Truppen "moralisch geschlagen" aus der Republik ab und ließen einen beträchtlichen Teil ihrer Waffen zurück. Wieweit man sie ihnen im Gedränge mit freundlichem Nachdruck abgenommen hatte, wieweit damit Geschäfte gemacht wurden, oder ob es vielleicht sogar eine entsprechende Anweisung von Oben gab - warum auch immer -, darüber gibt es unterschiedliche Versionen, aber offenbar keine gesicherten Erkenntnisse.

Gewiß war der damalige Rückzug auch von Jelzins Gegnern nicht als Aufgabe des Gebietes und Anerkennung seiner Souveränität gemeint; das wurde offenbar zu keinem Zeitpunkt von irgendeinem nennenswerten russischen Politiker befürwortet. Die politische Strategie bestand darin, die wirtschaftliche Verbundenheit und Abhängigkeit der Republik von Rußland spürbar einzusetzen und auf diese Weise den Sezessionisten klarzumachen, daß es außerhalb der Föderation keine realistische Überlebensperspektive für das kleine Land gebe. Zugleich ließ Moskau auf diese Weise soziale Konflikte in der Republik entstehen. Da nicht nur die Bevölkerung Grosnys, sondern auch die Industriearbeiter von Tschetscheno-Inguschetien überwiegend russisch waren, bekamen die immer größeren wirtschaftlichen Probleme "automatisch" eine nationale Dimension.

Waffenhilfe für die Opposition gegen Dudajew

Teil der russischen Strategie war auch die Unterstützung der Opposition gegen Dudajew, bis hin zur Lieferung von Waffen und zur Etablierung einer Gegenregierung in Moskau. Im März 1992 unternahmen diese Kräfte den ersten Versuch, Dudajew zu stürzen. Sie kamen aber über einen abgeschlagenen Angriff auf den Radio- und Fernsehsender von Grosny nicht wesentlich hinaus.

Erfolgreicher war das russische Parlament mit der im Juni 1992 getroffenen Entscheidung, die Separatisten zu spalten, indem dem Bevölkerungsteil der Inguschen der Status einer eigenen Republik innerhalb der Föderation zugestanden wurde. Ihr Gebiet ist 3.600 qkm groß und hat etwas über 300.000 Einwohner. Im Oktober 1992 kam es wegen inguschischer Territorialforderungen an die ebenfalls zu Rußland gehörende Republik der Nord-Osseten zu bewaffneten Kämpfen. Sie führten dazu, daß etwa 35.000 Inguschen, die in Nord-Ossetien gelebt hatten, flüchten mußten. Jelzin verhängte daraufhin Anfang Dezember 1992 über beide Republiken den Ausnahmezustand und ließ Fallschirmjäger des Innenministeriums (OMON) im Konfliktgebiet stationieren. Russische und tschetschenische Politiker machten sich mit scharfen Worten gegenseitig für das Blutvergießen verantwortlich.

Im April 1993 erklärte Dudajew das tschetschenische Parlament für aufgelöst und errichtete eine Form persönlicher Diktatur. Ermutigt hatte ihn dazu das Vorgehen Jelzins, der zur selben Zeit mit seinem Parlament in Moskau ähnlich herrschaftlich umsprang. Vorausgegangen waren wochenlange Massenproteste in Grosny, die sich gegen die soziale Situation und gegen den Führungsstil Dudajews gerichtet hatten. Die Mehrheit der Abgeordneten hatte sich die Forderungen der Oppositionsbewegung nach Neuwahlen und entschiedenen Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise zu eigen gemacht. Da die Krise wesentlich durch die Einstellung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen seitens Moskaus verursacht war, mußte diese Forderung letztlich auf Revision der Unabhängigkeitserklärung und Anschluß an die russische Föderation hinauslaufen.

Im Juni 1994 unternahm die Opposition den zweiten Versuch, das Regime Dudajews mit Waffengewalt zu stürzen, nachdem man im Mai vergeblich versucht hatte, den Präsidenten durch einen Anschlag zu töten. Im Juli desselben Jahres meldete sich ein "Provisorischer Rat", dem Anspruch nach eine Gegenregierung, mit der Behauptung, seine Truppen würden ganz Tschetschenien mit Ausnahme von Grosny kontrollieren, und er sei von Moskau als einzige Autorität in der Republik anerkannt worden. Im August 1994 übernahm Ruslan Chasbulatow den Vorsitz des "Provisorischen Rates". Chasbulatow ist tschetschenischer Abstammung, war früher Präsident des russischen Parlaments und in dieser Funktion eine führende Person der Rebellion gegen Jelzin im Oktober 1993. Inzwischen hat er sich in einen entschiedenen Kritiker der Militärintervention verwandelt.

Von September bis November 1994 tobten in Tschetschenien erneut heftige Kämpfe zwischen bewaffneten Oppositionsgruppen und Regierungstruppen. Besonders bemerkenswert war, daß die Opposition sogar über Flugzeuge verfügte, mit denen sie Grosny bombardierte, sowie Panzer und Kampfhubschrauber besaß. Nach tschetschenischen Angaben operierten die Bomber vom russischen Nord-Ossetien aus; die Panzer seien sogar noch mit russischen Kennzeichen versehen gewesen. Die Gefangennahme von 70 russischen Militärangehörigen, die auf Seiten der Opposition gekämpft hatten, machte ebenfalls deutlich, wie weit die Rolle Moskaus gegangen war.

Nach anfänglichen Versuchen, alles abzustreiten, sah sich Verteidigungsminister Gratschow schließlich doch genötigt, am 5. Dezember 1994 die russische Beteiligung zumindest teilweise einzugestehen. Von den Tschetschenen freigelassene Soldaten berichteten in Moskau, sie seien von der KGB-Nachfolgeorganisation FSK zum Einsatz in Tschetschenien angeworben worden.

Aus Afghanistan nichts gelernt

Am 11. Dezember 1994 begann aus drei Richtungen der Angriff russischer Truppen mit schwerer Artillerie und Panzern auf die abtrünnige Republik. Nach offiziellen Angaben waren zunächst knapp 24.000 Mann im Einsatz, später bis zu 38.000. Die ersten Toten gab es gleich beim Anmarsch durch die Nachbarrepublik der Inguschen, als sich Demonstranten den Soldaten entgegenstellten und diese das Feuer eröffneten.

Jelzin hatte in den drei Jahren seit der tschetschenischen Unabhängigkeitserklärung immer wieder bekräftigt, Rußland wolle und werde das Problem nicht mit militärischer Gewalt lösen. Zur Begründung hatte er unter anderem zutreffend auf die damit verbundenen Risiken einer Eskalation in der gesamten Kaukasus-Region verwiesen. Noch am 6. Dezember 1994 hatte Verteidigungsminister Gratchow erstmals direkt mit Dudajew verhandelt - und dabei versichert, er werde alles tun, um die Anwendung von Gewalt zu vermeiden.

Außerdem: Der Feldzug gegen Tschetschenien war von Anfang an nicht nur in der russischen Bevölkerung unpopulär, wie Umfragen belegten, sondern wurde - aus unterschiedlichen Gründen - auch von vielen Militärs und Politikern abgelehnt. Unter den Kritikern befanden sich General Gromow, letzter Oberbefehlshaber in Afghanistan, und General Lebed, ehemaliger Kommandant der russischen Truppen in Moldova - beides an sich Exponenten eines nationalistisch-traditionalistischen Kurses. In den ersten Tagen des Feldzugs kam es zu mehreren Fällen von Befehlsverweigerung, sogar durch Generäle. Die einzige Kraft, die die Strafexpedition gegen die Tschetschenen vorbehaltlos begrüßte und unterstützte, war die rechtsextreme Partei Schirinowskis.

Warum fiel unter diesen Voraussetzungen dennoch die Entscheidung zum Angriff? Grundsätzlich ist anzunehmen, daß Jelzin und seine Ratgeber den Kriegsverlauf falsch eingeschätzt hatten. Vermutlich hatten sie geglaubt, Grosny innerhalb einer Woche einnehmen und danach in vielleicht einem Monat die letzten "Widerstandsnester" in unzugänglicheren Teilen der Republik niederkämpfen zu können. Die Invasion wäre dann durch ihren Erfolg gerechtfertigt erschienen, und die Kritik wäre in sich zusammengefallen. Damit wäre

im Vorfeld der im Dezember 1995 anstehenden Parlamentswahl ein schwieriges Dauerproblem vom Tisch gewesen, und Jelzin hätte vielleicht für die Präsidentenwahl 1996 ein paar bitter nötige Punkte als "starker Mann" machen können.

Ein weiterer Gesichtspunkt: Jelzin bereitete seinen Angriff auf die Tschetschenische Republik mit einem Ultimatum vor, das er am 29. November 1994 verkündete: Die Lage dort gefährde die vitalen Interessen und die nationale Sicherheit Rußlands. Die an dem Bürgerkrieg Beteiligten - also die Regierung ebenso wie die von Rußland unterstützte Opposition - müßten innerhalb von 48 Stunden die Kämpfe einstellen, alle bewaffneten Einheiten auflösen und ihre Gefangenen freilassen. Anderenfalls werde er den Ausnahmezustand über die Republik verhängen und "alle dem Staat zur Verfügung stehenden Mittel" einsetzen, um das Blutvergießen zu beenden und die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen.

Die politische Absicht war also gewesen, in der Rolle eines mehr oder weniger über den Streitparteien stehenden Schlichters, Vermittlers und Friedensschaffers aufzutreten. Vielleicht sogar mit der Hoffnung, in dieser Funktion international anerkannt zu werden. Die nicht mehr zu dementierenden Tatsachen, die über das Ausmaß der Verwicklung russischer Stellen in den tschetschenischen Konflikt ans Licht gebracht wurden, durchkreuzten diese Taktik. Wenn Jelzin überhaupt noch etwas mit dem Propaganda-Argument anfangen wollte, Rußland greife friedensschaffend in einen Bürgerkrieg ein, mußte er sofort handeln.

Der zehnmal gewonnene Krieg

Der Tschetschenien-Feldzug entwickelte sich zu einem unerwarteten militärischen und politischen Fiasko. Erst am 28. Dezember 1994, fast drei Wochen nach Beginn der Invasion, konnten russische Bodentruppen in der Hauptstadt Grosny Fuß fassen, wo sie im Häuserkampf schwere Verluste erlitten. Obwohl Luftwaffe und Artillerie weite Teile der Stadt "platt machten", dauerte es noch bis zum 19. Januar 1995, bis die Eroberung des Präsidentenpalastes gemeldet werden konnte. Am 9. Februar hieß es, Grosny sei vollständig unter Kontrolle der russischen Truppen. In der Realität bedeutete das, daß sich die meisten tschetschenischen Einheiten aus der Stadt zurückgezogen hatten; der Guerrillakrieg ging aber auch in Grosny weiter.

Für Verteidigungsminister Gratschow war die "Einnahme" der Trümmer von Grosny Grund genug, nicht zum ersten Mal zu behaupten, nun habe man aber nach ein paar Anfangsschwierigkeiten die Lage wirklich voll im Griff und müsse nur noch mit einigen "vereinzelten Terrorakten" fertig werden. Trotzdem bedurfte es jeweils tagelanger Kämpfe von Haus zu Haus, bis Ende März auch die Städte Argun, Gudermes und Schali in Schutt und Asche gelegt und "unter Kontrolle gebracht" waren. Anfang April folgte die Eroberung einiger noch übrig gebliebener kleinerer Ortschaften. Im Mai verkündete Jelzin bei einem Treffen mit Clinton, in Tschetschenien gebe es keine Kriegshandlungen mehr. An den Kämpfen seien nur noch die Truppen des Innenministeriums, nicht mehr die Armee, beteiligt. Es müßten lediglich noch "einige kleine kriminelle Gruppierungen" entwaffnet werden. Inzwischen schreite die Normalisierung in der Republik gut voran; eine verfassungsmäßige Regierung sei bereits gebildet worden.

Tatsächlich hatte Moskau Ende März ein "Komitee der nationalen Eintracht" als Marionettenregime eingesetzt, personell und funktionell weitgehend identisch mit dem alten "Provisorischen Rat". Eine reale Macht übt dieses Gremium offenbar nicht aus. Im Oktober löste Rußland seinen "Ministerpräsidenten" Chadschijew ab, nachdem er die Art der russischen Kriegführung kritisiert hatte. An seine Stelle setzte Moskau den früheren KP-Chef der Tschetschenisch-Inguschetischen Republik, Sawgajew. Am 1. November bekam er von Jelzin auch noch den Titel eines Präsidenten verliehen.

An Phantom-Wahlen, die im Dezember 1995 im russischen Machtbereich der Republik stattfanden, beteiligten sich weniger als 10 Prozent der Wahlberechtigten, nach manchen Angaben nicht einmal 5 Prozent. Die innere Opposition Tschetscheniens scheint durch den russischen Einmarsch stark geschwächt und in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt worden zu sein. Auf der anderen Seite haben, solange die russische Intervention andauert, die recht starken Widersprüche zwischen den nationalistischen Kräften und Interessengruppen Tschetscheniens offenbar an Wichtigkeit verloren.

Verpaßte Gelegenheit?

Im Sommer 1995 schien sich noch einmal eine Verhandlungs-Option zu öffnen. Das war das Ergebnis eines Angriffs von 100 bis 200 tschetschenischen Kämpfern auf die russische Stadt Budjonnowsk. Nachdem

Antiterror-Spezialeinheiten mehrmals vergeblich versucht hatten, das von den Tschetschenen besetzte Krankenhaus mit über 1000 Patienten zu stürmen, erreichte Ministerpräsident Tschernomyrdin eine Verhandlungslösung: Die Geiselnehmer konnten mit einigen ihrer Gefangenen unbehelligt nach Tschetschenien zurückkehren und ließen diese dort wie versprochen frei. Im Gegenzug hatte Rußland die sofortige Einstellung aller Militäraktionen und die Aufnahme direkter politischer Gespräche zugesagt.

Grundsätzlich einigten sich die Vertreter beider Seiten schon nach wenigen Tagen in einigen Hauptpunkten: Entwaffnung der tschetschenischen Kämpfer nach einem vereinbarten Zeitplan; Gefangenenaustausch; Rückzug der russischen Streitkräfte in mehreren Etappen. Über die Frage der Unabhängigkeit sollte erst nach dem Stattfinden von Wahlen definitiv gesprochen werden. Viele Fragen der praktischen Durchführung - z.B.: darf Dudajew an den Wahlen teilnehmen? muß er vorher erst einmal sofort zurücktreten? - führten dazu, daß sich die Gespräche noch wochenlang hinschleppten. Ende Juli kam es aber doch zur Unterzeichnung eines Abkommens: Waffenstillstand ab 1. August; Rückzug der bewaffneten Kräfte beider Seiten von den Frontlinien (in Tschetschenien wohl kein sinnvoller Begriff); Entwaffnung der tschetschenischen Verbände; Abzug der russischen Truppen aus der Republik - mit Ausnahme von etwa 13.000 Mann, die dauerhaft dort stationiert bleiben sollten.

Das Abkommen krankte allerdings von Anfang an daran, daß es von vielen Personen und Gruppierungen Tschetscheniens entweder gar nicht oder nicht voll mitgetragen wurde. Dudajew erklärte gleich nach Unterzeichnung seinen Chefunterhändler Imajew für abgesetzt und warf ihm Verrat vor, versprach aber gleichzeitig Einhaltung des Vertrags. Der Oberkommandierende der bewaffneten tschetschenischen Kräfte, Maschadow, kündigte an, das Abkommen müsse umgesetzt werden, notfalls auch gegen Dudajew.

Tatsächlich gaben nur relativ wenige Tschetschenen ihre Waffen ab. Nach russischen Angaben waren es bis Ende August erst etwa 1.500, während die Zahl der Kämpfer auf 30.000 geschätzt wird. Zugleich hieß es, es seien ausschließlich Handfeuerwaffen älteren Datums abgeliefert worden. Ein Grund dafür bestand sicher darin, daß es für die beabsichtigte Entwaffnung im Grunde keine adäquate politische Gegenleistung in Form einer garantierten Verhandlungslösung gab. Auch war die Frage einer Amnestierung (Nicht-Verfolgung) der Kämpfer nicht ausreichend geklärt. Noch nicht einmal der vollständige Abzug aller russischen Truppen war vorgesehen.

Noch im August nahmen einige tschetschenische Einheiten den Kampf wieder auf. Bisher sind sie immer noch in der Lage, in Größenordnungen von 100 bis 500 Mann auch in den Städten die russischen Truppen anzugreifen und mehrere Tage lang Widerstand zu leisten. Sie sind also noch nicht auf das Niveau einer "Hit and run"-Guerrilla reduziert, die unerwartet zuschlägt und schnell wieder verschwindet, bevor der Gegner militärisch reagieren kann.

Rußland hat nach offiziellen Angaben in diesem Krieg bisher 2.300 Soldaten und Angehörige anderer bewaffneter Organe durch Tod verloren; 7.500 wurden als verwundet registriert. Die Zahl der getöteten Tschetschenen, mehrheitlich Zivilisten, wird auf mehrere Zehntausend geschätzt. General Gromow, letzter Oberkommandierender der russischen Truppen in Afghanistan, hatte schon im Februar 1995 gemahnt, die damaligen Fehler würden nun in Tschetschenien genau wiederholt.

Der ungeliebte Krieg

Umfragen zu Beginn des Krieges ergaben, daß er von zwei Dritteln der russischen Bevölkerung abgelehnt wurde; kaum 1o Prozent befürworteten ihn als zweckmäßig. Die Kritik kommt fast aus dem gesamten politischen Spektrum, was zum Teil schwer nachvollziehbar ist. Daß beispielsweise viele harte Nationalisten und Verfechter russischer Größe sich kritisch äußerten, steht im Widerspruch zu ihrer allgemeinen Orientierung und könnte eher mit dem Interesse zu tun haben, an jedem Angriffspunkt gegen Jelzin zuzupacken. Ähnliches könnte für die Haltung der Kommunistischen Partei Sjuganows gelten.

Bei vielen Nationalisten, gerade aus der militärischen Laufbahn, kommt hinzu, daß der Tschetschenien-Krieg vor allem als Negativ-Vorführung der russischen Armee kritisiert wird: sie sei in einem miserablen, handlungsunfähigen Zustand, weil ihr der angemessene Platz in der Gesellschaft, die finanziellen Mittel usw. verweigert würden.

Das nicht sehr einflußreiche Lager der Demokraten und Reformer, in dem sich viele frühere Weggefährten Jelzins befinden, sieht richtig, daß der Krieg auf die inneren Verhältnisse Rußlands zurückschlägt, antidemokratische und traditionalistische Tendenzen der Gesamtentwicklung fördert. Fast noch mehr aber fürchten sie, daß dies im Ausland ebenso gesehen werden könnte. Ein Rußland, das wegen seiner rückständigen und barbarischen Verhältnisse und Methoden von den maßgeblichen westlichen Großmächten als suspekt und als nicht gleichberechtigt betrachtet und behandelt wird - das ist eine alte Furcht der russischen "Westler". Daß diese Angst überzogen ist und teilweise zu innenpolitischen Zwecken instrumentalisiert wird, zeigen die bisher sehr moderaten Reaktionen des Auslands auf den Krieg in Tschetschenien.

Die Duma beschloß im April 1995 nahezu einstimmig eine Resolution, die dem Präsidenten verbieten sollte, weiter Truppen in der Tschetschenischen Republik einzusetzen. Statt dessen sollten sofort und ohne Vorbedingungen Verhandlungen über eine politische Lösung aufgenommen werden. Genau das hatte Dudajew unzählige Male angeboten. Das Parlament berief sich auf die russische Verfassung: Sie erlaubt einen Einsatz der Armee nur zur Landesverteidigung. Andere Verwendungen sind verfassungsgemäß nur mit Zustimmung des Parlaments zulässig.

Was macht's? Jelzin und seine Berater regieren weiter in der Manier von Diktatoren, und alle Fraktionen des Parlaments hüten sich letzten Endes doch, sich nach der Niederlage von 1993 ernsthaft mit ihm anzulegen. Der Widerstand aus der Bevölkerung blieb bisher ebenfalls viel zu schwach, um Berücksichtigung zu erzwingen.

Auch mit den Reaktionen der russischen Republiken und Regionen auf den Tschetschenien-Krieg kann Moskau bisher ganz gut leben. Nur die noch kleinere Nachbarrepublik der Inguschen hat sich mit den Tschetschenen solidarisch erklärt, was praktisch nicht viel bedeutet, zumal Moskau dieses Problem derzeit offenbar nicht zuspitzen will. Die Regierung der Tschuwaschischen Republik im Wolga-Gebiet hat erklärt, Moskau habe nicht das Recht, gegen einzelne Republiken militärisch vorzugehen. Wichtig ist aus russischer Sicht, daß es bisher keine Anzeichen für ein allgemeines Übergreifen des Krieges auf andere Teile des Kaukasus gibt, auch wenn hunderte Kämpfer aus vielen Völkern nach Tschetschenien gekommen sind.

Grünes Licht vom Westen

Die NATO-Staaten reagierten auf den russischen Einmarsch nach Tschetschenien mit dem grundsätzlichen Kommentar, das sei eine innere Angelegenheit Rußlands. An dieser Wertung kann man auch aus abstrakt juristischer Sicht zweifeln: Zwar gehörte die Republik der Tschetschenen und Inguschen der Sowjetunion an, aus der sie im Herbst 1991 ihren Austritt erklärte. Mit der Auflösung der UdSSR im Dezember 1991 ist diese Streitfrage ohnehin erledigt. Der Staat Rußland aber ist ein neues Völkerrechtssubjekt auf föderativer Basis. Diese war folgerichtig nach dem Ende der Sowjetunion Gegenstand von Verhandlungen zwischen Moskau und den einzelnen Republiken. Ausdruck davon ist, daß 1992 ein neuer Föderationsvertrag abgeschlossen wurde, dem die Tschetschenisch-Inguschische Republik von Anfang an nicht beitrat. Ebenso übrigens die Tatarische Republik, die Rußland nur auf Basis eines späteren bilateralen Abkommens mit Moskau angehört.

Eine vergleichbare Lösung hätte sich vielleicht auch für Tschetschenien finden lassen. Das winzige, fast ringsum von Rußland umschlossene Gebiet (nur im Süden grenzt es mit kaum 100 km an Georgien) wäre sowieso in jeder Weise völlig von Moskau abhängig gewesen, wenn Jelzin die Souveränität Tschetscheniens nicht unnötigerweise zu einer grundsätzlichen Macht- und Prinzipienfrage verschärft hätte. Dafür kann nicht einmal die Entschuldigung angeführt werden, Rußland hätte Angst vor einem Umsichgreifen des tschetschenischen Beispiels auf andere Regionen haben müssen: Als Jelzin im Dezember 1994 seine Truppen in Marsch setzte, war jedenfalls klar, daß Tschetschenien keine Nachahmer in den Republiken der Russischen Föderation gefunden hatte. Selbst Nationalisten sind inzwischen in der Regel Realpolitiker genug, um zumindest die wirtschaftlichen Folgen eines versuchten Bruchs mit Moskau vorauszusehen und davor zurückzuschrecken.

Die Erklärung des Tschetschenien-Krieges zu einer innerrussischen Angelegenheit durch die NATO-Staaten läuft darauf hinaus, daß im eigenen Haus schließlich jeder machen kann, was er will. Wenn er gern seine Möbel zu Kleinholz schlägt, bitte sehr! Das offizielle Argument für die Zurückhaltung der westlichen Regierungen lautet, man dürfe Rußland nicht verunsichern und isolieren. Das ist einerseits gegenüber einer

Einmischung mit Drohgebärden und Sanktionen gewiß vorzuziehen. Andererseits muß man fragen, ob man Rußland mit dieser Lizenz zum Krieg einen Gefallen getan hat, oder ob man damit nicht vielmehr (bewußt?) die maßgeblichen russischen Politiker ermutigt hat, ihrem Land Schaden zuzufügen: Erstens sind allein die materiellen Kosten der Kriegführung gegen die Tschetschenen sehr hoch. Diese Mitteln fehlen nach Lage der Dinge für die überfällige Reorganisierung und Modernisierung der russischen Armee - von der Wirtschaft gar nicht zu reden. Zweitens lähmt die Verstrickung in einen langwierigen Krieg die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten Rußlands. Wer so agiert, kann nicht mehr glaubwürdig für friedliche Konfliktlösungs-Optionen in anderen Regionen, beispielsweise Jugoslawien, eintreten. Drittens liefern die Bilder und Berichte von den kaukasischen Kriegsschauplätzen ein Zerrbild Rußlands, das nach wie vor hohe "Verteidigungsanstrengungen" der NATO gerechtfertigt erscheinen lassen kann.

Kt.

21. Ungehorsam und staatsfeindlich. Interview mit Guy Frèche von der linken Basisgewerkschaft SUD

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:09

Das folgende Interview mit dem linken Basisgewerkschafter Guy Frèche führte Bernhard Schmid am 2. Januar in Paris. SUD ist die Abkürzung für Solidaire - Unitaire - Démocratique (solidarisch, einheitlich, demokratisch).

Frage: Könntest Du zunächst einmal etwas über Dich und Deinen Werdegang sagen, bevor wir zur Geschichte der SUD kommen?

Guy Frèche: Ich war zunächst Mitglied der KP und Sekretär ihrer Jugendorganisation, der Jeunesse Communiste. Während der zwei Jahre meines Militärdienstes war ich im süddeutschen Tübingen stationiert und hielt Kontakt zur damals, 1964, verbotenen KPD. 1967 dann wurde ich mit anderen, die zu viele Fragen gestellt hatten, aus der JC und der französischen KP ausgeschlossen. Während des Vietnamkrieges kamen viele aus der jüngeren Generation in Bewegung, in der JC kam es zu einer regelrechten Ausschlußwelle. Gearbeitet habe ich zunächst als Straßenbahner in Toulouse, später war ich Eisenbahner und schließlich Postler; und das werde ich bis zu meiner demnächst anstehenden Rente auch bleiben. Zunächst war ich 14 Jahre als Gewerkschafter in der CGT, doch das hielt ich nicht mehr aus, man war total eingeengt von deren Apparat. Bis vor 10, 15 Jahren war die CGT noch viel verschlossener als heutzutage; es gab Zeiten, da linke Kräfte außerhalb der KP - wie Trotzkisten und Anarchisten - geduldet wurden, und dann wurden sie wieder alle hinausgesäubert. Derzeit werden sie wieder toleriert, bei den Eisenbahnern in der Nordhälfte von Paris haben sie viele gewerkschaftliche Positionen in der CGT inne. Damals passierte es mir, daß ich von den Mitgliedern in eine Funktion gewählt wurde und die Leute des Apparats die Schlösser des Büros austauschten, um mich an der gewerkschaftlichen Arbeit zu hindern. Danach war ich elf Jahre bei der CFDT, diese war damals für viele politisierte Aktivisten und Linke attraktiv, weil es in ihr faktisch ein Recht auf abweichende Positionen und auf Tendenz gab. Bei den großen Streiks 1974, nach dem knappen Wahlsieg des bürgerlichen Präsidenten Giscard d'Estaing, spielte die CFDT eine herausragende Rolle.

Aus der CFDT heraus entwickelten sich dann ja auch die Ursprünge von SUD?

Ja. 1977 erreichte die Aktivität politisierter, linker Kräfte in der CFDT ihren Höhepunkt; viele Aktivisten kamen auch aus der CGT herüber. Im Mai 1979 fand dann ein Kongreß im Zeichen der "Wiederbesinnung" statt; der damalige CFDT-Vorsitzende Edmond Maire qualifizierte Streik als "überkommenes Mittel" und wollte die CFDT hin auf Lohnabkommen mit dem Staat orientieren. Der Kongreß war in der Mitte gespalten, die Hälfte des Saales war am Pfeifen und Buhen. Wir politischen Kräfte machten uns an die Arbeit, und 1980 hatte die radikale Linke in der CFDT-Sektion der Region Paris - der bedeutendsten Gliederung - die Mehrheit inne. Wir wurden unter "Vormundschaft" gestellt, es kamen immer zwei Typen zu sämtlichen Versammlungen, und wir durften keine Beschlüsse mehr ohne Zustimmung der Zentrale fassen. 1988/89, als es zu einem Höhepunkt der sozialen Spannung und zu vielen Streiks kam, spitzten sich die Widersprüche zu. Bei den großen Streiks etwa der Lastwagenfahrer und der Krankenschwestern gab es zu jeder Erklärung der CFDT-Zentrale eine Gegenerklärung oder separate Pressekonferenz unserer Sektion; das begann die Presse zu interessieren. Beim Streik der Krankenschwestern 1988/89 wandte sich der damalige sozialistische Premierminister Michel Rocard an die CFDT-Zentrale und bot ihr ein Lohnabkommen an unter der Bedingung, daß diese ihre Gewerkschaft "säubere". Eines Morgens verteilte dann ein Typ aus der Leitung vor unserem Büro - das wir in weiser Vorahnung in der Vorwoche ausgeräumt hatten - Flugblätter, die auflisteten, wer alles "von jeglicher Funktion entbunden" sei. Das war im Grunde illegal, denn es standen für den März 89 innergewerkschaftliche Wahlen an. Unser Büro wurde dann unter Einsatz der Fäuste geräumt. Innerhalb von 24 Stunden organisierten wir eine Vollversammlung auf dem Gehweg, die von neun Uhr morgens bis ein Uhr nachts dauerte. Daraus wurde dann bei der PTT (Post und Telekom) die SUD und im Gesundheitswesen die CRC, die mit uns zusammen der "Gruppe der Zehn" angehört. Bei den nächsten Betriebsratswahlen erhielten wir dann landesweit 5%, in Paris waren es 18%.

Wie unterscheidet sich die Funktionsweise der SUD von der anderer Gewerkschaften?

Sämtliche Versammlungen sind für jeden offen. In unserer Zentrale gibt es kein "technisches Personal", sondern jeder - egal, welche Funktion er oder sie innehat - beteiligt sich an allen Arbeiten, tippt Texte selbst

usw. Es gibt auch keine Ausschlüsse; das kann allerdings manchmal zu einem Problem werden. Wir hatten in meiner Sektion einmal einen Faschisten vom Front National, da habe ich dann jede Woche - extra für ihn - ein Rundschreiben zum Thema Rassismus verfaßt. Nach kurzer Zeit ist er entnervt ausgetreten. Unser großes Problem war am Anfang, alle Regionen des Landes abzudecken; aber bis auf Bordeaux und Lyon sind wir jetzt im ganzen Land recht gut verankert.

Wir haben aktuell gut 9.000 Mitglieder, davon die Hälfte in der Region Paris. Wir publizieren als SUD auch zu politischen Themen wie dem Programm des Front National, zur Atomenergie und zum Militarismus.

SUD ist nicht "konföderiert", das heißt, gehört keiner branchenüberspannenden Gewerkschaft an. Mit wem arbeitet Ihr zusammen, und welche gewerkschaftlichen Perspektiven habt Ihr?

SUD gehört keiner "Konföderation" an, aber ist mit anderen Basisgewerkschaften in der "Gruppe der Zehn" verbunden. Dazu gehören aktive fortschrittliche Gewerkschaften wie die SNUI im Steuerwesen und die CRC im Gesundheitswesen. Allerdings gibt es dabei auch sehr reformistische Kräfte. In vielen Sektoren gilt SUD als eine Art Vorbild, und es könnten sich demnächst neue ähnliche Kräfte herausbilden. So diskutieren die CFDT-Eisenbahner, ob sie nicht ihrer völlig staatstragenden und streikfeindlichen Zentrale den Rücken kehren sollen, und die Sektion im Erziehungswesen - die SGEN-CFDT - ist mit sofortiger Wirkung aus der CFDT ausgeschlossen. Ich gehe davon aus, daß es in den kommenden zehn Jahren zu großen Verwerfungen und Explosionen in der gewerkschaftlichen Landschaft kommt. Das passiert derzeit schon in der CFDT, und auch in der CGT gibt es Unmut und Erwartungen nach Demokratie. Wir hatten in der radikalen Linken 1988/89 eine große Debatte, ob die Schaffung einer Gewerkschaft wie SUD sinnvoll ist. In der (trotzkistischen) LCR gab es dagegen große Widerstände, weil es hieß, man solle die Einheit der Arbeiterbewegung wahren und demokratische Veränderungen der Gewerkschaftszentralen einfordern. Ich war selbst in der LCR, doch ich glaube nicht daran; die CGT etwa läßt sich nicht vom Apparat her verändern. Ich bin aber dagegen, heute eine die Sektoren überspannende neue Konföderation zu gründen, weil diese neben den bestehenden rasch marginalisiert würde. Unser großes Problem ist, daß wir nur vergleichbare Gewerkschaften im öffentlichen, nicht aber im privaten Sektor haben; das Gewicht der Arbeitslosigkeit und die Zerschlagung der Stahlindustrie in Lothringen lasten hier bleischwer auf den Perspektiven.

22. Syrien und Israel - mit Maximalforderungen zum Frieden?

Autor: Xavier Bonnet, Jerusalem · Rubrik: Israel / Palästina; Syrien; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:19

Nach dem Friedensvertrag mit Ägypten 1979, den Abkommen mit der PLO seit 1992 und dem Friedensvertrag 1994 mit Jordanien befindet sich Israel mit seinen Anrainerstaaten Syrien und Libanon noch (formal) im Kriegszustand. Verhandlungen zwischen Israel und Syrien haben jetzt begonnen. Syrien fordert die vollständige Rückgabe der 1967 von Israel besetzten und 1981 völkerrechtswidrig annektierten Golanhöhen. Israel verlangt Sicherheitsgarantien und die Nutzung der Wasserquellen der Golan-Region.

Wie diskutiert Hafiz Al-Assad mit seinen Militärs syrische Außenpolitik? Ohne Worte, nur mit Zetteln und Handzeichen. Der syrische Witz spielt auf die israelische Frühwarnanlage auf den gerade 50 Kilometer von Damaskus entfernten Golan-Höhen an. Denn angeblich lauschen die Israelis von den Golan-Höhen bis in den Präsidentenpalast der syrischen Hauptstadt hinein und kriegen alles mit, was dort gesprochen wird.

Man munkelt seit geraumer Zeit über so manches: Über das "zionistische Ohr", die Abhöranlage dort oben auf dem Hermon-Berg, dem höchsten Punkt der syrischen Provinz, die 1967 von der israelischen Armee besetzt und 1981 annektiert wurde; über Al-Assad, der die Rückeroberung der Golan-Höhen schon vor 25 Jahren zum Credo syrischer Außenpolitik machte; über den fernen Westen - und das nahe Israel.

"Unsere Haltung im Kampf um Frieden wird nicht weniger mutig sein als unsere Entschlossenheit auf dem Schlachtfeld", hatte Al-Assad seinen Militärs die neue außenpolitische Linie - die Teilnahme Syriens am Friedensprozeß - nahegebracht, und das Volk wußte den Code spätestens dann zu entschlüsseln, als die PLO und Israel die Vereinbarungen von Oslo unterzeichnet hatten und die Jugend-Kolonnen der Baath-Partei neue Assad-Plakate klebten: "Al-Assad, Held im Krieg, Held im Frieden". Übersetzt: Militärisch ist der Golan nicht wiederzukriegen, mit Israel muß verhandelt werden.

"Die Nation ist mit dem Golan"

Das israelisch-syrische Grenzgebiet war von 1949 bis zur Besetzung des gesamten Golan im Jahr 1967 Gegenstand militärischer Auseinandersetzungen. Von ihren Bunkerbefestigungen aus beschossen syrische Armee und pro-syrische Guerilla-Einheiten dutzendfach Siedlungen im nördlichen israelischen Kernland. Versuche Syriens, den Israelis das Jordanwasser durch einen syrisch-jordanischen Stausee sprichwörtlich abzugraben, beantworteten israelische Kampfflugzeuge mit Artilleriefeuer und Bombenabwürfen im syrischen Hinterland.

Israel erreichte innerhalb von 15 Jahren nach seiner Staatsgründung alle selbst gesteckten regional-strategischen Ziele: Zugriff auf den Hule-See im entmilitarisierten Gebiet (anschließend als Entwicklungsprojekt trockengelegt); die de facto-Kontrolle über den See Genezareth und die Vollendung des nationalen Wasserversorgungssystems.

Vor der militärischen Besetzung im Juni-Krieg von 1967 flohen rund 34.000 Golan-BewohnerInnen in Richtung Damaskus, bevor die Armee fast 200 Dörfer und Bauernhöfe mit Bulldozern niederwalzte. Im Dezember 1981 wurden die Golan-Höhen im Widerspruch zum Völkerrecht per Parlamentsbeschluß mit ihren 6.000 verbliebenen BewohnerInnen, vor allem syrischen Drusen, annektiert.

Noch bis vor kurzem galt der Golan aus "strategischen Gründen" als unantastbar, schon die Erwägung der Rückgabe an Syrien schien undenkbar. Die Arbeitspartei hatte ihren Wahlkampf sogar mit Rabins Versprechen: "Rückgabe Niemals" geführt und gewonnen. Aber seit den arabisch-israelischen Verhandlungen in Madrid 1991, in deren Folge israelische Abkommen mit der PLO und Jordanien erreicht wurden, ging die Arbeitspartei von der traditionell harten Linie ab und bot den Syrern separate Verhandlungen nach der Formel "Land gegen Frieden". Der Aufschrei des rechten Likud und sein Widerhall im Volk und bei den Medien folgten unvermeidlich.

"Die Nation ist mit dem Golan" - mit diesem Satz reagierte die Pro-Golan-Lobby. Jetzt prangt er auf Zehntausenden von Transparenten an Häuserwänden von Nord- bis Süd-Israel. Das Pressebüro der Siedler

vom "Golan-Regionalrat" wird mit seiner Behauptung, fast zwei Millionen dieser Aufkleber verteilt zu haben, kaum übertrieben haben: Der Sticker klebt auf jedem dritten israelischen Fahrzeug.

Syriens Wirtschaft

Nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung bleibt Syrien nur der friedliche Ausgleich mit Israel. Assad hofft nicht nur auf die Streichung von der US-Liste, die den Handel mit Staaten beeinträchtigt, die "terroristische Organisationen und Drogenhandel" fördern und CIA-gemäße De-Stabilisierungsmaßnahmen im Lande legitimiert. Syrien stand bereits während des Golfkriegs vor vier Jahren auf der Seite der Anti-Irak-Koalition und damit auch Israels. Für Beziehungen mit den USA und der EU - und entsprechenden finanziellen Hilfen - ist die politische Führung bereit, jetzt auf den Lohn zu verzichten, den sie für ihre Frontstellung gegenüber dem "zionistischen Gebilde" jahrzehntelang eingestrichen hat. Zumal die Petro-Dollars aus den arabischen Erdölstaaten, das ökonomische Standbein Syriens, nur noch spärlich fließen.

Eine Niederlage an der "Golan-Front" - weniger als den vollständigen Rückerhalt der Region - will sich Assad um des Machterhalts willen jedoch nicht leisten. Sein Balance-Akt besteht darin, die traditionelle, arabisch-nationalistische Legitimationsbasis aus Partei, Armee und Alawiten-Klientel möglichst reibungslos durch syrisches Kapital zu ersetzen und erstere in diesen Übergangsprozeß maximal einzubinden. Die interne Risiko-Minimierung widerspricht allerdings allen Hoffnungen auf politische Liberalisierung.

Zweifellos wird Assad den enormen Apparat nationaler Sicherheit neu strukturieren müssen. Militär, Polizei und diverse Geheimdienste sind nicht nur zentrale institutionelle Staatsmacht, sondern üben zudem politische und ökonomische Macht aus. Im Militär samt seinen Wirtschaftssektoren beispielsweise sind 20% der Erwerbspersonen beschäftigt.

Die oft als "Barone" bezeichneten Eliten aus Militär und Geheimdiensten, die aufgrund ihres Zugangs zu staatlich kontrollierten Ressourcen und zum Drogenschmuggel aus dem Libanon wahrscheinlich über größeren Reichtum als der Staat selbst verfügen, lehnen einen allzu abrupten Übergang zu neuer Außenpolitik ab, solange ihre Profitquellen nicht abgesichert sind.

Obwohl "normale" syrische Unternehmer israelisches Dumping auf den internationalen Märkten befürchten, und die Golfstaaten die überlegenere israelische Technologie der syrischen sicherlich vorziehen, scheint es für sie keine Alternative zur "Normalisierung" zu geben. Denn nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und der Einschränkung der Erdölrente bleiben ihnen langfristig nur die Einbindung in den Weltmarkt und private Investitionen. Dem gegenwärtigen Zustand "Weder Krieg noch Frieden", noch dazu in einem arabischen Umfeld, das mit Israel Frieden schließt, ziehen auch syrische Kapitalisten ein "günstigeres Investitionsklima" vor.

Ob Syrien dem israelischen Wunsch nach Öffnung der Grenzen für den freien Verkehr von Kapital jedoch so ohne weiteres nachkommt, ist zu bezweifeln: Der Öffnung des syrischen Marktes - erst seit Kurzem in einigen Sektoren auf dem Weg zur Liberalisierung - steht die Wirtschaft eines der reichsten Länder der Erde entgegen. Israels Bruttosozialprodukt übertrifft das seiner arabischen Nachbarländer zusammen um 20%. Israelische Hersteller drängen seit Ausbruch des Friedensbooms auf die arabischen Märkte, und Außenministerium, Exportinstitut und Handelskammern Israels haben bereits die ersten Marktstudien über Syrien erstellt.

Die Grundstückspreise zwischen Damaskus und den Golan-Höhen, 70 km voneinander entfernt, schossen schon vor Monaten in die Höhe. Syrische Unternehmer und Spekulanten bereiten sich auf einen Tourismus-Boom vor.

Die Choreographie

von Verhandlungen

Der erste Verhandlungsanlauf nach der Madrider "Friedenskonferenz" von 1991 blieb erfolglos. Mitte Juli letzten Jahres hatten die Generalstabs-Chefs beider Länder Gespräche über zukünftige Sicherheitsarrangements abgebrochen. Das israelische Verhandlungsteam bestand darauf, an der Frühwarn-Station auf dem Golan festzuhalten, was Syrien als Verletzung seines Territoriums betrachtete und Hafis al-Assad dazu veranlaßte, seine Verhandler nach Damaskus zurückzuordern.

Erst die Neuzusammensetzung der israelischen Regierung nach der Ermordung Rabins führte zur Wiederaufnahme der Verhandlungen. In Syrien glaubte man, bei den Israelis einen Linksruck feststellen zu können - nicht nur in der israelischen Regierung, sondern auch in der Bevölkerung, in der die rechten Gegner eines Territorialkompromisses diskreditiert seien. Darüber hinaus mußte sich Syrien erneut als isolierte Regionalmacht empfinden, denn im Gegensatz zu anderen arabischen Staatschefs blieb Hafis al-Assad mangels diplomatischer Beziehungen mit Israel der Beerdigung Rabins in Jerusalem fern.

Ermutigend wirkte außerdem die im Vergleich zur Rabin-Regierung modifizierte Verhandlungsstrategie von Schimon Peres und seinen Beratern. Gegenüber Syrien dürfe man nicht mit der Tür ins Haus fallen und sofort über "Sicherheit" sprechen. Vielmehr seien parallele Gesprächsrunden zu unterschiedlichen Schwerpunkten einzurichten, hieß es.

Unter Vermittlung des US-State Departments einigten sich Unterhändler auf einen groben 10-Punkte-Rahmenfahrplan und die Definierung gemeinsamer Interessen. Unter anderem war darin die Rede von der "Herstellung von Ruhe an der libanesischen Grenze", der "Umwandlung der Golan-Höhen von einem Schauplatz militärischer Konfrontation in ein Zentrum wirtschaftlicher Zusammenarbeit". "Ein Friedensabkommen" hieß es weiter, "eröffnet die Chance, Krieg im Nahen Osten zu eliminieren."

Nachdem sich Assad und Peres einander vor allem über die New York Times Friedenswillen bekundet hatten, trafen sich wenige Tage vor dem Jahreswechsel erneut syrisch-israelische Verhandlungsteams. Doch das Ergebnis der sechstägigen Konsultationen, den sogenannten "Wye talks" in den USA, schien allein darin zu bestehen, daß überhaupt Gespräche stattfinden, und daß sie erklärtermaßen weitergehen. Kernfragen, so verlautbarte aus Diplomatenkreisen, seien nur angerissen worden, und die Syrer hätten sich konkrete israelische Projekte geduldig angehört, ohne Verbindlichkeiten einzugehen, und manche umgehend zurückgewiesen.

"Der israelische Vorschlag beispielsweise, israelische Golan-Siedlungen nicht aufzulösen, sondern unter syrischer Flagge weiterzuführen wurden vom syrischen Team grundsätzlich abgelehnt", dämpfte Haaretz-Militärkorrespondent Seev Schiff enthusiastische Erwartungen. Diskussionen über Sicherheitsvorkehrungen und die damit verknüpfte Wasserfrage sowie den zukünftigen Grenzverlauf seien verschoben worden. "Weiterverhandeln" empfahl Schiff, vermißte aber die Bereitschaft von Damaskus, "wirklich einen Preis für sowohl Frieden als auch die Rückgabe des Golan [zu] bezahlen". Selbst US-Staatssekretär Warren Christopher habe gegenüber israelischen Journalisten davon gesprochen, daß er von "Wye grundsätzlich enttäuscht" sei.

"Voller Frieden" und US-Garantien

Die Isolierung Irans und Iraks als nahöstliche "Schurkenregime", wie US-Sicherheitsberater Anthony Lake im Mai 1994 einen Teil der neuen Nahost-Konzeption der Clinton-Administration umriß, ist nur möglich mit der Einbindung Syriens in eine "Gemeinschaft nahöstlicher Staaten, die unsere Ziele freie Märkte, Demokratie und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme teilen." Wenn Syrien nicht mehr die Rolle des strategischen Hinterlands von US-feindlichen Regimen und Bewegungen spiele, würde sich die regionale Stabilität konsolidieren. Die qualitative Überlegenheit Israels über Syrien werde mit US-Garantien beibehalten und ausgebaut, und als Ausgleich dazu ziehe sich Israel vollständig - zivil und militärisch - vom Golan-Plateau zurück. Während sich Israel zu Friedensabkommen mit Libanon und Jordanien verpflichte, habe ein militärischer US-Junior Syrien seine Verbindungen zum Iran zu kappen. Außerdem sei die Teilnahme am arabischen Boykott Israels aufzugeben.

(Auch Schimon Peres "Vision" vom kriegsfreien und wirtschaftlich fruchtbaren Nahen Osten beschränkt sich nicht auf Syrien und den Golan. "Die Idee besteht darin, eine riesige Unterzeichner-Zeremonie in Washington zu feiern: Israel und Syrien und Israel und Libanon paraphieren Friedensabkommen, und Vertreter der restlichen arabischen Welt - mit Ausnahme Iraks, Libyens und Sudans - würden Vereinbarungen unterschreiben, nach denen sie ihre Beziehungen zu Israel normalisieren und ihren 47 Jahre alten Wirtschaftsboykott beenden", hieß es im Jerusalem Report Ende Dezember. "Er hätte gerne, daß fast alle arabischen Staaten im Golf und in Nord-Afrika formal das Ende des Konfliktzustands mit Israel erklären.")

Die Verhandlungsposition Israels basiert einerseits auf einer, international gesehen, schwachen politischen Basis. Denn was das zu verhandelnde Territorium Golan angeht, so ist es moralisch als auch völkerrechtlich

im Nachteil. Allzu offensichtlich versucht es, den militärisch besetzten und per Knesset-Beschluß annektierten Landstrich als Trumpf zu benutzen, um diplomatische Vorteile zu erringen. Aber kein Land und keine internationalen Vereinbarungen, wie zum Beispiel die UNO-Charta, stützen diese Herangehensweise.

Andererseits: Um dieses Problem zu umgehen, reizen die israelischen Verhandler ihre syrischen Gegenparts mit verlockenden wirtschaftlichen Aussichten, gemeinsamen Tourismus-Attraktionen am Ostufer des Genezareth-Sees, Weinbauplantagen auf den üppigen Hügeln der Golan-Höhen usw.

"Wir wollen die syrische Wirtschaft in der Form mit Frieden verknüpfen, daß es Syrien niemals möglich sein wird, die Vereinbarung zu brechen", gab der Unterhändler Uri Savir im israelischen Fernsehen Mitte Dezember bekannt. Der Satz spiegelt das israelische Sicherheitsszenario gegenüber Syrien wider: Statt der seit 1967 geltenden Politik des Stolperdrahts, dessen Überschreitung aus israelischer Sicht einen Kriegsgrund darstellt, geht es um "vollen Frieden".

Israels Forderungen

Israelische Maximalforderungen gegenüber Syrien umfassen die Aufgabe seiner Beziehungen zum Iran, gegenseitige Überwachungssysteme auf dem Territorium des Nachbarlandes, entmilitarisierte Zonen, einen syrischen Armee-Rückzug bis vor Damaskus, die Zerstörung bestimmter syrischer Waffensysteme, die Einrichtung von Botschaften in den Hauptstädten und ökonomische "Normalisierung".

In diesem Zusammenhang sind US-Garantien für Israel von Bedeutung: eine der Spezialpartnerschaft beider Länder eigentümliche Mischung aus militärischen, institutionellen und finanziellen Hilfestellungen. Die USA seien bereit, zur Sicherung eines Friedensabkommens Truppen auf die Golan-Höhen zu entsenden, sagte US-Verteidigungssekretär William Perry in Israel Anfang Januar. Im multi- oder internationalen Rahmen ja, schränkte Ministerpräsident Peres das Angebot ein, und nur als symbolische Macht: "Eine Friedenstruppe auf dem Golan nach dem Muster der 2400 Mann starken Sinai-Truppen würde die Israelis beruhigen und die Syrer abschrecken".

Im Gespräch ist ferner ein sogenanntes Verteidigungspaket, das Israel von den USA erhält, falls es sich zurückzieht. Technologie in Form von amerikanischen Tomahawk-Raketen sowie eine NATO-ähnliche Pakt-Struktur im Nahen Osten unter Führung des Zweigespanns USA/Israel stehen langfristig zur Debatte.

Drittens wird Israel von den USA Kompensation für die den Syrern hinterlassene Infrastruktur auf den Golan-Höhen verlangen. Anfang Januar war in der israelischen Presse die Rede von 12 Milliarden US-Dollar. Diese Summe wurde jedoch wiederholt von der israelischen Regierung dementiert.

"Voller Frieden" aus syrischer Sicht dagegen beschränkt sich auf den vollständigen Rückzug der israelischen Armee von syrischem Territorium, ein Ende des Kriegszustands, ausgewogene Sicherheitseinrichtungen und Definition der Staatsgrenzen. "Voller Frieden", so wiederholte der syrische Außenminister Faruk al-Schara die Vorstellung Hafis al-Assads, "bedeutet friedvolle, aber nicht notwendigerweise freundschaftliche Beziehungen und Normalisierung. Wir haben Frieden mit vielen, aber ein enges Verhältnis nur zu wenigen."

Grenze und Wasser

Umstritten ist der Umfang des israelischen Rückzugs. Israel will sich erklärtermaßen nicht weiter als bis auf die "internationale Grenze" zurückziehen - 1923 zwischen den Mandatsmächten Frankreich und England als Kolonialgrenze ausgehandelt - und würde sich damit die 1967 militärisch eroberte Ost-Küste des Genezareth-Sees sichern, jenes Wasserreservoir, aus dem es mindestens ein Drittel seines gesamten Wasserhaushalts schöpft. Syrien dagegen besteht auf dem israelischen Rückzug auf die Grenzen vom 4. Juni 1967. Damit beansprucht es ebenfalls Zugang zum Ost-Ufer, was seine allgemeine Wasserknappheit verringern würde.

Es geht nicht nur um den See. Denn alle drei Quellflüsse des Jordan entspringen in der Region. Während der Dan - der wasserreichste Jordanzufluß - vollständig, aber grenznah auf israelischem Territorium liegt und sich unterirdisch speist, liegt der Banias auf besetztem Golan-Gebiet, und der vom Libanon nach Israel fließende Hasbani befindet sich in der israelisch kontrollierten "Sicherheitszone". Banias, Hasbani und etwa 100 kleinere Flüßchen, die vom auch zu Sommerzeiten feuchten Golan in die israelischen Täler fließen, hängen von den

Niederschlägen ab, die im Winter reichlich fallen. Der Großteil des lebenswichtigen Wassers in der Region dient also seit 1967 israelischen Bedürfnissen.

Vorgezogene Neuwahlen in Israel?

Die israelische Tageszeitung Jediot Acharonot hält die bislang bekannten Widersprüche für lösbar, "guten Willen und die Kompromißbereitschaft beider Seiten vorausgesetzt", und ortet das Haupthindernis in der israelischen Rechtsopposition: eine nur knappe parlamentarische Mehrheit von ein bis drei Stimmen für einen Territorialkompromiß; keine Bevölkerungsmehrheit für den Fall einer - von Rabin versprochenen und seinem Nachfolger Peres bestätigten - israelischen Volksabstimmung über die Golan-Höhen; prozedurale Probleme bei der Anullierung des 1981 beschlossenen Annektions-Gesetzes und die zu erwartende Kampagne der Golan-Siedler, die den Preis für die Rückgabe möglichst hochtreiben wollen. Hinzuzufügen wären Hinweise aus den Reihen israelischer Minister, die seit Aufnahme der zweiten Gesprächsrunde in "Wye" für Neuwahlen in Israel plädieren, "damit das Verhandlungsmandat von der Bevölkerung bestätigt wird." Dieser Unsicherheitsfaktor kann von der syrischen Regierung nur als Druck verstanden werden. Denn wer garantiert ihr, daß die Israelis dann nicht lieber auf den rechts-konservativen Likud setzen, dessen Chef Benjamin Netanjahu mit der Golan-Frage in den Wahlkampf geht. "Das ist kein syrisches Land", sagte er am 24. Januar, "es ist Teil des Staates Israel." Damit spricht er der nervös gewordenen, alten Garde des israelischen Militärs aus dem Herzen. Einige davon haben ihre jahrzehntelange Mitgliedschaft in der Arbeitspartei aufgekündigt und engagieren sich beim "Dritten Weg", einer Parteineugründung mit territorialer Hardliner-Programmatik.

Xavier Bonnet, Jerusalem

Libanon - syrischer Satellit?

Seit dem Entflechtungsabkommen von 1974 schweigen die Waffen an der "Golan-Front", und der militärische Konflikt zwischen Syrien und Israel verlagerte sich in den Libanon. Die ehemalige "Schweiz des Nahen Ostens" geriet zum "US-gesponsorten, syrisch-israelischen Kondominium", wie die klügeren Analytiker den darauf folgenden, 15jährigen Bürgerkrieg definierten. Wirtschaft und staatliche Souveränität Libanons wurden unter maßgeblichem Anteil der drei Parteien in Schutt und Asche gelegt, und unerwünschte politische und militärische Kräfte, allen voran die PLO und die mit ihr verbündeten libanesischen Linken, entwaffnet, vertrieben oder "integriert". Die Einflußzonen im Libanon sind bis heute syrisch im Norden, israelisch im Süden. Der israelisch-syrische Konflikt wurde in fast täglichen Zusammenstößen im israelisch besetzten Südlibanon, der sog. Sicherheitszone, von wechselnden Stellvertreter-Milizen ausgefochten. Zum offenen Krieg wurde der Konflikt solange nicht, wie die wechselseitig stillschweigend geduldete israelische bzw. syrische Präsenz im Libanon im Rahmen der ungeschriebenen Vereinbarung blieb.

Eine Schlüsselfigur im israelisch-libanesischen Szenario bleibt der Kommandeur der "Südlibanesischen Armee" (SLA), General Antoine Lahad, der Statthalter Israels in der "Sicherheitszone". Auf einen Treffen Lahads mit dem israelischen Generalstab am 17. Januar 1996 bekräftigte Peres, daß die israelische Regierung die Integration der SLA in die libanesische Armee als eine Vorbedingung für ein Friedensabkommen mit Libanon ansieht.

Die Regierung Libanons dagegen betrachtet die SLA als illegale Miliz, und gegen Lahad, formal Offizier der libanesischen Armee, erließ ein libanesisches Militärgericht Mitte Januar einen Haftbefehl wegen Hochverrat: "Waffenbrüderschaft mit dem Feind, Hilfestellung für Israel bei der Besetzung von Teilen des Libanon, terroristische Aktivitäten und Mord oder versuchter Mord an einer großen Anzahl libanesischer Bürger."

Die ebenfalls im südlichen Libanon operierenden Guerilla-Einheiten der Hisb'Allah stellen, zumindest militärisch gesehen, das Gegenstück zur SLA dar: finanziert, trainiert und ausgerüstet vom Iran, mit Waffen versorgt über die Flugstrecke Teheran-Damaskus und über Lastwagen in den Libanon, dessen Regierung sich auf Resolution 425 des UN-Sicherheitsrates (Abzug Israels aus dem Libanon) beruft. Der libanesische Staatspräsident Hariri kündigte wiederholt an, die "Partei Gottes" nach dem Vollzug der Resolution gegebenenfalls mit militärischen Mitteln entwaffnen zu wollen.

Im Vergleich zum Vorjahr hatte Hisb'Allah 1995 ihre gegen SLA und israelische Armee gerichteten Militäroperationen verdoppelt. Durchschnittlich wurden fast zwei bewaffnete Anschläge pro Tag verübt. Von 586 Anschlägen trafen 340 SLA-Einheiten. Neunmal beschoß Hisb'Allah 1995 nordisraelische Dörfer und

Städte. Während die libanesische Regierung Hisb'Allah bisher gewähren ließ, hält sich Israel erklärtermaßen die Option offen, über die "Sicherheitszone" hinaus jederzeit gegen Hisb'Allah vorzugehen.

Die letzte große israelische Operation namens "Abrechnung" von 1993 sollte nicht nur das militärische Kräfteverhältnis zugunsten Israels verändern, sondern auch Signale an Syrien senden, dessen Führung sich von Hisb'Allah über Militärisches gerne informieren läßt. Den Preis für die "Bombardierung von Hisb'Allah-Stellungen" jedoch mußte die libanesische Zivilbevölkerung zahlen: 500.000 Flüchtlinge, 150 Tote und mehrere hundert Millionen US-Dollar Schaden waren das Resultat israelischer Luft-, Marine- und Artillerie-Angriffe. (S.a. ak 357, S. 31)

Ob die Problematik Hisb'Allah und SLA in einem syrisch-israelischen Paket-Abkommen gelöst wird oder einer späteren Separatregelung mit Libanon überlassen bleibt, steht offen. Möglicherweise führt die international geforderte Isolierung Irans zusammen mit der Integration Syriens in den israelischen Orbit automatisch zur allmählichen Austrocknung der Hisb'Allah. In deren Reihen wird jedenfalls schon verschiedentlich der Sinn militärischer Aktionen angezweifelt. Einige Hisb'Allah-Chefs in Beirut wollen sich zukünftig auf Parteipolitik im Rahmen des libanesischen Systems beschränken, und die SLA wartet ab. Das Szenario "SLA/Hisb'Allah später" jedenfalls wirft bei der Mehrzahl der Libanesen die bange Frage auf, ob sich die verhaßte syrische Präsenz im Land nicht festigt - mit israelischem Einverständnis, und ob der Libanon jemals seine Unabhängigkeit zurückerlangen wird.

X.B.

Brigade-General Schalev

über das Wasserproblem

Eine Unterbrechung des Banias-Zuflusses von der Golan-Region nach Israel ist der Stolperdraht zum Krieg gegen Syrien, und dies sei Syrien bekannt, so schließt der ehemalige Chef der militärischen Abwehr an der Syrien-Front, Brigade-General (Res.) Arieh Schalev, seine Betrachtungen zum Wasserproblem. Die Frage für ihn ist nur, was vor einem den gesamten Nahen Osten umfassenden Abkommen - in dem Israel "zufriedenstellend" bedacht wird - zu tun ist. Nach Schalev, der wie etliche andere hochrangige Militärs die israelischen Unterhändler berät, muß Israel nach den Verhandlungen mit Syrien weiterhin drei Golan-Regionen kontrollieren: den Banias, das Hermongebirge und den östlichen See Genezareth. Der Grund: "Um Syrien von der Realisierung einer alten Ambition abzuhalten, nämlich Israels Partner in der Nutzung dieses Wassers zu werden".

Schalev: "Sicher, der Banias stellt weniger als 9% der potentiellen israelischen Wasserversorgung (120 Millionen m3 von insgesamt 1770). Aber in einer Situation anhaltender Knappheit an Wasser und entsprechenden Nutzungsengpässen in der Landwirtschaft werden 9% zu einem wirtschaftlichen Faktor, wenn man den Bevölkerungszuwachs wegen der Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion und den damit zusammenhängenden industriellen Zuwachs berücksichtigt.

Das ist außerdem keine rein ökonomische Frage, sondern hat auch mit juristisch-historischen Nutzungsrechten zu tun, wie sie in der Helsinki-Konvention verankert sind. Es ist eigentlich noch nie vorgekommen, daß ein Land natürliche Ressourcen weggibt - vor allem, wenn ein langjähriger Kriegszustand [...] existiert. Für Israel besteht kein Anlaß, sich anders zu verhalten. [...]

Israelis mit einem Sinn für Sicherheit sind darüber gespalten, wieviel Golan-Territorium im Rahmen eines Friedensabkommens behalten werden soll, damit die Wasserzufuhr gesichert ist. [...]

Vor langer Zeit sagte der stellvertretende Ministerpräsident Jigal Allon, die israelische Kontrolle über den gesamten Golan sei lebenswichtig, "damit uns ein beträchtlicher Anteil an Wasserquellen garantiert ist".

Eine zweite Meinung lautet, dazu sei die fortgesetzte israelische Anwesenheit in der Nähe des Wassers ohne Präsenz auf dem gesamten Golan ausreichend. Eine Variation dieser Haltung drückte Res.-Generalmajor Jitzchak Hofi aus, der davon ausgeht, die Wasserquellen könnten von nur einer Seite aus nicht geschützt werden, wie es 1967 der Fall war; dazu müsse man auf dem Golan auch physisch anwesend bleiben. Eine andere Variation spricht von der Notwendigkeit, die Kontrolle über den Berg Hermon nicht aufzugeben, um wenigstens das Wasser im nördlichen Golan zu behalten. Da der See Genezareth Israels

Hauptwasserspeicher ist, fügt Res.-Generalmajor Herzl die Warnung hinzu, daß die Syrer auf keinen Fall Zugang an oder in der Nähe der Wasserlinie erhalten dürften - selbst in einem Friedensabkommen. [...]

Aus einer dritten Sichtweise [vertreten u.a. von Prof. Juval Ne'eman, dem ehemaligen Generalstabschef Mordechai Gur und Res.-Generalmajor Jossi Peled, Anm. X.B.] kann das Wasserproblem mit politischen Mitteln gelöst und das Territorium im Rahmen eines Friedensabkommens zurückgegeben werden, obwohl der Golan für Israel aus Sicherheitsgründen lebenswichtig ist." [...]

Aus: Arieh Schalev, Israel and Syria: Peace and Security on the Golan. Tel Aviv (Jaffee Center for Strategic Studies) 1994

23. Cardosos Freibrief für die Auslöschung von 200 Völkern

Brasilien hebt den Schutz der indigenen Siedlungsgebiete auf

Autor: Sandra Maria Barbosa, Dr. Hannelore Kurth-Gilsenbach · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:22

Am 5.1.1996 unterzeichnete Brasiliens Präsident Fernando Henrique Cardoso die Änderung von Dekret 22/91 - allen Protesten der indigenen Organisationen des Landes zum Trotz. Ein Narr, wer geglaubt hatte, Brasiliens Präsident würde sich durch weltweite Kritik beeindrucken lassen. Dem Zugriff auf Edelhölzer, Gold, Erze, Erdöl, seltene Tierarten - dem ganzen Schatz der "Grünen Hölle" Amazonien - steht fortan nichts mehr im Wege. Jeder, der ihn heben möchte, darf nun gegen Indioreservate vorgehen, selbst gegen bereits demarkierte.

Cardoso hat zwar nur sanktioniert, was lange geübte Praxis ist. Doch er wird in der Geschichte Brasiliens als derjenige eingehen, der die Verfassung brach. Sie enthält weitgehende Garantien für das Land und das Überleben der im Regenwald lebenden Völker. Darin ist die Demarkierung aller 549 indigenen Gebiete bis 1993 vorgeschrieben. Mit der jetzigen Entscheidung droht die kulturelle Auslöschung von 200 Indiovölkern.

Straßenbau bringt den Tod

Die systematische Ausbeutung des Regenwaldes in Rondônia begann nach dem Bau der Straße BR 364 von Cuiabá (Mato Grosso) nach Portô Velho. Als Folge dieses Entwicklungsprojektes starben Anfang der siebziger Jahre mehr als 30.000 Indios. Der Regenwald wurde nun zum Objekt der Spekulanten. Antenor de Assis Karitiana, der Initiator von CUNPIR (1), beschreibt diese Zeit aus der Sicht der Indigenas: "Damals durfte nur Land, auf dem keine Indios lebten, verkauft werden - so startete man Expeditionen, die diesen Zustand herstellen sollten. Die Weißen nannten es ‚Reinigung` der Gebiete." Eine Welle von Mord und Gewalt brach über die indigenen Gemeinschaften herein.

Die erste Bekanntschaft mit der "Zivilisation" brachte ungezählten Indios Vernichtung und Tod: durch heimtückisch verseuchte Kleidungsstücke und vergiftete Nahrung, durch Brandbomben, Maschinengewehre und Hochspannungszäune. 1981 startete ein Entwicklungsprogramm für Nordwestbrasilien, POLONOROESTE genannt (Programa de Desenvolvimento Integrado do Noroeste Brasileiro). Das Projekt mit einem Umfang von 500 Mio. Dollar wurde durch Kredite der Weltbank finanziert. Sein Hauptanliegen war die Asphaltierung der Straße BR 364.

Gleichzeitig warb die brasilianische Regierung landesweit für die Besiedlung des Amazonasgebietes. Hintergrund waren soziale Unruhen, die durch die Modernisierung der Landwirtschaft und den großflächigen Anbau von Exportprodukten, wie Soja im Süden Brasiliens, hervorgerufen wurden. Zehntausende bäuerliche Kleinbetriebe und Landarbeiter verloren ihre Arbeit oder ihr Land. Wahre Menschenströme ergossen sich nun über die inzwischen ganzjährig befahrbare Bundesstraße nach Rondônia und in den Norden von Mato Grosso.

Angekommen, wurden die Siedler in staatliche Kolonisationsprojekte eingegliedert - und sich selbst überlassen. Sie brannten Stück für Stück des Regenwaldes nieder und pflanzten Maniok und Mais. Meist machten die Großgrundbesitzer ihnen jedoch innerhalb kurzer Zeit das Land streitig - sie wollten mehr Weideland für ihre Export-Rinderherden. So blieb den Siedlern nichts weiter übrig, als weiter in den Wald vorzudringen. Schon 1988 schätzte die Weltbank, daß in Rondônia 6 Mio. Hektar Regenwald, in Mato Grosso sogar 21 Mio. Hektar, in Flammen aufgegangen waren. Gleichzeitig wuchs die Bevölkerung in Rondônia von 490.000 im Jahre 1980 auf über 1,4 Mio. im Jahre 1988!

Kosmetische Maßnahmen

Die Weltbank sah sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre - aufgeschreckt durch Presseberichte zur Situation der Indigenas in Brasilien - gezwungen, ein Korrekturprojekt aufzulegen. So entstand das "Agrar- und forstwirtschaftliche Projekt für Rondônia", PLANAFLORO (Plano Agropeucuário e Florestal de Rondônia). Es sollte die Schäden von POLONOROESTE ausgleichen. Die veranschlagten Gesamtkosten liegen bei 229 Mio. Dollar; 167 Mio. Dollar davon sind Weltbankdarlehen. Die erste Auszahlung erfolgte im Juni 1993.

PLANAFLORO sollte nicht nur die Rodungen eindämmen. Es sollte auch die Investitionsprogramme der Landes- und Staatsorgane auf ihre soziale und ökologische Verträglichkeit hin überprüfen. Ein Landnutzungsplan wurde erstellt, der Rondônia in verschiedene Zonen einteilte: Zonen höchster Nutzung bis hin zu Natur- und Sammelschutzgebieten, Staatsforsten und indigenen Territorien. Doch schon bald wurde deutlich, daß sich in Rondônia niemand an die Vereinbarungen mit der Weltbank hielt. Die Landesregierung setzte ihre verheerende Erschließungspolitik fort. Sie verteilte weiterhin Lizenzen für den Holzeinschlag, für Goldsucher und Brandrodungen - die allesamt gegen das eigene Raumordnungsrecht verstoßen.

Um Ausgaben für den Naturschutz nachzuweisen, gab die Regierung sogar Grenzmarkierungen für Sammelreservate in Auftrag, die nur auf dem Papier existierten. Naturschutzgebiete fielen dagegen viel kleiner aus, als vereinbart. Und die Kolonisationsbehörde INCRA gab sogar beträchtliche Flächen innerhalb der Sammelschutzzonen zur Besiedlung frei (200.000 Hektar). Die Behörde bereitet offenbar schon die Besiedlung weiterer 70.000 Hektar vor, in denen vermutlich noch nicht kontaktierte Indiovölker leben.

Für die indigene Bevölkerung sind im Projekt PLANAFLORO 3,9 Mio. Dollar vorgesehen - nur 1,7% der Gesamtkosten. Im Vergleich: Für den Straßenbau sind 56,9 Mio. eingeplant. Mit dem Geld für die Indios sollten unter anderem fünf Gebiete demarkiert und eine Gesundheitsversorgung aufgebaut werden. Bis heute ist jedoch nichts davon verwirklicht. Daher ist der Kampf gegen PLANAFLORO eines der wichtigsten Anliegen von CUNPIR. Inzwischen hat der Zusammenschluß der Basisbewegungen in Rondônia (FORUM DAS ONG's) von der Weltbank die Suspendierung des Projektes gefordert. Dazu erstellte sie ein 80seitiges Dokument, das alle Versäumnisse, Vertragsbrüche und Fehlentscheidungen der Weltbank, der Regierungen Rondônias und Brasiliens aufzeigt.

Das Dekret 22/91

Als Präsident Fernando Henrique Cardoso sein Amt antrat, schöpften die indigenen Völker neue Hoffnung. Alle Welt erwartete, daß der Präsident - als Soziologe und Entwicklungstheoretiker geachtet - sich für soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Regenwälder und die Belange der indigenen Bevölkerung einsetzen würde. Doch die Hoffnungen trogen. Dem ehemals fortschrittlichen Denker wird inzwischen ein Pakt mit den konservativen Kräften der brasilianischen Gesellschaft vorgeworfen. Die sozialen Spannungen nehmen zu und entladen sich immer öfter in Gewalt.

Anfang 1995 äußerte Cardosos Justizminister Carlos Jobim unwidersprochen die Absicht, das Dekret 22/91 zu ändern - das Verfahren für die Demarkierung indigener Gebiete. Kernpunkt der beabsichtigten Änderung ist ein neues Einspruchsrecht aller "Interessierten" gegen die Demarkierung. Das Einspruchsrecht soll sogar rückwirkend für 182 bereits demarkierte Gebiete gelten (insgesamt sind 191 demarkiert). Jobims Plan würde Großgrundbesitzern, Goldsuchern, Holzfällern und Siedlern Tür und Tor öffnen - der sichere Todesstoß für die Indios.

Bereits die öffentliche Diskussion der Neufassung des Dekrets hat ausgereicht, um die Übergriffe auf Indianerland wieder sprunghaft ansteigen zu lassen. Nachdem das Landesparlament von Rondônia darüber debattiert hatte, fielen 50 bewaffnete Männer in das Gebiet der Uru-Eu-Wau-Wau ein, überwältigten die Mitarbeiter der staatlichen Indianerbehörde FUNAI, zerstörten die Wachhäuser. Im Bundesland Mato Grosso wurde kurz darauf ein FUNAI-Angestellter ermordet - beim Versuch, illegale Goldsucher aus dem Gebiet der Sararé zu vertreiben. Im Mai 1995 drangen Fremde auch in das Siedlungsgebiet der Xucuru ein. Ein Rechtsanwalt, der für die Demarkierung ihres Landes gestritten hatte, starb drei Tage später.

Zukunft der

indigenen Völker

Für Teile der herrschenden Klasse sind die indigenen Völker offenbar ein störender Anachronismus. Bis zu welchem Grad die politische Stimmung in Brasilien eskaliert ist, zeigt die Zeitung "Folha de São Paulo" am 30.8.1994. Sie zitiert Senator Helió Jaguaribe, einst Minister für Forschung und Technologie, der auf einem Seminar für Angehörige der Streitkräfte unter Zustimmung der Generäle forderte, den "Indios ein rasches Ende zu bereiten". Jaguaribe wörtlich: "Es wird im 21. Jahrhundert keinen Indio mehr geben." Als Rezept empfahl er, Schulen in die Reservate zu bauen, um den Indios das "Recht zu geben, sich in brasilianische Bürger zu verwandeln".

Zum Besuch des Präsidenten Cardoso in der Bundesrepublik im September 1995 stellte sich Brasilien in einer 14seitigen Pressebeilage der deutschen Öffentlichkeit vor - als aufstrebender Wirtschaftspartner mit schier unendlichen Wachstumsmöglichkeiten. Auch die Indios waren nicht vergessen, doch was über sie zu lesen stand, war kaum mehr als Spott. Cardoso versicherte, er schenke ihnen "große Aufmerksamkeit". Im gleichen Atemzug beschwor er jedoch die "Entwicklung der Amazonasregion" als "einzige Möglichkeit zur Erhaltung der Ökosysteme". Caio Luiz de Carvalho, Präsident der brasilianischen Fremdenverkehrsbehörde EMRATUR, setzte noch eins drauf: Er sehe im Amazonas-"Ökotourismus" die Zukunft für die "Eingeborenen" - nämlich als künftige Reiseführer: "Die sind die einzigen, die einen solchen Job zufriedenstellend erledigen können." 600 Mio. Dollar will die brasilianische Regierung bis 1997 in diesen "Aufschwungfaktor" investieren.

Die Indigena-Organisationen in Amazonien streiten unter Todesgefahr - mit fast nichts in den Händen, ohne Infrastruktur für ihre Arbeit - in einem Gebiet, das so groß ist wie die Bundesrepublik. Ihre "Partner" im "Klimabündnis europäischer Städte mit indigenen Völkern des Regenwaldes" haben sie im Stich gelassen! Während hierzulande tonnenweise Papier zu Absichtserklärungen gerinnt, Konferenzen im Nichts enden, Bundespräsident Herzog als "Ehrenkazike" aus Manaus heimkehrt und den Federschmuck, den ihm die Indigenas überreichten, für ein "gutes Mittel gegen abstehende Ohren" hält, schreitet der Raubmord fort - Raubmord am Regenwald und den letzten naturverträglichen Kulturen unserer Erde.

Sandra Maria Barbosa/

Dr. Hannelore Kurth-Gilsenbach

Anmerkung:

1) CUNPIR (Koordination des Bundes indigener Völker in Rondônia, im Norden von Mato Grosso und im Süden von Amazonas), 1994 gegründet, bemüht sich um den Zusammenschluß der ca. 40 Waldvölker, die in dem Gebiet leben. Die Organisation nimmt an Treffen mit Vertretern der Landesregierung, der Landesbehörden, ja selbst der Weltbank teil. Sie versucht, Konflikte mit landlosen Siedlern zu schlichten, organisiert Kundgebungen und hilft bei landesweiten Kampagnen der CAPOIB, des Zusammenschlusses aller indigenen Völker Brasiliens.

Sandra Maria Barbosa, vom Volk der Xocó aus dem Amazonasgebiet, war als Ausbilderin für indianische GesundheitshelferInnen in vielen indigenen Gemeinden tätig und half beim Aufbau der ersten indigenen Organisationen. Sie lebt seit vier Jahren in der Bundesrepublik.

Hannelore Kurth-Gilsenbach ist Sprecherin des Bundes für Naturvölker Eberswalde/Brandenburg (Erich-Mühsam-Str. 12, 16225 Eberswalde. Tel./Fax: 03334/ 235730) Der Bund für Naturvölker bezahlt aus Spendengeldern die Mindestlöhne für zwei Mitarbeiter von CUNPIR. Er steht der Organisation auch bei Protestaktionen zur Seite, wie z.B. gegen das neue Weltbankprojekt PLANAFLORO. Spenden für die Arbeit von CUNPIR können gerichtet werden an: Sparkasse Barnim. BLZ 170 520 00, Kto. 3210004129.

Die Zeitschrift des Bundes für Naturvölker, der Bumerang, erscheint dreimal im Jahr und kann zum Preis von DM 3,- (Einzelheft), bzw. DM 15,- (Jahresabonnement) bei o.g. Adresse bestellt werden.

24. Vom Ku-Klux-Klan in die Miliz. Ein Überblick über die rechtsradikale Szene in den USA

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:16

Die unzähligen Mordanschläge gegen MitarbeiterInnen von Abtreibungskliniken und das Bombenattentat von Oklahoma im April 1995 haben gezeigt, daß die radikale Rechte in den USA vor gezieltem Terror nicht zurückschreckt. Anders als in der BRD riskieren Nazis in den USA auch direkte Konfrontationen mit der Staatsmacht. Die schwerbewaffneten Bürgermilizen sind der "bewaffnete Arm" einer rechtspopulistischen Massenbewegung.

7. Dezember 1995: Drei 20- und 21- jährige US-Soldaten einer Fallschirmspringer-Eliteeinheit in North Carolina (US-Ostküste) fahren nach einem Sauf-Abend in ein afroamerikanisches Wohnviertel. Sie treffen zufällig auf die beiden Schwarzen Michael James und Jackie Burden und erschießen sie aus nächster Nähe. Zwei der drei Täter gehören zu der Nazi-Skin-Gruppe "Special Forces Underground". Die beiden Mörder wollten das Anrecht auf eine Spinnennetz- Tätowierung erwerben. Dieses "Ehrenzeichen" dürfen nur Leute tragen, die einen Schwulen oder einen Schwarzen umgebracht haben. In der Privatwohnung von einem der Täter fand die Polizei die Tatwaffe, Hakenkreuzfahnen und Neonazi-Literatur. Der Fallschirmspringer hatte auch schon in der Kaserne ein Hakenkreuz über sein Bett gehängt, ohne daß er dafür diszipliniert worden wäre. Die Garnison in Fort Bragg (North Carolina) ist als Zentrum von rechtsradikalen Aktivitäten bekannt.

Ein rechtsradikales Gewaltverbrechen von vielen. Die Opfer sind Schwarze, ImmigrantInnen, JüdInnen, Schwule und Lesben, AbtreibungsärztInnen, UmweltschützerInnen. In den vergangenen zwei Jahren geraten zunehmend auch Regierungsangestellte ins rechtsradikale Visier. Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung war der Bombenanschlag auf das Regierungsgebäude in Oklahoma City im April 1995, bei dem 169 Menschen ermordet wurden (siehe Kasten). Die mutmaßlichen Täter von Oklahoma stammen aus dem Umfeld der rechtsgerichteten Bürgermilizen ("Militias"), die in den vergangenen drei Jahren überall in den USA entstanden sind.

Rechtsradikale Milizen

als parallele Macht

Der Anschlag von Oklahoma City katapultierte die Militias von einem Tag auf den nächsten in die Aufmerksamkeit der Massenmedien. Auch wer es bis dahin noch nicht zur Kenntnis nehmen wollte, mußte jetzt eingestehen: Zum ersten Mal seit der Blütezeit des Ku-Klux-Klan in den 1920er Jahren ist in den USA wieder eine schwerbewaffnete rechtsgerichtete Massenbewegung entstanden.

Die Milizen sind dezentral organisiert. Nur wenige vertreten offen rechtsradikales Gedankengut. Es gibt kein einheitliches politisches Programm. Gemeinsam ist den verschiedenen Milizen die Forderung nach uneingeschränktem Privatbesitz an Schußwaffen und eine rechtspopulistische Gegnerschaft gegen die US-Bundesregierung. Dabei geht es vor allem um Sozial- und Steuerpolitik, um Antidiskriminierungsgesetze und Umweltschutz. Außerdem sehen die Milizen die nationale Souveränität der USA bedroht, weil sich die Washingtoner Regierung angeblich der "New World Order" (neue Weltordnung) unter dem Diktat der Vereinten Nationen unterwirft.

Die kritische Medienberichterstattung und die staatlichen Ermittlungen nach dem Attentat von Oklahoma City blieben nicht ohne Folgen für die Militias. Viele AktivistInnen stiegen aus, manche Gruppen lösten sich auf. Andere Milizen verzeichneten aber auch neuen Zulauf. Wieder andere wiesen ihre Mitglieder an, sich konspirativ neu zu organisieren. Wieviele Menschen tatsächlich in den Militias organisiert sind, läßt sich nur schwer feststellen. Die genannten Zahlen schwanken zwischen 50.000 und 300.000.

Durch gezielten Terror sind manche Militias (vor allem in dünn besiedelten Regionen) bereits in der Lage, eine Art paralleler Macht auszuüben. So verzichten staatliche Behörden in manchen Gegenden im Westen der USA bereits darauf, Umweltschutzgesetze durchzusetzen. Aus Angst vor Miliz-Angriffen sind viele RichterInnen, staatliche ForstbeamtInnen, bekannte UmweltschützerInnen und Linke in diesen Gegenden nicht mehr einzeln und nur noch mit schußsicheren Westen unterwegs. In anderen Regionen kooperieren freilich auch Sheriffs und andere lokale Polizeikräfte mit den Milizen.

Organisierte Rechtsradikale

Als "Schlüsseldatum" für das Aufkommen einer rechtsradikalen Strömung, die offen bewaffnet auftritt, gilt der 3. November 1979. An diesem Tag stellten sich in der Stadt Greensboro, North Carolina, rund ein Dutzend Ku-Klux-Klan-Leute und Neonazis einer friedlichen antifaschistischen Demonstration in den Weg und eröffneten am hellichten Tag und vor laufenden Fernsehkameras das Feuer. Fünf Mitglieder der Communist Workers Party wurden ermordet, viele andere DemonstrantInnen verletzt. Die Polizei griff nicht ein, obwohl sie durch Spitzel über den geplanten Angriff informiert war. In dem aufgehetzten antikommunistischen Klima von North Carolina sprachen weiße Geschworenen-Juries die Täter später frei.

Die direkte Zusammenarbeit zwischen "US-patriotischen" Ku- Klux-Klan-Leuten und "deutsch-freundlichen" Neonazis war eine neue Entwicklung. Diese Kooperation hat sich seither kontinuierlich verstärkt. Zudem entstanden in den 80er Jahren vor allem im traditionellen "Farmgürtel" im Mittleren Westen der USA eine Reihe von bewaffneten rechtsradikalen Gruppen und Strömungen, die sich als "christliche Patrioten" bezeichneten.

Die wichtigste Organisation dieser Strömung, der "Posse Comitatus", machte "jüdische Banken" und die angeblich von ihnen kontrollierte US-Bundesregierung ("Zionist Occupational Government") für den massenhaften Bankrott der kleinen Familien-Farmen im Mittleren Westen verantwortlich (siehe ak 378).

Eine weitere (vor allem städtische) Strömung ist die rechtsradikale Skinhead-Bewegung. Ursprünglich eher ein subkulturelles Milieu, entstehen in dieser Bewegung deutlich erkennbare Organisationsstrukturen. Viele rechte Skinheads "emanzipieren" sich dabei von den alten Nazi-Kadern, die die jungen Skins als Schlägertrupps schätzten. Statt dessen bilden die Nazi-Skins eigene Organisationsstrukturen (vor allem die sogenannten "Hammer Skins"). Diese Organisierung läuft vor allem über Musik. Dabei hat sich vor allem die Plattenfirma "Resistance Records" aus Detroit hervorgetan, die auch die Hochglanz-Zeitschrift "Resistance Magazine" herausgibt (Auflage angeblich 15.000). Auch einer der beiden oben erwähnten Mörder von Fort Bragg las "Resistance Magazine". Resistance hat gute Kontakte nach Schweden und Deutschland, wo sich Skinheads zunehmend nach dem "Hammer Skin"-Modell organisieren.

Die meisten Rechtsradikalen in den USA haben inzwischen eingesehen, daß sich die alten rassistischen (Südstaaten-) Verhältnisse nicht mehr herstellen lassen. Deswegen findet eine neue faschistische Utopie mehr und mehr Zulauf: Die Lostrennung einer "weißen Republik" im Nordwesten der USA. Viele Rechtsradikale setzen dies bereits in die Praxis um. In den vergangenen Jahren ist eine wachsende Zahl von rechtsradikalen Kadern aus "hoffnungslos" multiethnischen Regionen in den bisher ganz überwiegend "weißen" Nordwesten gezogen und hat dort neue Organisationen, Kommunen und Trainingslager gegründet.

Der "klassische" US-Rechtsradikalismus in Gestalt des Ku-Klux-Klan spielt heute dagegen nur noch eine relativ geringe Rolle. Der rassistische Kapuzen-Geheimbund, der seit jeher in eine Unzahl von konkurrierenden Fraktionen und Splittergruppen gespalten ist, gilt heute nicht mehr als "zeitgemäß". Viele KKK-Leute sind ausgestiegen und haben sich neuen rechtsradikalen Projekten angeschlossen. Mehrere frühere KKK- Führer haben sich einen seriösen Anstrich gegeben und der Wahlpolitik zugewandt, so zum Beispiel David Duke, der 1991 beinahe zum Gouverneur des US-Bundesstaates Louisiana gewählt wurde (1).

Ein weiterer ehemaliger KKK-Führer und Freund Dukes, Louis Beam, verfolgt eine andere Strategie. Beam ist heute der führende Kopf der Nazi-Organisation "Aryan Nations" ("Arische Nationen") mit Hauptquartier in Hayden Lake (Idaho). Die "Aryan Nations" gelten heute als die wichtigste nazistische Organisation mit Ablegern in allen Regionen der USA.

"Führerloser Widerstand"

Beam propagiert das Konzept "Leaderless Resistance" (führerloser Widerstand): einzelne konspirative Zellen, die unabhängig voneinander operieren. Sie sind nicht über Führungspersonen, sondern nur über eine gemeinsame Ideologie miteinander verbunden. In einem Aufsatz, der mittlerweile in zahlreichen rechtsradikalen Publikationen nachgedruckt worden ist, schrieb Beam 1992: "Auf den ersten Blick sieht diese Art von Organisation gar nicht wie eine Organisation aus". Das ganze sei ein "Kind der Notwendigkeit", denn hierarchische Gruppen ließen sich allzu leicht von Spitzeln infiltrieren.

Weitere Zitate aus Beams Papier: "Nach der Strategie des führerlosen Widerstands operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und fragen nie bei einem zentralen Hauptquartier und einzelnen Führer nach Anweisungen. ... Allgemein zugängliche Informations-Organe wie Zeitungen, Flugblätter, Computer, etc. halten jede Person auf dem Laufenden und ermöglichen damit eine geplante Reaktion in vielerlei Variationen. Niemand muß irgend jemandem einen Befehl erteilen. ... Dies führt zu sehr kleinen oder sogar Ein-Personen-Zellen." Der Verdacht liegt nahe, daß auch das Oklahoma-Attentat von einer solchen Klein-Zelle ausgeführt wurde. Dieses Modell der "führerlosen" Zellen wird inzwischen auch von deutschen Neonazi-Organisationen aufgegriffen.

Beam stellte sein Papier im Oktober 1992 auf einem "fraktionsübergreifenden" Treffen von rund 150 rechtsradikalen Kadern in Estes Park (Colorado) vor. (2) Auf dem Treffen sprach neben Beam auch Larry Pratt, ein ehemaliger Landtagsabgeordneter aus Virginia. In den vergangenen 15 Jahren hat Pratt bei verschiedenen rechtskonservativen Organisationen eine wichtige Rolle gespielt. Heute ist er der Chef der "Gun Owners of America", einer reaktionären Waffenbesitzer-Organisation mit über 100.000 Mitgliedern (nicht zu verwechseln mit der etwas gemäßigteren Waffenlobby "National Rifle Association" mit rund 3,5 Millionen Mitgliedern). Die Teilnahme von Pratt, der bis dahin nicht in offen- rechtsradikalem Zusammenhang in Erscheinung getreten war, bedeutete einen dramatischen politischen Durchbruch für die "Aryan Nations" und andere US-amerikanische Nazis.

Militias

Auf dem Treffen in Colorado wurde der Aufbau von "Bürgermilizen" beschlossen. Die versammelten Kader schritten rasch zur Tat. So gründete das langjährige Aryan-Nations-Mitglied John Trochmann die "Militia of Montana", die heute als eine der am besten organisierten Milizen in den USA gilt. Innerhalb von nur zwei Jahren entstanden in allen Landesteilen ähnliche Militias. Dennoch ist vor Vereinfachungen zu warnen: Nicht jeder Milizionär ist ein Faschist. Vermutlich ist es nur eine Minderheit der Miliz-Angehörigen, die sich selbst bewußt als rechtsradikal oder offen nazistisch versteht. Viele Milizionäre halten sich selbst für gute Demokraten, die nur die "ursprünglichen Ideale" der US-Verfassung verteidigen wollen (die Verfassung einer weißen Sklavenhalter-Republik). Als Einzelpersonen dürften viele Milizionäre tatsächlich dem Bild entsprechen, das von ihnen in den Massenmedien gezeichnet wird: hinterwäldlerische Waffennarren und Querköpfe mit Verschwörungstheorien.

Trotzdem gibt es keinen Zweifel: Viele Führungspersonen der Milizen haben einen eindeutig rechtsradikalen Hintergrund. Als heterogene soziale Bewegung bieten die Militias ein ideales Rekrutierungsfeld für die organisierte nazistische Rechte.

So macht Larry Pratts Begründung für den Aufbau von Bürgermilizen deutlich, daß es ihm kaum um ein individuelles "Grundrecht" auf Waffenbesitz geht. Er beruft sich auf Erfahrungen in den Philippinen und Guatemala, wo private "Milizen" (also "Dorfschützer" und Todesschwadronen) erfolgreich gegen linke Guerilla-Bewegungen eingesetzt wurden. Pratt schlägt ausdrücklich vor, in den USA künftig Militias im "Krieg gegen Drogen" einzusetzen, weil die Staatsgewalt mit dieser Aufgabe überfordert sei. (3) Meines Wissens hat bisher allerdings noch keine US-Miliz diesen Vorschlag in die Praxis umgesetzt.

Etliche Milizen haben Beams Konzept des "führerlosen Widerstands" übernommen. So betont das Handbuch der "Wisconsin Free Militia", das unter den verschiedenen Miliz-Gruppen zirkuliert, die "dezentralisierte Taktik und Aktion". Einerseits müsse es "Gehorsam gegenüber einem höheren Kommando geben", andererseits "sollte die konkrete Taktik den einzelnen Teilen überlassen bleiben, damit die Enttarnung eines Teils nicht das Ganze entblößt." Louis Beam würde es kaum anders formulieren.

Auch die Informations-Strukturen der Milizen entsprechen dem Konzept von Beam. Es gibt keine zentrale Führung, kein zentrales Büro und keine zentrale Zeitschrift. Statt dessen kommunizieren die Milizionäre landesweit mit hochmodernen dezentralen Medien: Internet, Fax-Netzwerke, Kurzwellen- Radios, etc.

Republikaner: Rechtspopulismus

als Rebellion

Die politischen Inhalte der Miliz-Bewegung sind eingebettet in den allgemeinen rechtspopulistischen Trend in der US- Gesellschaft. Diese Strömung wird als "spontan" und "unorganisiert" inszeniert. Tatsächlich beruht sie

jedoch auf wohlorganisierten Bewegungen, vor allem von christlichen Fundamentalisten und von der Waffenlobby. Deren Organisationen (z.T. mit mehreren Millionen Mitgliedern) kontrollieren inzwischen weitgehend die republikanische Partei und dominieren das politische Klima in den USA.

Gegen "Big Government" (gemeint ist der Sozialstaat), gegen die Bundesregierung in Washington, für "Neuen Föderalismus" (Verlagerung der Befugnisse auf die Einzelstaaten), gegen "gun control" (Regulierung des Schußwaffenbesitzes), gegen Einschnitte in das "Recht auf Privateigentum" zugunsten des Umweltschutzes, gegen Einkommenssteuern, etc. - für dieses Programm steht auch die republikanische Mehrheit im US-Kongreß. Daß die rechte Opposition gegen "Big Government" nicht den Staat an sich meint, wird spätestens beim Thema "Kriminalität" deutlich: Die Rechten sind selbstverständlich für die rücksichtslose Bekämpfung von Kriminellen, immer mehr Knäste und die Ausweitung der Todesstrafe. Der konservative Mainstream in den USA (mit dem Republikaner Newt Gingrich, dem Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, als inoffizieller Führungsfigur) fordert derzeit nicht die Bewahrung des Status Quo, sondern die Rebellion. Dies ist zu einem großen Teil geschickte Inszenierung auf der Medien-Bühne: Die (oft relativ jungen) Rechtsaußen-Abgeordneten der Republikaner verstoßen gezielt gegen parlamentarische Gepflogenheiten und bürgerliche Benimmregeln. Als Sprachrohre des "kleinen Mannes auf der Straße" laufen sie Sturm gegen die "liberalen Eliten und Bürokraten" in Washington - und zerstören dabei die (wenigen) sozialen Errungenschaften der US-Bundespolitik.

Eine Handvoll junger republikanischer Abgeordneter geht darüber noch hinaus: Diese Parlamentarier machen sich unverhohlen zum Sprachrohr der Milizen und predigen den offenen Widerstand gegen Bundesbehörden. Auch der Rechtsaußen unter den republikanischen Präsidentschaftsbewerbern, Pat Buchanan, zieht mit den Steckenpferden der Militias in den Wahlkampf. Sein Hauptthema ist die angeblich bedrohte nationale Souveränität der USA, der Hauptfeind ist die UNO. Der Weg zu antisemitischen Verschwörungsphantasien ("internationale Bankiers") ist nicht weit.

"As American as Apple-Pie"

Die radikale Rechte der USA hatte jahrzehntelang das Problem, in der Öffentlichkeit als "extrem" dazustehen. Für die offenen Nazis war es noch schwieriger: Als Hitler-Fans galten sie als "anti-amerikanisch". Mit dem Aufkommen der bewaffneten Milizen hat die radikale Rechte dieses Problem überwunden. Als Milizionäre berufen sie sich auf den nationalen Gründungsmythos der USA: freiheitsliebende private Militias rebellieren gegen die Soldaten der englischen Kolonialmacht. Damit stehen sie als "so amerikanisch wie Apfelkuchen" da. Die Milizen sind der militante Flügel des Rechtspopulismus. Eine Minderheit davon schreckt auch vor offenem Terror nicht zurück. In den USA wächst eine rechtsgerichtete Massenbewegung mit "revolutionärem" Elan, mit religiösem Sendungsbewußtsein, mit Massenorganisationen mit mehreren Millionen Mitgliedern, mit einer hochmodernen Infrastruktur, mit schwerbewaffneten Privatarmeen und mit einer wachsenden Zahl von "Stützpunkten" im Staatsapparat. Eine brisante Mischung.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) siehe M. Hahn: Vote for Duke - Create a Fuehrer [[Liebe/r LeserIn: Umlaut im Original]], Konkret 3/1992.

2) Der unmittelbare Anlaß für das Treffen war die mehrtägige FBI-Belagerung des Aryan-Nations-Anhängers Randy Weaver wenige Wochen zuvor im nahegelegenen Idaho. Weaver wurde wegen unerlaubten Waffenbesitzes gesucht und verschanzte sich in seiner Berghütte. Während der Belagerung kam es zu mehreren Schußwechseln, bei denen ein Polizist, Weavers Frau und sein Sohn getötet wurden. Weaver selbst ergab sich schließlich. Außerhalb des Belagerungsrings demonstrierten mehrere hundert Rechtsradikale aus den gesamten USA für Weaver.

3) Siehe: Larry Pratt: Armed People Victorious, Springfield (Virginia) 1990.

Das Attentat von Oklahoma City

169 Tote und über 500 Verletzte - das ist die grausige Bilanz des Bombenattentats von Oklahoma City am 19. April 1995 (siehe ak 378 vom 4. Mai 1995). In dem völlig zerstörten Bürogebäude waren verschiedene Bundesbehörden (Polizei und Sozialverwaltung) sowie ein Kindergarten untergebracht. Die genauen

Hintergründe des Terror-Anschlags sind immer noch ungeklärt. Bereits zwei Stunden nach der Explosion wurde Timothy McVeigh festgenommen, wenige Tage später auch sein Freund Terry Nichols. Beide sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Die beiden stammen aus dem Umfeld der paramilitärischen Bürgermiliz "Michigan Militia". McVeigh hatte außerdem Kontakt zu einer extrem antisemitischen pseudo-christlichen Kommune in Oklahoma. Das Hauptverfahren gegen McVeigh und Nichols sollte eigentlich im Mai 1996 beginnen, wurde aber vor wenigen Wochen auf Wunsch der Verteidigung auf unbestimmte Zeit verschoben. Die US-Bundesanwaltschaft will die Todesstrafe beantragen.

Der Anschlag fand auf den Tag genau zwei Jahre nach der polizeilichen Erstürmung des Hauptquartiers einer schwer bewaffneten Psycho-Sekte in Waco (Texas) statt. Dabei kam es zu einem Großfeuer, bei dem rund 80 Mitglieder der "Branch Davidian"-Sekte ums Leben kamen. Für die Waffenlobby und für rechtsradikale Kreise in den USA gelten die Toten von Waco seither als Märtyrer, die nur ihr "Grundrecht auf Waffenbesitz" verteidigen wollten und deswegen vom FBI in einen "Holocaust" getrieben wurden. Vor dem Oklahoma-Attentat hatte McVeigh mehrmals angekündigt, daß "Waco" gerächt werden sollte.

" FaschistInnen in den USA"

BRD-Rundreise mit J. Mozzochi aus Portland (Oregon)

In den kommenden Wochen wird der US-amerikanische Antifaschist Jonathan Mozzochi in mehreren deutschen Städten über die radikale Rechte in den USA und über antifaschistische Gegenwehr berichten. Mozzochi ist Mitglied der "Coalition for Human Dignity" (CHD, Koalition für menschliche Würde) aus Portland (Oregon) im Nordwesten der USA. In dieser Region sind christliche Fundamentalisten, rechtsradikale Skinheads und Nazis besonders aktiv.

CHD versucht, die Arbeit von großstädtischen Linken, Schwulen- und Lesbenorganisationen, Bürgerrechtsgruppen und AktivistInnen aus ländlichen Gebieten zusammen zu bringen. Daneben ist CHD eine der wichtigsten antifaschistischen Recherche-Gruppen in den USA.

Die Veranstaltungs-Rundreise ist ein gemeinsames Projekt der britischen Antifa-Zeitschrift "Searchlight", der deutschen Zeitschriften "Antifa-Infoblatt" (Berlin), "ATZE" (Kiel), "Der Rechte Rand" (Hannover), "NRW-Zeitung" (Wuppertal) und "Rabaz" (Nürnberg), sowie lokaler antifaschistischer Gruppen.

Termine:

10.2. Nürnberg, KOMM, Königstr. 93, 19.30 Uhr

12.2. Stuttgart, Zentralkultur e.V., Pfarrstr. 7, 20 Uhr

13.2. Reutlingen, Cafe Nepomuk, Unter den Linden 3, 20 Uhr

14.2. Frankfurt/M., Cafe Exzeß/Infoladen, Leipziger Str. 91, 19.30 Uhr

15.2. Wuppertal, Die Börse, Viehofstr. 125, 20 Uhr.

16.2. Bielefeld, Bürgerwache am Siegfriedsplatz (Rolandstr. 16), 20 Uhr

19.2. Oldenburg, Alhambra, Hermannstr. 83

20.2. Bremen, Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich, 19 Uhr

22.2. Dresden, bitte vor Ort erkundigen

23.2. Leipzig, Haus Steinstraße, Steinstr. 18, 19 Uhr

26.2. Braunschweig, Freizeit- und Bildungszentrum (FBZ), Bürgerpark, Nimesstr. 2, 19.30 Uhr

27.2. Hamburg, B5, Brigittenstr. 5, 19.30 Uhr

28.2. Kiel, Hansastr. 48, 20 Uhr

1.3. Potsdam, bitte vor Ort erkundigen

3.3. Luckenwalde, bitte vor Ort erkundigen

25. Zapatistas - "Intergalaktisch gegen den Neoliberalismus"

Autor: Boris Alexander, Mexiko · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:39

Neuigkeiten aus dem Lakandonen Urwald: Die Rebellen des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheeres (EZLN) aus dem südmexikanischen Bundesstaat Chiapas rufen zu einem großen internationalen Zusammentreffen gegen den Neoliberalismus auf. In einer Erklärung vom 29. Januar schreiben sie: "Das EZLN spricht

- zu allen, die für die menschlichen Werte der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen.

- zu allen, die gegen das weltweite Verbrechen namens "Neoliberalismus" Widerstand leisten und anstreben, daß Menschlichkeit und Hoffnung gleichbedeutend mit Zukunft sein mögen.

- zu allen Einzelpersonen, Gruppen, Kollektiven, Bewegungen, sozialen Organisationen, Bürger- und politischen Vereinigungen, zu allen Gewerkschaften, Nachbarschaftsvereinigungen, zu allen existierenden und in Zukunft entstehenden linken Gruppen, Nichtregierungsorganisationen, Solidaritätsgruppen, Banden, Stämmen, Intellektuellen, Indigenas, Studenten, Musikern, Arbeitern, Künstlern, Lehrern, Bauern, Kulturgruppen, Jugendbewegungen, alternativen Medien, Umweltschützern, Stadtviertelbewohnern, Lesben, Schwulen, Feministinnen, Pazifisten.

- zu allen Menschen ohne Dach über dem Kopf, ohne Land, ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Gesundheit, ohne Ausbildung, ohne Freiheit, ohne Gerechtigkeit, ohne Unabhängigkeit, ohne Demokratie, ohne Frieden, ohne Heimat, ohne Morgen.

- zu allen, die ohne Unterschied der Farbe, Rasse oder Grenzen aus der Hoffnung eine Waffe und ein Schild machen.

Und sie ruft auf zur: Ersten Interkontinentalen Versammlung für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus."

In der Erklärung vom 29. Januar1996 schlagen die Zapatisten bereits Zeitpunkt und Ort für den internationalen Meinungsaustausch vor: Wenn aus der Idee Wirklichkeit werden sollte, wird er vom 27. Juli bis zum 3. August diesen Jahres an einem noch unbekannten Ort in Chiapas stattfinden. Die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Aspekte des Neoliberalismus und der Widerstandsperspektiven sollen diskutiert werden.

Bereits zum zweiten Jahrestag des Aufstandes in Chiapas am 1.1.1996 hatten die Zapatistas in ihrer "Vierten Erklärung aus dem Lakandonen Urwald" die Aussicht auf einen internationalen Kongreß angedeutet. Nach der "Internationalen Befragung" vom August letzten Jahres (siehe ak 382 vom 21.9.1995) ist der Kongreß die zweite Einladung an die internationale Linke, sich mit den Zapatistas auseinanderzusetzen. Den Rebellen aus den Bergen im äußersten Südwesten Mexikos geht es dabei um alles andere als eine unkritische Solidarität mit dem Aufstand in Chiapas. Immer wieder betonen die Zapatistas die Notwendigkeit des gleichberechtigten Dialogs, des Austausches von Ideen und Erfahrungen im Widerstand gegen das weltweite neoliberale Projekt der Herrschenden. Der Aufruf für den Kongreß im Sommer sollte daher nicht als eine exklusive Einladung an internationale Solidaritätsgruppen mißverstanden werden. Adressaten des Aufrufes sind vielmehr die sozialen Bewegungen der fünf Kontinente. Die Solidaritätsgruppen können dabei die Funktion eines Bindegliedes, der Übersetzer in einem umfassenden Sinne, im Diskussionsprozeß zwischen Zapatistas und sozialen Bewegungen erfüllen.

Subcomandante Marcos schlägt in einem Brief, vom 29.1.1996, außerdem vor, in Berlin Anfang April ein europäisches Vorbereitungstreffen für den Kongreß zu organisieren. "Die Herrschenden haben den Fall der Berliner Mauer als Symbol für ihre Omnipotenz und Ewigkeit gewählt. Über den Ruinen der Mauer haben die Herrschenden ein viel größeres und stärkeres Gemäuer errichtet: Die Mauer der Verzweiflung. Die Mauer bleibt dort stehen. Sie bildet einen Teil der Geschichte, aber sie bedeutet nicht die Niederlage der Hoffnung, noch den Sieg des Zynismus. In Berlin liegt ein Teil des zerbrochenen Spiegels, den wir als Geschichte erben. (...)

Warum sollten wir nicht dort von neuem anfangen zu gehen, dort im Symbol, das die Macht als Ende der Geschichte und der Ewigkeit ihres Auftrages aufrechterhält? Warum sollten wir nicht diesen Teil des zerbrochenen Spiegels in unsere Hände nehmen? Möglicherweise verletzen wir uns die Hände, aber vielleicht schaffen wir es auch, in einem seiner Reflexionen den Kristall zu finden, den wir suchen, den wir ersehnen, den wir verdienen (...)"

In seinem Brief weist Marcos darauf hin, daß das Treffen in Berlin nur ein Vorschlag ist. Es bleibt den Solidaritätsgruppen vorbehalten, Ort und Zeitpunkt für das Vorbereitungstreffen zu ändern. Die "intergalaktische Versammlung" - so nennt Durito, der kleine Käfer und literarische Konterpart des Subcomandante das geplante Treffen im Sommer in Chiapas - ist ein Angebot, eine breite Diskussion der sozialen Bewegungen der fünf Kontinente sieben Jahre nach der großen Zeitenwende über die Zukunft der Hoffnung zu beginnen. Ob sich die deutsche Linke darauf einläßt, muß sie selbst entscheiden. Ein kreatives und spannendes europäisches Vorbereitungstreffen in Berlin im April und eine breitgefächerte Delegation aus Deutschland auf der "Intergalaktischen Versammlung" in Chiapas im Juli? Es liegt an uns.

Boris Alexander, Mexiko

26. Dayton - ein Friedensprozeß in Bosnien?

von Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack

Autor: Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Diskussion; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:27

Wenn das im November 1995 in Dayton/USA ausverhandelte "Friedensabkommen" in Bosnien (und letztlich auch in Kroatien und Serbien) einen wirklichen Friedensprozeß in Gang setzen sollte, ist ein solcher Prozeß rundum zu begrüßen. Um des Friedens, vorab um des Überlebens willen muß man sich realistisch zuerst auf die aktuellen Gegebenheiten und die in ihnen liegenden Möglichkeiten konzentrieren. Dies muß im Vordergrund stehen, ehe die notwendige Kritik ansetzt, ob die Art und Weise, wie diese Gegebenheiten zustande gekommen sind, friedenspolitisch positiv oder negativ bewertet werden. (1)

An erster Stelle: Humanitäre Hilfe!

Auf das Augenmaß, die Dauer und die Qualität humanitärer Hilfe kommt es zentral an. Richtig gegeben, ist humanitäre Hilfe das Wichtigste, das politisch geleistet werden kann:

- Zum ersten kann humanitäre Hilfe das schiere Überleben sichern helfen. Dieses Überleben ist in Bosnien und dort, wo der Krieg um Bosnien Zerstörung und Vertreibung erzeugte, nicht gesichert;

- zum zweiten: Nur ausreichende humanitäre Hilfe kann dazu beitragen, daß für alle Gruppen tragfähige Lebensverhältnisse geschaffen werden. Humanitäre Hilfe bildet deshalb die Voraussetzung aller angemessenen wirtschaftlichen Unterstützung;

- das bedeutet zum dritten, daß es nicht darum gehen darf, so rasch wie möglich eine sozial rabiate, sprich Ungleichheit vermehrende "Marktwirtschaft" in Bosnien zu errichten, denn das hieße zunächst nichts anderes, als Investitionschancen für multinationale, beispielsweise amerikanisch und bundesdeutsch geführte, Unternehmen zu schaffen und eine kleine (korrupte) Elite von Profiteuren in Bosnien selbst zu befördern;

- daraus resultiert zum vierten, daß, wer helfen will, in und um Bosnien Frieden zu schaffen, darauf achten muß, überall annehmbare und vergleichsweise gleiche Lebensbedingungen in allen wie immer ethnisch besiedelten und von wem immer regierten Regionen zu schaffen;

- sonst werden in der Konsequenz, und das gilt zum fünften, die vorhandenen Ansatzpunkte für Ausgrenzungen und Aggressionen gestärkt und fortgesetzt, mit der zu befürchtenden Folge, daß bald wieder das Motto "Schießen statt helfen" triumphiert, anstatt der menschenrechtlich gebotenen Alternative "Helfen statt schießen!"

Unter diesen Prämissen ist es also entscheidend, daß die Hilfe "richtig" gegeben wird. Nur humanitäre Hilfe ist friedenspolitisch qualifiziert, die so erfolgt, daß sie das Selbstbewußtsein, ja die Selbständigkeit und das eigene Handeln der Bürgerinnen und Bürger Bosniens (und Kroatiens und Serbiens) stärkt. Das heißt auch, es ist alles denkbar Mögliche zu tun, damit die eigenen bosnischen, kroatischen und serbischen Organisationen in den diversen Regionen arbeitsfähig werden. Gerade in Sachen humanitärer Hilfe gilt (und konsequenterweise auch bei der Wiederaufbau-Unterstützung): Die Bürgerinnen und Bürger in Serbien, Kroatien und ihre jeweiligen Lebensbedingungen sind gleicherweise zu beachten und in die unterstützenden Aktionen einzubeziehen. Der Frieden in Bosnien setzt den Frieden in Kroatien und Serbien voraus; er macht ihn in jedem Falle gleichzeitig erforderlich.

Prekäre Ausgangslage für einen wirklichen Frieden

Gerade weil wir einem Friedensprozeß Chancen einräumen möchten, können wir nicht übersehen, daß die Ergebnisse, die in Dayton ausgehandelt wurden, überaus prekär sind beziehungsweise auf einer politisch verworrenen Geschichte Ex-Jugoslawiens und einem mörderischen "Bruderkrieg" basieren.

Was jetzt in Dayton ausgehandelt wurde, offenbart vor allem die aktuelle Erschöpfung aller Kriegsparteien: Der (Ver-) Führer der Serben, der Kroaten, der Muslime, der bosnischen Kroaten, der bosnischen Serben. (2) Das im letzten Winter angehäufte Waffenarsenal wurde in großem Umfang verpulvert, die Ökonomien liegen darnieder, Not herrscht fast allerorten. Bedenkt man den durch die wechselseitigen Vernichtungsaktionen

erzeugten Haß, wird einsichtig, daß die Erschöpfung allein noch keine positiven Bedingungen für friedlichen Konfliktaustrag schafft.

Der genannte Zustand der Erschöpfung ermöglichte den raschen militärischen Erfolg der Nato Ende August/Anfang September. Dieser Erfolg erlaubt es den Großmächten, an ihrer Spitze den USA, den "friedlichen" Start, samt der Vertragsverfassung, den kriegerischen Parteien im ehemaligen Jugoslawien aufzuzwingen. Ein von außen aufgenötigter Zwangsfrieden jedoch droht allemal schnell zu faulen, und zwar gerade dann, wenn er an erster Stelle militärisch "gesichert" werden soll und die zivilen, den Wiederaufbau befördernden Aktivitäten als nachrangig gelten und möglicherweise aufgrund der Zahlungsunwilligkeit der reichen Westmächte schon bald ins Stocken geraten.

Die geplante Konstruktion des neuen Bosnien à la Dayton, die ethnische Ein- und Ausgrenzungen, verbunden mit dem Anspruch, Gesamtbosnien als Einheit zu erhalten beziehungsweise erst zu schaffen, wirkt wie eine Brücke auf hohlen, mit leicht entzündlichen Sprengladungen gefüllten Pfeilern. Die bosnischen Serben stellen nur einen Unruheherd dar. Der andere wird von der fragwürdigen "Föderation" aus bosnischen Muslimen und bosnischen Kroaten gebildet. Gerade weil die zivile Hilfe oktroyiert und auf einige wenige Zentren orientiert wird - zuvörderst auf Sarajewo, Tuzla und Mostar - kann sie nur schwerlich friedensstiftend in die Provinz wirken. Dort aber liegen Hunderte von Dörfern und kleinen Städten zerstört darnieder. Dort biwakieren in größter Not die Mehrzahl der 1,2 Millionen Flüchtlinge, die nicht ins Ausland gegangen sind. Bleiben sie ohne Aussicht auf nennenswerte Hilfe und werden sie statt dessen willkürlich und aufgrund nicht vermittelter Entscheidungen wie auf einem Schachbrett hin und her geschoben, dann schlägt die Stunde der jeweiligen "Schachkönige". Sie können die unmündig im Elend gelassenen Flüchtlinge leicht verführen und die ethnischen Unterschiede erneut zum Vorurteil dogmatisieren und politisch populistisch ausbeuten. Neue kriegerische Konflikte wären zwangsläufig die Folge.

Der Friedensprozeß unter den "Bosniern" soll vor allem durch Kampftruppen der Nato durchgesetzt und überwacht werden. Abgesehen vom Widerspruch im Sinne eines bereits militärisch erzwungenen Friedens widerspricht die hausgemachte Eile der Nato-Länder den Anforderungen, die vernünftigerweise an einen langen Friedensprozeß zu stellen sind. Die Nato befiehlt. Sie gibt ein Jahr Zeit. Danach hat Frieden zu herrschen. Nicht die humane Lösung der schwierigen und schrecklichen Bedingungen in Bosnien soll den Friedensprozeß bestimmen, sondern die Interessen der führenden Nato-Länder, allen voran die USA und die BRD. Hinzu kommt, daß die sozio-ökonomischen Voraussetzungen des Friedensprozesses zwar bis hin zu Berechnungen der Weltbank bedacht werden. Wie indes konkret geholfen werden soll, bleibt dunkel. Die Gefahr ist groß, daß zunächst nur die schwer bewaffneten Sicherungstruppen, die den Frieden, wie es im Jargon heißt, implementieren sollen, in Bosnien und rund darum einmarschieren und die A-Normalität der Situation garantieren werden. Im weiten Land aber mangelt dann humanitäre Hilfe. Noch weniger findet Hilfe zur Selbsthilfe statt.

Das Flüchtlingsproblem innerhalb Bosnien-Herzegowinas, die Not und Perspektivlosigkeit von etwa 1,2 Millionen Menschen wurde angedeutet. Darüber hinaus wollen die europäischen Nato-Länder die bosnischen Flüchtlinge so rasch wie möglich loswerden; allein in der Bundesrepublik Deutschland sind dies etwa 320.000 Menschen. Eine solche Abschiebungswelle aus dem Ausland würde die Zahl der Flüchtlinge in Bosnien in wenigen Monaten verdoppeln. Um jedoch die jetzt schon fast unlösbaren Schwierigkeiten zu erleichtern, einen wirksamen zivilen Friedensprozeß in Gang zu bringen, müßten im Gegensatz zu den geplanten Abschiebungen alle europäischen Länder in den nächsten Jahren eine großzügige Aufenthalts- und Unterstützungspolitik betreiben. Es ist nicht nur Hohn wider das Dayton-Abkommen, sondern Brandstiftung wider den Friedensprozeß, wenn Innenminister Kanther und die Länderinnenministerkonferenz verkünden, die bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge hätten ein "Gastrecht auf Zeit" genossen und würden ab 1. April 1996 "gestaffelt" zurückgeführt werden, denn dieses "Gastrecht" laufe nach dem Abkommen von Dayton aus. Man will also regierungsamtlich "Frieden" mit der eigenen Ausländerfeindlichkeit schließen.

Ein weiterer Widerspruch des in Dayton ausgehandelten Vertrags besteht darin, daß die großmächtigen Erzwinger ihrerseits friedenspolitisch allenfalls am Rande engagiert sind. Eigene innenpolitische Interessen herrschen vor. Wie sehr dies der Fall ist, wird durch einen schlechterdings zynischen Umstand belegt: So soll zum einen das seither ohnehin schlecht überwachte Waffenembargo aufgehoben werden. Zum anderen aber sollen - oh heilige Symbolik - umgehend Abrüstungsverhandlungen mit den Kriegsparteien gepflogen werden. Also, wenn sich die Nato schon in Bosnien engagiert, dann muß unsere lobbymächtige Rüstungsindustrie

daran ordentlich verdienen, schon um des "Standorts Deutschland" und der Arbeitsplätze willen und nach dem zuerst geklauten und dann herrschaftsgewitzt ins Gegenteil verfälschten Motto: " ‚Frieden schaffen` mit immer mehr Waffen."

Die Faktoren, die zu Dayton führten

Damit nicht morgen neue militaristische Scheinrechtfertigungen aus möglichem Versagen der heutigen Verträge wachsen, müssen detailliert die Faktoren bedacht werden, die Dayton möglich machten und diesen Vertrag zugleich mit so darniederziehenden Gewichten versahen.

Das Nato-Bombardement (Ende August/Anfang September 1995) wird weithin als Beleg dafür gehandelt, daß Frieden ohne kriegerische Gewalt in Situationen wie in Bosnien nicht möglich sei. Es wird so argumentiert, als hätten die Luftschläge der Nato Dayton und die damit verbundenen Versprechen möglich gemacht. Tatsächlich jedoch zeigen Entwicklungen und Informationen, die erst in den letzten Wochen erkennbar wurden, den bereits erwähnten zeitweiligen Erschöpfungszustand bei allen Kriegsparteien. Träfe der militärische Effekt des Nato-Bombardements unabhängig von den Faktoren im Kontext Ex-Jugoslawiens zu, dann hätte er, früher eingesetzt, noch deutlicher gewirkt. Die Militärs (in diesem Falle sind die der Nato gemeint, aber es gilt dies für Militärs generell) sind in aller Regel mit der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich. Ihre weitgehende über dreijährige Zurückhaltung in Bosnien hatte also in ihrem eigenen Selbstverständnis gute Gründe. Der Erschöpfungsvorgang war demgemäß die Voraussetzung für einen "militärischen Erfolg". Gerade die letzten Monate belegen: Nicht die militärischen Mittel, sondern der politische und der diplomatisch-ökonomische Druck sind es, die die Kriegsgegner dazu drängen, ja umständegemäß zwingen können, endlich den Frieden, sprich zivile Formen der Lösung ihrer Konflikte zu riskieren. Wenn der Krieg keine Vorteile mehr verspricht, auch im eigenen scheuklappenartig kalkulierten Herrschaftsinteresse, dann wird zunächst negativer Frieden möglich. Mit der Chance, daß allmählich die positiven Voraussetzungen friedlichen Umgangs geschaffen werden.

Die jetzige "Lösung" hat, noch mehr als dies bei anderen Aktionen seit dem zweiten Golfkrieg der Fall ist, die UNO ins Schlepptau der US-geführten Nato genommen. Dieser Umstand bedeutet keine Kleinigkeit. Er besagt nämlich, daß die Interessen eines bestimmenden militärischen Sicherheits- und Wohlstandsverbundes die "Lösungen" dominieren, die im Namen der universellen Werte Frieden und Menschenrechte durchgesetzt werden. Die Konsequenzen sind fatal. Zum einen wird die UNO in ihrer potentiellen friedenssichernden Rolle noch weiter geschwächt. Zum anderen werden neue Formen "gerechter" Kriege von den hauptsächlichen Nato-Partnern definiert.

Letzterer Interessen entscheiden: Ob interveniert wird; wie und wann interveniert wird; wie man Konflikte so kleinarbeitet, daß sie den eigenen Interessen nicht mehr gefährlich werden, selbst wenn sie weitere Gewaltopfer fordern. In diesem Sinne bilden Dayton und seine Folgen möglicherweise den schlimmen Auftakt zukünftiger Konflikte und west-, sprich natowärts ausgewählter Definitions- und Lösungsformen.

Dayton und sein luftkämpferisches Vorspiel im Herbst 1995 hat die Ouvertüre der neuen Weltmachtrolle der Bundesrepublik Deutschland intoniert. "Endlich" können deutsche Truppen außerhalb der ursprünglich im Nato-Vertrag vorgesehenen Verteidigungsziele agieren. Die Nato und die Bundeswehr haben sich von den Grenzen des Kalten Krieges und den Grenzen, die die deutsche Vergangenheit auferlegte, "emanzipiert". Die historisch normativ unhaltbare Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1994 ist nun erstmals neue deutsche "Wahrheit" geworden: Das Ende aller Nachkriegszeit; Deutschland militärisch auf der Höhe seiner ökonomischen Bedeutung; "Normalität" im Sinne des Krieges als des Vaters aller friedlich-politischen Dinge; deutsche Kampftruppen an die Front - Generalinspekteur Naumann hat entgegen dem verharmlosenden Verteidigungsminister Rühe recht; potentiell an alle Fronten, die die Nato und die in ihr verkörperten Weltmacht- und Weltmarktinteressen eröffnen.

Die moralische Entlastung gehört mit zum größten Gepäck, das Dayton und seine militärischen Voraussetzungen und Begleiterscheinungen mit sich führen. Bekanntlich ist nicht nur regierungsamtlich immer erneut behauptet worden, allein kriegerische Intervention schaffe die Voraussetzungen des Friedens. Sogar gegen die in der Vergangenheit zögerlichen UN-Militärs und ihre Regierungen sind Tausende von moralisch integren Personen an die Öffentlichkeit getreten und haben ein militärisches Halt, sprich eine kriegerische Intervention als Bedingung des Friedens verlangt. Sie werden sich durch die Entwicklungen der letzten Monate

in dieser Forderung bestätigt sehen. Damit können sie sich zum einen zurücklehnen und die weiteren Entwicklungen getrost der Nato überlassen. Zum anderen müssen sie nun nicht mehr an den friedlichen Bedingungen des Friedens arbeiten, die gerade in den Nato-Ländern zu schaffen wären. Der Krieg als der große Entlaster und Moralzerstörer im Namen der Moral hat ein weiteres Mal und, genau betrachtet hier, seinen folgenreichsten Pyrrhussieg errungen.

Kurzes Resümee

Zum ersten: Dayton, seine Voraussetzungen und seine absehbaren Folgen haben die pazifistische Politik nicht widerlegt. Sie haben sie bestätigt und werden dies leider zukünftig in verstärktem Maße tun. In der Art, wie weltweit Konfliktursachen aufgehäuft werden; in der Art, wie gerade die Nato-Mächte wegschauen, wenn ihre Interessen von mörderischen Konflikten von Osttimor bis Ruanda, Burundi, Nigeria u.ä.m. nicht stärker berührt werden; in der öffentlich medial überaus wirksamen Definitionsmacht dessen, was eine menschenrechtlich angemessene militärische Intervention sei; kurzum im Aufrechterhalten der konventionellen These, für die Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Zum zweiten: Eine nüchterne pazifistische Option am Ende des 20. Jahrhunderts, die um die Konflikte in dieser Welt und ihrer Ursachen auch und gerade mitten in der "westlich-zivilisierten" Welt weiß, stellt sich bei etwas genauerem Hinsehen als die einzig realistische Politik dar. Sie lügt sich und andere nicht an. Sie zerstört die Menschenrechte nicht. Sie achtet die Unversehrtheit des Lebens und der menschlichen Würde. Sie setzt auf Solidarität. Und: Solche pazifistische Politik äußert sich nicht in edler "Gesinnung" (ein geläufiger, aber falscher Vorwurf), sondern im ungebrochenen friedenspolitischen, menschenrechtlich-humanitären Handeln, das zugleich aufklärerisch wirkt. Durchaus nicht im abgehobenen "blauen Himmel", sondern sehr konkret an der Basis; also bei aktiven Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie bei den Opfern. Pazifistische Politik verbindet fundamentale Kritik an herrschender Politik mit dauerndem rastlosen Tun und der Phantasie fordernden Arbeit an einer Welt friedlicher Konfliktlösungen. Dennoch ist zu befürchten, daß Dayton, seine militärischen Voraussetzungen, seine militärischen Begleiterscheinungen und seine militärischen Folgen es mit sich bringen werden, daß pazifistische Politik es noch schwerer haben wird, als dies zuvor schon der Fall gewesen ist.

Zum dritten: Dem ist entgegenzuwirken. Kritik und Handeln hier in der Bundesrepublik müssen jenseits aller nötigen Aktivitäten nach "außen" gerade in Richtung Bosnien vor allem dem eigenen Land gelten: der Rolle der Bundesrepublik im Kontext einer kapitalistischen Ökonomie zuerst, die Ungleichheiten international und national verstärkt; und nicht zuletzt der Umrüstung und Umfunktionierung der Bundeswehr als prinzipiell globalem Einsatzmittel für die Interessen der in diesem Lande dominierenden Herrschafts-, Macht-, Wirtschafts- und Medieneliten, die sich arglistig mit dem Tarnhelm der Friedensstiftung versehen. Der Rüstungsproduktion und dem Rüstungsexport ist mit unversöhnlichem gewaltfreiem Widerstand entgegenzutreten usw. usf.

Summa summarum

Mag die aktuelle Entwicklung auch nicht zum besten stehen, so hört mit Dayton das pazifistisch-menschenrechtliche Engagement in Sachen Bosnien und anderwärts nicht auf. Es wird noch nötiger als zuvor. Auch und gerade, um aus Dayton das friedenspolitisch und für die geschundenen Menschen Bestmögliche herauszuholen. Auch und gerade, um neue militaristische Legitimationen, die aus möglichem Scheitern erwachsen, mit den Argumenten der Wahrheit strikt nichtmilitärisch zu bekämpfen.

Gegen unsere eigenen Ohnmachtsgefühle lohnt es sich, die Risiken pazifistischen Engagements auf uns zu nehmen. Um des Friedens, um der von Kriegen in Not und Elend getriebenen Menschen, aber auch um unserer selbst hier und heute willen. Das friedenspolitische Ziel zahlt sich nicht erst dann aus, wenn es am Ende voll und ganz erreicht wäre. Um Gandhi zu zitieren: "Es gibt keinen Weg zum Frieden, Frieden ist der Weg."

Anmerkungen:

(1) Dieser Aufsatz wurde Anfang Dezember 1995 geschrieben. Es konnte also nicht berücksichtigt werden, was sich vielleicht bereits positiv wie negativ getan haben kann, wenn die Veröffentlichung Anfang Februar 1996 erfolgt.

(2) An dieser Stelle wollen wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß es immer erneut erforderlich ist, keinen reaktiven, seinerseits Vorurteile befördernden Ethnozentrismus zu betreiben, indem man etwa von "den" Serben, "den" Kroaten, "den" Muslimen spricht, statt zwischen den politischen "Mafias" und der Bevölkerung allgemein zu unterscheiden. Soll ein Friedensprozeß wirklich in Gang kommen, so dürfen trotz ihrer schlimmen, todbringenden Politik selbst die Führungen der Kriegsparteien nicht verteufelt werden. Beides ist gerade in der Bundesrepublik gegenüber "den" Serben und der serbischen Führung fast im Sinne rassistischer Argumentation geschehen.

Vorabdruck aus "Jenseits der Gewalt - Arbeit für den Frieden in Ex-Jugoslawien", Reihe Probleme des Friedens, herausgegeben von Pax Christi (Mitherausgeber für dieses Heft Juso-Bundesvorstand, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Ohne Rüstung leben, pro asyl), Komzi Verlag (Kreuzgasse 33, 65510 Idstein), 250 Seiten, 24,80 DM.

Die Autoren: Wolf-Dieter Narr, Politologe an der Freien Universität Berlin und Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie; Klaus Vack, Koordinator des Komitees für humanitäre, friedenspolitische und menschenrechtliche Hilfe im ehemaligen Jugoslawien.

27. "Das beste, was wir tun können, ist zu fliehen ..." Deserteure in Irakisch-Kurdistan

Autor: Thomas von der Osten Sacken, WADI · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:25

Auch nach der totalen Niederlage im 2. Golfkrieg ist die irakische Armee die größte des arabischen Nahen Ostens. Gerade die Eliteeinheiten der Republikanischen Garden haben den Krieg unbeschadet überstanden. Noch immer stehen im Irak schätzungsweise 400.000 Menschen unter Waffen. Allerdings hat die Moral der regulären Soldaten einen Tiefpunkt erreicht, und die Anzahl derer, die desertieren, wächst von Monat zu Monat.

So leben alleine in der kurdischen Großstadt Sulemania über 250 ehemalige Soldaten, die über die innerirakische Demarkationslinie geflüchtet sind. Die Zahl der Deserteure, die nach 1991 in den befreiten kurdischen Nordirak geflohen sind, wird auf ca. 4.500 geschätzt. Viele von ihnen schließen sich den bewaffneten Verbänden der Opposition, vor allem des Iraqi National Congresses (INC) an, denn für diejenigen, die auf sich alleine gestellt in den kurdischen Städten ein ziviles Leben führen wollen, gibt es so gut wie keine Unterkunft noch Beschäftigungsmöglichkeiten. Trotzdem steigt die Zahl derjenigen, die die gefährliche Flucht in die befreiten Gebiete wagen.

Desertion hat im Irak eine lange Tradition, ein Umstand, der eng mit der völligen Militarisierung der irakischen Gesellschaft unter dem Saddam Regime zusammenhängt. Seit Ende der siebziger Jahre war es das vornehmliche Ziel des Regimes die modernste und schlagkräftigste Armee des Nahen Ostens aufzubauen und so zur Hegemonialmacht in der Region zu werden. Außerdem wurde die Armee benötigt, um jedweden Widerstand gegen die Diktatur niederzuschlagen. Obwohl mit hohen Verlusten verbunden gab der 1. Golfkrieg (Iran-Irak-Krieg) Saddam Hussein die Möglichkeit diesem Ziel näherzukommen. Denn als "Garant des Westens" und gewinnbringender Absatzmarkt lag den westlichen Industrienationen, allen voran Frankreich (1). Deutschland (2) und Großbritannien an der Aufrüstung des Iraks. Während Frankreich Flugzeuge und Exocet Raketen lieferte, wurde mit deutscher Hilfe die chemische Industrie des Irak aufgebaut und die Anlagen für die Verbesserung von Scud-Raketen geliefert. Um den Widerstand in Gesellschaft und Armee gegen den Krieg brechen zu helfen, wurden im Westen - aber auch in der DDR - hohe Funktionäre der Republikanischen Garden und des berüchtigten Militärgeheimdienstes ausgebildet und trainiert, die bis heute die regulären Soldaten und Rekruten terrorisieren und bespitzeln. Für die Soldaten gab es so gut wie keine Möglichkeiten, sich zu wehren oder Widerstand zu leisten, außer sie desertierten. Wieviele Iraker sich während des 1. Golfkrieges dem Militärdienst entzogen ist, nicht bekannt. Schätzungen gehen davon aus, daß mehrere zehntausend Soldaten in den Iran oder die unkontrollierbaren Sumpfgebiete im Südirak geflohen sind.

Den schnellen Sieg im Bodenkrieg verdankten die Soldaten der Anti-Irak Koalition nicht zuletzt dem Umstand, daß die irakischen Truppen massenhaft kapitulierten oder überliefen. Gedankt wurde ihnen das nicht; die Lage in den Kriegsgefangenenlager in Saudi Arabien war - und ist- Berichten von amnesty zufolge katastrophal.

Auch an den Aufständen im Südirak 1991 beteiligten sich einfache Soldaten, die ersten Schüsse, die in Basra den Volksaufstand einleiteten, wurden von ihnen abgegeben. Die Alliierten dagegen schonten die Republikanischen Garden und sahen außerdem zu, wie diese die Aufstände im Süden und Norden blutigst niederschlugen. Viele Soldaten flohen nach der Niederlage der Intifada in die Sumpfgebiete, von wo sie ihren Widerstand fortsetzten. Wiederum unter Duldung des Westens wurden diese Gebiete seit 1991 systematisch zerstört und entvölkert.

Berichten des irakischen Oppositionsbündnisses Iraqi National Congress zufolge führte die irakische Armee zwischen 1991 und 1993 einen regelrechten Völkermord im Südirak durch. Zehntausende wurden ermordet, hunderttausenden wurden ihre Lebensgrundlagen genommen, wurden vertrieben oder deportiert. Angaben der britischen Hilfsorganisation Amar Appeal zufolge leben mehr als 400.000 Flüchtlinge alleine aus dem Südirak in iranischen Flüchtlingscamps unter schlimmsten Bedingungen. Berichte über derartige Gewaltexzesse und Vernichtungskampagnen, durchgeführt von irakischen Armee-Einheiten, gibt es reichlich. Deserteure, die in den Sumpfgebieten aufgegriffen wurden folterte und erschoß man standrechtlich.

An den Massenhinrichtungen, den Folterungen und den Völkermordkampagnen der irakischen Regierung sind vor allem die verschiedenen Geheimdienste und die Eliteeinheiten der Republikanischen Garden beteiligt. Soldaten, aber auch Offiziere, die sich weigern an solchen Schlächtereien teilzunehmen, werden selber brutal bestraft. Der INC berichtet von mehreren Massenexekutionen in irakischen Militärcamps. (3)

Das irakische Regime fürchtet seit langem Massendesertionen und verhängt deshalb drakonische Strafen gegen Deserteure. So erließ Saddam Hussein 1994 ein Dekret, daß jedem eingefangenem Deserteur ein Ohr abgeschnitten, und bei zweimaliger Desertion ein Brandzeichen in die Stirn eingedrückt wird (4). Außerdem werden Familienangehörige bestraft, ein Vorgehen, das im Irak gang und gäbe ist. Bestenfalls wird den Familien die monatliche Nahrungsmittelration gestrichen und der Strom abgestellt, oder sie werden in andere Landesteile deportiert, schlimmstenfalls werden Familienmitglieder eingesperrt oder ermordet.

Aber die Situation regulärer Armee-Einheiten ist nicht nur von Terror und Unterdrückung geprägt, auch die materielle Versorgung stellt sich katastrophal dar. Weder gibt es genug Nahrungsmittel noch medizinische Versorgung. Befragte Deserteure berichten, daß sie teilweise tagelang keine Mahlzeit, sondern nur trockenes Brot erhalten hätten. Regelmäßig erfrieren Soldaten im Winter, weil ihre Ausrüstung unzureichend ist. Ihr Monatssold reicht nicht einmal für einen einmaligen Besuch der Familie. Lediglich die Republikanischen Garden sind bestens versorgt und ausgerüstet, ihre Gehälter wurden in den letzten Jahren verzehnfacht und der rasenden Inflation angepaßt. Saddam Hussein und seine Clique wissen nur zu gut, daß sie sich nicht auf die regulären Truppen verlassen können. Dies haben im letzten Jahr erneut Aufstände verschiedener Armee-Einheiten gezeigt.

Obwohl das Regime kein Geld hat, werden immer noch neue Jahrgänge zwangsrekrutiert. Niemand im Irak hat eine legale Möglichkeit sich dem Militärdienst zu entziehen, außer er stammt aus einer der Familien, die das Regime stellen. Entsprechend demotiviert treten die Rekruten den Militärdienst an; schon bei der Niederschlagung der Aufstände im Süden und später im Norden 1991 konnte das Regime sich nicht auf die regulären Truppen verlassen, die beispielsweise massenhaft in Kurdistan zu den Peschmergas überliefen.

Es sind die katastrophalen Umstände, ihre Lebensbedingungen, die die jungen Soldaten veranlassen, nachts über die Demarkationslinie zu fliehen. Wer sich schon vorher politisch im Irak betätigt hat, was äußerst riskant ist, und überläuft, schließt sich meistens den bewaffneten Verbänden der Parteien oder des Iraqi National Congresses (INC) an. Dieser alleine verfügt über ungefähr 4.000 Soldaten in Irakisch-Kurdistan. Der Großteil der "normalen" Deserteure will einfach ein ruhiges Leben führen.

Fluchtmöglichkeiten gibt es neben Kurdistan so gut wie keine, Kuwait und Jordanien sind nicht erreichbar und im Iran versucht der "Hohe Rat der Islamischen Revolution im Irak" unter Bader, die Deserteure sofort in seine Reihen einzugliedern. Diese islamistische Bewegung hat vor allem während des 1. Golfkrieges Deserteure eingesammelt und geschult. Bis vor einem Jahr waren diese Truppen im Iran stationiert und - ähnlich den iranischen Volksmujahedin im Irak - Drohpotential gegen den Feind. Seit Sommer 1995 errichteten die Badertruppen erste Garnisonen in Kurdistan in Kifri und Kalar nahe der Demarkationslinie. Seitdem versuchen sie verstärkt Deserteure zu werben, aber die wenigsten haben ein Interesse für die proiranischen Islamisten zu kämpfen. Deshalb stellt der Iran keine Alternative für sie dar. Das bisherige Rückzugsgebiet, die Sumpfgebiete im Südirak, gibt es faktisch nicht. Wer sich im Süden dem Militär entziehen will, ist auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen; so sollen in den Städten Amara, Basra und Nasserya einige Deserteure untergetaucht sein.

Die meisten aber überqueren nachts die Demarkationslinie, wobei sie teilweise bis zu acht Stunden laufen müssen, ständig gefährdet vom Sicherheitsdienst der Armee aufgegriffen zu werden. Ist die erste Stadt auf kurdischem Gebiet erreicht, melden sie sich entweder bei einer Partei oder dem Asaiysch der kurdischen Sicherheitspolizei, wo sie einen Ausweis erhalten. Danach können sie sich frei in Irakisch-Kurdistan bewegen, Restriktionen gibt es keine. Allerdings kümmert sich auch niemand mehr um sie, es sei denn sie bleiben bei einer Partei als Peschmerga.

Viele der jungen Soldaten haben bisher nichts außer Krieg, Not und Unterdrückung kennengelernt. Ein normales Leben kennen sie nicht. Andere sind seit über zehn Jahren eingezogen, haben den 1. Golfkrieg miterlebt und waren dann während des 2. Golfkrieges in der Wüste im Süden stationiert. Man hat sie nicht aus der Armee entlassen, weil sie sich "auffällig" benommen haben; eine Strafe des Regimes. Diese Deserteure

hatten nie die Chance, sich politisch zu bilden oder zu organisieren. So sind dann auch die politischen Vorstellungen der wenigsten klar umrissen. Immer wieder hört man nur den Wunsch, Saddam möge bald stürzen und das Embargo aufgehoben werden.

Außerdem bleibt den wenigsten Zeit für politische Auseinandersetzungen, ihr Leben ist bestimmt von der alltäglichen Existenzsicherung. Für sie besteht die einzige Möglichkeit darin, in die kurdischen Großstädte zu gehen, um Arbeit oder Unterkommen zu finden. Da allerdings in Kurdistan 80% der Städter arbeitslos sind, haben die Deserteure kaum eine Chance. Wer Glück hat, findet einen Job als Tagelöhner. Der Rest ist auf's Betteln angewiesen, wobei hiermit fast niemals der Preis für die Übernachtung in einem Billigsthotel und eine warme Mahlzeit pro Tag abgedeckt wird. Teilweise tragen Deserteure, die schon über ein Jahr in Kurdistan leben, noch immer ihre Uniform, da das Geld fehlt, sich zivile Kleider zu kaufen. Auch bangen diejenigen, die ohne Familie geflohen sind, um das Schicksal ihrer Angehörigen. Für die meisten von ihnen gibt es keine Nachrichten, ob gegen ihre Familien Strafaktionen durchgeführt wurden oder nicht.

Auf Feindseligkeiten in der kurdischen Bevölkerung ist niemand der Befragten gestoßen. Vielleicht glaubt man im Westen, es gäbe bedeutende "ethnische" Konflikte in Irakisch-Kurdistan. Schließlich war es Saddams Armee, die in den 80er Jahren mit der "Anfal-Kampagne" Kurdistan verwüstete. Aber die meisten Menschen in Kurdistan machen nicht die einzelnen Soldaten für die Katastrophe verantwortlich. Vielmehr werden sie, solange sie nicht den Eliteeinheiten der Republikanischen Garden angehören, ebenfalls als Opfer des Regimes angesehen. Schließlich ist es auch die kurdische Bevölkerung, von deren Wohlwollen die ehemaligen Soldaten materiell abhängig sind.

Ein Vertreter der irakischen Opposition in Sulemania schätzt, daß jede Woche zwischen 10 und 15 Soldaten in die Stadt kommen, wieviele es im Norden bei Dohuk sind, kann er nicht sagen. "Wenn sich hier jemand um die Deserteure kümmern würde, es Lebensmittel und Unterkünfte gäbe, würde deren Zahl enorm ansteigen. Dies wäre eine effektive Möglichkeit die Lage der Armee weiter zu destabilisieren", fährt er fort. Dementsprechend meint auch N., der schon 1991 in den Nordirak geflohen ist, daß es notwendig sei, die Deserteure zu unterstützen, "denn das Beste, was wir im Moment für unser Land tun können, ist nach Kurdistan zu fliehen".

Es ist an der Zeit, auch hier darüber nachzudenken, wie diesen Deserteuren geholfen werden kann. Ihrem Entschluß, sich der mörderischen irakischen Militärmaschinerie zu entziehen sollte unsere Solidarität gelten.

Thomas von der Osten Sacken (Mitarbeiter von WADI e.V.)

Anmerkungen:

1) Jacques Chirac und Saddam Hussein waren in den 80er Jahren Duzfreunde und besuchten sich gegenseitig zu ihrem Geburtstag.

2) Kinkel, damals Chef des BND, bezeichnete sich als guten Freund des Leiters des irakischen Inlands-Armeegeheimdienstes.

3) Z.B. im Infantry Training Centre bei Hillah und der Militärbase in Mahawil, wo im März 1991 über Wochen täglich ca. 120 Menschen erschossen wurden.. INC - Crimes Against Humanity Report

4) UN-Menschenrechtsbericht über den Irak 1994

Seit 1994 unterstützt WADI Projekte für arabische Flüchtlinge in Irakisch-Kurdistan

Spendenkonto: 6123 05 - 602

bei Postbank Frankfurt

BLZ: 500 100 60

Stichwort: Arabische Flüchtlinge

28. Grüne Schwierigkeiten mit dem "Hoffnungsträger". Bündnisgrüne Reaktionen auf die Krise der SPD

Bündnisgrüne Reaktionen auf die Krise der SPD und die Wahl des Parteivorsitzenden Lafontaine

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Grüne und SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:12

Die Selbstdemontage, die die SPD im vergangenen Jahr bot, nahm bekanntlich solche Ausmaße an, daß selbst politische Partner und Gegner nicht umhinkamen, diese zu kommentieren. Geschah das bei CDU/CSU und FDP eher in Form schelmisch-selbstgefälligen Nachtretens, so taten sich die Bündnisgrünen dabei schwerer. Der jämmerliche Zustand der SPD brachte Bündnis 90/Die Grünen in ein strategisches Dilemma.

Dabei waren die beiden Oppositionsparteien nach der Bundestagswahl 1994 hoffnungsfroh in die Legislaturperiode gestartet. Bei nur zehn Stimmen Mehrheit der Regierungskoalition würde es gewiß bald zu vorgezogenen Neuwahlen kommen, verkündete SPD-Vormann Scharping vollmundig. Der "große Steuermann" der Grünen, Joschka Fischer, schwadronierte von einer "Koalition in der Opposition". Als daraus - mangels politischer Masse der SPD - nichts wurde, tröstete Fischer sich mit dem neugewonnen Status als "eigentlicher Oppositionsführer", den er mit seinen ersten Auftritten im Bundestagsplenum erworben hatte. Spätestens aber mit den massiven Verlusten der SPD bei den Landtagswahlen in NRW und Bremen wurde evident, daß die Schwierigkeiten der Sozialdemokratie sich zu einer Krise der rot-grünen Option insgesamt entwickelten.

SPD ade ...

"Wer sich über die rote Krise freut, wird sich schwarz ärgern", befand die seit August amtierende grüne NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn. (1) In der Problembeschreibung waren sich die Grünen quer durch die Lager einig. Bei Hubert Kleinert, dem Mann hinter Fischer, hörte sich das so an: "Auf absehbare Zeit haben die Grünen keine Chance, den Abstieg der Sozialdemokratie durch ihren eigenen Aufstieg zu kompensieren." Die Wahlergebnisse in Bremen, NRW und Berlin waren eindeutig: Die Sozialdemokraten verlieren, die Grünen gewinnen. Während die Bremer SPD mit 33,3 Prozent (-5,5 Prozent) ihr schlechtestes Ergebnis seit Jahrzehnten erreichte, konnten die Grünen um knapp 2 Prozent auf 13 Prozent zulegen. In Nordrhein-Westfalen verloren die Sozialdemokraten ihre absolute Mehrheit (46 Prozent, -3,9 Prozent)); die Grünen konnten ihren Stimmenanteil von 5 auf 10 Prozent verdoppeln. Daß Wahlergebnisse das eine, die politischen Folgerungen daraus etwas anderes sind, konnte nach diesen beiden Wahlen wieder einmal beobachtet werden. In NRW kam es bekanntlich zu einem rot-grünen Regierungsbündnis, in Bremen suchte die SPD die Zusammenarbeit mit der CDU.

Die Berliner Abgeordnetenhauswahlen endeten in einem totalen Fiasko der SPD. Auf 23,6 Prozent (-6,8 Prozent) fiel die Partei Willy Brandts, die in den sechziger Jahren noch 60-Prozent-Ergebnisse im Westen der Stadt einfuhr. Die Grünen dagegen legten um 4 Prozent auf 13,2 Prozent zu. Die Berliner Situation verwies auch noch auf eine andere Zwangslage, in der sich das "rot-grüne Reformprojekt" befindet: Mit den Stimmen der PDS nämlich, die 14,6 Prozent bekam und somit zur drittstärksten Kraft wurde, wäre eine Ablösung der CDU möglich gewesen. Aber bekanntlich hatten die Sozialdemokraten bis dahin über die PDS die totale Quarantäne verhängt - und in deren Schlepptau auch die Bündnisgrünen.

Die Bilanz der SPD stellt sich 1995 wenig ermutigend dar. Die SPD verlor nach allen Seiten, nach "links" an die Grünen (im Westen) und an die PDS (im Osten), nach "rechts" an die NichtwählerInnen. Zwar reicht es im Westen auf Landesebene gar nicht so selten noch für rechnerische rot-grüne Mehrheiten; auf Bundesebene dagegen verflüchtigte sich die rot-grüne Perspektive immer mehr. (In den "neuen Bundesländern" stellte sich die Frage kaum noch, ergeht es den Grünen doch hier wie der FDP. Sie flogen aus fast allen Landesparlamenten raus.)

"Wir können das rot-grüne Reformprojekt begraben, wenn das mit der SPD so weitergeht", stellte Fritz Kuhn, "Realo"-Vormann in Baden-Württemberg, fest. Und Jürgen Trittin, Sprecher des Bundesvorstands und

Vertreter der "Linken", machte klar, warum: "Wir können gar nicht soviel gewinnen, wie die Verluste des politischen Partners SPD ausmachen."

Welche Schlußfolgerungen sollten die Bündnisgrünen aus dem Dilemma ziehen, daß sie (augenscheinlich) nur von der Schwäche der Sozialdemokraten profitieren und sich dies für Rot-Grün mehr oder minder als Nullsummenspiel erweist? In den Äußerungen Jürgen Trittins ließen sich erste Akzentverschiebungen erkennen: "Die Politik spitzt sich zu auf eine Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU, der Regierungskoalition, auf der einen Seite und Bündnis 90/Die Grünen, der konzeptionellen Opposition, auf der anderen Seite. Das heißt für uns, daß wir unsere Programmatik verbinden müssen mit Machbarkeit." Darunter versteht Trittin vor allem die Anerkennung finanzieller und haushaltspolitischer Restriktionen bei gleichzeitiger Beibehaltung der "grundsätzlichen Ausrichtung" hin zur "ökologischen und sozialen Transformation der Gesellschaft".

... scheiden tut weh?

Joschka Fischer versuchte die Lage der SPD und die den Grünen zugefallene Rolle als "dritte Kraft" programmatisch zu nutzen. Durch den "Ausfall der SPD als Oppositionspartei" sei die "Erarbeitung mehrheitsfähiger Reformalternativen" Aufgabe der Grünen geworden. Der "subkulturelle Abschnitt" in der Geschichte der Partei sei nun vorbei. Die Grünen hätten die ökologische Frage "über die Mitte des politischen Spektrums hinaus durchgeboxt" und seien durch den Niedergang der FDP zur "Garantin einer menschen- und bürgerrechtlichen Politik" geworden. Darüber hinaus fänden die Grünen zunehmend "in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und auch in der Außenpolitik Gehör." (2)

Damit knüpfte Fischer an eine Diskussion an, die zu diesem Zeitpunkt hohe Wellen in seiner Partei schlug: ob und wie Bündnis 90/Die Grünen das Erbe der FDP antreten sollten. Fischer: "Diese erfolgreiche Entwicklung ... zwingt unsere Partei also jetzt definitiv zum politischen Erwachsenwerden, d.h., wir werden zukünftig ohne Anlehnungsmöglichkeit an die Mutter SPD auszukommen haben ..." (3) "Erwachsenwerden" hieß für den "großen Steuermann" in diesem Zusammenhang, wirtschaftspolitische Thesen zu formulieren, die sich im neoliberalen Sinne instrumentalisieren lassen. Und es hieß für die Außen- und Friedenspolitik, pazifistische und antimilitaristische Positionen aufzugeben und Militärinterventionen unter deutscher Beteiligung als Mittel der Politik anzuerkennen. (4)

Die Parteilinke kritisierte vor allem die wirtschaftspolitischen Vorstöße Fischers als "Steilvorlage für Anhänger schwarz-grüner Koalitionen". Kein Wunder - hantiert er doch gänzlich unbefangen mit Reizwörtern wie "Deregulierung", "Standortsicherung", "Wettbewerbsfähigkeit" oder "Umbau des Sozialstaats", deren ideologische Nähe zu konservativen Modernisierungsprogrammen ihm anscheinend entweder gleichgültig oder gerade recht war. Für Ludger Volmer war das Fischer-Papier ein Versuch, "sich Konstellationen mit einer Nach-Kohl-Union offenzuhalten."

Die bündnisgrünen BefürworterInnen eines schwarz-grünen Projekts nahmen Fischers Thesen hingegen mit Genugtuung auf. Verständnisvoll versuchte Trittin eine Erklärung dafür zu finden: "Es gibt Ungeduld. Es ist zum Teil einfach Verzweiflung über den Zustand der SPD." Daß es aber nicht nur das war, zeigen Äußerungen von "ökolibertären Realos" wie Fritz Kuhn oder Werner Schulz. Kuhn hatte schon 1988 für Baden-Württemberg vorgeschlagen, Lothar Späth (CDU) mit den Stimmen der Grünen zum Ministerpräsidenten zu wählen und danach eine Politik mit wechselnden Mehrheiten zu versuchen; heute kann er sich eine schwarz-grüne Zusammenarbeit sogar auf Bundesebene vorstellen - auch wenn er vorsichtshalber hinzufügte: "in einer Langfristperspektive mit einer stark veränderten Reform-CDU". Werner Schulz, der mit seiner schwarz-grünen Vorliebe zu der deftigen Wahlschlappe der sächsischen Grünen beigetragen hatte, geht schon weiter. Er hätte jetzt bereits gerne eine schwarz-grüne Koalition in irgendeinem Bundesland - "als Pilotmodell". "Wir müssen doch ausprobieren, was mit denen zu machen ist." (5)

Zur Zeit sind solche Positionen bei den Bündnisgrünen noch eindeutig in der Minderheit. Auch die "Realos" stehen mehrheitlich für Rot-Grün. So war Hubert Kleinert selbst auf dem Höhepunkt des sozialdemokratischen Hick-Hacks noch der Überzeugung, daß die "innovatorische Kraft" der SPD "im programmatischen Detail längst noch nicht so verbraucht ist wie in der medialen Inszenierung von sich selbst." "Realos" wie Fischer und Kleinert sind anscheinend nicht für schwarz-grüne "Experimente" zu haben. Nicht nur die Diskussionen auf der Bremer Bundesversammlung im Dezember haben nochmals deutlich gemacht, daß die Parteibasis nicht jeden

strategischen Schwenk mitmachen wird. Der Erfolg der "Realos" dort könnte sich in einen Pyrrhussieg verwandeln, wenn in nächster Zeit schon wieder ein Versuch unternommen werden sollte, grüne Grundorientierungen zu revidieren. Fischer & Co. wissen dies. Vermutlich würden sie nicht zögern, im gegebenen Fall ihr derzeitiges Bündnis mit den "Ökolibertären" aufzukündigen.

Ein Lafontaine

macht noch keinen Frühling

Aber die Diskussion um Schwarz-Grün ist gegenwärtig ohnehin entschieden bzw. hinfällig geworden. Mit der Wahl Oskar Lafontaines zum SPD-Vorsitzenden scheint Rot-Grün wieder machbar. Der als "Hoffnungsträger" gefeierte Parteivorsitzende behauptet von sich, "seit Anfang der achtziger Jahre für rot-grüne Zusammenarbeit eingetreten" zu sein. Und er ließ wissen, daß ein rot-grünes Bündnis, das den umweltgerechten Umbau der Gesellschaft wolle, das "Reformprojekt unserer Zeit" sei. (6) Joschka Fischer nahm solche Äußerungen mit hörbarer Erleichterung auf: "Jetzt haben wir wieder die Chance, Kohl gemeinsam in die Zange zu nehmen." (7)

Trotzdem ist die Freude der Bündnisgrünen über die Wahl Lafontaines eher verhalten. So kommentierte Krista Sager, "Reala" und Sprecherkollegin Trittins, den Wechsel an der Parteispitze der SPD schlicht: "Es gibt zumindest Hoffnung, daß jetzt von seiten der SPD der Machtwechsel gewollt ist und man sich nicht einfach mit der Perspektive tröstet, Vizekanzler mit Kohl zu werden." (8)

Kommen bei den Grünen alte Ängste hoch? Unvergessen ist, daß Oskar Lafontaine es trotz aller geäußerter Sympathie für Rot-Grün immer verstanden hat, die Grünen bei Wahlen klein zu halten. 1985 kippte er aus dem Stand die Mehrheit der CDU im Saarland; die Grünen blieben unter 5 Prozent. Auch in der Folgezeit hatten die Grünen hart mit Lafontaine zu kämpfen, zuletzt bei der Bundestagswahl 1990. Hubert Kleinert versucht in seiner 1992 erschienen "Geschichte der Grünen" eine Erklärung dieses Phänomens: "Dieser Mann war eher als irgendein anderer führender Sozialdemokrat in der Lage, Herz und Verstand eines beachtlichen Teils der rot-grünen Grenz- und Wechselwählerschaft für sich einzunehmen. Diese Wechselwähler auf der Kippe zwischen SPD und Grünen fallen aber zahlenmäßig stärker ins Gewicht als die vergleichsweise schmale Stammwählerschaft der Grünen. Daß der Kandidat Lafontaine unter bestimmten Bedingungen in der Lage war, die Grünen buchstäblich ‚plattzumachen`, hatte er bereits mehrfach bewiesen. Die Wahl an der Saar Ende 1990 bestätigte erneut eindrucksvoll, wie gut ihm solche Coups zu gelingen pflegten: Ganze 2,9% der Wähler stimmten für die Ökopartei. Lafontaine dagegen konnte gegenüber 1985 noch weitere vier Prozent zulegen..." (9)

Zwar gelang den Grünen letztendlich im Oktober 1994 mit 5,5 Prozent doch noch der Einzug in das saarländische Landesparlament (die SPD verlor 5 Prozent), doch dieser Erfolg gegen bzw. trotz Lafontaine scheint der bündnisgrünen Führungsriege nicht zu verallgemeinern. Denn trotz aller Wahlerfolge der Bündnisgrünen liegt ihre Stammwählerschaft im Bundesdurschnitt unter fünf Prozent. Eine polarisierende SPD könnte ihnen also allemal gefährlich werden.

"Links plus links gleich Minderheit, maximal 45 bis 46 Prozent", mahnt Fischer den SPD-Vorsitzenden: "Links plus Mitte ist gleich Reformmehrheit, nämlich mehr als 50 Prozent. Das ist die Machtformel für 1998, alles andere heißt Niederlage." (10) Lafontaine wird das sicherlich ähnlich sehen. Aber was will Fischer damit überhaupt sagen? Schlägt er hier eine Arbeitsteilung vor, die die SPD zu einer Politik in die "Mitte" hinein verpflichten soll, damit die Grünen sich "links" davon profilieren können? Ganz davon abgesehen, wie Fischers Äußerung politisch zu bewerten ist - es ist mehr als fraglich, ob sich Lafontaine auf eine solche Arbeitsteilung einlassen wird. Lafontaines Stärke ist doch sein populistischer Politikstil, der sowohl bei CDU- wie auch bei den Grünen-WählerInnen ankommt.

Folgerichtig warnt Kerstin Müller, Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion und der "Parteilinken" zugeordnet, ihre Partei, sich "in Sicherheit" zu wiegen: "Wenn auch die politische Substanz der SPD unter ihrem neuen Vorsitzenden nicht gewichtiger geworden ist, die Inszenierung von Politik durch Oskar Lafontaine müssen wir ernst nehmen." Und im Konjunktiv fügt sie hinzu, was doch längst feststeht: "Es ist gut möglich, daß Lafontaine dabei links blinkt und rechts abbiegt." (11)

Müllers Rezept, wie Lafontaine zu begegnen sei, erscheint zusätzlich hausbacken: "Wir müssen klaren Kurs behalten und dürfen unser Profil nicht verwässern." (12) Das ist (mal abgesehen von dem schiefen Bild mit

dem "verwässerten Profil") so allgemein wie richtig, wird aber kaum in die Tat umgesetzt. Daß die Grünen einige Schwierigkeiten haben, "klaren Kurs" zu halten, zeigen die Äußerungen von Iris Blaul. Die mehrfache Spitzenkandidatin der Grünen in Hessen, die im Sommer vom Amt der hessischen Umwelt- und Familienministerin zurückgetreten ist, übte Ende letzten Jahres herbe Kritik an ihrer Partei. Dies ist um so bemerkenswerter, wenn bedacht wird, daß Blaul in der Vergangenheit zur engeren Führungsclique um Fischer in Hessen gehörte: "Wenn die Grünen einen Weg verfolgen, durch Übernahme von FDP-Themen zwar die FDP mit in die Bedeutungslosigkeit zu schicken, aber die grüne Seite gleichzeitig ihre eigenen Themenfelder als Preis dafür aufgibt, heißt das am Ende: Es geht nicht mehr um eine soziale und ökologische Reformpolitik, sondern um eine ökologisch-liberale." (13)

Doppeldeutige Äußerungen werden der Partei jedenfalls in Zukunft immer weniger nutzen. Da kann beispielsweise Joschka Fischer immer wieder davon reden, daß die Bundestagswahlen 1998 die letzte Chance für Rot-Grün in Bonn seien. Ob die SPD sich davon beeindruckt zeigt, ist fraglich. Die einzigen, die von solchem Gerede profitieren, sind diejenigen in der grünen Partei, die von einer ökologischen Bürgerrechtspartei und einer Geißler-Süssmuth-CDU träumen.

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) Alle Zitate, wenn nicht anders angegeben, aus: Die Woche, 29.9.95

2) Zitate aus: Joschka Fischer: "Die Bündnisgrünen als dritte politische Kraft"; dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/95

3) ebd.

4) vgl. Joschka Fischer: "Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei Bündnis 90/Die Grünen"; dokumentiert in: FR, 2.8.95; vgl. auch ak 381

5) Einige Monate später schlug derselbe Werner Schulz, seines Zeichens Geschäftsführer der grünen Bundestagsfraktion, der SPD vor, sie müsse auf die PDS zugehen und sie in einer Koalition einem "Eignungstest" unterziehen. Gleichzeitig gehört er zu den Kritikern des "Magdeburger Modells", bei dem sich SPD und Grüne von der PDS tolerieren lassen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

6) FR, 20.11.95

7) Der Spiegel, 47/95

8) taz, 17.11.95

9) Hubert Kleinert: Vom Protest zur Regierungspartei. Die Geschichte der Grünen, Frankfurt/ Main 1992, S. 364 f.

10) Die Woche, 24.11.95

11) schrägstrich, Zeitschrift für bündnis/grüne Politik, 1-2/96

12) ebd.

13) FR, 27.12.95

29. Zum Stellenwert feministischer Politik in der PDS (Auszüge aus der Rede von Christina Schenk, 27.1.1996)

Entscheidung über Mitregieren verschoben

Autor: kuk · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:06

Die bürgerlichen Medien waren sich einig: Es war ein eher langweiliger Parteitag. Kein Wunder, waren sie doch im vergangenen Jahr mit der Auseinandersetzung zwischen Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht "verwöhnt" worden. Auch die Hoffnung, daß um es um den PDS-Oldie "Opponieren, tolerieren, koalieren" heftigen Streit geben würde, trog. Zwar trugen Befürworter und Gegner einer eventuellen Regierungsbeteiligung wieder ihre sattsam bekannten Argumente vor - eine Entscheidung zu dieser Frage wollte jedoch in Magdeburg niemand erzwingen.

So bestehen die wichtigsten Ergebnisse des Parteitages darin, daß die beiden Leitanträge des Parteivorstandes, die sich mit den Aufgaben der Partei bis 1998, bzw. mit Aussagen zur Kommunalpolitik beschäftigen, mit geringfügigen Änderungen angenommen wurden.

381 Delegierte, 541 JournalistInnen und Delegationen von 31 sozialistischen, kommunistischen oder anderen linken Parteien und Organisationen drängelten sich im viel zu kleinen Magdeburger Kultur- und Kongreßhaus AMO. Außer den Delegierten war nur wenigen Gästen und Journalisten der Zutritt in den Konferenzsaal gestattet. Dies führte zu dem einzigen Vorfall, durch den die Parteitagsregie gestört wurde: Nach der Generaldebatte am Samstag betrat eine Gruppe von jungen GenossInnen, die an der Vorbereitung und Organisation des Parteitages beteiligt waren, die Bühne mit dem Transparent "Parlamentarismus ‚frißt` seine Kinder!?" Sie nahmen das Mikrofon und beklagten sich darüber, den Saal nicht betreten zu dürfen. Außerdem lasse sich niemand von den Delegierten im Jugendzentrum sehen. Als der eilends herbeigerufene Lothar Bisky versprach, mit den Organisatoren darüber zu reden, ob ein Zutritt am nächsten Tag möglich sei, reichte das den Kids nicht aus. Sie forderten die Delegierten zur Abstimmung darüber auf, ob ihnen ab sofort der Zutritt ermöglicht werden könne. Nahezu alle Anwesenden stimmten der Forderung zu.

Dramatik im Vorfeld

Zwei Wochen vor dem Parteitag sorgte der PDS-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, Roland Claus, für Schlagzeilen. Auf einer Klausurtagung der Magdeburger PDS-Fraktion forderte er für den Fall, daß das Tolerierungsmodell nach den Wahlen 1988 nicht fortgesetzt werden könne, eine Koalition anzustreben. Die Entwicklung sei vorbestimmt, die "Frage des Mitregieren nicht mehr offen". (jW, 18.1.) Roland Claus Vorstoß war kein Alleingang. Er hatte nicht nur Fraktion und Landesvorstand in Magdeburg informiert, sondern auch mit anderen Landesvorsitzenden und PDS-Spitzenpolitikern gesprochen. Dabei sei ihm weder zu- noch abgeraten worden. Helmut Holter, Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, unterstützte Claus' Vorschlag. (1) Er sei froh, daß nun endlich über eine Beteiligung des PDS an einer Koalition mit der SPD geredet werde. Die Diskussion in Sachsen-Anhalt unterstütze die Debatte in Mecklenburg-Vorpommern. Die PDS könne sich letztlich der Verantwortung nicht verschließen. Die Thüringer Landesvorsitzende Gabi Zimmer begrüßte ebenfalls den Tabubruch. Sollte es in ihrem Bundesland zu einer entsprechenden Debatte kommen, setze sie in erster Linie auf Tolerierung. (jW 18.1.)

Deutliche Kritik an dem Claus-Vorstoß kam vor allem von der Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen (AGJG). Junge PDS-Landtagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt trafen sich am 23.1. in Friedrichsroda und veröffentlichten eine Pressemitteilung, in der es heißt: "Wir sehen momentan keinerlei Möglichkeit, in Form von Regierungsbeteiligungen grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Vielmehr befürchten wir, daß die PDS dann entscheidende programmatische Positionen wie die antikapitalistische Grundeinstellung und das Oppositionsverständnis über Bord werfen würde. Dagegen werden wir entschiedenen Widerstand leisten. Wir erwarten vom bevorstehenden Parteitag eine klare Ablehnung jeglicher Beteiligung an Koalitionen auf Landes- bzw. Bundesebene."

Entschiedener Widerspruch auch bei Uwe-Jens Heuer (MdB und Marxistisches Forum). Mit Blick auf Roland Claus meinte er, Mitregieren werde jetzt nicht einmal mehr an die reelle Chance einer Reformalternative gebunden. Er sehe bei einigen hauptamtlichen PDS-Politikern eine Sogwirkung des Systems: "Wir haben eine Reihe von Leuten in der Partei, die nicht mehr von der Notwendigkeit einer anderen Gesellschaft ausgehen." (ND, 22.1.) In einem Brief des Marxistischen Forums an den Parteitag wurde vor der Gefahr der Integration in das System gewarnt: "Bislang haben alle parlamentarisch erfolgreichen linken Parteien in Deutschland - die SPD wie auch die Grünen - ihr ursprünglich konsequentes Oppositionsverständnis aufgegeben und sind schrittweise den Weg der Integration gegangen." In Richtung Roland Claus heißt es: "Völlig unverständlich ist für uns, daß diese Frage (der Regierungsbeteiligung, kuk) losgelöst von den konkreten Verbesserungen und Reformen beantwortet wird, die wir in unseren Wahlprogrammen fordern und im Interesse unserer Wähler durchsetzen wollen." Für den nicht grundsätzlich abgelehnten Eintritt in eine Koalition wird als Bedingung die "Herausbildung eines Reformbündnisses" genannt, "welches seinerseits eine wirksame außerparlamentarische Bewegung und eine Veränderung des Kräfteverhältnisses voraussetzt."

Gelassenheit auf dem Parteitag

Lothar Bisky verzichtete in seiner Eröffnungsrede auf jegliche Erwähnung des Oppositionsbegriffs. Ihm ging es darum, den Handlungsspielraum zu bewahren: "Wir folgen unseren Prinzipien, aber wir kennen keine Tabus (...) Wir sollten uns hüten, jetzt für alle möglichen Konstellationen der Zukunft Beschlüsse auf Vorrat zu fassen - weder solche, die zur Verweigerung um jeden Preis zwingen, noch solche, die einen Freibrief für jegliche Regierungsbeteiligung ergeben. Zu entscheiden haben die Delegierten der betroffenen PDS-Verbände dann, wenn die Frage vor der PDS steht."

Für Gregor Gysi steht offenbar nicht mehr die Frage des ob sondern nur noch des wie. Auf Landesebene will er so lange wie möglich an Duldungs- oder Tolerierungsmodellen festhalten: "Wenn es dann aber irgendwann zu Koalitionen kommt, dann ist die erste Voraussetzung, daß dies im jeweiligen Landesverband demokratisch diskutiert, beraten und entschieden wird, daß mit einer entsprechenden Aussage in den Wahlkampf gezogen wird (...)" Voraussetzung für den Eintritt in eine Koalition sei der Nachweis, daß für die Menschen mehr zu erreichen wäre, als unter jeder anderen Koalition. In einem Interview mit dem Freitag (3.11.1995) hatte er diesen Gedanken so ausgeführt: "Wenn bei einer solchen Landesregierung nicht wenigstens ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, ein Mehr an Ausländerfreundlichkeit und Antirassismus, ein Mehr an Antimilitarismus für das betreffende Land, ein Mehr an Kultur, ein Mehr an Chancengleichheit in der Bildung und ein Mehr bei der Lösung der sozialen Wohnungsfrage herauskäme, dann hätte es überhaupt keinen Sinn. Den Status quo anders verwalten, ist nicht unser Ding." Damit legt Gysi recht niedrige Hürden an. Das "Mehr an xy" läßt sich leichter behaupten als widerlegen und dürfte in Verhandlungen mit SPD und Bündnisgrünen relativ leicht vorzuweisen sein.

Roland Claus verteidigte seinen Vorstoß - "Koalieren, wenn's zum Tolerieren nicht reicht" - vor dem Parteitag. Wer allerdings ein brillantes oder zumindest intelligentes Plädoyer für einen Regierungseintritt erwartet hatte, wurde enttäuscht. Eine derart blumige und inhaltsleere Rede war während des gesamten Parteitages nicht noch einmal zu hören. Ein paar Beispiele: "Die Chancen des Magdeburg-Projektes sind nicht ohne die Risiken zu haben. Wer die kleinen Risiken bevorzugt, kriegt auch nur die kleinen Chancen zum Reformaufbruch, schließlich zur Transformation werden die kleinen Chancen und die kleinen Risiken nicht reichen." Seine größte Sorge formulierte er in der Generaldebatte so: "Stell dir vor, es ist Transformation und uns fällt nichts ein." Im Osten könne ein Politikmodell entstehen, das schließlich auch die Bundes-SPD zu einer Abwendung von Großen Koalitionen bewegen könnte: "Wenn SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne mit ihren Mehrheiten links von der CDU etwas anfangen, könnte dies ein Signal für den sozial-ökologischen Umbruch sein. Deshalb gehört für mich die ergebnisoffene Koalitionsdebatte jetzt auf die Tagesordnung." Claus vermeidet in seiner Rede aber jeden Hinweis darauf, wie dieser Umbruch aussehen könnte, d.h. welche Ergebnisse von dem dream-team PDS/SPD/Bündnisgrüne gefordert werden müssen.

In dem Vorstoß von Claus und Holter werden zwei Tendenzen deutlich. Die junge Generation von PDS-PolitikerInnen, die in den ostdeutschen Landesparlamenten starke Oppositionsrollen spielen, zeigt wenig Bedenken, sich zu gegebener Zeit an Landesregierungen zu beteiligen. Dies darf neben den o.g. auch von Gabi Zimmer (Thüringen), Petra Pau (Berlin) oder Petra Sitte (Sachsen-Anhalt) angenommen werden. Die zweite Tendenz, die sichtbar geworden ist, läßt vermuten, daß Vorstöße in Richtung Regierungsbeteiligung von den jeweils betroffenen Landesverbänden unternommen werden. Gysi und Bisky betonen derzeit gerne,

daß entsprechende Entscheidungen dort gefällt werden müßten. Während also in der Gesamtpartei viel diskutiert, aber nichts endgültig entschieden wird, schaffen die Landesverbände Tatsachen. Damit würde der große Knall eventuell vermieden, bzw. auf Landesebene verlagert. Politisch scheint die Frage also entschieden. Die PDS wird Koalitionen eingehen, ein in seiner Größe noch nicht zu bestimmender Teil der Jungen GenossInnen, der KPF und des Marxistischen Forums wird sich daraufhin aus der Partei zurückziehen.

Kommunalpolitik als Einfallstor der Reaktion?

Die PDS stellt etwa 6.000 kommunale Abgeordnete und 180 BürgermeisterInnen. Wenn die PDS sich vor allem in Ostdeutschland dauerhaft als Massenpartei etablieren will, ist es durchaus richtig, der Kommunalpolitik große Aufmerksamkeit zu schenken. Das Vertrauen der Wähler kann an der Basis leichter (zurück) gewonnen werden, als von Landesparlamenten aus. Andererseits ist es sehr schwer, in den Kommunen eine einheitliche PDS-Politik wirksam werden zu lassen. Um der Basis bei der Orientierung zu helfen, war Kommunalpolitik zu einem Schwerpunkt des Parteitages erklärt worden. Im entsprechenden Leitantrag des Bundesvorstands und seiner AG Kommunalpolitik wurden u.a. eine Reform der Kommunalfinanzierung, die Sicherung und Mehrung des kommunalen Eigentums, eine stärkere Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Interessensvertretungen und größere Entscheidungsbefugnisse für kommunale MandatsträgerInnen gefordert.

Doch in der Kommunalpolitik lauern Fallen. Die Finanznot erfordert unsoziale Sparmaßnahmen. Der Bürgerwille ist nicht selten offen reaktionär. Im Kampf um Arbeitsplätze und Investitionen werden ökologische und andere "linke Bedenken" oftmals beiseite geschoben. Es ist der AGJG (derzeit 500 Mitglieder, 1.000 Sympathisanten, Ost-West-Verhältnis etwa ausgeglichen) zu verdanken, dieses Problem genauer zu untersucht zu haben. Bereits im November 1995 verabschiedete sie auf ihrem Bundeskongreß in Halle ein Thesenpapier zur Kommunalpolitik, in dem es unter anderem heißt, daß diese sich nicht ökonomischen und politischen Sachzwängen unterordnen dürfe. Es komme darauf an, vorhandene Spielräume bis an die Grenzen auszunutzen. Es "dürfe keine Widersprüche zwischen kommunalen Entscheidungen und programmatischen Positionen der PDS geben." Linke Kommunalpolitik mache nur dann Sinn, "wenn sie Teil der kapitalismuskritischen Gesamtstrategie der PDS ist."

Vertreter der AGJG wiesen auch auf Beispiele für reaktionäre PDS-Kommunalpolitik hin, die dann in der jW (26.1.) zusammenfaßt wurden: Da wird im sächsischen Großenhain für ein öffentliches Gelöbnis auf dem Marktplatz gestimmt, in Bad Düben wird der Erhalt eines Bundeswehrstandortes befürwortet, im brandenburgischen Neuruppin streicht der PDS-Bürgermeister Stellen von Horterzieherinnen und Kindergärtnerinnen und droht mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen für den Fall, daß die Betroffenen während ihrer Arbeitszeit an einer Protestdemo teilnehmen. Die Liste der "Sündenfälle" ist noch länger.

Eine scharfe, feministische Kritik an dem kommunalpolitischen Leitantrag kam wenige Tage vor dem Parteitag von anderer Seite. Almuth Nehring nannte im ND (25.1.) eine Vielzahl kommunalpolitischer Themen, die für Frauen eine große Bedeutung haben: Frauenhäuser, Kindertagesstätten, bürgerinnennahe Dienstleistungs- und Beratungsangebote durch die Verwaltung, u.v.m. Von all dem sei im Leitantrag nichts zu lesen: "Der Gedanke, daß Entscheidungen und Prozesse in Kommunen zum Teil Frauen ganz anders betreffen als Männer, scheint den Autorinnen und Autoren völlig fremd zu sein. Eine inhaltliche Analyse von PDS-Kommunalpolitik will der Bundesvorstand seinen Genossinen und Genossen nicht zumuten. Über gläserne Rathäuser, Selbstverwaltungen und direkte Demokratie, über die Spannungen zwischen aktiver Politik und Oppositionsverständnis läßt sich ununterbrochen theoretisch schwätzen. Was unter diesen Bedingungen kommunalpolitische Schwerpunkte der PDS sein könnten, wie die Grenzen eines Amtes ausgeschritten und im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern, zu denen auch Kinder und Jugendliche gehören, verschoben werden können, findet sich nichts."

Wieviel PDS-Programmatik ist den Kommunen zuzumuten?

In seiner Eröffnungsrede bezog Lothar Bisky Stellung zur Kritik der AGJG am Agieren mancher PDS-KommunalpolitikerInnen: "Wir haben in unseren Reihen sowohl Kommunalpolitiker und KommunalpolitikerInnen, die sich als Schadensbegrenzer verstehen, als auch solche, die fundamentale Veränderungen einklagen. So schmerzt es eben manche von uns in den Kreistagen oder

Stadtverordnetenversammlungen, wenn sie aus der Partei heraus - etwa von den Jungen GenossInnen - erfahren, sie mögen doch stets programmatisch systemkritisch auftreten." Als demokratische Korrektive sieht er die betreffenden Basisgruppen und die WählerInnen der Wahlkreise: "Unser Respekt vor den engagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sollte ihnen allerdings auch als Schutz vor oberlehrerhaften Pauschalurteilen, besserwisserisch erhobenen Zeigefingern und fundamentalistischen Fleischwölfen dienen."

Unbeeindruckt von dieser Zurechtweisung und gut vorbereitet zeigten sich die Jungen GenossInnen dann in der kommunalpolitischen Debatte. Mit vier Änderungsanträgen zum Leitantrag des Parteivorstandes unternahmen sie den Versuch, daß kommunalpolitische Profil in Richtung Kapitalismuskritik und Systemopposition zu schärfen. Die Antragskommission verfolgte die Strategie, die Anträge der AGJG zu verhindern, gleichzeitig aber eine deutliche Abfuhr für den Nachwuchs zu vermeiden. Daher hatte sie für sämtliche Anträge sogenannte Kompromißvorschläge erarbeitet, die den AGJG-Anträgen die Schärfe nahmen, aber zumindest Teile davon zur Einarbeitung in den Leitantrag vorschlugen.

Chancenlos war der AGJG-Vorschlag für einen geänderten Präambeltext, in dem u.a. gefordert wurde: Linke Kommunalpolitik müsse Teil der kapitalismuskritischen Gesamtstrategie der Partei sein. Außerdem sei Widerspruchsfreiheit zwischen kommunalen Entscheidungen und programmatischen Positionen der PDS herzustellen. Anstelle des zweiten Antrags, der eine Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ihrer Auswirkungen auf die Kommunen enthielt, wurde - gegen den Willen der AGJG - ein Kompromißvorschlag angenommen.

Ihr dritter Antrag wurde angenommen, obwohl auch hierzu ein Kompromißvorschlag vorlag. Jetzt werden PDS-KommunalpolitikerInnen aufgefordert, unter bestimmten Umständen Zivilcourage für bewußte Regelverletzungen aufzubringen oder von Ämtern zurückzutreten, in denen sich PDS-Politik nicht vertreten läßt. Neben der Warnung vor einem "Bürgermeisterwettbewerb" um Investitionen und der Forderung nach einem "Gläsernen Rathaus" sowie einem gemeinsamen Handeln der Kommunen, heißt es: "Zwischen kommunaler Interessensvertretung von PDS-KommunalpolitikerInnen und der programmatischen Ausrichtung der Partei können Spannungen auftreten. Hier sind die Kommunalfraktionen aufgefordert, langfristige Ziele der PDS, die freie Entfaltung jedes Menschen in einer demokratischen Gesellschaft, nicht lokalen Vorteilen zu opfern."

Keine Chance hatte der vierte Antrag, in dem u.a. weitgehende Eingriffs- und Entscheidungsrechte von Bürgerkomitees, -initiativen, -selbstvertretungen und Vereinen gegenüber der Kommunalverwaltung, sowie eine Absenkung des Wahlalters auf zunächst 16 Jahre gefordert wurde.

Politische Aufgaben der

PDS wurden bestätigt

Zur Abstimmung stand der Entwurf eines politischen Zweijahresplans mit dem Titel: "Veränderung von unten. Sozial und solidarisch, demokratisch und antimilitaristisch. Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998." Darin werden die politischen Schwerpunkte der Partei bis 1998 sowie Anforderungen an die innerparteiliche Entwicklung formuliert. Geplant sind drei zeitlich begrenzte bundesweite Kampagnen zu den Themen "Massenarbeitslosigkeit und soziale Not", "Gegen Bundeswehreinsätze und weitere Militarisierung" sowie für "unmittelbare Demokratie und starke Kommunen".

Die Formulierungen zur Koaltionsfrage sind so formuliert, daß sie alle Optionen offen halten. Der Begriff Opposition taucht praktisch nicht mehr auf. Statt dessen wird immer wieder betont, gemeinsam mit anderen Verantwortung übernehmen und die Konservativen ablösen zu wollen. Der Begriff sozialistisch wird zwar noch hier und da benutzt, an keiner Stelle aber als konkretes Politikziel benannt oder definiert. Das Papier eckt nirgends an und tut keinem/r weh. Die diffuse Debatte zu dem Antrag zeigte, daß innerparteilich kein nennenswerter Widerspruch zu den Politikzielen des Vorstandes besteht.

Zuzustimmen ist der Bewertung Bernhard Strasdeit's, der in der SoZ (25.1.) schreibt: "Beide Papiere enthalten Kritik an den kapitalistischen Rahmenbedingungen, aber - das ist ihre Schwäche - sie formulieren keine Strategie sozialistischer Politik. Sie beschränken sich auf die Verteidigung und Ausweitung sozialer Errungenschaften, doch herrschende Dogmen wie Wachstumsideologie, Privatisierungsmodell Deutschland, Gemeinwohl durch Standortkonkurrenz, führende Rolle der BRD in der Welt und EU-Prozeß werden nicht

deutlich in Frage gestellt. Auf eine internationalistische Betrachtung wird verzichtet. Zwischen den Zeilen steht ein Gesellschaftsmodell, in dem Staat und Markt friedlich nebeneinanderstehen."

kuk

Anmerkung:

1) Nach Auskunft des Sprechers der AGJG, Sebastian Texter, habe Holter bereits im September 1995 gefordert, über Regierungsbeteiligung zu diskutieren, sich nach vehementer Kritik von seiner Äußerung jedoch wieder zaghaft distanziert. (jW, 19./20.1.)

Zum Stellenwert feministischer Politik in der PDS

ak dokumentiert Auszüge aus dem Redebeitrag von Christina Schenk zur Generaldebatte auf der 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS, Magdeburg, 27.1.1996. Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingeführt.

Liebe Delegierte,

liebe Frauen, liebe Männer,

ich bin parteilos, habe als bekennende Feministin auf der offenen Liste der PDS für den Bundestag kandidiert und bin jetzt frauenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe. Inzwischen habe ich durch meine Arbeit in dieser Bundestagsgruppe an der Parteibasis und im Wahlkreis verschiedene Einsichten über den Stellenwert feministischer Politik in der PDS gewinnen können. Hierzu möchte ich ein paar deutliche Worte sagen. (...)

Feminismus ist die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in Bezug auf das Geschlechterverhältnis und die Entwicklung von Gegenstrategien, um das Hierarchieverhältnis zwischen Männern und Frauen als Rang- und Machtverhältnis aufzuheben. Das heißt, es geht im Feminismus um nichts weniger als die Gleichstellung der Geschlechter.

Das ist durchaus keine harmlose Sache! Feministische Konzepte zielen nicht auf bloße Kosmetik oder Verbesserungen im einzelnen ab, sondern sie gehen an die Wurzeln der bürgerlichen Gesellschaft und stellen diese radikal in Frage. Feminismus ist kein Ressort, sondern Gesellschaftspolitik.

Warum ist das alles so wichtig für die PDS? Wenn links sein heißt, einzutreten für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Demokratie, Partizipation und Emanzipation, dann liegt klar auf der Hand: Linkssein im modernen, systemkritischen Sinne ist ohne Feminismus nicht möglich, ebenso wenig wie ohne den ökologischen, antimilitaristischen und antirassistischen Ansatz. Wer sich im modernen und systemkritischen Sinne als linksstehend begreift, hat sich zwangsläufig auch die Pflicht eingehandelt, sich mit dem feministischen Ansatz auseinanderzusetzen, sich diesen anzueignen und in Programmen, Strategien, Forderungen, Aktionen etc. umzusetzen. Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen!

Ich behaupte: Das Verhältnis der PDS zum Feminismus ist nach wie vor ungeklärt. Oder, vielleicht etwas provozierend: Noch ist nicht geklärt, ob aus der PDS eine moderne linke Partei wird. Hierfür gibt es eine Reihe von Indizien:

Der Leitantrag "Politische Aufgaben 1996 bis 1998"

Wäre der gleichstellungspolitische Anspruch umgesetzt, müßte sich ein lila Faden durch den Leitantrag ziehen. Wie aber sieht es wirklich aus? Im 1. Entwurf des Leitantrages waren es ganze drei Textstellen, wo das Geschlechterverhältnis überhaupt thematisiert wurde. Davon zwei im Widerspruch zur Programmatik der PDS oder doch zumindest mißverständlich formuliert. Erst nach Intervention und Zuarbeit von Lisa-Frauen ist das verändert worden. Das Problem dabei ist: Es wird nicht von vornherein mitgedacht, noch immer nicht. Und bei Feministinnen entsteht das Gefühl, längst Formuliertes, längst Akzeptiertes und Verstandengeglaubtes immer wieder neu sagen und von neuem in die Texte reindrücken zu müssen.

Dabei bleiben auch Kritikpunkte stehen: Nehmen wir beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik, in der die Voraussetzungen für die ökonomische Selbständigkeit von Frauen geschaffen werden. Hier heißt es zur Arbeitszeitverkürzung: "Unsere frauenpolitischen Aktivitäten der nächsten Jahre werden sich auf die radikale

Verkürzung der Arbeitszeit als einer wesentlichen Grundlage für die Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung ... konzentrieren." Diesen Satz muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Wieder werden in alter DDR-Manier gleichstellungspolitische Forderungen ausschließlich an Frauen adressiert! (...) Ein zweiter Kritikpunkt: Die Lebensweise-Politik. Hieran ist absehbar, inwieweit der Bruch mit konservativen patriarchalen Rollenzuschreibungen und Familienidealen erfolgt ist. Im 1. Entwurf des Leitantrages stand kein einziges Wort zu diesem Kernbereich emanzipatorischer Politik! Auch hier mußten Lisa-Frauen und die AG Two in one, also die Lesben und Schwulen in und bei der PDS, dafür sorgen, daß die Worte lesbisch und schwul überhaupt auftauchen. Aber da ist noch immer ein Haken: Das Bekenntnis, die Gleichbehandlung aller Lebensweisen zu wollen, wird gleich im nächsten Satz wieder relativiert, indem gesagt wird, daß die herkömmliche Familie eines besonderen Schutzes bedürfe. Das kann so nicht bleiben. Hierzu gibt es Änderungsanträge, und ich fordere Euch auf, diesen zuzustimmen.

Kommunalpolitik ohne feministischen Anspruch

Nun kurz zum Leitantrag zur Kommunalpolitik, der morgen behandelt wird. Es ist verständlich und richtig, daß die Frage der Kommunalfinanzierung im Vordergrund steht, denn ohne Geld ist kommunale Selbstverwaltung nicht möglich. Aber mit keinem Wort wird gesagt, was denn eigentlich PDS-Kommunalpolitik ist. Was unterscheidet die Kommunalpolitik der PDS von der anderer Parteien? Bislang gibt es keine inhaltliche Bestimmung von PDS-Kommunalpolitik, und insbesondere gibt es bislang keine Ansätze für eine feministische bzw. emanzipatorische Kommunalpolitik. Diese Lücke muß geschlossen werden, wenn die PDS es mit ihrem emanzipatorischen Anspruch auch in der Kommunalpolitik ernst meint. (...)

Als letztes Beispiel in dieser Reihe möchte ich die Einrichtung der Stelle für eine Bundesfrauenreferentin nennen. Nach langem Gezerre und jahrelangen intensiven Bemühungen der AG Lisa ist es jetzt endlich soweit, daß es eine Stelle beim Parteivorstand für die Koordinierung der feministischen Arbeit in der PDS gibt. Aber: Im Unterschied zur sonst üblichen Praxis ist diese Stelle befristet. Was soll das heißen? Deutet das darauf hin, daß man in der PDS der Auffassung ist, das Thema hätte sich bald erledigt, oder die PDS hätte eine solche Funktion nicht mehr nötig?

Fazit: Es ist zwar in der PDS mittlerweile weitgehend selbstverständlich geworden, in der Sprache deutlich zu machen, wenn es sich um Frauen und Männer handelt, auch die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 ist fast allen geläufig, und es gilt die 50%-Quotierung für Ämter und Mandate. Aber: Wenn es um Konzepte geht, um Strategien oder auch um das liebe Geld, dann ist die PDS mit ihrem feministischen Latein sehr schnell am Ende. Der Aufwand, den die wenigen Feministinnen in der PDS treiben müssen, und die Tatsache, daß Feminismus in der Regel zur Frauensache erklärt wird, führen dazu, daß irgendwann Kraft und Lust abhanden kommen. An eine Weiterentwicklung feministischer Ansätze ist unter solchen Umständen nicht oder kaum zu denken!

Andererseits gibt es auch positive Entwicklungen. Ich habe bei meiner Basis- und Wahlkreisarbeit festgestellt, daß das Interesse an feministischen Fragestellungen ausgeprägt ist. Es gibt auch intensive Versuche, sich mit dem Thema Feminismus auseinanderzusetzen. Dies ist aus der vom Parteivorstand beim Institut für Sozialdatenanalyse in Auftrag gegebenen Studie "PDS und Feminismus" sehr eindrucksvoll ersichtlich. (...)

Regieren oder Gesellschaft verändern?

Dieser Eindruck (Feminismus wird in der PDS nicht ernst genommen, kuk) verstärkt sich, wenn man die Debatte um das Opponieren/Tolerieren/Mitregieren verfolgt. Wer begriffen hat, daß einerseits Feminismus für ein modernes linkes emanzipatorisches Selbstverständnis unverzichtbar ist und daß andererseits Feminismus die radikale Kritik an jeglicher patriarchalen Gesellschaft ist, die kapitalistische namens BRD eingeschlossen, kann nicht so leichtfertig von Regierungsbeteiligung reden, wie Roland Claus und Gregor Gysi es getan haben. Feminismus ist nicht kompatibel mit dem kapitalistischen System! (...)

Veränderungen, emanzipatorische zumal, also auch feministische, entstehen immer nur an den Rändern einer Gesellschaft. Sie kommen nie aus der Mitte, sondern werden stets von Minderheiten ausgelöst. Wer genauer darüber nachdenken will, sollte sich mit den Wirkungen der Oppositionspolitik der SPD und der Grünen auseinandersetzen. Ihr Einfluß auf die Gesellschaft im Sinne der Veränderung war in Oppositionszeiten am größten.

Wenn die PDS eine Partei mit emanzipatorischem Anspruch bleiben will, muß sie Opposition als eigenständigen Wert begreifen. Nur in der Opposition können Alternativen zum Bestehenden entwickelt werden - die Freiheit des Denkens gibt es nur in der Opposition! Das ist eine ungeheuer anspruchsvolle Aufgabe und zugleich die verantwortungsvollste, die ich mir in der Politik vorstellen kann. (...) Die PDS muß sich entscheiden, ob sie Opposition als Form der Verantwortungswahrnahme, als Weg, die konservative Hegemonie zu brechen, als Chance, Alternativen zum Gegebenen entwickeln zu können, die über Systemgrenzen hinausweisen und somit als eigenständigen Wert begreift. Oder ob sie Gestaltungsmöglichkeiten lediglich in einer Teilhabe an den etablierten Strukturen der Macht sieht und dabei akzeptiert, die Systemgrenzen als gegeben hinnehmen zu müssen. Feministische Politik als radikale Kritik der bürgerlichen Gesellschaft ist in Regierungskoalitionen auf Landes- und Bundesebene nicht möglich. Somit wird die Entscheidung zwischen emanzipatorischer Politik und einer Beschränkung auf reformistische Politik die eigentliche Nagelprobe werden auf den Stellenwert des Feminismus für die PDS.

Politischer Selbstmord einer linken Partei

Auszüge aus der Rede von Sahra Wagenknecht, gehalten während der Generaldebatte des Parteitages, am 27.1.1996.

(...) Im Grunde sind wir nach wie vor dafür, in den unbedingt zu führenden Theoriebildungsprozessen vorerst darauf zu verzichten, über Programm und Statut hinaus Programmatisches per Beschluß festzuschreiben. Nun gibt es allerdings von außen massive Angriffe auf das PDS-Programm. Nicht zuletzt seitens führender Leute aus der SPD und Bündnisgrünen. Sehr deutlich wird uns mitgeteilt, was wir zu tun und zu lassen haben, um im bürgerlichen Parteienspektrum Akzeptanz und Aufnahme zu finden. Da ist von unklarer Programmlage die Rede, welche beseitigt werden müsse. Und was darunter zu verstehen ist, wird oft genug konkret ausgeführt:

- die Aussagen zur Eigentumsfrage sollen weg

- die Bewertung der DDR wird als nicht akzeptabel bezeichnet

- von Kommunisten und den von ihnen getragenen Inhalten ... soll die Partei sich trennen.

(...) Ich denke, es gibt niemanden, der in Frage stellt, daß eine linke Partei hier und heute Politik machen und alles versuchen muß, um ein Maximum im Interesse der Menschen zu erreichen. Und natürlich spielt sich heutige Politik zunächst im Rahmen der bestehenden Gesellschaft und ihrer Zwänge ab. Aber die Frage ist doch, ob wir bei alldem die Fähigkeit behalten, diese Zwänge und das ihnen zugrunde liegende Kapitalsystem in Frage zu stellen, - oder ob wir schon selbst beginnen, diese Zwänge als unaufhebbare Voraussetzungen unserer Politik zu akzeptieren.

(...) In dem Augenblick jedoch, in dem wir in eine Koalition auf Landes- oder perspektivisch gar auf Bundesebene eintreten, haben wir als scheinbare Entscheidungsträger einzustehen für eine in die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft eingepaßte Politik; dann sind wir integriert in die Machtstrukturen dieses Systems. Denn es sind eben nicht abstrakt Sachzwänge, in die beispielsweise der Haushaltsplan einer Bundes- oder Landesregierung sich einzupassen hat. Es sind die Sachzwänge einer Gesellschaft, in der Banken und Konzerne das Sagen haben und deren Interessen den Ausschlag geben.

(...) Solange die ökonomischen Strukturen unangetastet bleiben - und weder SPD noch Grüne werden bereit sein, diese Strukturen anzutasten - solange liegt die eigentliche Macht in dieser Gesellschaft ja überhaupt nicht bei der Politik ... Das entscheidende Problem einer Regierungsbeteiligung der PDS liegt doch darin, daß es eine Illusion ist, zu glauben, auf diesem Wege könnten grundlegende Veränderungen erreicht werden. Die tägliche Erfahrung zeigt, wer in dieser Gesellschaft die wirklichen Entscheidungen trifft.

"Profit geht vor Geschäftsvolumen", äußerte der Daimler-Benz-Chef dieser Tage zur Schließung der Fokker-Flugzeugwerke mit mehreren tausend Beschäftigten. "Profit geht über alles", möchte man ergänzen; und dieses Prinzip gilt unumschränkter denn je, seit mit Verschwinden der sozialistischen Alternative das Große Kapital seine alte Allmacht zurückerlangt hat. Sich speziell bei einem solchen Kräfteverhältnis in die offizielle Politik einbinden zu lassen, ist für eine linke Partei politischer Selbstmord.

(...) historische Erfahrungen belegen, daß dem Kapital vor allem dann Zugeständnisse abgerungen werden konnten, wenn es zu starkem außerparlamentarischen Druck gekommen ist. An machtvollem

außerparlamentarischem Widerstand kommt keine Regierung vorbei. Und verstärkt wird solcher Druck natürlich, wenn eine Partei wie die PDS ihre nicht geringen parlamentarischen Vertretungen in den Dienst seiner Unterstützung stellen kann. Ich denke, hier sollte das Feld sein, auf dem die PDS in erster Linie wirken muß. Statt dessen aber sind öffentliche Äußerungen führender Genossen nicht selten geeignet, die Illusion sogar zu bestärken, es käme nur darauf an, PDS-Minister in den entsprechenden Sesseln zu plazieren, und dann würden grundlegende Veränderungen schon möglich werden. Überhaupt nichts wird dadurch möglich außer einem Sich-Verschleißen und Unglaubwürdig-Werden der PDS. (...)

Überflüssig wie ein Kropf?

Unter dem Motto "Kommunen stärken, Gesellschaft verändern" fand die 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS in Magdeburg statt. Zwei Tage lang beschäftigten sich die Delegierten vor allem mit den beiden Leitanträgen zu den Aufgaben der Partei in den nächsten zwei Jahren und zur Kommunalpolitik. Während der erste Leitantrag ein Neuaufguß alter Positionen war (bloß schlechter formuliert), versprach ich mir von der kommunalpolitischen Debatte kontroverse Diskussionen. Um soweit zu kommen, mußte mensch aber erst den Samstag überleben. Nachdem Bisky fast zwei Stunden lang erzählte, was jede/r schon x-mal gehört hatte und alles versuchte, damit die Delegierten einschliefen, kam Gysi und hielt praktisch die gleiche Rede, bloß in der Disco-Version. Der einzige erkennbar inhaltliche Unterschied zum Bundestagswahlprogramm bestand darin, daß beide in der Oppositionsfrage alles offen ließen: Opponieren, Tolerieren oder Koalieren ist von nun an die Sache der Landesverbände. Diese Aussage war nicht weiter überraschend, denn die Tatsache, daß der Bundesvorstand als Kollektiv politikunfähig ist und die Parteipolitik durch autonome Fürstentümer, sprich Landesverbände, gemacht wird, ist schon länger bekannt.

Der Sonntag fing noch langweiliger an. Reden von Honoratioren (DGB-Landeschef, Magdeburger OB, Vorsitzender des Bundes der kleinen Kommunen, etc.) leiteten die kommunalpolitische Debatte ein. Als ich schon am resignieren war, kam doch noch etwas Spannung auf. Die AG "Junge GenossInnen" stellte mehrere Änderungsanträge zum Leitantrag. Dies war das einzige Mal auf diesem Parteitag, daß eine der "Oppositionsgruppen" versuchte, den im Leitantrag formulierten Positionen eigene entgegenzusetzen und dies auch inhaltlich konkret begründete. Die Kritik der anderen, wie z. B. Marxistisches Forum und Kommunistische Plattform, blieb (fast) immer pauschal und meist auf dem Niveau von Quengeleien.

Obwohl die Antragskommission alles versuchte, um die Anträge der AGJG als "unausgegoren" zu disqualifizieren und die Ablehnung sämtlicher drei Anträge empfahl, u.a. mit der Begründung, daß einige Punkte gegen die Kommunalverfassung verstoßen würden, stimmten die Delegierten dem wichtigsten Antrag mit großer Mehrheit zu. So fordert die Partei ihre KommunalpolitikerInnen jetzt auf, "die bestehenden juristischen und finanziellen Spielräume auszuloten und zu nutzen und vermeintliche Sachzwänge aufzuheben." Hierzu gehöre "gegebenenfalls die Zivilcourage zur bewußten Regelverletzung oder dem Rücktritt von Ämtern, in denen sich PDS-Politik nicht vertreten läßt".

Wenn der Sinn eines Parteitages das Kennenlernen von GenossInnen aus anderen Teilen der Republik sein soll, so war dieser Parteitag einer der Besten, die ich je besucht habe. Wenn der Sinn allerdings das Fällen von Entscheidungen war, die für die Politik der Bundespartei von Bedeutung sein sollten, so war dieser Parteitag überflüssig wie ein Kropf.

Rouzbeh Taheri, PDS-Kreuzberg

30. Wie früher - Berliner Polizei gegen Karl und Rosa

Streit unter Linken um das "richtige Gedenken"

Autor: kuk · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen; Demonstrationsauseinandersetzungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:04

Seit 1951 ziehen an jedem zweiten Sonntag im Januar Tausende von Menschen zur "Gedenkstätte der Sozialisten" nach Berlin-Friedrichsfelde. Ziel sind die Gräber von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die am 15.1.1919 von Freikorpsoffizieren ermordet wurden, sowie die anderer bekannter und bedeutender Sozialisten. Seit 1990 rufen die PDS und andere linke Organisationen zur alljährlichen Ehrung auf. Zehntausende, vorwiegend ältere Menschen, kamen in ruhiger, freundlicher und andächtiger Atmosphäre nach Friedrichsfelde. Es ist nicht bloße Tradition, es ist auch nicht "massenhafter Protest ... überwiegend ehemaliger DDR-Bürger" (jW, 15.1.), sondern es war und ist das trotzige Bekenntnis, SozialistIn zu sein und an diesem Tag zweier Menschen zu gedenken, die HoffnungsträgerInnen für eine bessere Gesellschaft waren.

Trotz Eiseskälte herrschte am 14.1. dieses Jahres wieder dichtes Gedränge an den Grabstellen der SozialistInnen. Die Angaben über Teilnehmerzahlen variieren allerdings beträchtlich. Während sich die Polizei mit geschätzten 5.000 wieder einmal völlig lächerlich machte, nannte der Tagesspiegel mehr als 75.000, die Veranstalter sprachen von über 80.000 Menschen. Zunächst schien alles so wie in jedem Jahr: unterkühlte Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler brachten ihre Botschaften unter die Leute, alte Bekannte trafen sich, gelangweilte Presseteams stellten immer dieselben Fragen ("Warum kommen Sie?", "Hat sich der Charakter der Veranstaltung geändert?") , klassische Musik beschallte die Gedenkstätte.

Aber etwas war diesmal anders: Laut jW waren mehr und besser ausgerüstete PolizistInnen als in den Vorjahren erschienen. Da es nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen war, daß von den Kundgebungs- oder Demonstrationsteilnehmern irgendwelche Gewalttätigkeiten ausgehen würden, kann das massive Polizeiaufgebot nur aus einem Grund gestellt worden sein: Zwischenfälle zu provozieren und dann dazwischenzuhauen. Eine Übung, die man von der Berliner Polizei seit Jahren kennt. Dies deutete sich bereits an, als gegen 11 Uhr etwa 20 PolizistInnen in das Gedränge vor den Büchertischen stürmten, irgend etwas monierten oder beschlagnahmten und unter Buhrufen und Pfiffen wieder verschwanden.

Seit einigen Jahren findet ebenfalls am zweiten Januarsonntag eine Demonstration nach Friedrichsfelde statt, die in Konkurrenz zu der PDS-Veranstaltung steht. Hier findet ein Aufmarsch fast aller verbliebenen linken deutschen, türkischen und kurdischen Organisationen und Parteien statt. Arbeiterlieder werden geschmettert, politische Parolen auf Transparenten gezeigt oder lauthals gerufen. In diesem Jahr beteiligten sich 5.000 Menschen (TS, 15.1.) an dem Demonstrationszug, zu dem u.a. die Bürgerinitiative Lenindenkmal und die Antifaschistische Aktion aufgerufen hatten. Polizei begleitete den Zug und nahm zwei PKK-Fahnen zum Anlaß, immer wieder massiv in die Demo hineinzugehen. Laut Polizeiangaben seien aus dem Zug heraus Steine auf die Beamten geworfen worden. 21 Beamte seien bei dem Versuch verletzt worden, aus einer Gruppe von PKK-Sympathisanten Vermummte herauszuholen. (TS, 15.1.) 14 Personen wurden vorübergehend festgenommen. (1)

Polizeiüberfall vor

der Gedenkstätte

Gegen 13 Uhr traf der Demozug am Friedhof Friedrichsfelde ein. Auf dem Vorplatz stand eine provisorische Theaterbühne, auf der die Göttinger Antifa (M) ein Stück aufführen wollte. Etwa 20 bis 30 Polizisten mit Helm und Schilden gingen auf die Bühne los. Sie wurden von den Umstehenden zurückgedrängt. Die jW (15.1.) beschrieb das folgende Geschehen so: "Nachdem die uniformierten Provokateure von den linken Jugendlichen verjagt worden waren, rückten zwei Hundertschaften der Polizei an und prügelten sich brutal in die Mitte des Vorplatzes der Gedenkstätte. Von dort aus attackierten die Beamten immer wieder einzelne DemonstrantInnen und nahmen zahlreiche Personen fest. Die aufgebrachten DemonstrantInnen reagierten mit Steinwürfen. Ein Infostand von türkischen Arbeitervereinen wurde von Polizisten buchstäblich zerlegt. Mit den Latten des Standes schlugen Polizisten ... in der Menge um sich. Eine ... Augenzeugin berichtete der jW, daß Polizisten Pflastersteine ausgegraben hätten und auf die Nachfrage, was sie denn damit wollten, antworteten, dies sei

Beweismaterial. ... Mit Einsatzfahrzeugen rasten die Polizisten in die Menge, so daß einige DemonstrantInnen nur knapp ausweichen konnten. Auf die zahlreich anwesenden älteren Personen wurde keine Rücksicht genommen. ... Es gab zahlreiche Verletzte, ein Mann erlitt eine Herzattacke."

Unterschiedliche Bewertungen

Der Landesvorstand der Berliner PDS veröffentlichte am 14.1. zu den Vorgängen in Friedrichsfelde ein Papier, in dem es heißt: "Die PDS protestiert entschieden gegen alle Versuche, die traditionelle Ehrung von Karl Liebknecht zu kriminalisieren und für andere Zwecke zu mißbrauchen." Diese Distanzierung von anderen linken Gruppen erläutert Landesvorstandsmitglied Marian Krüger in einem ND-Interview (16.1.): "Verschiedenste Parteien mit Sitz in Westdeutschland benutzen diese Gedenkkundgebung in wachsendem Maße zu lautstarker Agitation. Wir sind dafür, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg still zu ehren. Aber wir können Andersdenkenden nicht vorschreiben, was sie tun sollen."

PDS-Landesvorsitzende Petra Pau gab sich in einem jW-Interview (18.1.) sehr zurückhaltend. Sie konnte vier Tage nach den Ereignissen in dem Polizeieinsatz weder ein bestimmtes Muster bundesdeutscher Herrschaftstechnik erkennen, noch glaubte sie, daß die Polizei auf jeden Fall die Auseinandersetzungen provozieren wollte. Solchen Bewertungen müßten erst noch eingehendere Untersuchungen vorhergehen. Weniger zauderlich äußerte sich die AG "Autonome in und bei der PDS". Sie hofft, daß ihre Partei nun endlich lerne, "daß Demokratie und Meinungsfreiheit in diesem Staat nicht das Papier wert sind, auf dem sie festgeschrieben stehen." Petra Pau distanzierte sich eilig "ohne Wenn und Aber" von dieser Erklärung, die mit dem Satz endete: "Tod dem Staatsterrorismus - schlagt zurück". (ND, 16.1.)

Bemerkenswert ist eine Pressemeldung (16.1.) der Gewerkschaft der Polizei (GdP), in der deren Landesbezirksvorsitzender Burkhard von Walsleben die Öffentlichkeitsarbeit des Landesschutzpolizeidirektors Gernot Piestert kritisiert. Piestert habe die Vorwürfe von Petra Pau und Marian Krüger gegenüber der Polizei unwidersprochen hingenommen. Nach der Einschätzung von Walslebens sei der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz eingehalten worden, denn: "Die eingesetzten Polizeibeamten/innen wurden anläßlich dieser Demonstration von äußerst militanten Störern massiv angegriffen. Es liegen der Polizei u.a. Videoaufnahmen vor, die dokumentieren, daß von Demonstrationsteilnehmern mit durchgebrochenen Fahnenstangen auf Polizeibeamte/innen eingeschlagen wurde." Und in Richtung PDS heißt es: "Nach Jahren relativer Ruhe appellierte von Walsleben an die PDS, künftig darauf zu achten, sich von gewaltbereiten Straftätern anläßlich derartiger Demonstrationen zu distanzieren. Die Diskussion über angebliche Polizeiübergriffe im Rahmen derartiger Veranstaltungen ist nicht neu, hier hat es aber bei vielen in der Stadt einen Lernprozeß gegeben, dem sollte sich auch die PDS unterziehen."

Wem gehört das Gedenken

an Rosa und Karl?

In einem Leserbrief an das ND (22.1.) erhebt Karola Serway-Stimpfig, Mitglied der MLPD-Landesleitung Berlin, schwere Vorwürfe gegen die PDS. Die Erklärungen von Pau und Krüger bezeichnet sie als "Skandal unter Linken". Die PDS-Verantwortlichen hätten während der Polizeiübergriffe nichts unternommen, diese zu stoppen. Außerdem erhebe die PDS-Führung einen Alleinvertretungsanspruch für die Gedenkveranstaltung. "Der Gipfel allerdings ist, daß M. Krüger und der PDS-Pressedienst in einem Atemzug Kri-tik an den Polizeiübergriffen und an an- deren Demonstrationsteilnehmern üben." Serway-Stimpfig lehnt es ab, den zweiten Januarsonntag mit stillem Ehren zu begehen. Statt dessen müßten die Ziele der beiden SozialistInnen "ebenso mutig und klar mit kämpferischen Demonstrationen und Kundgebungen" weiterverfolgt werden.

Volker Steinke, Landesgeschäftsführer der PDS Berlin, weist den Vorwurf des Alleinvertretungsanspruchs der PDS auf die traditionelle Luxemburg-Liebknecht-Ehrung zurück. In seinem Leserbrief (ND, 24.1.) findet sich die - milde gesagt - ungeschickte Formulierung: "Die Berliner PDS hat zu einer gewaltfreien Ehrung aufgerufen und wird dies auch weiterhin tun. Das schließt selbstverständlich die Verurteilung von polizeilichen Übergriffen ein, wie auch durch den Landesparteitag der Berliner PDS am 19. Januar nochmals ‚ohne Wenn und Aber` bekräftigt wurde." Während der zweite Satz als eine Korrektur der butterweichen, allzu "staatsmännischen" Erklärungen von Petra Pau verstanden werden kann, ist die Formulierung "gewaltfreie Ehrung" irreführend. Droht etwa von irgendeiner Seite eine "gewaltsame Ehrung". Hat man Angst vor "gewaltbereiten Chaoten", die

Zoff mit der Polizei suchen? Diese Formulierung paßt geradezu zu den "gewaltbereiten Straftätern", vor denen der GdP-Bulle die PDS gewarnt hat.

Zu den Vorwürfen mangelnden Eingreifens und der Distanzierung von bestimmten Demonstrationsteilnehmern heißt es bei Steinke: "... die PDS-Verantwortlichen waren ... Vor-Ort und leisteten das ihnen Mögliche, als die Polizei nach Abmeldung der Veranstaltung auf dem Vorhof des Friedhofes in die Menge marschierte. Übrigens provozierte die Polizei zuerst in Richtung jener Kundgebung der MLPD, wo PDS-Politiker wie Gregor Gysi, Lothar Bisky und Hans Modrow gerade als Verräter der ‚Arbeiterklasse` beschimpft wurden. Was, um MLPD-gewollten Mißverständnissen vorzubeugen, keinerlei Rechtfertigung darstellt. Zur selben Zeit skandierte eine andere ‚revolutionäre Gruppe` unmittelbar vor dem Friedhofseingang Hochrufe auf Stalin. Soviel zur ‚Einheit der Linken`, die von Frau Serway-Stimpfig offenbar als ‚mutige kämpferische Demonstration` im Sinne Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts begrüßt, von Marian Krüger und dem gesamten PDS-Landesparteivorstand jedoch als ‚Mißbrauch` der traditionellen Ehrung zurückgewiesen wurde."

Ausblick auf 1997

Ohne Zweifel hatte der Polizeieinsatz das vorrangige Ziel, ältere und nicht Demo-erfahrene TeilnehmerInnen der Kundgebung einzuschüchtern, damit sie nächstes Jahr zu Hause bleiben. Ein weiteres Ziel war es, das Gedenken an die Gründungsmitglieder der KPD in der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten zu bringen. Da der Veranstaltername PDS auf diese Weise ebenfalls diskreditiert werden kann, steht das provozierende Polizeivorgehen im Einklang mit dem Bestreben der Berliner Parteien der Großen Koalition, der PDS, wo immer es geht, zu schaden.

Bei den Demokratischen Sozialisten hat das Nachdenken über das kommende Jahr schon begonnen. Zwar will Marian Krüger noch keine Einzelheiten nennen; um das eigene Klientel zu schützen, wird es möglicherweise eine sehr viel größere Zahl von PDS-Ordnern geben, vielleicht wird vorgeschlagen, in Gruppen zu der Ehrung zu gehen. Abzuwarten bleibt, ob eine deutlichere Abgrenzung gegenüber anderen linken Gruppen versucht wird. Die werden 1997 noch stärker vertreten sein, denn die Ereignisse dieses Jahres dürften mobilisierende Wirkung auf Antifa- und andere linke Gruppierungen haben. Schon in diesem Jahr waren vor allem junge Leute angereist. Damit ändert sich zwangsläufig auch der Charakter des Gedenkens: es wird bunter, lauter und kämpferischer werden.

kuk

Anmerkung:

1) Die junge Welt (16.1.) meldet 21 Festnahmen. 15 DemonstrantInnen seien verletzt worden (Platzwunden, ausgeschlagene Zähne, Knochenbrüche.

Heckelmanns Abschied

So etwa könnte man die Ereignisse am 14.1.1996 auf dem Friedhof der Sozialisten nennen. Tatsächlich wäre es jedoch mit Sicherheit auch ohne den Wechsel des Berliner Innensenators (erst CDU-Rechtsaußen Heckelmann, jetzt NVA-Auflöser Schönbohm) so weit gekommen. Bei linken Massenaufläufen sieht die Staatsmacht halt rot.

Das alljährliche Gedenken an Rosa und Karl war in der DDR nie allein eine befohlene Loyalitätsbekundung. Sie wuchs vielmehr auf dem Boden eines kommunistischen Traditionsverständnisses, das diese 40 Jahre DDR überhaupt erst hat werden lassen. Für VeteranInnen der Arbeiterbewegung und antifaschistische WiderstandskämpferInnen war die alljährliche Ehrung der Gefallenen eben kein Soll sondern ein Muß. Und diese Grundhaltung überdauerte auch eine zunehmende Ritualisierung dieses Gedenktages in den späteren DDR-Jahren. Es war ein Bekenntnis zum Erbe.

Der Friedhof Berlin-Friedrichsfelde war die bevorzugte Ruhestätte führender DDR-Funktionäre und prominenter Antifaschisten. Der Platz neben Karl und Rosa galt als Pendant zur Kremlmauer in Moskau. Eine gewisse Änderung in der Bedeutung jener öffentlichen Kranzniederlegungen trat Mitte der 80er Jahre ein, als zunehmend linke Dissidenten - auch in der DDR - Rosa Luxemburg als Theoretikerin entdeckten. Die Affäre vom Januar 1988, als eine Gruppe DDR-Ausreisewilliger mittels eines Luxemburg-Zitats ihre Abschiebung in

den Westen erzwang, sorgte in den Medien für Schlagzeilen. (1) Es war von jenem Zeitraum an nicht mehr die SED allein, die diese Gedenkmärsche trug.

Anders als andere offizielle Gedenktage überlebte die alljährliche Rosa-und-Karl-Demo das Ende der DDR. Das Ritual war verschwunden - die ursprüngliche Traditionslinie blieb. Nach einem zeitweiligen Rückgang 1990/91 nahm die Zahl der Menschen zu, die an den Grabstätten ihren Strauß niederlegen wollen. Es änderte sich aber auch der Charakter dieser Ehrung. Seit 1990 wurde sie Tummelplatz der verschiedensten linken Grüppchen, die auf ihre Weise Rosa und Karl ehren wollen - auch wenn die Anhängerschaft der PDS bis heute bei weitem dominiert. Zu denen, die im stillen Gedenken verharren, kommen jetzt laute kämpferische Demonstrationszüge. Buchläden und Infostände erscheinen am Rande der Demo, es wird gesungen und getanzt.

Es gibt eine Vielzahl von Ursachen, die dieses Phänomen - in einer Zeit allgemeinen Niedergangs linker Demokultur - erklären könnte. Bei den Ex-DDR Bürgern, die jetzt wieder hingehen, spielt sicher eine gewisse Trotzhaltung eine Rolle. Die Einheitseuphorie von 1989/90 hatte sie als ungeliebte und benachteiligte Minderheit in ein Land versetzt, dessen Regierung sich auf permanentem Rechtskurs befindet. Sie reagieren mit einer Rückbesinnung auf linke Werte. Ähnliche Motive leiten sicherlich auch die Mehrheit der neuerdings anreisenden Gruppen und Grüppchen aus Alt-Bundistan. Bei dieser Demonstration sind weder ausgeklügelte Demoaufrufe mitsamt dem daranhängenden Gefeilsche um Formulierungen und Forderungskataloge, noch sonstige aufreibende Bündnisverhandlungen vonnöten. Man kommt halt "nur" zum Gedenken.

Der Polizeiangriff vom 14.1.1996 kam relativ unerwartet. Sicher, es hatte schon seit 1990 eine polizeiliche Überwachung der Demonstration gegeben. Auch war an diesem frühen Sonntagmorgen der Aufmarsch stärkerer Polizeikräfte beobachtet worden. Dennoch hatte selbst von den verbissensten Klassenkämpfern kaum jemand geglaubt, daß die Polizei dergleichen wagen würde. Und Provokationen, die den Übergriff veranlaßt haben könnten - die gab es nicht!

Der Angriff der Uniformierten war geplant und gewollt. Und er traf eine vollkommen unvorbereitete Trauerkundgebung. Er traf die 80jährige Parteiveteranin genauso wie den angereisten Jungautonomen aus dem Ruhrgebiet. Die Reaktion der Betroffenen: Zorn, Wut, Empörung selbst bei den bravsten, sonst kaum politisch aktiven PDS-Wählern. Von den ebenso ärgerlichen wie unabänderlichen Profilierungsversuchen einzelner Gruppen war plötzlich nichts mehr zu spüren. Geschlossen traten Vertreter der verschiedensten Parteien und Strömungen den Angreifern entgegen. Hohn und Spott begleitete schließlich die Uniformierten bei ihrem Abzug.

Daß der Vorstand einer sozialistischen Partei sich in vorbeugendem Gehorsam und Abgrenzung nach links übt, war fast schon vorauszusehen. Die Traditionslinie dieser alljährlichen Ehrung wird er jedoch weder brechen können noch wollen. Die übergroße Mehrheit derer, die 1996 zum Grab von Rosa und Karl kamen, wird auch 1997 wieder da sein. Und sicherlich noch viele andere mehr. Trotz alledem!

bg.

Anmerkung:

1) Am 17.1.1988 zogen Ausreisewillige und Mitglieder der DDR-Bürgerbewegung unter der Luxemburg-Losung: "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" zur Gedenkstätte. Es kam zu Festnahmen bekannter Bürgerrechtler, von denen einige mehr oder weniger freiwillig zur Ausreise in den Westen veranlaßt wurden. ak 298 berichtete über die Konflikte, die zwischen "nur" Ausreisewilligen und denjenigen, die für eine demokratische Erneuerung der DDR eintraten, bestanden.

31. Unheimliche Publizisten. NS-Journalisten und ihre Karrieren nach 1945

NS-Journalisten und ihre Karrieren nach 1945 - von Otto Köhler

Autor: Otto Köhler · Rubrik: Medien; Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:36

Den folgenden Beitrag entnahmen wir Otto Köhlers Buch "Unheimliche Pubilizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher." Es ist im August 1995 in der Reihe Politik und Zeitgeschichte des Knaur-Verlages erschienen, hat 461 Seiten und kostet 16,90 DM. Wir danken Autor und Verlag für die Genehmigung zum Nachdruck und empfehlen das Buch dringend zur Lektüre.

Kurz vor Weihnachten 1987 kam der Anruf von Eberhard Rondholz, dem Redakteur der inzwischen eingestellten allsonntäglichen Kritischen Chronik im Dritten Hörfunkprogramm des Westdeutschen Rundfunks. Es galt eine Sendung über den Fall unseres Kollegen Werner Höfer zu verabreden. Über drei Dinge waren wir uns ohne lange Absprache einig:

1. Werner Höfer ist ein guter Kollege. Er hat in seiner Zeit als Direktor des WDR-Fernsehprogramms seine schützende Hand über Sendungen gehalten, die von Parteien, Gremien und Wirtschaftsverbänden angegriffen wurden.

2. Man mag über die Motive rätseln, die den Spiegel erst jetzt, am 14. Dezember 1987, dazu brachten, Werner Höfers Beifall für Roland Freisler vom 20. September 1943 zu publizieren - aber alles Räsonieren nutzt da nichts, es lenkt nur davon ab, daß der Name unseres Kollegen Werner Höfer unter Sätzen steht, die fürchterlich sind.

3. Gerade die Kritische Chronik darf zum Fall Höfer nicht schweigen. Und ich sollte - und wollte - nun sehen, wie ich 1 und 2 zusammenbringe und wieder auseinanderdividiere. Denn unsere Dankbarkeit, dafür daß Werner Höfer ein guter Kollege ist, durfte, wenn wir unseren Journalistenberuf ernst nehmen, kein Grund sein, ihm Kollegenrabatt bei der Abrechnung der Vergangenheit zu gewähren.

Abrechnung? Eberhard Rondholz und ich, wir überlegten damals hin, wir überlegten her - wo eigentlich hatte es, abgesehen vom Einzelfall, der fast immer bestimmten Zwecken diente, wirklich die große Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der deutschen Journalisten gegeben. Ich hatte zehn Tage Zeit, darüber nachzudenken. Und dann sprach ich meinen Text über Höfer, der bei Höfer allein nicht stehenbleiben konnte:

"Er stürzte nicht, weil unter seinem Namen vor 44 Jahren ein Artikel erschien, der die Hinrichtung eines Künstlers durch Justizmörder begrüßte. Er stürzte wegen des Schweigens, das sich in unserem Land ausgebreitet hat ausgerechnet über die Worte derer, die durch das Wort leben.

Ja, wir Journalisten, deren Beruf es ist, den Mund aufzumachen, wir sind es, die hartnäckig über unsere Vergangenheit schweigen wie keine andere Berufsgruppe im Land. Ärzte, Juristen, ja sogar Militärs haben in den letzten Jahren umfangreiche Bücher über ihr mörderisches Verhalten im Nazi-Staat vorgelegt - von uns Journalisten gibt es keine einzige systematische Untersuchung über unser Verhalten im Dritten Reich.

Es war ja wohl nicht Goebbels allein, der zum totalen Krieg rief. Wir Journalisten haben mitgeschrien und mitgeschrieben. Ich sage: wir. Gewiß, ich genieße die Gnade der späten Geburt sogar mit fünf Jahren Aufschlag - 1945 war ich nicht fünfzehn, sondern zehn Jahre alt. Aber ich weiß sehr gut, was aus mir hätte werden können, wenn uns 1945 die Alliierten nicht die - ja Gnade ihres Sieges erwiesen hätten.

Damals hatte ich schon mein erstes journalistisches Werk vollbracht, niedergeschrieben in einem Schulheft, das ich stolz herumzeigte und das Verwandte zu dem Lob ermunterte: Ja, aus dem Jungen wird noch was. Ich hatte auf die Linien eines leeren Heftes ein Kriegsbüchlein geschrieben über unsere Stukas, unsere herrlichen Sturzkampfflieger, die sich mit ohrenbetäubendem Lärm hinunterstürzen auf den zitternden Feind, ihn vernichten, ihn mit Mann und Maus und Kind und Kegel ausrotten.

Ich war stolz auf mein Werk. Denn es entsprach - für mein Gefühl - so ganz dem Vorbild, den bunten Heften der Kriegsbücherei der deutschen Jugend, von denen mir mein Vater immer mal eines für 20 Pfennige kaufte, wenn er sich für zehn Pfennig sein 8-Uhr-Blatt am Schweinfurter Rathaus-Kiosk holte. (1)

Ich hatte für die Sendung in der Hamburger Staats-und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky die Titel-Liste der Kriegshefte nachgeschlagen und so manchen wiedererkannt. Kriegsheft Nr.52: "Panzer stoßen zum Meer", von Jupp Müller-Marein. Aus Jupp wurde Josef und eines Tages - von dem Jupp wußte ich längst nichts mehr - Chefredakteur der Zeit in jenen Jahren, als ich für dieses Blatt zu schreiben begann.

Kriegsheft 125: Ludwig von Danwitz: "Fernkampfflieger im Einsatz". Danwitz, bis 1975 Leiter des WDR-Studios Bonn, war von der Propagandakompanie zur Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise in Bonn gewechselt und gehörte zu einer kleinen Gruppe von CDU-Journalisten, die - wie Adenauers Staatssekretär Otto Lenz notierte - "eine Zusammenfassung der Stellen vorschlugen, die sich mit Propagandafragen usw. befaßten, ohne ein besonderes Ministerium zu bilden." (2)

Kriegsheft 135: Walter Menningen: "Vorwärts, immer vorwärts" - er landete in der Chefetage des NDR-Funkhauses Kiel.

Die Kriegsbücherei der deutschen Jugend - das war mein Milieu. Ich blieb 1945 - soweit man das mit zehn Jahren sein konnte, und ich tat alles, was ich dazu konnte - ein kleiner Fanatiker, der für Hitler schwärmte und vom Werwolf träumte. Ich weiß noch, wie dankbar ich war, als mir im unterfränkischen Euerdorf ein Schulfreund den abgelegten "Mein Kampf" seines Vaters schenkte, eines Polizeioffiziers, der seinen Namen auf der ersten Seite wegradiert hatte und die letzte Seite vergaß, auf der heute noch über dem sorgfältig verschnörkelten Bleistift-Monogramm die Eintragung steht, die mich damals mit Neid erfüllte: "13.12.1943 besuchte ich die Führer-Zelle Festung Landsberg."

Drei der alten Kriegshefte, von denen ich damals nicht genug kriegen konnte, liegen vor mir, schwarzweiß, in Fotokopie. Die Farbe fehlt, aber gerade dieses eine Heft erkenne ich sofort wieder, mein Jugendtraum vom Vormarsch im Feindesland: "38 Mann stürmen Vichy." Ich bin mitgestürmt, damals. Gegen die Zulukaffern in Frankreich, die "Negervisagen", die plötzlich aus den Holunderbüschen kamen. Ich las: ",Hände hoch`, brülle ich sie an", und ich brüllte mit. "Erbärmlich sehen sie aus, als ich ihnen die Flinten aus den Händen, das Koppelzeug vom Körper reiße. Zwei tragen hinter dem Koppel die berüchtigten Haumesser. Verschlagenheit und Hintergründigkeit lauern aus ihren Augen. Begabt sind sie in der Kunst sich zu verstellen."

So lernte ich, daß Neger falsch sind, und wer für so etwas zuständig ist: "Die SS-Männer nehmen sich der Gefangenen an." Wir stürmen weiter auf Vichy, und ich erkenne nach einem halben Jahrhundert, als sei es gestern gewesen, die Zeichnung auf Seite 27 wieder: Wir, acht Mann, stahlhelmbewehrt, und ich im Geiste mit, rasen auf unserem Kettenfahrzeug mit aufgeprotzter Kanone durch Vichy, die Franzosen stieben davon, ja richtig: "Wir rasen durch das pompöse Kurviertel, Luxus und Komfort an allen Enden, unter jeder Arkade, in jedem Pavillon und um jede Fontäne. Aber nun lustwandeln sie nicht hier, die Juden, die Pariser Kavaliere. Über die Beete mit den Rhododendren, den Feuerbüschen und den Gladiolen flüchten die Poilus, werfen die Gewehre in einen Tümpel, in dem vielleicht Goldfische schwimmen, reißen ihr Koppelzeug herunter... Und dann funken wir unseren Feuersegen hinüber. Tacktacktacktack keckern die braven Kanonen, auf die soviel Verlaß ist und deren Schießen einem ungeheure Sicherheit verleiht, immerzu tacktacktacktack. Wie ein gewaltiges Feuerwerk prasselt die Wucht unseres zusammengefaßten Feuers denen drüben entgegen." (3)

Und wer hatte damals für mich diese Tacktacktacktack-Prosa verfaßt? Walter Henkels, danach jahrzehntelang der beliebte Bonner Hofchronist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der die "Prägekraft des Soldatischen" rühmte an Leuten wie Erich Mende, jenem Minister, der das öffentliche Herumlaufen mit dem Nazi-Ritterkreuz gesellschaftsfähig machte. (4)

Ich war dabei - Kriegsheft 122: "Panzerspähtrupp überfällig" - als Leutnant Krahmer seinen Spähtrupp zusammenstellte: "Auf die Panzer ist Verlaß, die Waffen schießen wunderbar, seine Männer sind gut geschult, und ihr Kampfeseifer kennt keine Grenzen. Bereits vor dem Krieg ist alles gebimst und gedrillt worden, so daß jeder Handgriff sitzt. Im Polenfeldzug haben sich schon manche das Eiserne Kreuz verdient. Mit diesen Männern ist es für einen Soldaten eine Freude, Krieg zu führen." So ging ich mit auf Spähtrupp, klagte mit: "Diese Feindfahrt kostet wirklich Nerven! Wenn man doch einmal zum Schuß käme!" Die Lust am Töten quoll,

ungehemmt, auch in mir hoch: "Den ganzen Vormittag fahren wir nun schon und noch nicht ein Franzmann ist vor unsere Kanone gekommen. Die rostet ja bald ein!" (5)

Und wer war mein Kriegs-Vorbild, wer war der Verfasser dieser klobigen Mordprosa? Jürgen Eick, später für Wirtschaft zuständiger Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der sich in ihren vornehmen Spalten nicht weniger kantig äußern konnte, wenn es gegen die "halsbrecherische Dreistigkeit" der Gewerkschaftsführer ging, gegen diese neuen Nazis, die "wie gehabt in der deutschen Geschichte - bei den Wohlmeinend-Naiven auch Mitläufer finden". (6) Eick: "Da biegt sich doch der letzte Balken. So weit sind wir schon. Das Leben wird immer ärmer, wenn die Arbeitszeitverkürzung zum Selbstzweck wird." (7)

Aber Henri Nannen - Kriegsheft 144 "Störungsfeuer von M17" - den mochte ich schon damals nicht. Er machte mir, wo ich tote Feinde sehen wollte, zuviel Lyrik ("Die Luft flimmert unter der heißen Mittagssonne, in der Ferne scheinen die Auen zu brennen, aber es ist nur das Leuchten des wilden Mohns..."). Und wenn der den toten Franzosen endlich lieferte, dann - Gefühlsduselei - war der wie ein Mensch ("Es ist der erste Gefallene, den Pleschke sieht, der Tote hat ein schmales, bleiches Gesicht und schwarze Haare. Der Helm ist im Fallen nach hinten gerutscht. Auf der Oberlippe sitzt ein kleines Bärtchen. Er mag an die fünfunddreißig Jahre zählen").

Doch das war die Ausnahme. Und auch Nannens Bemühen um etwas weniger unmenschliche Töne änderte nichts an dem höheren Sinn der Hefte, den Wehrmachts-Aufruf auf der letzten Seite: "Aus der Erzählung, die Ihr soeben gelesen habt, könnt Ihr erkennen, daß ein rechter Kerl überall seinen Einsatz finden und sich dabei bewähren kann... Niemand will und soll zurückstehen: auch Ihr nicht, deutsche Jungen! Wenn Ihr auch noch nicht das Alter habt, um in die wehrfähige deutsche Mannschaft aufgenommen zu werden, so sollt Ihr doch schon jetzt Stellung beziehen." (8)

Und die bezog ich. Ja, ich war, nicht zuletzt dank der Kriegsbücherei der deutschen Jugend ein glühender kleiner Nazi und das noch zwei Jahre lang nach Hitlers Ende, bis ich einem vernünftigen Lehrer in die Hände fiel. So sagte ich es auch im WDR, und diese Worte müssen auch als selbstverständliche Voraussetzung über meinem Buch stehen:

"Ich weiß also nicht, was aus mir geworden wäre, wenn nicht der Zusammenbruch, die Katastrophe - wie man das damals nannte - gnädig über uns gekommen wäre. Meine Talentprobe - das handgeschriebene Kriegsheft auf dem Schul-Linienpapier blieb ungedruckt. Aber auch ich hätte, wäre ich so alt wie Werner Höfer gewesen, auch ich hätte die furchtbaren Zeilen schreiben können, die nach dem justizförmig begangenen Mord an dem Pianisten Karlrobert Kreiten am 20. September 1943 unter Höfers Namen im 12-Uhr Blatt standen.

Der unversöhnliche Haß, der aus diesen Zeilen sprach gegen den Künstler, der den Krieg für verloren und Hitler für einen Wahnsinnigen hielt, dieser Haß war auch mein Haß, den ich als kleiner Junge nach dem verlorenen Krieg noch zwei Jahre lang gegen alle empfand, die dem Führer untreu wurden."

So sagte ich es im WDR und so druckte es zehn Tage später die Zeit (9) nach - nie in den drei Jahrzehnten meines Journalistenlebens bekam ich so viele Zuschriften wie zu diesem Beitrag. Dabei war einiger Beifall von der falschen Seite, dessen ich mich schäme. Und einige Kritik von der richtigen Seite, die ich trotzdem nicht in jedem Fall akzeptieren möchte. Prof. Dipl.-Ing. Gerd Schmutzler von der Universität Essen schrieb an die Zeit:

"Wenn Herr Otto Köhler in dem o.a. Artikel bekennt, daß auch er die furchtbaren Zeilen von Werner Höfer anläßlich der Hinrichtung des Pianisten Karlrobert Kreiten gegen den ‚ehrvergessenen Künstler` hätte schreiben können, so muß man ihm das halt abnehmen. Schwerer fällt es jedoch zu glauben, daß Herr Köhler nicht zu unterscheiden vermag zwischen den billigen Kriegsgeschichten à la ‚Panzer stoßen zum Meer` von Müller-Marein, Eick oder Henkels und den Höferschen Zeilen anläßlich der Hinrichtung Kreitens. Wenn er aber differenzieren kann, warum tut er es nicht?... Was bezweckt Herr Köhler damit?" (10)

Nein, ich will nicht mehr, wir haben das lange genug getan, moralisch differenzieren zwischen der Mord-Propaganda der Nazis - und dazu gehört der Höfer-Artikel - und der Kriegs-Propaganda im Auftrag der Wehrmacht. Solche Unterscheidungen gehörten zum Geburtsfehler unseres Staates, der weniger ein Ergebnis demokratischer Bewußtwerdung als vielmehr ein Produkt des Kalten Krieges war - Deutsche wurden als Verbündete gebraucht. Wir bezogen die Daseinsberechtigung der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn ihre Gründung der offiziellen Remilitarisierung vorherging, aus der Illusion, man dürfe zwischen den Taten der

Wehrmacht und den Verbrechen der Nazis unterscheiden. Aber Norbert Blüm hatte recht, als er 1978 erklärte, daß Hitlers KZs nur solange standen wie die Front hielt. (11)

Erst 1995, zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, das "Befreiung" wir wohl nicht nennen dürfen, weil nur eine Minderheit der Deutschen gewillt war, sich befreien zu lassen, hat die große Hamburger Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht zusammen mit ihren begleitenden Publikationen der Einsicht zu einem begrenzten Durchbruch verholfen, daß es keinen Unterschied machte, ob man in der Uniform der SS oder in der Uniform der Wehrmacht für Hitler kämpfte. Nur der Deserteur kann für sich in Anspruch nehmen, richtig gehandelt zu haben. Darum weigert sich im Zeichen eines neuen weltweiten Einsatzes unserer Wehrmacht (12) eine Mehrheit des Bundestages sehr entschieden, die Fahnenflüchtigen vor der Hakenkreuzflagge uneingeschränkt zu rehabilitieren. Sie, beziehungsweise die Angehörigen der von der Militärjustiz Ermordeten, müssen sich auch nach fünfzig Jahren noch einer "Einzelfallprüfung" unterwerfen, die den Mördern zur Erlangung ihrer Versorgungsbezüge nie zugemutet wurde. Während Anfang Juni 1995 über einen neuen deutschen Militäreinfall in das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien beraten wurde, erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis, man werde keinen Bestrebungen nachgeben, "den Deserteuren der Wehrmacht von vorneherein einen Persilschein auszustellen". (13)

Es geht hier nicht um "Vergangenheitsbewältigung" - das große Duden-Lexikon definiert dieses gräßliche Wort als "das (innere) Verarbeiten der Vergangenheit". Doch was bei uns unter diesem Zeichen ablief, das ist das Gegenteil. Verarbeitet wurde nichts, wohl aber bewältigt - früher hieß dieses Wort begewaltigen, im Sinne auch von vergewaltigen, und in diesem Sinne ist unser Staat das erfolgreiche Produkt der Bewältigung unserer Vergangenheit.

In meinem Buch, zu dem Höfers Fall den Anlaß gab, stehen viele Namen, das ließ sich nicht vermeiden. Die meisten sind tot - einige leben noch. Vieles von dem, was sie hier wiederlesen müssen, werden sie selbst vergessen und verdrängt haben, verarbeitet mit Sicherheit nicht. Es war für mich ein erschreckendes Ergebnis meiner Arbeit, schwarz auf weiß sehen zu müssen, wie Journalisten lügen, wenn sie an ihrem Lebensabend ihre Memoiren schreiben. Das mag bei Künstlern und Politikern nicht anders sein - aber da müßten wir besser sein.

Natürlich kann keiner aus seiner Haut heraus. Aber wer nicht wenigstens den Versuch macht, neben sich zu treten, sich kritisch von außen zu sehen, der kann kein guter Journalist gewesen sein.

Mein ganzes Buch steht, ich wiederhole es, unter dem Satz, daß mich vielleicht nur die Gnade der späteren Geburt daran gehindert hat, Mordprosa im Reich oder im Völkischen Beobachter geschrieben zu haben. Aber auch unter dem zweiten Satz, der am Ende meines ersten Höfer-Beitrags stand:

"Wenn auch ich einmal Dinge geschrieben habe oder noch schreiben werde, deren ich mich schämen muß, dann möchte ich, daß jüngere Kollegen aufstehen und fragen: Warum hast du das getan? Fragten sie mich nicht, dann müßte ich einsehen, daß ich mein Leben lang einem verkommenen Beruf diente."

Das Buch über die "Unheimlichen Publizisten" kommt, aktualisiert, überarbeitet, im Grundsätzlichen aber unverändert, aus dem Keller, in den seine erste Auflage 1989 verschwunden war. Es hat erst jetzt die Chance, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Das erste Angebot, ein Buch über Journalisten unter Hitler zu schreiben, kam Anfang 1988 nach meinem WDR- und Zeit-Beitrag über Höfer vom Econ-Verlag in Düsseldorf. Ich war verblüfft. Econ war - trotz eines Besitzwechsels - für mich immer noch der Rechtfertigungsverlag der IG Farben und ihrer Nachfolger - ich aber hatte drei Jahre zuvor ein kritisches Buch über die Geschichte dieses Chemiekonzerns geschrieben ("... und heute die ganze Welt. Die Geschichte der IG Farben - Bayer, BASF, Hoechst"). Meine Zweifel, ob ausgerechnet ich mit meinem Thema in diesem Verlagshaus genehm sei (Verlagsgründer Erwin Barth von Wehrenalp war schließlich auch Journalist im Dritten Reich), ließ ich mir bei einem Besuch in Düsseldorf von dem neuen, jungen, vielleicht noch etwas unerfahrenen Verlagschef zerstreuen. Ich war mit dem in Aussicht gestellten Vorschuß zufrieden, schickte den von mir unterzeichneten Vertrag nach Düsseldorf und - wie vereinbart - ein Exposé. Darin stand: "Jedes Kapitel soll - mehr oder weniger - auch von der Kontinuität handeln... Das Jahr 1945 könnte nur im Ausnahmefall der Schlußpunkt eines Kapitels sein." Dann hörte ich einige Zeit nichts. Als ich anrief: Herumdrucksen. Die Verlagseigner hätten Bedenken: das Buch mit diesem Thema passe doch nicht so recht in das Econ-Programm.

Pahl-Rugenstein in Köln hatte zuvor schon bei mir angefragt - der Verlag trat in den Econ-Vertrag ein. Daß Pahl-Rugenstein in dem Ruch stand, aus der DDR subventioniert zu werden, wußte ich. Aber hatte ich das Recht, mein Buch jetzt plötzlich nicht zu schreiben, nur weil der für ein solches Unternehmen unentbehrliche Vorschuß jetzt doch nicht von den Finanziers eben des Econ-Verlags kam, dessen Bücher zur Verteidigung eines Kriegsverbrecherkonzerns ich nur zu gut kannte. Hatte ich nicht schon als Student Anfang der Sechziger Jahre zugleich CIA-Geld als Mitarbeiter des Monat und des RIAS empfangen und Kommunisten-Geld vom damaligen und 1973 von uns Redakteuren davongejagten konkret-Herausgeber Klaus Rainer Röhl (der heutige Ernst-Nolte-Adept war - solange er dafür bezahlt wurde - Mitglied der illegalen KPD, versicherte mir aber damals stets, in konkret stecke kein Pfennig aus dem Osten). Vor allem aber: Die Bücher, die Pahl-Rugenstein verlegte waren mir sympathischer als die von Econ - ich lief nur Gefahr, daß mein Vorschuß aus dem Milliardenkredit von Franz Josef Strauß an die DDR stammen könnte, so wie einst mein Gehalt als Spiegel-Kolumnist aus dem Erlös einer Anzeige aus der damaligen Rassistenrepublik Südafrika. Aber ich unterschrieb bei Pahl-Rugenstein mit dem festen Vorsatz, beim geringsten Versuch einer politischen Einflußnahme erneut auf Verlagssuche zu gehen. Nicht nötig, mein Lektor Jürgen Harrer - ein Opfer des Berufsverbots von der Marburger Universität - war klug und sensibel, ich habe nicht bereut, mit ihm zusammengearbeitet zu haben. Ich kam mit meinem Manuskript ein halbes Jahr später als vereinbart - und so bestrafte mich die Geschichte. Kaum war mein Buch (Titel damals: "Wir Schreibmaschinentäter. Journalisten unter Hitler - und danach") im November 1989 fertig produziert, da war Pahl-Rugenstein pleite. Mit dem Ende der SED-Herrschaft im Osten waren offenbar die Subventionen ausgeblieben. Die "Schreibmaschinentäter" verschwanden im Keller eines Konkursverwalters.

Ich hatte inzwischen fünf Jahre Zeit, darüber nachzudenken, ob es angebracht sei, Vergleiche zu ziehen zwischen der Nazi-Vergangenheit westdeutscher und der SED-Vergangenheit ostdeutscher Journalisten. Ich verweigere mich dieser Gleichsetzung. Gewiß, für mich ist jeder SED-Journalist, der das Töten von Menschen, die Vernichtung ganzer Menschengruppen predigte, genauso schlimm, ja schlimmer als die vielen Nazi-Journalisten, die das taten. Das Problem ist nur: Einen solchen SED-Journalisten habe ich nicht gefunden. Wohl aber gab es ein Heer von Parteischreibern, die immer nur das wiedergaben, was ihnen von oben verordnet wurde. Journalisten, die der Verdummung und nicht der Aufklärung dienten. Mein Gefühl für sie schwankt zwischen Verachtung und Mitleid.

Es ist ein Gefühl, wie ich es auch für viele meiner Kollegen im Westen empfinde, für die armen Kreaturen des Bauer-Konzerns etwa, die in den wöchentlichen Druckprodukten die Freiheit haben, das nachzuschreiben und zu variieren, was ihnen der Verlagscomputer als Thema vorgibt.

Aber auch in Konzernen, die sich erhaben fühlen über den Bauer-Unrat sind freie Journalisten nicht gefragt. Während ich dies schreibe, veröffentlichte am 20. Juni 1995 die von Gruner + Jahr aus dem SED-Vermögen erworbene Berliner Zeitung einen Aufruf gegen den PDS-Politiker Gregor Gysi: "Die Redaktion der Berliner Zeitung will vor Gericht erreichen, daß Gregor Gysi in Artikeln als Stasi-Spitzel bezeichnet oder eine entsprechende Äußerung Dritter abgedruckt werden kann." Will sie das?

Ja, der Aufruf ist unterschrieben: "Die Redaktion". Nein, sie will es nicht. Die Redaktion wußte nicht einmal, was sie da gewollt habe, bevor dieser Aufruf im Druck erschien. Der Chefredakteur hatte zusammen mit einer Ressortleiterin und einem Redakteur den Appell verfaßt und daruntergesetzt: "Die Redaktion". Die Redaktion aber, als sie in ihrem Blatt las, was sie da wollen soll, war verblüfft: Zwei Drittel der anwesenden Redakteure unterschrieben eine Erklärung, in der sie sich "mit großem Entsetzen" von ihrem angeblichen Willen distanzierten. Der Chefredakteur hatte nach dem mutmaßlichen Willen seines Hamburger Verlagshauses Gruner + Jahr gehandelt, so wie er früher nach dem Willen des Zentralkomitees der SED geschrieben hatte: Hans Eggert, so heißt er, war zu DDR-Zeiten Chefredakteure der FDJ-Funktionärszeitschrift Junge Generation und stellvertretender Chefredakteur der damaligen FDJ-Zeitung junge welt. Hier wuchs zusammen, was zusammengehört.

Und der von der G+J-Konzernzentrale in Hamburg entsandte Personalchef Dr. Johannes Weberling erläuterte dem Neuen Deutschland, der Aufruf der Berliner Zeitung gebe die Meinung ihrer Redaktion wieder, "so wie sie von unserem" - unserem! - "Chefredakteur als Tendenzträger unserer Zeitung festgelegt, wird". (14)

Aber da gab es nicht nur die gehorsamen Parteijournalisten in der DDR, es gab auch die inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes. Klar, wer als Journalist nebenberuflich für einen Geheimdienst

arbeitet, ist mein Kollege nicht. Das gilt für die Stasi, damals in der DDR. Das gilt aber auch für den Bundesnachrichtendienst heute noch immer in der Bundesrepublik. Er ist die eindeutige Nachfolgeorganisation der Organisation Gehlen. BND-Gründer Reinhard Gehlen trat als Chef der "Fremde Heere Ost" 1945 unmittelbar aus dem Dienst für Hitler in den US-Geheimdienst über, bevor er den Bundesnachrichtendienst gründete. Er beschäftigte zahlreiche anerkannte Kriegsverbrecher, beispielsweise den ehemaligen SS-Sturmbannführer Alois Brunner, seinerzeit Stellvertreter Adolf Eichmanns - auch beim Massenmord. (15) Der BND-Gründer war bis zu seinem Tod 1979 intimer Freund des Extremistenführers Gerhard Frey (DVU). (16) Insofern ist es auch nicht völlig unproblematisch, Stasi und BND auf eine Stufe zu stellen.

"Der Dienst", so schrieb Manfred Bissinger 1987 über den BND, "hat einzelne Redakteure, vor allem Korrespondenten in den osteuropäischen Staaten, unter Vertrag und zahlt monatliche Gehälter für deren Berichte... Die Journalisten hatten Agentennummern und Agentenführer." Bissinger: "Nach meinen Schätzungen, die ich in Gesprächen mit hohen BND-Leuten überprüfen konnte, arbeiten gut fünf Prozent aller Redakteure für irgendeinen der Dienste, sei es der BND, sei es der Verfassungsschutz oder gar irgendein ausländischer Verein." (17)

Ich habe miterlebt, wie nach der Zerschlagung der Stasi-Herrschaft in der DDR die neuen mutig und kritisch gewordenen ostdeutschen Medien vom Westen gleichgeschaltet wurden, besonders intensiv beim "Deutschen Fernsehfunk" und dem im Juni 1990 neugeschaffenen "Deutschlandsender Kultur" - in der Zeit berichtete ich darüber. Ich erinnere mich noch gut, daß ich 1990 bei meinem ersten Besuch im Ostberliner Funkhaus am schwarzen Brett heftige Kritik angeschlagen fand gegen einen leitenden Herrn des Hauses. Jetzt lese ich im BND-Buch des Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom über die Einflußagenten des BND im Führungskollektiv des Ex-DDR-Rundfunks, daß es sich bei diesem Mann, dem engsten ostdeutschen Berater des westdeutschen Abwicklungskommissars Rudolf Mühlfenzl, ursprünglich um den unter der Registriernummer XV 108-65 geführten IM "Maser" handele, den Schmidt-Eenboom als "Einflußagenten" des BND klassifiziert. Ein so zum BND-Agenten gewendeter Stasi-Spitzel hat damit, so Schmidt-Eenboom, "bei Mühlfenzls Abwicklung des Senders entscheidende Weichen" gestellt. Mühlfenzl war erfolgreich. Der nach der Wende als Stimme des Ostens so aufsässige und nach allen Seiten kritische Deutschlandsender Kultur wurde in den RIAS integriert und ist jetzt als Deutschlandradio Berlin unschädlich gemacht.

Mein Buch über die einstigen NS-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse wurde vor der ostdeutschen Wende 1989 geschrieben. Es wäre unangebracht, es dieser Wende wegen umzuschreiben.

Anmerkungen

1.) Sendemanuskript Otto Köhler WDR III, Kritische Chronik 3.1988, 19.30-20.00 Uhr

2.) Lenz 1989, S. 704

3.) Henkels 1941, S. 7f+25ff

4.) Henkels 1963, S. 198

5.) Eick 1942, S. 6+8+10

6.) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.4.1984

7.) Frankfurter Allgemeine Zeitung,17.5.1980

8.) Nannen 1943, S. 16+25

9.) Aus Platzgründen wurde die Zeit-Fassung (15.1.1988, S.33) gegenüber der Funk-Fassung (3.1.1988 im WDR 3) unwesentlich gekürzt

10.) Gerd Schmutzler, Leserbrief an Die Zeit, zitiert nach Lambart 1988, S. 256

11.) Selbstverständlich nahm Blüm, wie meist, wenn er etwas Richtiges sagt, mit Bedauern seine Äußerung zurück, nachdem Gerhard Rose, prominentes CDU-Mitglied in Obernkirchen und Generalarzt a.D. der Wehrmacht, Blüms Ausschluß aus der Partei, der CDU, gefordert hatte (Die Welt, 5.10.1978). Rose handelte in berechtigtem Interesse: er hatte sich im KZ Buchenwald durch SS-Sturmbannführer Dr. Ding wichtige Menschenversuche mit tödlichem Ausgang machen lassen (Mitscherlich/Mielke 81/60, S. 100f.). Seine

lebenslängliche Freiheitsstrafe wurde reichlich vorzeitig abgebrochen, so daß er im freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, "für seine hygienische und wissenschaftliche Arbeit während des Zweiten Weltkriegs" mit der "Paul-Schürmann-Medaille" geehrt werden konnte.

12.) In der Begründung eines Urteils des Amtsgerichts Meldorf (Kreis Heide), das einen ehemaligen Bürger der DDR wegen "Fahnenflucht" und "Gehorsamsverweigerung" mit acht Monaten Gefängnis belegte, wird anstelle der noch offiziellen Formulierung "Bundeswehr" zweimal die Bezeichnung "Wehrmacht" benutzt. Der Verurteilte, hatte seine Totalverweigerung des Wehrdienstes damit begründet, er sei 1989 in der DDR nicht "für die Freiheit auf die Straße gegangen, um anschließend Zwangsdienste zu schieben" (tageszeitung, 6.6.1995, Frankfurter Rundschau, 7.6. 1995).

13.) Neues Deutschland, 7.6.1995

14.) Neues Deutschland, 24. 6.1995

15.) Simpson 1988, S. 298ff.

16.) Metall, 18. Juli 1979 - mit Faksimile eines Gehlen-Briefes an Frey aus der Deutschen Nationalzeitung

17.) Jürgens 1987, S. 64f.

32. Tagung gegen den Schlußstrich

Autor: Alexander- Seitz-Geschichtswerkstatt · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:33

In Tübingen veranstalten die Geschichtswerkstatt e.V. und weitere Gruppen vom Freitag, 10.5. bis Sonntag, 12.5. 1996 eine Tagung, die sich nach dem Gedenkjahr von 1995 mit den politisch motivierten Versuchen, einen Schlußstrich unter die Erinnerung an die deutsche Nazi-Geschichte zu ziehen, auseinandersetzen wird.

1995 gab es mit den Erinnerungsfeierlichkeiten an das Kriegsende einen regelrechten Gedenkmarathon. Nachdem in der Frühzeit der Geschichte der Bundesrepublik ein offizielles Gedenken an den NS überhaupt nicht stattfand (Verdrängung zugunsten ökonomischer Stabilisierung), ist die Geschichtslandschaft der 70er bis 90er Jahre von einer zunehmenden Anzahl entsprechender Projekte und Publikationen geprägt. Eine zentrale Rolle kam hierbei vor allem den Geschichtswerkstätten und den Gedenkstätteninitiativen zu. Nun stellt sich die Frage, ob mit der staatlichen Inszenierung im Jahr 1995 die Erinnerungsarbeit an einen Wendepunkt gekommen ist. Es ist bereits der Verdacht geäußert worden, daß diese Sorte selbstvergessenen Erinnerns in erster Linie dazu dient(e), gerade durch eine institutionalisierte Form der Erinnerung an Auschwitz zur Tagesordnung überzugehen. Ganz bewußt und entgegen konjunktureller Erinnerungszyklen soll auf dieser Tagung eine Bestandsaufnahme vorgenommen und die künftige Erforschung des und Auseinandersetzung mit dem NS-Faschismus diskutiert und erarbeitet werden. Vier Themenschwerpunkte werden im Mittelpunkt stehen:

1. Welche Erinnerung bleibt?

Ausgehend von einer Rückschau auf die 8. Mai-Feierlichkeiten des vergangenen Jahres fragen wir nach Hinweisen, inwiefern der 8. Mai 1995 als "letzter" konzipiert wurde, und nach Tendenzen, gerade im Rahmen der 50-Jahre Feierlichkeiten einen Schlußstrich zu ziehen. Hier interessieren uns die unterschiedlichen Richtungen, die Geschichte des deutschen Nationalstaates umzuschreiben. Welche Versuche sind konstatierbar, die Deutsche als Opfer konstruieren? Welche Bemühungen sind erkennbar, deutsche Tote (z. B. bei den "anglo-amerikanischen" Luftangriffen) als Folge des alliierten Befreiungskrieges gegen nicht-deutsche Tote des deutschen Angriffskrieges aufzurechnen und damit die Nazi-Verbrechen zu relativieren? Und gibt es Ansätze, eine "Geschichte von unten" über deutsche Betroffene (von Luftangriffen, von Aussiedlung) zu schreiben, ohne in die Aufrechnungsfalle zu geraten? Wie werden die ungeheuerlichen und unvergleichbaren Verbrechen der Nazi-Wehrmacht neuerdings gegen die angeblichen Greueltaten der Besatzungsmächte ins Verhältnis gesetzt? Wie ist die Entwicklung eines Geschichtsbildes zu beurteilen, in dem nun immer häufiger eine "Befreiung des Westens" einer "Besatzung des Ostens" gegenübergestellt wird? Ist in diesem Zusammenhang auch die zunehmende Beschäftigung mit den sogenannten Roten Kapos, wie die kommunistischen KZ-Lagerkomitees inzwischen genannt werden, zu sehen? Und wie hängt die Empfehlung des Schulausschusses der Kultusministerkonferenz, in der den Schulen ein neues nationales Geschichtsbild verordnet werden soll, mit diesen Tendenzen zusammen? Außerdem fragen wir nach den politischen Funktionen dieses Umschreibens der Geschichte. Finden sich in den Gedenkreden Hinweise, daß das geläuterte und wiedervereinigte Deutschland nicht mehr so häufig an seine Nazi-Vergangenheit erinnert werden soll? Denn es ist bezeichnend, daß nach dem Golfkrieg 1991 nun auch im Zusammenhang mit dem Krieg in Ex-Jugoslawien versucht wurde, über die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen gegenwärtiges militärisches bundesdeutsches Engagement zu legitimieren.

2. Alltagsgeschichte

Außerdem wollen wir die Konsequenzen des Konzepts Alltags- und Regionalgeschichte für das gegenwärtige hegemoniale Geschichtsbild selbstkritisch hinterfragen. Ein inhaltlicher Hauptstrang der Alltagsgeschichte und der Geschichtswerkstätten-Bewegung war die lokale und regionale Erforschung des NS. Da eine solche Erinnerungsarbeit auch Bezug auf das Denken und das (Nicht-)Handeln der Indifferenten, der MitläuferInnen sowie der Beteiligten nimmt, beförderte sie möglicherweise die Perspektive der deutschen TäterInnen. Wurden mit den Fragen nach "Eigensinn" und "Resistenz" der Widerstandsbegriff aufgeweicht, die Täter- und die Opferperspektiven ineinander vermengt? Oder waren es umgekehrt nicht gerade diese lokalen Projekte, die den gegenwärtigen Stand des lokalen/regionalen Wissens über den NS überhaupt ermöglichten? Aus allen Fragen ergibt sich die Notwendigkeit der Klärung, wie eine Geschichtsarbeit aussehen müßte, die einerseits

lokale und regionale Bedürfnisse ernstnimmt, andererseits nicht durch "einfühlsame", widerspenstige Handlungsweisen betonende Konzeptionen zu einer Verankerung "deutscher" Identität in der Geschichte dazu beiträgt, den neuen bundesdeutschen Nationalismus voranzutreiben.

3. Vom Nutzen der Geschichte?

Kann die Beschäftigung mit der deutschen Nazi-Vergangenheit den Blick für aktuelle, andere Formen von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus schärfen? Oder machen historische Vergleiche blind für den gegenwärtigen, kulturalistischen Rassismus und Nationalismus, der viel moderner, weil europäischer (UNO statt Nation) ist? Verstellt die Interpretation vom "Sonderweg" des deutschen Nationalstaates den Blick auf die Gefahren, die von den gegenwärtig "modernisierten" und verwestlichten Nationalstaatskonzepten ausgehen? Und trägt die Sichtweise vom immer faschistischen Deutschen auf paradoxe Weise zur nationalen Identitätsbildung (Negativer Nationalismus) bei? Verschleiert die Parole "Wehret den Anfängen" nicht die Tatsache, daß wir bereits mitten drin sind, aber in einer ganz anderen Weise, als es der Slogan unterstellt? Dient die Erinnerung an Auschwitz vielleicht gar dazu, gegenwärtige Ausgrenzung und Aussonderung zu bagatellisieren, weil vor Auschwitz jedes Verbrechen als harmlos erscheint? Oder ist die Erinnerung an Auschwitz und das Gedenken an Nazi-Opfer immer wieder notwendig, einerseits um für den Kampf gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Euthanasie etc. zu sensibilisieren, andererseits, um nicht der physischen Auslöschung von Menschen die kulturelle folgen zu lassen?

4. Projekte

Gibt es besondere Themen für Geschichtsprojekte zum NS, die den Schlußstrichziehern entgegenwirken könnten? Wir möchten hier alle Initiativen, aber auch einzelne HistorikerInnen oder lokale Antifa-Gruppen dazu einladen, ihre Projekte unter den oben formulierten Gesichtspunkten vorzustellen. Auch für Initiativen, die ihre Arbeit schon beendet haben, ist hier die Möglichkeit zu einer selbstkritischen Rückschau geboten. Außerdem soll hier einmal mehr der alte Vernetzungsgedanke und der Austausch gefördert werden.

Eingeladen sind alle Geschichtswerkstätten und Geschichtsinitiativen, HistorikerInnen, und andere am Umgang mit der NS-Geschichte Interessierten. Darüber hinaus richtet sich diese Einladung an antifaschistische Initiativen, studentische Fachschaften sowie andere gesellschaftliche Gruppierungen, zu deren Zielen die Erinnerung an die Verbrechen des NS und die Bekämpfung von Rassismus, Neonazismus und Rechtsextremismus gehört. Voraussetzung für eine inhaltliche Beteiligung ist ein Beitrag, der sich mit den eingangs formulierten Fragen beschäftigt. Interessierte Projekte/Personen/Gruppen, die sich mit Referaten, Diskussionsbeiträgen, Mini-Ausstellungen, Büchertischen usw. am Programm beteiligen wollen, werden gebeten, möglichst umgehend mit der Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach a.N. (Klaus Schönberger) Kontakt aufzunehmen.

Die VeranstalterInnen sind: Bundesweite Geschichtswerkstatt e.V., Fachschaft Geschichte der Ernst-Bloch-Universität Tübingen, Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach a.N., Geschichtswerkstatt Tübingen und Antifa-Komitee Tübingen.

Die Tagung beginnt am 10.5. um 20 Uhr und endet am Nachmittag des 12.5. Sie findet statt im Gemeindehaus Lamm der Evangelischen Gemeinde neben dem Rathaus, auf dem Marktplatz in der Tübinger Altstadt. Für die Teilnahme wird um einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 15 bis 30 DM gebeten.

Wir haben einige Schlafplätze in der Tübinger Jugendherberge reserviert. Auch einige private Schlafplätze stehen zur Verfügung. Wer eine dieser Möglichkeiten in Anspruch nehmen will, muß sich bis spätestens 31. März 1996 anmelden. Anmeldeschluß allgemein ist der 30.4. 1996.

Die Verpflegung bleibt allen selbst überlassen. Die Tübinger Mensen haben Freitag abend und Samstag mittag geöffnet. Darüber hinaus werden wir vor Ort auf weitere Möglichkeiten hinweisen.

Anmeldung: Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach a.N. und Umgebung e.V., c/o Cafe Provinz, Cottaplatz 4, D-71672 Marbach a.N., T. u. Fax: (07071) 4 16 45.

33. Reichsgründungsfeier abgesagt. Antifaschistische Proteste hatten Erfolg

Antifaschistische Proteste erfolgreich

Autor: Bündnis · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:29

Ungeahnt sensibel reagierte Fürst Ferdinand von Bismarck auf eine Ankündigung, die 125-Jahrfeier der Reichsgründung (18.1.1871) auf dem Anwesen derer zu Bismarck in Friedrichsruh bei Hamburg durch Proteste zu begleiten: Kurzerhand wurde sowohl der für den 20.1.96 angekündigten Festvortrag der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußens" einschließlich dem Absingen aller drei Strophen des Deutschlandliedes (1), wie auch die anschließende Auszeichnung "verdienter" Deutscher mit dem "Bismarckorden am Halsband" abgesagt. (2)

Ganz offensichtlich scheuen diese sonst eher hartgesotten Kreise die öffentliche Aufmerksamkeit: Anfang diesen Jahres soll mit dem Umbau des ehemaligen Bahnhofgebäudes in Friedrichsruh zur nationalen Pilgerstätte für den ersten deutschen Reichskanzler, Otto von Bismarck, begonnen werden. Die Bundesregierung übernimmt mit einem Zuschuß von 7,5 Millionen Mark den Löwenanteil an der Finanzierung. (3) Sollte das Auftreten von Referenten aus dem Spektrum der "Neuen Rechten" unter der Schirmherrschaft des Bismarck-Urenkels bekannter werden, könnte mehr als nur das Ansehen Schaden leiden.

Bismarckbund &

die Pflege der Vergangenheit

Seit 1983 (1) veranstaltet der "Bismarckbund" zum Jahrestag der Reichsgründung und am 3. Oktober Gedenkfeiern, die in Zusammenarbeit mit der "Landsmannschaft Ostpreußen" und der "Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V." ausgerichtet werden. Der Bismarckbund "betrachtet es als seine Aufgabe das preußisch-deutsche Erbe zu pflegen" und wählte sich Fürst Ferdinand von Bismarck zu seinem Schirmherrn. (4) Stellvertretender Vorsitzender dieser "Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins" ist Emil Schlee. Letzterer war ehemalig Mitglied der CDU, der "Patrioten für Deutschland", der Republikaner und ist heute Vorsitzender der Rep-Abspaltung: "Aufbruch 94 - Freie Deutsche Wählervereinigung". Schlee trat in den vergangenen Jahren bei den verschiedensten rechtsextremen Gruppierungen (z.B. der "Gesellschaft für freie Publizistik" oder dem "Nationaleuropäischen Jugendwerk") auf und veröffentlichte in zahlreichen Zeitschriften aus dem faschistischen Spektrum ("Mut", "Nation + Europa", "Code"). (5) Amtsvorgänger Hugo Wellems stand bis zu seinem Tod in Punkto bester Verbindungen ins rechtsextreme Lager Emil Schlee in nichts nach. Zusammen mit letzterem im Vorstand der "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft", arbeitete Wellems als Chefredakteur des "Deutschlandjournals", der "Pommernzeitung" und des Ostpreußenblattes. (6) Seine Festrede als Vorsitzender des Bismarckbundes, entspann sich entlang der Kriegsschuldthese, wonach "die Wiege des Nationalsozialismus in Versaille" liegt. (7)

Der Apfel

fällt nicht weit vom Stamm

Auch die "Junge Landsmannschaft Ostpreußen" ist in die Organisation der Reichsgründungsfeiern mit eingebunden. Unter der gleichen Hamburger Verlagsadresse wie das Ostpreußenblatt wird auch die Zeitschrift der Jungvertriebenen, "Fritz", herausgebracht, die wegen ihrer rassistischen Hetztiraden vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird. (8) Als diesjähriger Festredner der Jungvertriebenen war Stefan Wartisch vorgesehen. Verklausuliert als "Mitbegründer des Hamburger Kreises" angekündigt und AntifaschistInnen als Mehrfachabonnent und Autor der "Jungen Freiheit" bekannt, liegt es nahe, dahinter den Hamburger Lesekreis der Jungen Freiheit zu vermuten. Weitere Festredner der vorangegangenen Jahre waren u.a.: Karl Heinz Weißmann, Dr. Harald Rüdenklau vom "Neuen Deutschen Nationalverein" und Prof. Bernhard Willms, Autor in rechtsextremistischen Zeitschriften wie den Deutschen Monatsheften und Nation + Europa. (9)

Schicksal, Staat

und Volk der Deutschen

"Heute, da Deutschland wieder unter kraftvoller Führung steht und beginnt, sich wieder Achtung und Geltung in der Welt zu verschaffen, huldigen wir um so freudiger den Reden aus dem Sachsenwald." 1935 beschwor das Hamburger Fremdenblatt in diesem Sinn eine "gerade Linie von Bismarck zu Adolf Hitler." (10) Nach der Niederschlagung des Faschismus dauerte es zwanzig Jahre, bis es der Bundesregierung wieder opportun erschien, an das militaristische Erbe Preußens anzuknüpfen. Am ersten April 1965, anläßlich einer zum 150. Geburtstag des Reichskanzlers gehaltenen Ansprache, ermahnte Ludwig Erhard am "Andenken Bismarcks" auch in der "neue(n) Epoche der Weltgeschichte" festzuhalten. "Indem wir Bismarck ehren, bekennen wir uns zu unserer Geschichte. Zu dieser Geschichte aber gehört dieses deutsche Reich, das er begründet hat und dessen Schicksal Staat und Volk der Deutschen so entscheidend prägte." (11) Daß man "die letzten hundert Jahre deutscher Geschichte weder total glorifizieren noch total verwerfen dürfe", war denn auch der Tenor einer weiteren Festansprache anläßlich des 100. Jahrestages der Reichsgründung am 18.1.1971 vom damaligen Außenminister, K.-G. Kiesinger. (12) Nach Versailles konnte man nicht - und zum Grab Wilhelm des I. wollte man nicht mehr pilgern. Also blieb zum Gedenken an verlorene Größe nur Friedrichsruh. Nach längerem Drängen der CDU hatte sich noch die Große Koalition darauf geeinigt, an der Reichsgründungsfeier dieses 18. Januars mit einer offiziellen Delegation teilzunehmen. Der Etikette entsprechend, war für einen solchen Regierungsakt auch ein Gebinde des Bundeskanzlers erforderlich. Willi Brand konnte oder wollte anschließend nicht mehr aus der Reihe tanzen und beugte sich den Erfordernissen. Eine pikante Situation für einen Vorsitzenden einer Partei, die 1890 im Vorwärts feststellte: "Hätte sie sich (Anm. die Sozialdemokratie) mit Hammelsgeduld unterworfen und in stiller Ergebenheit gewartet, bis von oben herab eine Lösung kommen und der Knebel uns abgenommen werde, noch heute wäre das Sozialistengesetz in Kraft und noch heute spielte Fürst Bismarck seine unheilvolle Rolle fort."

In den folgenden Jahren wurde es um das preußische Andenken stiller. Die guten Kontakte zum Stahlhelmflügel in und außerhalb der CDU werden natürlich weiter gepflegt. Der 1981 gegründete Bismarckbund, konnte sich von Anfang an der tatkräftigen Unterstützung durch die "ostpreußische-" und die "pommersche Landsmannschaft" sowie der "Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" sicher sein. (5) Doch selbst eine CDU-Prominenz vom Schlage eines Otto von Habsburg oder Fürst Ferdinand von Bismarck konnte nicht darüber hinweg täuschen, daß die ganz große "Würdigung" ausblieb. Ein erstes Signal zur Trendwende deutete 1987 auf eine preußische Zukunft hin. Der für deutsche Kulturfragen zuständig Innenminister Zimmermann und der schleswig-holsteinische Kultusminister Bendixen sprachen sich für eine "würdige und repräsentative Gedenkstätte" in Friedrichsruh aus. (13)

Erneuter Aufschwung

für preußische Tugenden

Im vergangenen Jahr wurde zusätzlich zum oben genannten Bismarckbund eine weitere Vereinigung ins Leben gerufen: die Bismarckstiftung. Ihr gehört neben dem Land Schleswig-Holstein, der Bund, die Familie zu Bismarck, der Kreis Herzogtum Lauenburg, die Gemeinde Aumühle sowie einige Historiker an. Die Stiftung wird vom Bundesinnenministerium finanziert und soll den Bahnhof in Friedrichsruh zu einem "Zentrum der deutschen Bismarckforschung" machen. (13) Der Historiker und Publizist, Dirk Bavendamm, der seit 1988 nebenberuflich im Bismarckarchiv arbeitet, möchte gerne zum Geschäftsführer dieser Bismarckstiftung "öffentlichen Rechtes" werden. (14) Bavendamm, der Leiter der Akademie für Kultur und Wissenschaft, gehört mit seiner "Kriegsschuldlüge" zur Zunft der Geschichtsrevisionisten, welche die Schuld Deutschlands am II. Weltkrieg zu leugnen suchen. Dementsprechend brachte er im Herwig-Verlag das Buch "Roosvelts Krieg 1937-45" und "Das Rätsel von Pearl Habour" heraus. (15) Der Bismarckstiftung soll ein wissenschaftlicher Beirat beigeordnet werden, zu dessen Gründungssitzung unter anderem auch der ehemalige amerikanische Außenminister Kissinger Anfang dieses Jahres in Friedrichsruh erwartet wird. Angesichts solch stolzer Zukunftsperspektiven erscheint die Vorsicht des Bismarckbundes verständlich. Nicht verschreckt werden soll, was vielleicht (noch?) verschreckt werden könnte. Herbert Linden, Ministerialrat im Bundesinnenministerium und Vorstandsmitglied der Bismarckstiftung träumte schon mal in die Zukunft und "verspricht sich durch die neue Institution erhebliche Auswirkungen auf Aumühle. Fachtagungen, Schülervorträge, und Symposien sollen im Bismarckbahnhof stattfinden." "Dann", glaubt Linden "werden Besucherströme fließen." (16) Spätestens

jetzt klingt das alles aber gar nicht mehr nach wissenschaftlicher Arbeit oder der Sicherung historischer Quellen, sondern vielmehr nach dem Ausbau Friedrichruhs zu einer nationalen Pilgerstätte. Sollte es gelingen, die vielfachen Verbindungen ins rechtsextreme Lager in die öffentliche Diskussion zu bringen, könnte noch einiges ins Rollen kommen.

Bündnis

Keinen Fußbreit den Faschisten

Quellenhinweise:

1) Bergedorfer Wochenblatt, 21.1.1991

2) Überschrift und Zitate nach Hamburger Abendblatt, 22.1.1996

3) Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke/PDS, BTD 13/772

4) Nach "Festschrift des Bismarckbundes"

5) Avanti Script Nr.3, April 1992

6) Antifaschistische Informationen - Rechte Organisationen in Hamburg, Juni 95

7) Ostpreußenblatt, 25.1.1992

8) FR, 18.4.1995

9) Ostpreußenblatt, 13.1.1996

10) Hamburger Fremdenblatt, 1.5.1935

11) Bundes-Anzeiger Köln, 3.4.1965

12) Die Zeit, 22.1.1971

13) FAZ, 31.7.1987

14) HA 9.11.93

15) FR, 31.10.95

16) HA 12.12.1995

34. "Sie könnten sich durch Parolenrufen strafbar machen ..." Solidaritätsbewegung gegen das "PKK-Verbot"

Solidaritätsbewegung gegen das "PKK-Verbot" wird kriminalisiert

Autor: Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Internationale Solidarität; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:31

"Die 1993 und 1995 erlassenen Verbote kurdischer Vereine schränken die kulturelle und politische Äußerungs- und Betätigungsfreiheit in der Bundesrepublik lebender Kurdinnen und Kurden in einem rechtstaatlich zumindest bedenklichen Maße ein. Nahezu jede kulturelle und politische Äußerung von Kurdinnen und Kurden in unserem Land steht mittlerweile unter dem Verdacht, dort würden strafbare Handlungen gegen ein vollziehbares Vereinsverbot begangen." So heißt es u.a. in einem von der PDS-Bundestagsgruppe am 30. Januar beschlossenen Papier.

Seitdem Soli-Gruppen versucht haben, den zweiten Jahrestag des sogenannten "PKK-Verbots" als Protesttag gegen dieses Verbot zu nutzen, dreht der bundesdeutsche Staatsschutz die Daumenschrauben noch weiter an. Betroffen von dieser verschärften Kriminalisierung sind zunehmend auch Deutsche.

Am 18.11.1995 wollten in Köln über 100 deutsche Organisationen und Einzelpersonen gegen die Verbote kurdischer Vereine protestieren. Die Demonstration sollte hauptsächlich von der deutschen Solidaritätsbewegung getragen werden. Dieses Anliegen wurde u.a. auch von der PDS-Bundestagsgruppe unterstützt.

Die Demonstration wurde vom Kölner Polizeipräsidium am 10.11.1995 untersagt. Die VeranstalterInnen hatten mit der die Demonstration unterstützenden "Föderation kurdischer Vereine in Deutschland" (YEK-KOM) vereinbart, daß nur lokal unter KurdInnen mobilisiert werden sollte. Ungeachtet dieser verbindlichen Absprachen ging die Kölner Polizei davon aus, daß bis zu 15.000 KurdInnen zu dieser Demonstration anreisen könnten. Einen Beleg für diese wagemutige Behauptung blieb die Polizei jedoch bis zum Schluß schuldig.

Die Kölner Variante:

Stumm und ausländerfrei

Das Verwaltungsgericht (VG) Köln bestätigte diese Verbotsverfügung nicht nur, sondern erweiterte die Begründung noch: Die Teilnahme von KurdInnen an der Demo wurde als generell problematisch angesehen. Die thematische Ausrichtung der Demo ("Für eine politische Lösung in Kurdistan") und die zeitliche Nähe zum Jahrestag der Auflösung kurdischer Vereine mache ein Verbot notwendig.

Zwar sei es - nach Ansicht des VG Köln - möglich, durch "massive polizeiliche Durchsuchungen" Transparente "strafbaren Inhalts" einzuziehen, die Stimmen der Demo-TeilnehmerInnen ließen sich aber leider nicht beschlagnahmen. So könnten diese trotz polizeilicher Kontrollen z.B. durch "Parolenrufen und Grußform" strafbare "verhaltensbezogene Unterstützungshandlungen" zugunsten der PKK tätigen.

Die Polizei verwandelte am geplanten Veranstaltungstag Köln in eine regelrechte Polizeifestung. In Bielefeld, Braunschweig, Frankfurt/M. und Mainz wurden Busse von der Polizei nach etwaigen DemoteilnehmerInnen durchsucht. Auch an Kölner Einfallstraßen wurden polizeiliche Kontrollstellen eingerichtet. Dies führte zum zeitweiligen Zusammenbruch des Autoverkehrs. Züge wurden aufgrund einer rassistischen Direktive der Kölner Polizei nach ausländischen Personen durchsucht. Diese wurden festgenommen oder nach Hause geschickt . In der Kölner Innenstadt konnten nur ca. 500 Personen durch die Kontrollen schlüpfen. Die Spontandemonstration auf den Domplatz wurde von der Polizei eingekesselt und zusammengeschlagen.

Über 330 Personen wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen. Dort waren erneut besonders AusländerInnen sowie deutsche und ausländische Frauen rassistischen und sexistischen Attacken der Polizei ausgesetzt.

Im Januar 1996 hat die Dortmunder Polizei eine Großdemonstration, mit der an den 50. Jahrestag der Gründung der Kurdischen Republik Mahabad im Iran erinnert werden sollte, untersagt. Die Polizei begründete das Demo-Verbot mit ihrer Vermutung, die erwarteten 60.000 TeilnehmerInnen könnten diese Kundgebung in eine Demonstration der PKK umgestalten. Die VeranstalterInnen verzichteten auf die Ausschöpfung aller Rechtsmittel. Die Polizei hatte im Gegenzug am Veranstaltungstag zwar an allen Zufahrtsstraßen massiv uniformierte und zivile Einsatzkräfte postiert, führte jedoch keine Kontrollen durch.

Am 18.1.1996 verbot der Saarbrücker Bürgermeister die Durchführung einer kurdischen Großdemonstration in der Landeshauptstadt. Den AnmelderInnen wurde vorgeworfen, daß sie die Forderung nach einer politischen Lösung des Konflikts in Kurdistan unter Hinweis auf das Waffenstillstandsangebot der PKK vom 15.12.95. unterstützen: "Damit ist aus dem Versammlungsthema ein eindeutiger PKK-Bezug zu entnehmen. ... (Die AnmelderInnen) haben sich nicht von der Ideologie der PKK distanziert", heißt es in der Verbotsverfügung. "Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wäre bei der Durchführung der Demonstration mit einer Fülle von Straftaten zu rechnen," so das zuständige Ordnungsamt. Darunter verstehen die Saarbrücker Ordnungshüter das Zeigen von "PKK/ ERNK-Symbolen", Bilder und Grußbotschaften von Öcalan und das Skandieren von "PKK-Parolen". "Dies hatte (bereits früher) das Einschreiten der Polizei zur Folge. Hierbei ist es zu tumultartigen Ausschreitungen mit erheblichen Personen- und Sachschäden gekommen." So produziert der Staat die von ihm gewünschte Kriminalität selber.

Im November 1995 sollte in Essen eine Veranstaltung gegen die Verbote kurdischer Organisationen und die daraus resultierende Kriminalisierung stattfinden. Unter Bezugnahme auf die verbotene Kölner Demonstration und mit dem Hinweis auf den zweiten Jahrestag des sogenannten "PKK-Verbots" schloß die Staatsschutzabteilung der Essener Polizei messerscharf darauf, daß es sicher hierbei nur um eine PKK-Veranstaltung handeln könne: da einzelne Mitglieder des die Essener Veranstaltung mitorganisierenden "Deutsch-Kurdischen-Freundschaftsvereins" an Kundgebungen teilgenommen hätten, in deren Verlauf Sympathiebekundungen zugunsten der PKK abgegeben worden sein sollen, würde jede von dem Freundschaftsverein organisierte Veranstaltung der PKK ein politisches Forum schaffen und müsse daher - nach Ansicht der Staatsschutzpolizisten - untersagt werden.

Diese verquere Argumentation fand diesmal vor dem Oberverwaltungsgericht kein Gehör. Die Verbotsgründe hätten sich "aus zum Teil vage gehaltenen, teilweise unerheblichen Berichten der Polizei" ergeben. Für die von der Stadt Essen beschworene Gefahr von Demos gegen das Veranstaltungsverbot wären "konkrete Hinweise auch noch nicht einmal im Ansatz erkennbar."

Die Polizei hatte die Anwesenheit uniformierter Polizeikräfte im Saal zur Auflage gemacht, um das Zeigen "verbotener Symbole" zu unterbinden. Tatsächlich waren bewaffnete Zivilpolizisten im Foyer des Schulgebäudes zugegen. Durch Verhandlungen konnte letztlich erreicht werden, daß die im Saal anwesenden Zivis ihre Knarren draußen lassen mußten. Das hinderte sie jedoch nicht daran, während dort Redebeiträge gehalten wurden, mehrfach damit zu drohen, daß - sofern das Schwenken von PKK-Fähnchen nicht aufhören würde - die Polizeikräfte, die den Veranstaltungsort umstellt hatten, diese Kundgebung gewaltsam auflösen würden.

Abgebrochen wurde im Januar 1996 eine in Hannover stattfindende Konferenz "Frauen in Kurdistan". Die von der Polizei erlassenen Auflagen machten eine weitere Durchführung dieser Veranstaltung unmöglich.

Bereits im November 1995 hatte der "Freie Frauenverband Kurdistan" (YAJK) in Zusammenarbeit mit dem Braunschweiger "Deutsch-Kurdischen Freundschaftsverein Musa Anter" eine Konferenz gleichen Namens durchführen und über "die Auswirkungen des Krieges auf die Menschenrechtslage der Frau, der Organisation der Frauen in Kurdistan und im Exil lebender Frauen" informieren wollen. "Frauen" so hieß es in der Konferenzeinladung, "sind durch den Krieg insbesondere betroffen, da Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt von den ‚Sicherheitskräften` als eine besondere Art der Folter gegen Frauen eingesetzt wird. Sie verfolgen damit das Ziel, Frauen in ihrer Persönlichkeit zu zerstören."

Im November 1995 kündigte das Ordnungsamt Hannover ein Verbot der Konferenz an, da es sich bei YAJK um eine Nebenorganisation der verbotenen PKK handeln würde. Tatsächlich mußte der niedersächsische Verfassungsschutz letztlich aber einräumen, daß YAJK nicht verboten und somit eine legale Organisation sei.

Dessen ungeachtet versuchte die Polizei Hannovers den zweiten Anlauf für die Durchführung dieser Konferenz mittels versammlungsrechtlicher Auflagen zu verhindern - erfolgreich, wie sich zeigen sollte: Der YAJK - also der Ausrichter der Konferenz - durfte namentlich nicht erwähnt werden. Der Redebeitrag über die psychischen Folgen von Folter und Vertreibung mußte von der Frankfurter Psychologin Felicitas Langer gehalten werden, die nicht Mitglied von YAJK ist. Jedes von ihr gesprochene Wort wurde von den im Saal anwesenden Polizeibeamten akribisch protokolliert. Mehrfach unterbrachen die Polizeibeamten ihren Vortrag und drohten mit einem Eingreifen der massiven Polizeikräfte außerhalb des Saales. In dieser Situation, in der ein auch nur annähernd normaler Konferenzablauf nicht mehr durchführbar war, wurde die Veranstaltung abgebrochen. Es bildete sich eine Spontandemonstration, die zu einem autonomen Zentrum zog, wo die Konferenz - den widrigen Verhältnissen entsprechend - beendet werden konnte.

Maulkorbverfahren gegen solidarische Presseorgane

Gegen den Mitgeschäftsführer und presserechtlich verantwortlichen Redakteur des "Kurdistan-Rundbriefes" hat die Kölner Staatsanwaltschaft im November 1995 Anklage erhoben. Er soll sich durch den Abdruck zweier Artikel der "Betätigung und Förderung einer vom Bundesminister des Inneren verbotenen Vereinigung" schuldig gemacht haben.

Dem Redakteur des Rundbriefes wird zur Last gelegt, eine Grußadresse des PKK-Vorsitzenden Öcalan an die kurdische Großdemonstration im Bonner Hofgarten am 17.6.1995 kommentarlos abgedruckt zu haben. Außerdem bezieht sich die Anklage auf den Abdruck einer Erklärung der ERNK.

Pikant an diesem Verfahren ist der Zeitpunkt der strafbaren Handlung. Die beiden Artikel erschienen nämlich in den Tagen, als der PKK-Vorsitzende wie auch die ERNK ungestraft im "Stern" bzw. in "ZAK" zu Wort kommen konnten. Zudem trafen sich im Sommer des vorigen Jahres der bekannte CDU-Rechtsausleger Heinrich Lummer und ein Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Öcalan zu getrennten Geprächen.

Bemerkenswert ist weiterhin, daß dieses Staatsschutzverfahren bereits der vierte Versuch ist, den "Kurdistan-Rundbrief" zu kriminalisieren. Die bislang eingeleiteten Ermittlungsverfahren bezogen sich auf dessen Impressum. Darin werden die 1993 aufgelösten Vereine "FEYKA-Kurdistan" und das "Kurdistan-Komitee" als Mitherausgeber genannt - allerdings unter dem Zusatz "zur Zeit verboten".

Mit dieser Erwähnung soll der Rundbrief die beiden verbotenen Vereine wiederum "unterstützt" haben. Dieser absurde Vorwurf wurde zunächst von der Staatsanwaltschaft eingestellt, später - auf Beschwerde des Bundesinnenministeriums - wieder aufgenommen. Im August 1995 stellte schließlich das Oberlandesgericht Köln diesen Quatsch ein - mit einer beachtenswerten Begründung: Das Impressum sei in der vorliegenden Form nicht strafbar. Das "Kurdistan-Komitee" und "FEYKA" seien nicht mehr existent. Sie könnten also beim besten Willen nicht mehr unterstützt werden.

Vor dem Staatsschutzsenat des OLG-Nürnberg begann im Januar 1996 der Prozeß gegen den von der "Kurdistan-Solidarität Nürnberg-Erlangen" herausgegebenen Pressedienst "Biji". Gegen nicht weniger als 24 Ausgaben des Blattes ermittelt die Staatsanwaltschaft der Frankenmetropole. In zehn Fällen wurde Anklage wegen "Unterstützung einer verbotenen kurdischen Organisation" erhoben. Diese Ermittlungsverfahren - die zum Teil auf Anstöße des türkischen Generalkonsulats in Nürnberg zurückgehen (FR, 20.1.96) - beziehen sich regelmäßig auf den Abdruck von Erklärungen der PKK, der ERNK bzw. des militärischen Flügels der PKK, der ARGK. Oberstaatsanwalt Walter Grandpair beantragte gegen den presserechtlich Verantwortlichen von "Biji" eine Geldstrafe in Höhe von 3.000 DM. Die Staatsschutzkammer setzte das Verfahren aber aus, um beim Verfassungsschutz des Freistaates ein Gutachten zu erstellen. Darin soll der VS darlegen, ob er die kurdische Nachrichtenagentur "Kurd-A" - auf deren Mitteilungen "Biji" regelmäßig zurückgriff - als eine Nachfolge-Organisation der 1993 aufgelösten Agentur "Kurd-HA" ansieht.

Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB

35. Sterben und Überleben in Auschwitz. Neue Auschwitzliteratur - Rezension

Rezension neuerer Auschwitz-Literatur von Werner Renz

Autor: Werner Renz, Fritz Bauer Institut · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:07

Werner Renz, Leiter der Dokumentationsabteilung und der Bibliothek des Fritz Bauer Instituts - Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust -, hat eine Annotierte Bibliographie der deutschsprachigen Auschwitzliteratur erarbeitet (s. ak 372, S. 35) und das Dossier zum 50. Jahrestag des Aufstandes des jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz Birkenau am 7. Oktober 1944 (s. ak 375, S. 29) herausgegeben. Wir haben die Rezensionen, in denen Werner Renz neuere Auschwitz-Literatur einer sehr kritischen Sicht unterzieht, mit freundlicher Genehmigung des Fritz Bauer Instituts dem Newsletter (Nr. 10, Dezember 1995) entnommen.

In den eineinhalb Jahrzehnten seit der Ausstrahlung des Fernsehfilms Holocaust (Januar 1979) sind nahezu zweihundert Bücher in deutscher Sprache erschienen, die das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz zum Gegenstand haben. Gerade halb so viele Publikationen waren es in den dreißig Jahren davor. Fürwahr ein erfreulicher Befund, gewiß eine ansehnliche Zahl. Unser Wissen um Auschwitz ist wohl belegt und überzeugend begründet, unsere Kenntnis von dem an diesem Ort von Deutschen begangenen Menschheitsverbrechen ist gut gesichert und hinreichend quellengestützt. Die Auschwitz-Forschung hat gründliche Arbeit geleistet, hat dennoch nicht verhindern können, daß schlampige und schludrige, aus angelesenem Halbwissen zusammengeschusterte Bücher erscheinen und auf dem deutschen Buchmarkt erfolgreich sind.

Ein Beispiel für diesen nachlässigen und bedenkenlosen Umgang mit dem Gegenstand ist das Buch Auschwitz und die ‚Auschwitz-Lüge`. Massenmord und Geschichtsfälschung (München 1994, Beck'sche Reihe 1058) von Till Bastian.

Königreich Auschwitz

Nicht gar so hanebüchen ist Königreich Auschwitz von Otto Friedrich. Das aus dem Amerikanischen übertragene Buch, erstmals 1982 und sodann 1994 in überarbeiteter Form veröffentlicht, basiert auf einer recht unzureichenden Kenntnis der Auschwitz-Literatur. Wohl engagiert und gutgemeint, doch unbedarft und kenntnislos erzählt Friedrich voller moralischer Entrüstung die Geschichte des Vernichtungslagers. Die von Historikern des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau mit großer Verspätung vorgenommene Korrektur der Opferzahlen wertet Friedrich als "ein weiteres Zeichen der allgemeinen Verdrängung" (S. 9) und hält an der überhöhten Zahl von vier Millionen Opfern in Auschwitz (S. 25) fest. Um die Forschungsergebnisse schert sich der Autor nicht, verdunkelt gar die Geschichte des Lagers durch unrichtige Angaben und den unkritischen Gebrauch von Quellen wie u. a. den Aufzeichnungen von Rudolf Höß oder dem Bericht von Miklós Nyiszli. Die vielen Fehler, auch die zahlreichen Unbeholfenheiten der Übersetzung lassen sich nicht alle nennen. Exemplarisch erwähnt seien die falsche Datierung des von Ungarns Reichsverweser Horthy verhängten Deportationsstopps (S. 108), die Schilderung des Todes von Josef Schillinger (S. 50), die Angaben über die Entstehung des Broad-Berichts (S. 32), die Ausführungen über die Bunker 1 und 2 genannten provisorischen Vernichtungsanlagen (S. 40). Was die Übersetzung anlangt, so ist fortwährend von den "Frankfurter Verhören" anstatt vom 1. Frankfurter Auschwitz-Prozeß die Rede, von "Gefangenenschwestern" (S. 45) statt von Pflegerinnen, von "Barackenvorstehern" (S. 71) statt von Stubenältesten, von "Eine Laus kann dich töten" (S. 100) statt von der zynischen SS-Parole "Eine Laus - Dein Tod". Neben all diesen Unzulänglichkeiten enthält Friedrichs Buch fehlerhafte Lagerpläne (S. 18) und unvollständige Quellenhinweise. Zu fragen bleibt, warum Verlage wie Beck (München) und Rogner & Bernhard Bücher vertreiben, die weit hinter den Forschungsstand zurückfallen. Verwunderlich ist weiterhin, daß solche flott und recht freihändig geschriebenen Darstellungen nicht wenige Leser finden.

Ein Leben

und eine Liebe

Mala Zimetbaum, am 15. September 1944 nach einer fehlgeschlagenen Flucht aus Auschwitz vor den Augen des zum Appell angetretenen Frauenlagers von der SS ermordet, ist zu einer legendären Figur in der Geschichte von Auschwitz geworden. Ein Nachgeborener, Lorenz Sichelschmidt, faßte beim Anblick einer Kreidezeichnung der in Auschwitz Untergegangenen den "Entschluß", sich "ein Bild davon machen" zu können, "was Auschwitz für einen Menschen, für eine Million Menschen bedeutet" (S. 136) hat. Kein unbescheidenes, kein leichtes Vorhaben. Quellenstudien in zahlreichen Archiven, Mitteilungen von Zeitzeugen und umfassende Kenntnis der einschlägigen Literatur bilden die Basis für Sichelschmidts Geschichte eines fragmentarisch gebliebenen Lebens, das in der Wahrnehmung und in der Erinnerung der davongekommenen Frauen in einem heroisch erlittenen Tod endete. Mala Zimetbaums im Lager bewiesene Furchtlosigkeit, ihre vielen Häftlingsfrauen gezeigte Hilfsbereitschaft, ihr fortwährend bezeugter Überlebenswillen ermutigten viele Gefangene und gab ihnen Kraft und Stärke. Zimetbaums Geschichte zeichnet Sichelschmidt nach, indem er lebensgeschichtliche Daten mit historischen Hintergrundinformationen kombiniert. In den Worten der Überlebenden, die der Porträtierten begegnet sind und sie gut gekannt haben, schildert der Autor unsentimental und in verhaltener Sprache die Ereignisse im Lager. Sichelschmidt enthält sich jeglicher Heroisierung, er verklärt seine Figur nicht, idolisiert das Opfer nicht. Kritisch bleibt anzumerken, daß der Nachgeborene im Lande der Täter aus der nachgezeichneten Geschichte eines Opfers der Shoah meint Lehren gezogen zu haben, die eingedenk des Verbrechens allzu banal anmuten. Wenn Sichelschmidt sein Vorwort gar mit der Einsicht beschließt, daß angesichts von Mölln und Solingen heute die Geschichte einer jungen Türkin zu erzählen wäre, bagatellisiert er um der guten Botschaft willen den Holocaust.

Nachschlag

für eine Gestorbene

Die Vergeblichkeit des Versuchs, sich Auschwitz anzunähern, erfährt man fortwährend bei der Lektüre von Überlebensberichten. Wie eindringlich und dicht, detailgenau und erinnerungsreich, vergegenwärtigend und anschaulich die Sprache der Davongekommenen immer auch ist, das Erlebte und Erlittene, das Geschehene und Vergangene scheint sich der Darstellbarkeit zu entziehen. So verstörend diese Erkenntnis ist, so geboten ist die Lektüre von Zeugnissen. Die unter schmerzlichem Wiedererleben von der Seele geschriebenen Lebens- und Leidensgeschichten sind bald das einzige, was von den Opfern der Shoah den späteren Generationen bleiben wird. Hédi Fried, wie Elie Wiesel in Sighet (Siebenbürgen) geboren und im Mai 1944 in das Todeslager deportiert, erzählt ihr Leben vor und nach Auschwitz. Anschaulich macht Fried, wie die Juden Groß-Ungarns bis zur Besetzung des Landes durch deutsche Truppen in einer trügerischen Sicherheit lebten und trotz aller Anzeichen und Warnungen von der Gefahr nichts wissen wollten, die ihnen von den Deutschen drohte. Ghettoisierung und Deportation schildert Hédi Fried in einfacher, authentischer Sprache, das Überleben in Auschwitz als Folge von Zufällen und Glück. Einige Wochen später nach Hamburg überstellt und zu schwerster Arbeit gezwungen, übersteht Fried den Terror der SS. Befreit wird die Autorin in Bergen-Belsen. Ein "Nachschlag Leben" (S. 169) ist, so weiß die Gerettete, einem Menschen "gewährt worden", der nunmehr ein gänzlich anderer ist. Vierzig Jahre nach der Befreiung formuliert Fried in schlichten Worten, was für viele Überlebende ein sie umtreibendes und aufzehrendes Anliegen ist: "Die zweite Kelle voll, die mir das Leben schenkte, gab mir auch eine Verantwortung. Ich brütete lange darüber nach, was dieser Nachschlag wohl bedeuten mochte. Ich brauchte vierzig Jahre, um zu erkennen, daß ich eine Zeugin bin und es meine Aufgabe ist zu erzählen, was ich erlebt habe, auch wenn ich keine Schriftstellerin bin. Wir, die wir überlebt haben, sind so wenige. Wir müssen von dieser unmenschlichen Sache erzählen, die im zwanzigsten Jahrhundert verübt wurde. Es darf nicht vergessen werden. Und es darf nie wieder geschehen." (S. 199)

Ein Leben

nach dem Überleben

Auch Leon Zelman, 1928 in einem Schtetl in Polen geboren, erzählt seine Geschichte. Aufscheinen läßt der seit 1945 in Wien lebende Autor eine verschwundene Welt, eine Welt, die von den Nazis zerstört wurde. Die Flucht vor den ins Land eingefallenen Deutschen nach Lodz, das Leben und Sterben im Ghetto, das eigene Überleben im Kinderheim auf dem Marysin, die Deportation nach Auschwitz, die Überstellung Ende September 1944 in verschiedene Außenlager von Groß-Rosen und in das Mauthausener Nebenlager Ebensee, die Befreiung durch amerikanische Truppen, schildert Zelman in einer bewegenden Sprache. Den einzelnen Kapiteln hat der Autor Bemerkungen vorangestellt, in denen er seine Verfassung als Davongekommener, sein

Erinnern als übriggebliebener Zeuge des Holocausts reflektiert. Zelmans erzähltes Leben nach dem Holocaust in einem der Täterländer führt die ganze Zerrissenheit vor Augen, unter der die hiergebliebenen Überlebenden leiden. Unerfüllte Hoffnungen und enttäuschte Erwartungen, fehlendes Eingedenken und hartnäckiger Antisemitismus verdunkeln das Nachleben Leon Zelmans, der gleichwohl auf seine Wiener Jahre mit Stolz zurückblicken kann. Der "kleine Leon" ist zu einem geachteten, geehrten Mann geworden, Gesprächspartner und Gast von manchen Großen dieser Welt.

Opfer und Täter im Gespräch

Der Filmemacher Bernhard Frankfurter hat das Wagnis auf sich genommen, einen Täter und ein Opfer zu einem Gespräch zusammenzuführen: den SS-Arzt Hans Wilhelm Münch und die Auschwitz-Überlebende Dagmar Ostermann. Münch arbeitete am Hygiene-Institut in Auschwitz und hat es fertiggebracht, sich dem Dienst auf der Rampe zu entziehen. Als einziger unter den 40 Angeklagten des Krakauer Prozesses wurde Münch Ende 1947 von dem Polnischen Nationalgerichtshof freigesprochen, kehrte nach Deutschland zurück und praktizierte bis zu seiner Pensionierung als Landarzt in einer kleinen Gemeinde im Allgäu. Dagmar Ostermann wurde im Oktober 1942 nach Auschwitz verschleppt und arbeitete bis April 1944 im sog. Standesamt II der Politischen Abteilung in Auschwitz. Der Versuch eines Gesprächs auf dem Hintergrund der so unterschiedlichen Perspektiven erweist sich als ein schwieriges Unterfangen. Das Verlangen des Opfers, in Münch partout den typischen SS-Mann, den gewöhnlichen Mörder sehen zu können, verhindert die Offenlegung der Motivationsstruktur und der Geistesverfassung dieses Täters. Münch, der im 1. Frankfurter Auschwitz-Prozeß und auch gegenüber Hermann Langbein ausgesagt hat, sieht sich in dem Gespräch zu sehr unter Rechtfertigungszwang und meint, sich des anklagenden Erzählens des Opfers erwehren zu müssen. Die Unmöglichkeit, sich verstehen zu können, die Vergeblichkeit, sich dem anderen zu erklären, macht deutlich, wie unüberbrückbar die Kluft zwischen Opfer und Täter ist, wie unvereinbar die gemachten Erfahrungen sind. Da der Täter sich selber nicht zu begreifen vermag und den eigenen Ausdrucksmöglichkeiten mißtraut, scheitert das Gespräch, endet die Begegnung von Opfer und Täter in Sprach- und Ratlosigkeit.

Otto Friedrich: Königreich Auschwitz. Deutsch von Tarcisius Schelbert. Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Hamburg 1995, 160 S., 36 DM.

Lorenz Sichelschmidt: Mala. Ein Leben und eine Liebe in Auschwitz. Donat Verlag, Bremen 1995, 168 S., 24,80 DM.

Hédi Fried: Nachschlag für eine Gestorbene. Ein Leben bis Auschwitz + Ein Leben danach. Aus dem Englischen von Ina Brümann. Verlag Dr. R. Krämer, Hamburg 1995, 208 S., 38 DM.

Leon Zelman: Ein Leben nach dem Überleben. Aufgezeichnet von Armin Thurnherr. Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 1995, 224 S., 39,80 DM.

Bernhard Frankfurter (Hg.): Die Begegnung. Auschwitz. Ein Opfer und ein Täter im Gespräch. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1995, 184 S., 36,00 DM

Informationen über die Arbeit des Fritz Bauer Instituts, die Publikationen (Materialien, Verzeichnisse, Biographien) und die Mitgliedschaft im Förderverein: Fritz Bauer Institut, Rheinstraße 29, 60325 Frankfurt am Main, Fax: 069-975811-90

36. Das Comeback der Atomindustrie

Autor: einige autonome · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:41

Widerstand gegen Atomenergie mutet wie "Schnee von gestern" an. Nach Harrisburg und Tschernobyl glaubte kaum jemand mehr ernsthaft, daß sich die Atommafia noch einmal breit machen könnte. In Deutschland wurde kein neues AKW mehr in Betrieb genommen. Seit 1988 wurden Investitionen von über 15 Milliarden Mark für atomtechnische Anlagen vergeigt, u.a. der Schnelle Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Weitere 11 Milliarden Mark sind derzeit in Atomenergieanlagen gebunden, deren Fertigstellung bzw. Nutzung wegen gerichtlicher Auseinandersetzungen oder ausstiegsorientiertem Gesetzesvollzug einzelner Landesregierungen gefährdet sind. (Handelsblatt, 7.9.95) Der Ausstiegswille der Energieversorgungsunternehmen (EVUs) wird seit Jahren herbei geredet und doch droht uns möglicherweise ein schlechtes Erwachen: Hardliner aus Politik und Wirtschaft bereiten ein Comeback der Atomenergie vor. Ob damit die Erfolge aus 20 Jahren Anti-Atom-Bewegung verspielt sind, liegt mit an unserer Bereitschaft, die neuen Entwicklungen (wieder) aufmerksamer zu verfolgen. Eine kleine Hilfe hierzu soll dieser Bericht sein, in dem wir uns bemühen, Informationen aus den letzten zwei Jahren zusammenzufassen und versuchen, Tendenzen deutlich zu machen.

Zur Zeit sind weltweit 432 AKWs in Betrieb. An der Spitze findet sich weiterhin die USA mit 109 Meilern am Netz, auch wenn dort seit Harrisburg (1979) nur ein neuer Reaktor gebaut wird. Den zweiten Platz belegt Frankreich mit 49 Reaktoren, es folgen Großbritannien mit 34, Rußland mit 29, Kanada mit 22, Deutschland mit 21, die Ukraine mit 15 und Schweden mit 12 Atommeilern. (taz, 9.1.95) Gegenwärtig erzeugen Atommeiler weltweit knapp 17 Prozent der gesamten Elektrizität. Die Europäische Union ist davon der größte Atomenergieproduzent. Sie deckt 34% ihres Strombedarfs durch Atomkraft.

Die aktuelle Entwicklung auf dem Atomenergiesektor wurde bisher in zwei Tendenzen zusammengefaßt: Flaute im Westen, Boom im Osten. Die Krise der Reaktorhersteller im Westen zeigt sich daran, daß in den vergangenen Jahren der Anteil der Atomenergie zurückgegangen ist und der Ausbau des Atomsektors in allen europäischen Ländern, mit Ausnahme von Frankreich, sogar ganz eingestellt wurde. Als Hauptprobleme werden genannt: mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung, die ungelöste Atommüllentsorgung und rapide Kosten für den Abbruch alter Reaktoren. Angaben der "Frankfurter Rundschau" zufolge werden derzeit weltweit "nur" rund 40 Atomkraftwerke errichtet. Parallel dazu nimmt die Zahl der stillgelegten Reaktoren zu. Insgesamt wurden bislang 81 AKWs stillgelegt, die durchschnittlich weniger als 17 Jahre in Betrieb waren. Aus dieser Entwicklung wird gefolgert, daß sich in den Industrieländern die Erkenntnis durchsetze, daß die Kernenergie im Vergleich zu anderen Energieträgern nicht mehr konkurrenzfähig sei.

Allein in einigen östlichen und ostasiatischen (Industrie-)Staaten sieht die Entwicklung ganz anders aus: Japan baut zur Zeit sechs Anlagen, eben so viele sind es in Südkorea, und auch China hat angekündigt, sechs neue Reaktoren zu errichten, genau wie Thailand. In Indonesien will der amerikanische Konzern Westinghouse von 1995 an zwölf neue Atomreaktoren errichten. Staaten des ehemaligen Ostblocks (Rußland, Ukraine) widersetzen sich den Forderungen westlicher Länder, zwölf ältere und als unsicher geltende AKWs vom Netz zu nehmen. Die ukrainische Regierung widerrief sogar die Zusage, die beiden noch im Betrieb befindlichen Blöcke in Tschernobyl abzuschalten. Beide Länder kündigten an, ihre auf Eis liegenden Konstruktionsprogramme wieder aufzunehmen. Das russische Ministerium für Atomenergie plant, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von derzeit zwölf auf 30 Prozent zu steigern.

Große Hoffnungen setzt die Atomlobby auf den boomenden Markt in China. Bis zum Jahr 2015 erwartet die chinesische Regierung eine Verdreifachung des Strombedarfs auf 2.480 Terrawattstunden (eine Terrawattstunde entspricht 1.000 Milliarden Kilowattstunden).

Zurück ins Inland. Auf den ersten Blick sieht es für die Atombetreiber nicht gut aus. Hohe fehlgeschlagene Investitionskosten (Hochtemperaturreaktor, WAA Wackersdorf, Schneller Brüter); kein kalkulierbarer Entsorgungsnachweis; hohe Sicherheitsanforderungen an Atommeiler; keine Akzeptanz in der Bevölkerung; kein Bedarf für neue Atommeiler wegen Stromüberkapazitäten; (noch) kein akzeptabler konkurrenzfähiger Reaktortyp ...

Die Atomgemeinde hält sich zurück und auf der öffentlichen Bühne wird mit vertauschten Rollen gespielt: statt der EVUs prescht die Bundesregierung vor. Sie drängt die EVUs endlich eine konkrete Option zuzusagen - für den Bau eines neuen Reaktors an einem bestimmten Standort in fünf Jahren. Gemeint ist ein von Siemens und der französischen Firma Framatone gerade in der Entwicklung stehender Druckwasser-Reaktortyp EPR (European Pressurized Water Reactor).

Ein roter Teppich

für die Stromgiganten

Die Strommanager der EVUs "zieren" sich und fordern günstigere Rahmenbedingungen. "Ob sich die Branche für ein Atomkraftwerk entscheidet oder nicht, machen Stromvorständler wie Ulrich Hartmann (VEBA) oder Dietmar Kuhnt (RWE) von drei Bedingungen abhängig:

- Es sollte breite gesellschaftliche Übereinstimmung herrschen, vor allem: keine ‚Obstruktionspolitik` rot-grüner Landesregierungen gegen neue Projekte.

- Es muß ein Bedarf für neue Strommeiler vorhanden sein.

- Auch unter den teuren Sicherheitsanforderungen des geänderten Atomgesetzes müssen sich die neuen Reaktoren im Verhältnis zu Kohlekraftwerken rechnen." (Spiegel, 29.5.95)

Aber um hier "Mißverständnisse" auszuräumen: "Kuhnt ist davon überzeugt, daß deutsche Reaktoren verantwortungsvoll genutzt werden und die Kernkraft eine ‚Zukunftstechnologie` mit Vorsorgefunktion für den Positionsstandort Deutschland darstellt. Und darüber hinaus bleibt für den RWE-Chef maßgeblich: ‚Unsere Kernkraftwerke erfüllen weltweit vorbildliche Sicherheitsstandards.` (...) In der deutschen kerntechnischen Entwicklung dürfe kein Fadenriß entstehen. Auch wenn kurzfristig kein Bedarf für neue Anlagen existiere, müsse weiter geforscht werden. Im Jahr 2005 sei zu untersuchen, inwieweit der neu konzipierte deutsch-französische Gemeinschaftsreaktor unter wirtschaftlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen für die Stromversorgung hinzugezogen werden solle." (Handelsblatt, 7.9.95)

Entsorgungsnachweis "entsorgen"

Seit dem Aus für die deutsche WAA war La Hague - neben der Anlage im britischen Sellafield - die einzige Möglichkeit für die deutsche Atomwirtschaft, den Nachweis der Entsorgungsvorsorge zu erbringen. Ohne ihn hätten alle Atommeiler abgeschaltet werden müssen. Schon seit langem ist der Zwang einen "Nachweis für die Entsorgungsvorsorge" des anfallenden Atommülls zu erbringen für die Atombetreiber ein lästiger Klotz am Bein.

Seit Mai 1994 wurde mit dem sogenannten Artikelgesetz auch die direkte Endlagerung als Entsorgungsnachweis anerkannt. Seitdem stellt sich für die Stromunternehmen die Frage, welchen Weg sie in Zukunft beschreiten sollen: Wiederaufbereitung oder Endlagerung? Rein wirtschaftlich ist die Sache klar. Die direkte Endlagerung ist viel billiger (2.000 DM pro Kilogramm Kernbrennstoff). Doch dafür fehlt noch das Endlager. In Gorleben wird zwar der Salzstock weiter "erkundet", aber die Rechte an dem Salzstock liegen beim Anti-AKW-Grafen Bernstorff. Wenn das vom Bund eingeleitete Enteignungsverfahren erfolglos bleibt, droht diesem Projekt spätestens 1998 das Aus. Damit stände auch der Entsorgungsnachweis wieder auf wackligen Füßen. (Die Woche, 4.8.95)

Wiederaufarbeitung in La Hague

Die andere Schiene wäre, bei der Wiederaufarbeitung in La Hague zu bleiben. Im letzten Jahr lieferten sich die deutschen Atombetreiber einen Verhandlungspoker mit der französischen Cogema (der Betreiberin der WAA in La Hague). Sie wollten aus den finanziell für sie sehr ungünstigen Altverträgen raus, sich andererseits jedoch den Entsorgungsweg über La Hague offenhalten. Das der Castor-Transport gerade in diese Verhandlungsphase fiel, ist kein Zufall - stärkte es doch erheblich die Verhandlungsposition der deutschen Atom-Betreiber, die damit zeigen konnten, daß sie zur Not ihren Entsorgungsnachweis auch mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt bekommen.

Worauf sich Deutsche und Franzosen letztlich geeinigt haben, ist uns nicht bekannt. "Die Woche" vom 4.8.95 kommt zu folgender Einschätzung: "Die Franzosen andererseits erweisen sich als erstaunlich flexibel. So

bieten sie jetzt selbst die langfristige Zwischenlagerung ohne Wiederaufbereitung an, samt späterem Rücktransport der Brennelemente in endlagergerechter Verpackung. Da die reine Lagerung ausländischen Strahlenmülls aber nach französischem Abfallrecht verboten ist, verbindet Cogema diesen Vorschlag mit (dem Trick) der Proforma-Option zur Wiederaufarbeitung.

Das läßt die deutschen Atom-Manager aufhorchen. Denn mit dieser Variante könnten mehrere atompolitische Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die protestträchtigen Castor-Transporte nach Gorleben ließen sich eine Zeitlang umgehen, der Bau weiterer Zwischenlager in Deutschland wäre vom Tisch und der Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft ohne politische Risiken machbar. Darum neigen die Stromkonzerne derzeit dazu, sich auch in Zukunft den Entsorgungsweg über La Hague offenzuhalten."

Gesetzliche Abschwächung des Entsorgungszwangs

Die Bundesregierung dreht derweil an einer anderen Schraube. In einem internen Papier mit dem Titel "Position zur weiteren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie" wird vorgeschlagen, die Diskussion über die Nutzung von AKWs von einem Entsorgungskonsens abzukopplen. (FR, 19.4.95) Im Klartext geht es in diesem Strategiepapier um verschiedene Varianten, wie Atommüll weiter produziert werden darf, ohne den lästigen Nachweis erbringen zu müssen, daß er letztendlich auch sicher entsorgt werden kann. Den Zwischenlagern kommt hier eine immer größere Bedeutung zu: "Kompromisse halten die Experten bei der Zwischenlagerung der hochgiftigen abgebrannten Brennelemente für möglich. Für die laut dem Atomgesetz jetzt mögliche direkte Endlagerung sei ohnehin eine ‚Abklingzeit` von etwa 40 Jahren zweckmäßig. Überdies habe die langfristige Zwischenlagerung den Vorteil, daß die Entscheidung über Endlagerung oder Wiederaufarbeitung erst später getroffen werden müsse. Die Erkundung des Salzstocks Gorleben als mögliches Atommüllendlager will das Bundesumweltministerium nicht aufgeben."

"Um der SPD und insbesondere Niedersachsen bei dem Wunsch nach einer gerechteren Verteilung der Lasten entgegenzukommen, könne eine Regionalisierung der Zwischenlagerung angeboten werden, so daß das Zwischenlager Ahaus für den westdeutschen Raum, Gorleben für Norddeutschland, Greifswald für Ostdeutschland und ein noch zu errichtendes Zwischenlager in Süddeutschland zur Verfügung stünden", heißt es weiter.

Das neue "Mekka" für die Atomindustrie: Atomland Ost

Die Essener Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) "errichtete bereits das ‚Zwischenlager Nord`, dicht am Kraftwerkskomplex Greifswald gelegen. Die Hallen sollen im Endausbau 200.000 Kubikmeter Fassungsvermögen haben - genug, um den gesamten Atommüll der 19 deutschen Meiler aufnehmen zu können. Noch steht dieses ostdeutsche Gorleben leer, doch schon Anfang dieses Jahres soll laut Genehmigungsantrag der erste Atomschrott anrollen." (Spiegel 1.1.96)

Auch für den Fall, daß die Wendländer sich weiter wacker wehren, sorgt die Bundesregierung bereits vor. Umweltministerin Merkel hat von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bereits potentielle Gesteinsformationen für Atommüll-Lager erkunden lassen - vom Erzgebirge bis zum norddeutschen Elbufer. Im Einzelnen: den brandenburgischen Teil des Salzstocks von Gorleben, das benachbarte Gülze-Sumte und das Fichtelgebirge und die Halle-Wittenberger Scholle gelten als untersuchungsbedürftig. Ein Salzstock im sachsen-anhaltinischen Waddekath hat das Bundesumweltministerium schon als Ersatz für Gorleben genannt. (Spiegel 1.1.96)

Option auf

einen neuen Reaktor

Nach Bundesumweltministerin Merkel besteht heute kein konkreter Entscheidungsbedarf bei der Frage des Neubaus von AKWs. "Allerdings weiß jeder, daß die Forschung und Entwicklung kontinuierlich weitergeführt werden muß, damit in zehn Jahren eine konkrete Bauentscheidung für einen neuen Reaktortyp gefällt werden kann. Dies schließt ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren ein, um sicherzustellen, daß ein solch neuentwickelter Reaktor auch den gesetzlich festgeschriebenen Sicherheitskriterien entspricht (wohl eher, weil eine standortunabhängige Entscheidung quasi einem pauschalen Freibrief für diesen Reaktortyp gleich käme; das heißt, ist ein Reaktor erstmal genehmigt, fallen weitere langwierige Einspruchsverfahren weg - d. Verf.) Deshalb ist heute mehr notwendig als lediglich die politische Entscheidung, Forschung und Entwicklung

fortzuführen. Über Restlaufzeiten bestehender Kernkraftwerke kann nur zum Zeitpunkt konkreter Bauentscheidungen gesprochen werden, ebenso über die Ausgestaltung der politischen Entscheidung. Auch sollten uns die Exporterfolge der Franzosen im südostasiatischen Raum und die Anstrengungen der Amerikaner in Osteuropa zu denken geben. In einigen Jahren wird der Erneuerungsprozeß der weltweit rund 400 Kernkraftwerke beginnen. Wir sollten dann deutsche Technologie anbieten können, beispielsweise den gemeinsam mit Frankreich entwickelten European Pressurized Water Reactor (EPR), der ein weltweit bisher unerreichtes Sicherheitsniveau haben wird. " (FR 19.6.95)

Rührend, wie sich Frau Merkel für die deutsche Industrie einsetzt, nicht wahr? Aber schließlich geht es um die Stellung der Deutschen Industrie bei einem gigantischen Investitionsvolumen für die Erneuerung der 400 Kernkraftwerke ...

Die SPD - wie immer

ein Wackelpudding

Seit einiger Zeit laufen zwischen Vertretern aller Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsbossen sogenannte "Energiekonsensgespräche". Diese Gespräche sollen eine "breite gesellschaftliche Übereinkunft" über die zukünftige Energieversorgung in Deutschland herstellen, also auch über die Frage zukünftiger Atomkraftwerke, weil auch die Stromkonzerne ohne diese Zustimmung angeblich nicht neue AKWs in Auftrag geben wollen. Die Energiekonsensgespräche sind das letzte Mal im Mai 1995 noch an diesem Punkt - der Option auf einen neuen Reaktor - gescheitert. Allerdings knapp. Schröder hätte möglicherweise auch an diesem Punkt zugestimmt, wäre er nicht von seinem damaligen Parteichef Scharping zurückgepfiffen worden (schließlich besteht zumindest formal noch der 1986 gefällte Ausstiegsbeschluß). Die von Schröder vorgesehene Kompromißlinie sah vor, für die bestehenden Reaktoren im Atomgesetz Restlaufzeiten festzuschreiben und im Gegenzug würde die SPD einem standortunabhängigen Genehmigungsverfahren für einen neuen deutsch-französischen Reaktortyp zustimmen. (FR 19.6.95)

Aber wer traut schon der SPD? Ausstieg. Ausstieg innerhalb von 10 Jahren. Ausstieg innerhalb von 30 Jahren. Genehmigungsverfahren für einen neuen Reaktor - ist doch alles das gleiche ...

"Wir wollen den Reaktor" - den EPR und den ITER

Ostdeutschland soll, nach dem Willen einer großen Koalition aus Sozialdemokraten und Bundesregierung, zu Europas führender Atomtechnologieregion aufrüsten. Ein Fusionsreaktor soll nach Mecklenburg-Vorpommern, schon in Kürze gehen das europaweit größte Zwischenlager für Atommüll in Greifswald in Betrieb und etliche Endlagerstätten werden erkundet.

Schwerins stellvertretender Ministerpräsident und SPD-Wirtschaftsminister Harald Ringstorff und Reaktorministerin Merkel forcieren einen neuen Reaktortyp ITER. Dies Kürzel steht für "Internationaler Thermonuklearer Experimenteller Reaktor". Anders als bei der Atomspaltung soll in diesem Fusionsreaktor Energie durch Kernverschmelzung gewonnen werden. Bei dem geplanten Reaktor, dessen Funktionsweise bereits in mehreren Pilotprojekten weltweit getestet wird, handelt es sich um ein internationales Kooperationsprojekt. 20 Industriestaaten stellen zwölf Milliarden Mark zu Verfügung. Im nächsten Jahrtausend soll mit dem Bau begonnen werden - nur ist noch offen, wo. Um den Standort dieser atomtechnischen Anlage konkurrieren die USA, Japan, Rußland, und auch die Europäische Union. Deutschland wird als ein möglicher Standort gehandelt. In der Diskussion ist der Standort Greifswald. Die Bundesumweltministerin wird im Spiegel zitiert: "Wir wollen diesen Reaktor mit aller Macht." (Spiegel 1.1.96)

In Greifswald stehen bereits fünf konventionelle AKWs sowjetischer Bauart. Mit über 280 Hektar Fläche ist das Atom-Gelände in Greifswald/Lubmin größer als die West-AKWs Brokdorf, Biblis, Stade und Philippsburg zusammen. "Für den künftigen Fusionsreaktor, so wirbt das Land in einem Ministeriumspapier, stünden schon ‚Wasserkanal, Kühltürme, Überwachungssysteme, Zwischenlager` sowie eine ‚großdimensionierte Feuerlöschanlage` bereit." (Spiegel 1.1.96)

Die neue Qualität, die in diesem Projekt angedeutet wird, ist das Zusammenwirken von SPD und CDU, die in selten deutlicher Einmütigkeit agieren und somit ein Umfallen der SPD im gesamten Atomkurs realistischer machen. Auch für den neuen deutsch-französischen Druckwasser-Reaktor (EPR) wird Greifswald als Standort anvisiert. Bisher fallen die Standorte, die von den Betreiberfirmen geprüft werden, noch unter die

Geheimhaltung. Aber: "Greifswald ist sicher ein geeigneter Bauplatz", so die Aussage eines Sprechers der Entwicklerfirma "Nuclear Power International". (Spiegel 1.1.96) Erstmals wird der geplante Baubeginn für den EPR-Reaktortyp schon auf das das Jahr 1999 datiert. Bisher war immer davon die Rede, daß der geplante neue "Sicherheitsreaktor" frühestens ab dem Jahr 2005 in Angriff genommen werden sollte.

einige autonome

Der Artikel wurde von der ak-Redaktion stark gekürzt und redaktionell überarbeitet.

37. "Krieg der Kulturen" als Zukunftsperspektive? Berliner Symposium über die Thesen Samuel Huntingtons

Autor: Martin Reeh · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:18

"Der Zusammenprall der Kulturen, der Zivilisationen, wird die Weltpolitik beherrschen. Heutzutage ist es weitaus sinnvoller, Staaten nicht nach ihrer politischen oder ökonomischen Struktur zu klassifizieren, sondern sie aufgrund ihrer kulturellen und zivilisatorischen Stellung einzuordnen." Seit Samuel Huntington, Professor an der US-amerikanischen Harvard-Universität diese Gedanken im Sommer 1993 in einem Aufsatz in Foreign Affairs vorstellte, hat die Rede vom "clash of civilizations" ("Krieg der Kulturen", so die im Deutschen verwendete, ein wenig ungenaue Übersetzung) ebenso Einzug ins Feuilleton gehalten wie einige Jahre zuvor Francis Fukuyamas These vom "Ende der Geschichte" nach dem Verschwinden des Realsozialismus.

Huntington geht es mit seinem Aufsatz darum, den Westen auf künftige Konflikte vorzubereiten: "Der nächste Weltkrieg wird, wenn er denn stattfindet, ein Krieg zwischen Kulturen sein." Er unterscheidet sieben bis acht Weltkulturen, die um ihre Stellung in der Welt miteinander ringen würden. Besonders der Islam und der Konfuzianismus, respektive China, würden dabei in Zukunft die Vorherrschaft des Westens gefährden: "The west against the rest."

Die Auseinandersetzung mit Huntington war zentrales Thema des dritten Mittelmeersymposiums, das vom 23. bis 25. Januar im Berliner Haus der Kulturen der Welt stattfand. Gerade die Schnittstellen zwischen den Kulturen wie das Mittelmeer sind nach Huntingtons Thesen die zentralen Schauplätze der kulturellen Konflikte.

Warum haben Huntingtons Thesen ein solches Echo, obwohl sie eher journalistische Meinungen als wissenschaftliche Analyse sind? Ihre Wirkungsmächtigkeit läßt sich nicht allein mit der Begierigkeit der Medien nach einfachen, leicht verkaufbaren Wahrheiten erklären. Es ist zwar zutreffend, daß ihre Funktion in der Legitimierung der westlichen Hegemonie liegt. Claus Offe (Humboldt-Universität Berlin) drückte es so aus: "The west depends on the enemy" - der Westen hängt vom Feind ab, braucht einen Feind. Darum werde, so der Anthropologe Rémy Leveau (Paris), nunmehr der "Mythos der grünen Gefahr" erfunden: Er soll dazu dienen, einen gemeinsamen Konsens zu erzielen, der allein durch die schwachen politischen Systeme des Westens nicht erreicht werden könne. Etwas vereinfacht gesagt: "Clash of civilizations" ist die intellektuelle Variante von Betty Mahmoodys anti-islamischem Machwerk "Nicht ohne meine Tochter".

Claus Offe und Lothar Probst (Bremen) versuchten daher die Attraktivität von Huntingtons Thesen auch mit den plausiblen Seiten seines Konzeptes zu erklären: "Huntington hat einen Interpretationsrahmen für interkulturelle Konflikte angeboten, der nicht ganz von der Hand zu weisen ist", so Probst. Man müsse nur zwischen seiner Analyse und seinen Folgerungen unterscheiden. Es sei eine postmoderne Illusion der Internet-Surfer und Polittouristen, daß der Nationalstaat lautlos von der historischen Bühne verschwinden werde. Das Alte sei noch gegenwärtig, und das Neue, die Globalisierung, rufe Gegenbewegungen hervor. Der Konflikt zwischen Westen und Islam sei daher tatsächlich auch ein Zusammenprall verschiedener Kulturen.

Claus Offe verwies auf die Religionssoziologie Max Webers oder die These vom "homo sovieticus", mit der das Transformationsproblem in den Nachfolgestaaten der UdSSR erklärt werden soll; das seien Beispiele dafür, daß die Kulturanalyse tatsächlich einen Beitrag zur Erklärung politischer Entwicklungen leisten könne. Ansonsten herrschte weitgehende Einigkeit auf dem multinational besetzten Podium; ein Verteidiger Huntingtons trat nicht auf.

Gestört wurde die Harmonie nur von dem Hamburger Professor Udo Steinbach. Dieser moderierte ausgerechnet das Podium "Konflikte im Nahen Osten", besetzt mit dem Israeli Moshe Zimmermann (Universität Jerusalem) und dem ägyptischen Journalisten Mohammed Sid-Ahmed ("Al-Ahram", Kairo). Steinbach schnarrte im germanischen Kasernenhofton "Keiner kann mehr einen Sinn im Kampf, im Krieg erkennen", befahl dem irritierten Sid-Ahmed die Antwort auf Publikumsfragen, die ihm gar nicht gestellt worden waren und ließ somit spüren, daß es den "clash of civilizations" tatsächlich gibt.

Verschiedene ReferentInnen nahmen Huntingtons Thesen auseinander. Die Anthropologin Ayse Caglar (Berlin) warf ihm vor, Menschen als Wesen zu begreifen, die nur mit ihresgleichen gern zusammenleben und das kulturell Andere als Feind der eigenen Identität betrachten würden. Zwar existiere bei Huntington keine Hierarchie der Kulturen, er verteidige vielmehr das Recht auf den Unterschied. Allerdings kommt er damit, wie Hajo Funke (Berlin) richtig einwarf, in der Praxis den Neuen Rechten nahe, die ebenfalls die Gleichwertigkeit der Kulturen betonen, aber jede Vermischung ablehnen.

Huntington nimmt in der Tat die von Caglar so bezeichneten "dritten Kulturen" nicht einmal zur Kenntnis, d.h. die zunehmende Vermischung verschiedener Kulturen, die keinem fest umrissenen Gebiet mehr zurechenbar sind. Die schwarze Kultur in Großbritannien, die Elemente aus Pakistan, der Afro-Karibik und der jüdischen Kultur übernommen hat, darf es nach Huntington eigentlich gar nicht geben.

In mehreren Untersuchungen der Konflikte im Mittelmeerraum wurde der Nachweis versucht, daß die Auseinandersetzungen keineswegs auf kulturellen Konflikten basieren. "Huntingtons Problem ist, daß ihm der kalte Krieg davongelaufen ist", formulierte Moshe Zimmermann. Huntigton habe inzwischen selbst erklärt, daß der Friedensschluß im Nahen Osten seinem Paradigma widerspreche. Der Zionismus sei Teil der europäischen Nationalbewegung gewesen. Nur wenig Jüdisches finde sich im Zionismus. Insofern sei der israelisch-arabische Konflikt ein klassischer Nationalismuskonflikt, aber kein Kampf zwischen Zivilisationen oder Kulturen. Zudem vereinigten sich, so Zimmermann, in Israel heute mehrere Zivilisationen in einer. Sowohl die christlich-arabische Minderheit als auch die aus Afrika und asiatischen Ländern wie dem Jemen nach Israel Eingewanderten paßten nicht in Huntingtons Schema. Israel sei daher nicht einfach der westlichen Zivilisation zurechenbar.

Mohammed Sid-Ahmed fügte bezüglich der arabischen Staaten hinzu, daß gerade in den Staaten der Peripherie, an der Grenze zu Israel, sich das arabische Denken durch die ständige Auseinandersetzung weiterentwickelt habe. Die kulturellen Schnittstellen müßten nicht zum Krieg führen, sondern könnten gerade befruchtend wirken.

Offen blieben am Ende nur zwei Fragen, die eher am Rande des Themas liegen. Beide bezogen sich auf fundamentalistische Bewegungen. Lothar Probst machte deutlich, daß im Gegensatz zu Huntingtons Thesen fundamentalistische Gegenbewegungen auch im Westen entstehen. Am ausgeprägtesten zeige sich gerade in den USA der Versuch, der zunehmend multikulturellen Gesellschaft durch Grenzziehungen zu begegnen. Der Bombenanschlag von Oklahoma City wie auch der gewachsene Einfluß der Christian Coalition in der Republikanischen Partei seien deren konservative Version. Aber auch in den Bewegungen unterdrückter Gruppen werde die eigene Identität anhand von "Rasse", Ethnie und Geschlecht konstruiert und somit "Biopolitik" betrieben. Als Beispiele nannte Probst sowohl den "Million Men March" und die "Nation of Islam" von Louis Farrakhan als auch Teile des feministischen Diskurses, vor allem an den Universitäten der USA. Alle diese Tendenzen besäßen ein kategorisches Denken, das Kompromisse nicht vorsehe und somit fundamentalistisch sei. Die Frage sei, wie die Anerkennung neuer Identitäten ohne neue Fundamentalismen gewährleistet werden könne.

Die zweite Frage bezog sich auf die Bewertung der fundamentalistischen Bewegungen in den islamischen Ländern. Die Soziologin Nilüfer Göle (Istanbul) lobte die islamistische Refah-Partei in der Türkei, die bei der Integration neuer sozialer Gruppen in die Demokratie eine positive Rolle spiele. Sami Nair (Paris) beurteilte die islamistischen Parteien skeptischer. Er erklärte das Aufkommen des islamischen Fundamentalismus mit dem Ausgeschlossensein von 60 bis 80 Prozent der Bevölkerung in den betreffenden Staaten: "Sie können sich dem Weltsystem nur auf brutale Weise entziehen." Die Globalisierung des westlichen Wirtschaftsmodelles sei heute keine Perspektive mehr zur Integration der unterprivilegierten Schichten. In Staaten wie Algerien stehe man daher heute vor einer "tragischen Situation". Die ausgeschlossenen Massen benutzten die Demokratie nur als trojanisches Pferd, um sie im Falle von Wahlsiegen wieder abzuschaffen. Diese Staaten seien daher dazu verurteilt, zwischen fundamentalistischen Regierungen und Saint-Justs Prinzip "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" hin und her zu schwanken.

Wenn die Analyse zutrifft, daß sich Freiheit und Gleichheit in den Staaten des Südens und auch des Westens politisch entgegengesetzt manifestieren, wird dies der Linken noch einiges Kopfzerbrechen bereiten. Ein längeres Kopfzerbrechen jedenfalls als die Thesen Samuel Huntingtons, die sich bald als kurzlebiges Produkt der postrealsozialistischen Ära erweisen könnten.

Martin Reeh

38. Die Kreativen und der Standort Deutschland. Produktwerbung als Volksaufklärung und Propaganda

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak387/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:02

Manchmal wirkt es schon etwas hilflos, was die hochbezahlten Werbeprofis sich einfallen lassen: Für eine wirklich gute Zigarette kann man mit fast allem werben (1), ist da unter dem Bild eines südostasiatischen Schabrackentapirs zu lesen. Ganz unten auf der Seite, knapp über der obligatorischen Warnung der EU-Gesundheitsminister, erfahren wir auch den Namen des beworbenen Produkts: Benson & Hedges. Simply Gold. Einige Wochen später ersetzte dieselbe Agentur den Tapir durch einen rauchenden Vulkan und textete merkwürdig defensiv: Mutter Erde raucht doch auch. Es wäre interessant zu wissen, wie sich die Kampagne auf den Verkauf der Zigarette ausgewirkt hat.

Leider ist diese zurückhaltende Strategie nicht repräsentativ, die sprichwörtliche Aggressivität der Branche keineswegs verschwunden. In letzter Zeit fällt insbesondere eine Hinwendung zu politischen und tagesaktuellen Fragen ins Auge. So wirbt der Bundesverband deutscher Banken auf zwei Seiten gleichzeitig um Vertrauen und für den Info-Highway, ein Projekt von nationaler Dimension: Private Banken können durchaus öffentliche Aufgaben übernehmen. Denn oft erlaubt erst das Engagement der Banken, daß große Pioniertaten erfolgreich angegangen werden. Banken finanzierten die berühmte Bagdadbahn und initiierten die erste U-Bahn in einer deutschen Stadt. Wenn Deutschland heute die modernste Kommunikationsinfrastruktur erhält, sind wieder private Banken beteiligt, um den Weg in die Zukunft zu ebnen. Bemerkenswert wird dieses Bekenntnis zur Kontinuität des deutschen Imperialismus vor allem durch die ganzseitige Illustration: Die Bagdadbahn. Deutsche Techniker und dunkelgesichtige Einheimische posieren vor einer Lokomotive mit der Aufschrift: Die erste Lokomotive in Bagdad 1912. Auf die Idee muß mensch erst einmal kommen: Der Griff des deutschen Kaiserreichs nach dem Vorderen Orient - richtungweisendes Beispiel für die Bewältigung der "digitalen Revolution". Zusammengefaßt wird das in der Formel: Für den Info-Highway haben wir schon mal geübt.

Die Werbepartner der Firma CompuNet versuchen sich - entgegen dem Trend zu populistischen Vereinfachungen - mit vergleichsweise differenzierten Aussagen zu aktuellen politischen Themen: Versagende Lehrer? Stuß!; Null-Bock-Jugend? Quark!; Schlafende Beamte? Unsinn!; Standort ohne Zukunft? Quatsch! Unser Land erstrahlt in Harmonie, alle Texte enden mit den aufmunternden Worten: Dieses Land ist gut für Erfolg. Laßt uns machen.

Abgeschlossen wurde die Kampagne mit einer Auswertungsanzeige in gleicher Aufmachung. Unter der Überschrift Neues Wirtschaftswunder? Ja bitte! wurde Bilanz gezogen. Die eigenen Stellungnahmen zu Vorurteilen..., die die Suche nach neuen Wegen für die Bewältigung der Zukunft behindern, hätten eine Woge der Zustimmung und der Bereitschaft zum Mitmachen ausgelöst. Da darf das Unternehmen CompuNet seine zukunftsweisende Philosophie schon mal selbst preisen: klare Vision, flache Hierarchie, hohe Transparenz. Moderner geht's nicht. Doch auch andere Unternehmen beweisen, daß der Standort Deutschland weitaus besser ist als sein Ruf. Man muß ihn nur vom Standort zum Bewegungsraum machen. Das geht nur auf dem Wege der Diskussion, die in einen neuen gesellschaftlichen Konsens münden und ein neues Wirtschaftswunder hervorbringen soll. Haben wir den Mut, uns zu wundern, rufen die Texter uns noch zu, und in der Tat: Die Verwendung neudeutschen Jargons und linker Modewörter verwundert zutiefst. Sind der Standortdebatte nur so noch neue Impulse zu geben? Oder sind die (subjektiv) Unangepaßten mit linker Vergangenheit am Ende gar zu einem wichtigen gesellschaftlichen Faktor mit erheblicher Kaufkraft geworden?

Die gleiche Frage stellt sich auch angesichts der BMW-Werbung in der taz. Selbstverständlich wird das protzige Auto dort nicht mit Details über Motorstärke, Beschleunigung und sportliches Fahrverhalten angepriesen. Mobilität ist Leben lautet die Parole, der sich schwerlich widersprechen läßt. Als Symbolfiguren für Mobilität (gleich Leben) dienen Ameisen, Fische, Biber, Pinguine, Schafe, Schlittenhunde: Der BMW-Fahrer bremst auch für Tiere, Tiere sind beliebt, sie sind gut organisiert (Biber), halten zusammen (Pinguine), haben Freude am Laufen (Schlittenhunde). Von diesen sympathischen Geschöpfen lernt BMW (das Unternehmen Mobilität) und verbindet automobiltechnisches mit sozialem und ökologischem Engagement. Was lernt der taz-Leser? Daß er sich wieder guten Gewissens sozial und ökologisch engagieren darf: Auf der Autobahn. Am besten im eigenen BMW: Mobilität auf den Straßen ist eben auch eine Folge von Mobilität in den Köpfen.

Die BMW-Manager, die die Kampagne in Auftrag gaben und absegneten, werden nicht ernsthaft erwarten, daß ihrem Unternehmen dadurch kurzfristig eine neue Käuferschicht erschlossen wird. Ihnen geht es um eine langfristige Image-Änderung - und um politische Einflußnahme. Bei einer taz-Umfrage zum Thema "Was ist links?" forderte BMW-Vorstandsvorsitzender Pischetsrieder neue verbindliche Werte jenseits der überholten "politischen Ortsbeschreibungen": "Denn während der gesamtgesellschaftliche Konsens über zentrale Werte verlorenzugehen droht, bräuchten wir - auch angesichts der vielbeklagten Standortprobleme - nichts dringender als eine Verständigung darüber, was unser Land jenseits politischer Schlagworte zusammenhalten soll." (taz, 17.1.1996) Das ist es wohl, was der bisher beispiellosen Kampagne als Leitgedanke diente.

Für die Meinungsbildung sind manche Erzeugnisse der Werbebranche bedeutender als Politikerreden. Der Alltagsverstand formt sich aus einer Vielzahl von Einzelteilen. Die zu beobachtende "Politisierung" der Werbung hat etwas Bedrohliches: Ihr Leitmotiv, der Standort-Nationalismus, scheint so weit verankert, daß damit gefahrlos und erfolgversprechend auch für Waren und Dienstleistungen aller Art geworben werden kann.

Js.

Anmerkung:

1) Alle Zitate aus den besprochenen Werbetexten sind kursiv gesetzt.

Horst Teltschik und die "Unternehmerlücke"

Die ak-Redaktion war mal wieder nicht eingeladen, als am 9.11.1995 die Auszeichnung "Hamburger Unternehmer des Jahres 1995" verliehen wurde. Daß die exklusive Versammlung hier doch Thema wird, ist dem Mitteilungsdrang der BMW AG Public Affairs zu verdanken, die den Text des Festvortrags als kostenloses Werbematerial vertreibt. Denn der Festredner war niemand anderes als BMW-Vorstandsmitglied Dr. h.c. Horst Teltschik, früher Berater des Bundeskanzlers.

Teltschik sprach zum Thema "Globalisierung: Eine unternehmerische und politische Aufgabe", und er machte das mit Bravour: informiert, kämpferisch und mit einprägsamen Formulierungen. Kapitalexport wird bei ihm zur "aktiven Internationalisierung", zur globalen Wohltat, denn "der Wandel eines Unternehmens zum Global Player bringt allen Vorteile", auch den deutschen Arbeitslosen: "Wenn wir vermeiden wollen, daß Millionen arbeitssuchender Menschen zusätzlich in unser Land strömen, dann muß das Kapital auch zu diesen Menschen fließen." Auf 120 nationalen Märkten ist BMW bislang präsent; hier kann "ein global orientiertes Unternehmen" noch "unkonventionelle Wege gehen".

In Deutschland dagegen sind etliche Mißstände zu beklagen: "fehlende Technologieakzeptanz"; "Wagenburgmentalität"; mangelnde Bereitschaft der Politiker, das "Wagnis der Forschung" zu fördern, statt "populistisch jedem Bedenkenträger Beifall" zu zollen; das Gerede über eine "ökologische Steuerreform", die "ganze Branchen" aus dem Land treiben werde; Lohnkosten, die "50 mal höher als in China sind"; "starre Arbeitszeitregelungen".

Teltschiks Gegenmittel ist einfach: "Unser Bedarf an Flexibilisierung ist fast grenzenlos. Und viele heilige Kühe unserer Gesellschaft müssen in den nächsten Jahren auf die Schlachtbank." Nicht gleich geschlachtet, sondern "freigesetzt" werden müssen noch etliche, die dem Gemeinwesen zur Last fallen: "Es gibt heute in Deutschland vielleicht noch zu viele Landwirte, vielleicht schon zu viele Ärzte, mit Sicherheit zu viele Staatsbedienstete, es gibt aber zu wenige Unternehmer. (...) Deutschland hat eine Unternehmerlücke." Dieser Satz ist in Teltschiks Manuskript fett gedruckt, und das zu Recht: Er ist zu schön, um, ein einziges Mal dahingesagt, in den Ohren der ohnehin schon Überzeugten zu verklingen. Dieser Satz verdient es, zur zentralen Botschaft einer weiteren "unkonventionellen" und "innovativen" Kampagne des bayerischen "Unternehmens Mobilität" gemacht zu werden. Die taz wird's schon drucken.

Js.

39. Quelldatei 05.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak387/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:05

LeserInnenbriefe

Nazis gehen

in die Provinz

Gemäß der Bitte der ak-Redaktion um Berichte aus anderen Regionen der BRD, seien hier am Beispiel des Landes Brandenburg Tendenzen genannt. Diese erheben keinen Anspruch auf endgültige Weisheit und Vollständigkeit, da sich die Situation mitunter monatlich ändert.

1. Den klassischen neofaschistischen Wahlparteien wie NPD und REP ist es nicht gelungen, sich zu verankern. Ihre Wahlerfolge sind minimal, die Parteien geprägt von Richtungsstreit, Finanzproblemen und Personalquerelen. Öffentlich sind sie kaum präsent.

2. Nach dem Verbot von NF und WJ hat sich die Szene weiter differenziert. Gesetzt wird auf langfristige und intensive Arbeit mit Kadern, welche sich im Unterschied zur Situation der Jahre 90-93 mit öffentlichen Aktivitäten zurückhalten. Durch das Verbot der NF-Nachfolger SrA/JF haben einerseits legale Organisationen wie die JN an Integrationskraft gewonnen, andererseits wird versucht, in enger Zusammenarbeit mit Hupka und anhand seiner Strategie in der Öffentlichkeit, wenn möglich, präsent zu sein. Das Beispiel der Unterwanderung der JU in Luckenwalde zeigt den Versuch, über die Umsetzung der Hupka/"Umbruch"-Maßgabe gesellschaftliche Positionen zu besetzen, sich Fähigkeiten zu eigen zu machen und Einfluß auf das Umfeld auszuüben. Die weitere Entwicklung ist schwer vorhersehbar.

4. Um die Arbeit von Wehrsportgruppen/paramilitärischen Ausbildungen real einschätzen zu können, fehlt es an Infos. Klar ist, daß nicht nur Sandkastenspiele, wie vom VS behauptet, stattfinden.

5. Die Entwicklung der Rolle der "Nationalen" bleibt abzuwarten. Sie waren Sammelbecken für Nazis aus verbotenen Organisationen, Wahlpartei und PR-Maker für faschistische Inhalte. Öffentlich waren sie vor allem über die "Berlin-Brandenburger" Zeitung aktiv.

6. Was die Präsenz von Nazis auf der Straße angeht, hat sich die Situation etwas entspannt. Übergriffe haben sich auf einem im Lande selbst unterschiedlich hohem Niveau stabilisiert. Nach wie vor ist die rechte Subkultur in Neubaugebieten und an Schulen beherrschend.

7. Die Situation für Antifas ist schwierig, aber nicht hoffnungslos. Für weitere Infos siehe Zeitschrift: "Hinter den Kulissen" - Antifa, Subkultur und Regionales. Schliemannstr. 23, 10437 Berlin.

Grüße

Metropolis Antifa Archiv

Kein neues Konzept

Betr.: Abo-Kündigung

Mit einiger Spannung habe ich die weitere Entwicklung des ak nach dem Notruf der Redaktion beobachtet. Nach den Monaten, die bisher verstrichen sind, sehe ich aber immer noch kein neues Konzept, sondern nur die gleichen alten Mängel. Der personellen Beschränktheit ist es sicher geschuldet, daß m.E. die immergleichen Themen ausführlich behandelt werden, aber einige Diskussionen beim ak gar nicht vorkommen oder nur pauschal kommentiert werden. Das gleiche bei den "Berichten aus der Praxis", die nur den Aktionsradius der Blattmacher abdecken.

Die Kooperation mit der SoZ und dem SoFo hat das nur quantitativ verändert und bei mir dazu geführt, daß ich zwischen den Kurzfassungen von Artikeln in der SoZ oder dem Volltext im ak wählen konnte. Einem Zusammengehen von ak und SoZ hatte ich anfangs eigentlich sehr positiv als Bündelung der Kräfte gegenübergestanden. Inzwischen meine ich aber, daß der ak wenn überhaupt, dann nur als Diskussionsforum mit weiterhin ellenlangen Analysen und Kritiken eine Zukunft hat, ohne dabei positionsmäßig so eingeengt zu

sein wie 17 °C, bahamas oder andere Bleiwüsten. Wie sich aber z.B. an der Abbügelung selbst so immanenter Kritiken wie Kuks Artikel zum PDS-Bundestagswahlkampf gezeigt hat, ist die Toleranzschwelle des ak nicht gerade hoch.

So bleibt der ak wahrscheinlich eine gesichtslose Anhäufung von Artikeln, deren Gebrauchswert höchstens im Dokumentarischen liegt und mich als Leser jeden Monat vor die Frage stellt(e), ob diesmal wieder ein Artikel dabei ist, der mit seinem Erkenntnisgehalt den hohen Preis des Blattes rechtfertigen könnte. Leider war das zuletzt immer weniger der Fall.

Mit besten Grüßen!

A.J., Dortmund

ak-Halluzinationen

Betr.: Abo-Kündigung

Liebe Leute,

sehr geehrte Damen und Herren,

nach 16 oder 17 Jahren ak-Abonnement habe ich mich nun doch entschlossen, dieses einstweilen nicht fortzuführen. Vieles finde ich an der Zeitung nach wie vor interessant und gut. Insgesamt jedoch ist ihre Kritik am real existierenden Imperialismus für eine Zeitung mit linkem Anspruch nicht deutlich genug - vom Thema Jugoslawien, wo eine solche Kritik überhaupt nicht stattfindet, sondern statt dessen etwas von "serbischen Aggressionskriegen gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina" daherhalluziniert und seitenlang mit ziemlich schrägen Argumenten die westliche Kriegsintervention verharmlost und gerechtfertigt wird, einmal ganz abgesehen.

Es würde mich freuen, falls der/die ak mit der Zeit wieder mehr zum oppositionellen Bewußtsein des "Arbeiterkampfs" finden würde - wäre dies doch kein Zurück sondern ein Vorwärts. Insofern bin ich auch immer noch an der Zeitung interessiert.

MfG

J.K., Heidelberg

Korrektur

Betr.: Linke Revanche in Rußland (ak 386, S. 4)

Liebe Leute,

der Text von Ulf Heferle auf S. 4 ist ja ganz informativ. Aber die Karikatur aus "Argumenty i fakty" bleibt doch etwas unverständlich, und das hat etwas mit der falschen Übersetzung zu tun. Der Text auf den Liedblättern der vier Herren lautet: "Eine unzerstörbare Union freier Republiken soll das große Rußland auf ewig zusammenschmieden", wobei "Rußland" Subjekt des Satzes ist und die Union das Objekt.

Herzliche Grüße

Werner Völker

40. Durch alte Leitbilder neu durchwursteln!

Zukunftsfähigkeit leicht gemacht durch Marx

CD-Datei: daten/aksuche/ak387/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:10

"Über die Tabuisierung von Machtverhältnissen und die Enthistorisierung der entstandenen ‚Scheiße` Marx) verfestigt sich ein Verständnis, das zur Legitimierung des ‚Weiter so` dient."

(Stefan Armbort und Ulrich Brand in ak 386 S. 22)

Ob die Wuppertal-Studie tatsächlich nur der Verfestigung der "Scheiße" dient, sei an dieser Stelle einmal hintangestellt. Fest steht, daß die Menschheit heute mit fast allen ihren Beinen mitten drin steht. Einige stecken noch weniger tief, andere schon sehr tief in unserer unkontrolliert wachsenden Stoffwechselproduktion und immer noch gibt es genug, denen es gelingt, daraus Gold zu machen; dennoch war die Antwort auf eine Frage nie so dringend: "Wie schaffen wir uns den Dreck vom Hals?"

Bleiben wir bei Marx, über dessen Ausdrücke nachzudenken, immer noch eine gute Methode ist, klug vorzudenken: Das Hauptproblem, das der Verwirklichung von Appellen und der Überzeugungskraft guter Argumente im Wege steht, ist ja, daß wir bürgerlichen Subjekte unsere wesentlichen Beziehungen "hinter dem eigenen Rücken" herstellen. Sprich: Bei unserer wesentlichen Tätigkeit, dem Kaufen und Verkaufen, bleibt die Produktion der Waren im Dunkeln. Es interessiert uns überhaupt nicht, wie es zu dem guten Preis gekommen ist. Es braucht uns nicht zu interessieren. Das auf dem Markt Erstandene erscheint uns als das Produkt der eigenen Anstrengungen.

Für mein gutes Geld darf ich alles kaufen, was es auf dem Markt gibt. Und ich will es, nein, ich muß es haben, koste es (den anderen), was es wolle. So sind die heutigen Verhältnisse und weil sie so sind, ist es so unendlich schwer, wahrzunehmen, daß bei der Herstellung all dessen die Natur im Dreck versinkt. Und was sagt uns Karl Marx, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen können?

"Diese ‚Entfremdung`, um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter zwei praktischen Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine ‚unerträgliche` Macht werde, d.h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschen als durchaus ‚Eigentumslos` erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung, was beides eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad der Entwicklung der Produktivkräfte (womit zugleich schon die in weltgeschichtlichen, statt der in lokalem Dasein der Menschen vorhandene empirische Existenz gegeben ist), auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt ist, daher einerseits das Phänomen der ‚Eigentumslosen` Masse in allen Völkern gleichzeitig erzeugt (allgemeine Konkurrenz), jedes derselben von den Umwälzungen der andern abhängig macht, und endlich weltgeschichtliche, empirisch universelle Individuen an die Stelle der lokalen gesetzt hat.

Ohne dies könnte 1. der Kommunismus nur als eine Lokalität existieren, 2. die Mächte des Verkehrs selbst hätten sich als universelle, drum unerträgliche Mächte nicht entwickeln können, sie wären heimisch-abergläubische ‚Umstände` geblieben, und 3. würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben. Der Kommunismus ist empirisch nur als Tat der herrschenden Völker ‚auf einmal` und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt." (MEW Bd. 3, S. 34 f.)

Wobei noch anzumerken bleibt, "daß in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um eine andere Distribution [Verteilung] dieser Tätigkeit, um eine neue Verteilung der Arbeit an andere Personen handelte, während die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige Art der Tätigkeit richtet, die Arbeit beseitigt und die Herrschaft aller Klassen mit den Klassen selbst aufhebt, weil sie durch die Klasse bewirkt wird, die in der Gesellschaft für keine Klasse mehr gilt, nicht als Klasse anerkannt wird, schon der Ausdruck der Auflösung aller Klassen, Nationalitäten etc.

Innerhalb der jetzigen Gesellschaft ist, und daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst, eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Hals zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden." (ebd., S. 69 f.)

41. Quelldatei 14.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak387/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:14

Chiapas

"Der Aufstand der Zapatistas feiert Geburtstag. Wir feiern mit!" Wie aber feiert eine Gruppe, die ihre Herkunft selbst als das "Flachland des Nordens" (hier: Oldenburg) angibt, dieses Ereignis? Indem sie - KennerInnen zur Erinnerung, EinsteigerInnen zur Weckung des Interesses - in Broschürenform eine Chronik mit Briefen und Kommuniques der Zapatistas zum zweiten Geburtstag des Aufstands in Chiapas herausgibt. Die Texte beziehen sich auf die Entwicklung der EZLN, den Beginn des Aufstands, die Friedensverhandlungen, die Situation der Frauen und das Frauengesetz, die Solidaritätsarbeit in Mexiko und die internationale Diskussion über die EZLN.

Durito. Zwei Jahre Aufstand in Chiapas. A4, 44 S., 3 DM (inkl. Versand). Bezug: Viva Maria, c/o Alhambra, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg.

Nicaragua

Nicaragua wird, auch in internationalistischen Publikationen, nicht mehr sehr viel Aufmerksamkeit gegeben. Wer dennoch, abseits von Konjunkturen, auf dem Laufenden bleiben will, ist mit dem in deutscher Sprache erscheinenden Boletín de Noticias de Nicaragua gut bedient. Die Beiträge stammen von der Redaktion in Managua. In der zweiten Dezembernummer z.B. werden Artikel und Meldungen gebracht zu den Themen Studenten, Kriegsversehrte, Parlament, Wirtschaft, Finanzpolitik, Kultur, Illegaler Tierhandel; in der ersten Januarausgabe lauten die Themen: Wahlen, Polizei, Studenten, Parlament, Finanzpolitik, Energie, Bergbau.

BNN - Boletín de Noticias de Nicaragua. A4, jeweils 12 S. Bezug: Birgit Lau, Heyestr. 7, 40625 Düsseldorf. Zwei Ausg. pro Monat, Jahresabo für Einzelbezieher 140 DM (Förderabo ab 165 DM).

Militär im Osten

Die vom Alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz herausgegebenen Ost-West Gegeninformationen erweisen sich auch in ihrer neuesten Ausgabe als eine der wichtigsten Publikationen zu den Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa. Nach den Themen "Religionen im Osten" und "Peripherisierung der östlichen Ökonomien" ist der Schwerpunkt des vierten Heftes 1995 das Militär im Osten: "Neue nationale Armeen - Comeback der NATO". Neben Artikeln zur NATO-Osterweiterung stehen u.a. Beiträge zur Einmischung der Militärs in die Politik der Russischen Föderation, den baltischen Staaten und den Entwicklungen in Ex-Jugoslawien. In einem zwölfseitigen Dossier werden das Drängen osteuropäischer Staaten zur Aufnahme in die EU und die Auswirkung des vom IWF diktierten Sparpakets in Polen analysiert. Beschlossen wird die vorliegende Ausgabe wiederum mit einer Anzahl von Rezensionen von Veröffentlichungen zu Osteuropa und mit einer Chronologie.

Ost-West Gegeninformationen, 7. Jg., Nr. 4/95. A4, 56 S. Jahresabo (4 Ausg.) 30 DM. Bezug: Dezentrale, Prokopigasse 2/1, 8010 Graz, Österreich.

Freislers Erben

Die Gruppe MAUL (ausgeschrieben etwas ziviler: Marburger Uni-Linke) hat dasselbe kräftig aufgetan. Ihre Broschüre zu den Traditionslinien der politischen Justiz in Deutschland hat den Titel Freislers Erben wüten weiter - was allerdings und leider nicht allzu übertrieben ist. In der Broschüre wird ein Bogen geschlagen von den Traditionslinien der politischen Justiz (Weimarer Republik, NS-Staat, Selbstamnestierung nach 45 und KommunistInnenverfolgung) zur Sonderjustiz gegen "Terroristen" und dem "Anti-Terror-Kampf" gegen die legale radikale Linke.

Freislers Erben wüten weiter. Politische Justiz seit der Weimarer Republik. A4, 28 S. Bezug: Marburger Uni-Linke, Postfach 1753, 35007 Marburg (woselbst auch der Preis zu erfragen ist).

Selbstverwaltung

Contraste. Die Monatszeitung für Selbstverwaltung ist im 13. Jahrgang und mit der 136. Nummer erschienen, bisher aber unserer Aufmerksamkeit entgangen. Jetzt ist uns die Januar-Ausgabe auf den Tisch geweht, und

das Schwerpunktthema - Genossenschaften in der Dritten Welt - weckt Interesse. In umfangreicheren Beiträgen wird über Landbesetzungen in Brasilien und über Entwicklungschancen durch alternativen Handel berichtet. Des weiteren wird in mehreren Artikeln der Frage nachgegangen, inwiefern der Handel mit dem Trikont wirklich "fair" sein kann.

Contraste. Nr. 136, Januar 96, Zeitungsformat, 16 S. Einzelnr. 8 DM, Jahresabo (12 Ausg.) 80 DM. Bezug: Constraste-Vertrieb, Postfach 104520, 69035 Heidelberg.

Lider fars lebn

Vor einigen Monaten erschien die CD Lider fars leben von Esther und Edna Bejarano und Coincidence. Unter dem gleichen Titel liegt nun ein kleines Heft vor, in dem, nach mehr oder weniger bemühten bis peinlichen Vor- und Grußworten Hamburger Senatsgroßkopfeter, in eindringlicher Weise der Lebensweg Esther Bejaranos - "Ein Portrait in Musik" - von Jens Michelsen nachgezeichnet wird. Der Hauptteil des Heftes besteht in der Wiedergabe von zwanzig Liedtexten des Repertoires von Esther und Edna Bejarano und Coincidence: Neben vorwiegend jiddischen und auch hebräischen auch je ein griechisches, türkisches, englisches und ein Romalied und zwei Lieder von Brecht. Wenn auch nur für Spezialisten von Interesse, ist es doch inkonsequent und bedauerlich, daß zwar der Text der hebräischen Lieder auch in der originalen (hebräischen) Schrift gebracht wird, nicht aber der der jiddischen Lieder.

Lieder für das Leben - Lider fars leben. A5, 56 S., 8 DM. In wirklich gutsortierten Buchläden oder beim Curio Verlag Erziehung und Wissenschaft GmbH, Rothenbaumchaussee 19a, 20148 Hamburg.

42. Quelldatei 15.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak387/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:15

Kalender

Reproduktionstechnologie und Eugenik

In einer Ausstellung, Vorträgen und Filmen soll ein Einblick gegeben werden in die Methoden und Ziele der Bevölkerungspolitik der Industrienationen.

7.2.96, 20 Uhr: Neue rechtliche Entwicklungen in der "Euthanasie"-Diskussion (Vortrag von Oliver Tolmein, Journalist)

11.2.96, 16 Uhr: Der Pannwitzblick (Film von Didi Danquardt, BRD 1991)

11.2.96, 19 Uhr: ... und andere Ergüsse (Film von Juliane Gissler und Mirjam Quinte, BRD 1991); Passion Recherche. Weibliche Fruchtbarkeit als Objekt der Reproduktionsforschung (Film von Ulrike Schaz, BRD 1992)

14.2.96, 20 Uhr: Reproduktionstechnologien - die kontrollierte Fruchtbarkeit (Vortrag von Diana Hummel und Birgit Moxter, FFGZ Frankfurt)

18.2.96, 16 Uhr: Daedalus (Film von Pepe Danquart, BRD 1990)

Alle Veranstaltungen finden statt im KOMM, Königstr. 93, Nürnberg.

Ganz normale Männer

Tausende deutscher Soldaten und Polizisten waren im Zweiten Weltkrieg an den Massenmorden an Juden und Kriegsgefangenen beteiligt. Die meisten von ihnen galten zuvor als unbescholtene Bürger. Christopher Browning hat 1993 in seinem Buch Ganz normale Männer, ein Polizeibataillon in Polen, dessen Angehörige überwiegend aus Hamburg und Umgebung kamen, beschrieben und detailliert die Umstände dargestellt, wie aus solchen Männern Mörder wurden. In einem Wochenendseminar der Hamburger Volkshochschule werden verschiedene Untersuchungen zu diesem Thema vorgestellt.

10./11.2.96, jeweils 11-16.30 Uhr. Leitung: Erika Hirsch, Hermann Kaienburg. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35, Hamburg. - Anmeldung bei der Hamburger VHS, Schanzenstr. 75-77, 20357 Hamburg, Kursnr. M 51413 (oder notfalls im Kurs selbst). Teilnahmegebühr 25 DM.

FDJ in Kaiserslautern

Zu einem "bisher einmaligen FDJ-Abend im Westen Deutschlands" lädt - bei freiem Eintritt - der AStA der Universität Kaiserslautern. Geboten werden u.a. Arbeiter- und FDJ-Lieder, das Sandmännchen aus dem DDR-TV, Dokumentarfilme z.B. der NVA. "Aber auch ernste Themen wie Antifaschismus und Antiimperialismus und deren Notwendigkeit werden thematisiert und dem Publikum nähergebracht." Alsdann: Drushba!

13.2.96, ab 19 Uhr. AStA-Kramladen, Gebäude 46, Universität, Erwin-Schrödinger-Straße, Kaiserslautern.

Rußland

Kai Ehlers berichtet nach dreimonatigen Aufenthalt in Rußland von seinen Erlebnissen und Eindrücken.

13.2.96, 20 Uhr. Neue Gesellschaft, Rothenbaumchaussee 19, Hamburg. Eintritt: 5 DM.

Anthroposophie

Rudolf Steiner, der geistige Führer der Anthroposophie - eine Ideologie, die u.a. über die Waldorfschulen und -kindergärten verbreitet wird -, genießt nach wie vor einen recht ungebrochen guten Ruf. Näheres Hinsehen lehrt indes, daß Steiner ein vulgärer Rassist ist, auf den sich nicht zufällig auch alte Nazis positiv beziehen. Die BUNDjugend Hessen lädt zu einem Seminar mit Jens-Uwe Ries über "Anthroposophie zwischen

Weltanschauung und Rassismus" (und der Kalender-Redaktor merkt, daß Rassismus eine Weltanschauung ist).

23.2., 18 Uhr bis 25.2.96, 14 Uhr. Jugendhof Bessunger Forst, Darmstadt. Anmeldung bei: BUNDjugend Hessen, Kelsterbacher Str. 28, 64546 Mörfelden-Walldorf. Teilnahmegebühr: 50 DM (Nichtverdienende 30 DM).

Spanien 1936-39

Vor 60 Jahren begann der Spanische Krieg, der nur zum Teil "Bürgerkrieg", wie er zumeist bezeichnet wird, war. Entschieden wurde dieser Krieg zugunsten der spanischen Faschisten durch die Teilnahme deutschen und italienischen Militärs, und auch durch die strikte "Nichteinmischung" des sich demokratisch gerierenden Europa. Eine kleine Filmreihe zum antifaschistischen Widerstandskampf in Spanien zeigt die Berliner Kinokooperative im TaBu.

24.2.96, 19 Uhr: Unversöhnliche Erinnerungen (Film von K. Volkenborn).

25.2.96, 19 Uhr: Pueblos en armas (OF); 20 Uhr: Die lange Hoffnung; 22 Uhr: Land and Freedom (OmU).

Lichtblick-Kino, Wolliner Str. 19, Berlin - wo auch das Programm der folgenden Tage zu erfragen ist.

Lebenswege

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Lebenswege - Vom Anwerbeland zum Einwanderungsland" werden Einwanderer, Kriegs- und politische Flüchtlinge und Aussiedler von ihrer Biographie, ihrer Lage in der BRD und ihren Hoffnungen berichten. Den Anfang machen zwei türkische Einwanderer aus zwei Generationen.

26.2.96, 19 Uhr. Ausländerinitiative St. Georg e.V., Lange Reihe 30/32, Hamburg.

Nachhaltigkeit

Der BUKO lädt zu einem Seminar zur Auseinandersetzung mit der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Im dem Seminar soll eine Einführung in die internationale Debatte seit 1987 und ein Überblick über die Diskussion nach der Veröffentlichung dieser Studie gegeben werden.

1.-3.3.96, Augustdorf (bei Detmold). Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

Radikale Linke

Thomas Ebermann und Rainer Trampert stellen ihr Buch "Die Offenbarung der Propheten" vor am

29.2.96, 20 Uhr. KOMM-Fest(!)saal, Königstr. 93, Nürnberg.

"Tag von Potsdam" (1933)

In der von der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung veranstalteten Vortragsreihe "Wege und Irrwege der vergleichenden Faschismusforschung" spricht Dr. Klaus Scheel über die Propagandaschau am "Tag von Potsdam" (21. März 1933): "Mit Gleichschritt, Kirchenglocken und nationaler Demagogie".

12.3.96, 15 Uhr. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14, Saal C, Berlin.

Internationalismus

"Hoch die internationale Solidarität - doch wie sieht die Arbeit vor der eigenen Haustür aus?" fragt, sehr zu Recht, die VSP. Und bietet, als eine Möglichkeit, in dieser Frage Klarheit zu gewinnen und vielleicht sogar zu erneuerter Praxis zu gelangen, ein Seminar an im, dann hoffentlich schon frühlingsbewegten Amsterdam. Auf dem Programm stehen u.a.: Relevanz von Lenins Imperialismustheorie für die aktuelle Lage; Analyse der bürgerlichen Entwicklungshilfe; Zwei-Welten-Theorie Huidobros; Konzepte der Solidaritätsarbeit am Beispiel Mexiko.

10.-16.3.96, Amsterdam. Anmeldung, detailliertes Programm, Reader: Christian Haasen, Haubachstr. 26, 22765 Hamburg. Gebühr: 210 DM inkl. Übernachtung und Verpflegung (130 DM für alle in der Ausbildung Stehenden oder Arbeitslosen), Mitfahrgelegenheiten nach Amsterdam werden nach Möglichkeit organisiert.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post oder als Fax. Annahmeschluß für ak 388 ist der 27.2.96.

43. Entschuldigung

CD-Datei: daten/aksuche/ak387/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:28

Im letzten ak ernannte der Autor des Artikels "Dissonanzen auf dem Antikapitalismus-Kongreß der PDS", S. 15, den Hamburger Andreas Grünwald zum KPF-Mitglied. Die KPF Hamburg legt Wert auf die Feststellung, daß Andreas Grünwald nicht zu ihren Mitgliedern zählt.

44. Spendenziel noch nicht erreicht

Zwischenergebnis ist aber super

CD-Datei: daten/aksuche/ak387/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:387:spenden

Ein ganz herzliches "Danke Schön" an alle bisherigen SpenderInnen. Das Ergebnis ist bisher super. Uns fehlen nur noch 9.400 DM um die 50.000 DM, die wir dieses Jahr brauchen, um ak weiter herauszugeben.

An alle, die noch nicht aus dem Winterschlaf erwacht sind, denen bisher der Weg zur Bank zu kalt war oder die noch zögerlich waren: Bitte tragt jetzt mit Eurer Spende dazu bei, daß wir die Zeitung weiter herausgeben können und dieses Jahr keine Preiserhöhung durchführen müssen.

Eurew ak-Redaktion

26.040,00 Ergebnis bis AK 386

100,00 U.S., Hamburg

500,00 P.P., Hamburg

50,00 U.K., Hamburg

30,00 R.O., Kassedorf

50,00 J.G., Hannover

50,00 W.I., Konstanz

150,00 P.L., NN

400,00 gaf, Hamburg

300,00 V.B., Hamburg

100,00 W.S., Aurich

50,00 S.K., Oldenburg

1.000,00 M.H., Göttingen

100,00 F.O.W., Berlin

50,00 T.R., Göttingen

100,00 O., Berlin

200,00 W.F., Köln

20,00 U.B., Lahntal

50,00 S.N., Berlin

50,00 H.B., Köln

1.00,00 S., NN

500,00 S.B., Frankfurt

30,00 W.S., Hamburg

700,00 G.K., NN

100,00 A.R., NN

100,00 R.P., Northeim

100,00 R.K., NN

200,00 H.R., Salzgitter

100,00 R.M., NN

1.500,00 J.N., Hamburg

20,00 W.L., Nienburg

50,00 R.M., Oldenburg

100,00 O.K., Idar-Oberstein

200,00 M.L., Köln

20,00 A.B., München

100,00 R.S., Quickborn

100,00 B.T., Berlin

100,00 M.H., NN

100,00 J.D., Hannover

150,00 G.N., Reutlingen

1.500,00 reed, Bonn

20,00 H.S., Coburg

50,00 S.K., Berlin

77,00 L.-S., NN

150,00 J.G., Köln

100,00 B.S., NN

50,00 M.B., Berlin

80,00 J.W., München

100,00 D.K., Berlin

30,00 G.F., NN

100,00 C.B., Freiburg

100,00 K.H., Laboe

100,00 H.K., Hamburg

300,00 C.-F.W., NN

150,00 M.C., Jena

100,00 R.K., Heidelberg

100,00 R.u.M.S., NN

200,00 M+J, Köln

300,00 B., Wiesbaden

100,00 W.S., NN

200,00 B.F., Stade

50,00 G.W., Berlin

100,00 K.W., Marburg

100,00 B.L., NN

1.000,00 I.B., Hamburg

200,00 R.M., Hamburg

50,00 B.S., München

200,00 J.G., Elmshorn

60,00 F.G., Hamburg

200,00 M.K., NN

100,00 S.H., Hamburg

100,00 U.K., NN

50,00 B.S., NN

14.557,00 Seit AK 386

40.597,00 0Summe